



KRIMINOLOGISCHES  
FORSCHUNGSINSTITUT  
NIEDERSACHSEN E.V.

Forschungsbericht Nr. 149

# **Regionalanalyse Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2018**

---

---

**Yvonne Krieg\*, Laura Beckmann\*, Sören Kliem**

**2019**





**FORSCHUNGSBERICHT Nr. 149**

---

## Fortschreibung der Regionalanalysen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein

Yvonne Krieg\*, Laura Beckmann\*, Sören Kliem

**2019**

Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN)

Lützerodestraße 9, 30161 Hannover

Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10

E-Mail: [kfn@kfn.de](mailto:kfn@kfn.de)

\* Yvonne Krieg und Laura Beckmann waren zu gleichen Teilen an der Erstellung dieses Forschungsberichts beteiligt.

**Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN: 978-3-9811719-7-6

Druck: DruckTeam Druckgesellschaft mbH, Hannover.

© Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. 2019

Lützerodestraße 9, 30161 Hannover

Tel. (05 11) 3 48 36-0, Fax (05 11) 3 48 36-10

E-Mail: [kfn@kfn.de](mailto:kfn@kfn.de) Internet: [www.kfn.de](http://www.kfn.de)

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, fotomechanische Wiedergabe, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM etc. nur nach schriftlicher Zustimmung des Rechteinhabers.

<b>Danksagung .....</b>	<b>ii</b>
<b>Zusammenfassung.....</b>	<b>1</b>
<b>1 Einleitung .....</b>	<b>7</b>
1.1 Die Verbreitung politisch rechts motivierter Gewalt im Hellfeld.....	7
1.2 Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus .....	12
1.3 Fortschreibung der Regionalanalysen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein .....	19
<b>2 Methode und Stichprobenbeschreibung.....</b>	<b>21</b>
2.1 Methodische Vorgehensweise .....	21
2.2 Rücklauf .....	24
2.3 Stichprobenbeschreibung .....	27
<b>3 Prävalenz, Entwicklung und Erklärung rechter Einstellungen von Jugendlichen.....</b>	<b>29</b>
3.1 Die Entwicklung rechter Einstellungen im Zeitverlauf .....	29
3.2 Prävalenz rechter Einstellungen.....	35
3.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test .....	46
<b>4 Politisch rechts motivierte Verhaltensweisen .....</b>	<b>64</b>
4.1 Kontakt zur rechtsextremen Szene .....	64
4.2 Diskriminierende Verhaltensweisen .....	67
4.2.1 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer*innen .....	67
4.2.2 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen .....	68
4.2.3 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Behinderungen .....	69
4.2.4 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber homosexuellen Personen .....	69
4.2.5 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen insgesamt... ..	70
4.2.6 Reaktion des sozialen Umfelds auf diskriminierende Verhaltensweisen .....	71
4.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test .....	73
<b>5 Opferschaft von politisch rechts motivierten Verhaltensweisen.....</b>	<b>79</b>
5.1 Diskriminierung aufgrund der Herkunft und der Nationalität .....	79
5.2 Diskriminierung aufgrund der Religion .....	81
5.3 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.....	82
5.4 Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung .....	83
5.5 Diskriminierung aufgrund der politischen Meinung .....	84
5.6 Diskriminierung aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit .....	86
5.7 Tatfolgen .....	87
5.8 Wahrnehmung von rechtsextremen Aktivitäten .....	89
5.9 Bedrohungs- und Angsterleben in Bezug auf Rechtsextremismus .....	91
<b>6 Aktuelle Phänomene .....</b>	<b>92</b>
6.1 Neurechte Einstellungen .....	92
6.2 Einstellungen gegenüber Geflüchteten.....	94
6.3 Verschwörungsmentalität .....	96
<b>7 Handlungsempfehlungen .....</b>	<b>98</b>
<b>8 Literaturverzeichnis .....</b>	<b>105</b>

## Danksagung

Unser erster Dank geht an den Landespräventionsrat Schleswig-Holstein im Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration. Durch dessen finanzielle Unterstützung war es erst möglich, das Projekt zur Regionalanalyse Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein 2018 durchzuführen. Für diese Förderung möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken. Bedanken möchten wir uns außerdem beim Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur für die erteilte Genehmigung zur Durchführung der Befragung in den jeweiligen Schulen. Schließlich bedanken wir uns herzlich bei all unseren Testleiter\*innen, deren Aufgabe es war, Befragungstermine und organisatorische Details mit den Schulleiter\*innen und Klassenlehrkräften in Schleswig-Holstein abzusprechen und die Befragung in standardisierter Weise während des Schulunterrichts durchzuführen. Ein großer Dank geht in diesem Zusammenhang auch an die Schulleiter\*innen und Lehrer\*innen der Schulen, die an der Befragung teilgenommen haben sowie an die Jugendlichen, die die Fragebögen ausgefüllt haben. Den Eltern der Jugendlichen möchten wir danken, dass sie es erlaubt haben, ihren Kindern z. T. recht persönliche Fragen zu stellen. Ebenfalls danken wir den Hilfskräften und Praktikant\*innen und hier insbesondere Solveig Haselbach, Christoph Kühling, Xervernia Wagner, Isabel Schneck und Alena Schwab, die am KFN verschiedene Schritte des Projekts wirkungsvoll unterstützt haben. Darüber hinaus möchten wir uns bei Tino Dreger bedanken, der den eingesetzten Fragebogen mithilfe eines Online-Tools programmiert hat.

## Zusammenfassung

### 1 Vorstellung der Stichprobe

Das Projekt „Fortschreibung der Regionalanalysen zu Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein“ wurde vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI) gefördert und kann als Anknüpfungsjahr zu zwei vorherigen, in den Jahren 2013 und 2014 durchgeführten Untersuchungen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein (Maresch & Bliesener, 2015; Maresch, Gansewig & Bliesener, 2013) verstanden werden. In diesen beiden Untersuchungen wurde für die Landgerichtsbezirke Lübeck (2013) sowie Kiel, Itzehoe und Flensburg (2014) mittels Schüler- und Expertenbefragungen das Ausmaß von Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein erfasst, Bedingungsfaktoren für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen herausgestellt und ermittelt, inwieweit unter den befragten Expertinnen und Experten Handlungsbedarf gesehen wird und welche Schwerpunkte sie bei der allgemeinen Arbeit zur Demokratieförderung und Bekämpfung von Rechtsextremismus setzen würden.

Im Rahmen der aktuellen Fortschreibung der Regionalanalysen wurde im Jahr 2018 eine repräsentative Befragung von 2.824 Schüler\*innen der siebten und neunten Jahrgangsstufe an allgemeinbildenden Schulen vorgenommen. Diese wurde vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein genehmigt und in den vier Landgerichtsbezirken Lübeck, Kiel, Itzehoe und Flensburg zwischen Ende Februar und Mitte Juni 2018 durchgeführt. Die Befragung war als Online-Befragung konzipiert, auf eine Schulstunde ausgelegt und fand im Klassenverband unter der Anwesenheit der entsprechenden Klassenlehrkraft und eines oder einer geschulten Testleiter\*in statt. Die Heranziehung unterschiedlicher Altersklassen erlaubt es, mögliche Veränderungen rechtsextremer Einstellungen in unterschiedlichen Entwicklungsperioden des Jugendalters zu erfassen. Dass nicht auch Schüler\*innen in noch höheren Klassenstufen befragt wurden, ist dem Umstand geschuldet, dass nicht jede Schulart über eine 10. Jahrgangsstufe sowie über eine Sekundarstufe II verfügt (vgl. auch Maresch und Bliesener 2015).

Im Mittelpunkt der Befragung standen Erfahrungen mit rechtsextremer Gewalt und rechtsextremen Einstellungen. Im Vergleich zu den beiden vorherigen Befragungen wurde das Spektrum abgefragter Einstellungen, Verhaltensweisen und Korrelate von Rechtsextremismus deutlich erweitert. Eine solche expandierte Replikation erlaubt es nicht nur, Veränderungen in der Ausprägung rechtsextremer Einstellungen sowie deren Bedrohungsempfinden im Dunkelfeld zu erfassen, sondern vor allem auch den Blick auf neu aufgekommene Phänomene zu richten, denen möglicherweise ein bedeutender Anteil an der Zunahme von rechtsextremistisch motivierten Straftaten bzw. rechtsextremen Einstellungen zukommt. Insgesamt erlaubt es die Fortschreibung der Regionalanalysen in Schleswig-Holstein, neuere Veränderungen hinsichtlich des Vorkommens politisch extremen Gedankenguts sowie der Kontaktaufnahme zu rechtsextremen Personen, Organisationen, Freizeitangeboten und Veranstaltungen unter Jugendlichen zu erfassen. Auf Basis dieser Erkenntnisse können letztlich Hinweise für zukünftige Präventionsarbeit abgeleitet werden. Zudem können Aussagen über die Notwendigkeit neuer Handlungsempfehlungen bezüglich der Prävention rechtsextremer Einstellungen und Gewalt getroffen werden, insbesondere auch was das Aufkommen neuerer Phänomene angeht.

Jede\*r zweite befragte Schüler\*in ist männlich (51,1 %), das Durchschnittsalter liegt bei etwas unter 15 Jahren (14,7 Jahre) und 7,5 % der Befragten wachsen in Familien auf, die von staatlichen Transferleistungen abhängig sind. Etwa jede\*r dritte Befragte (28,9 %) lebt nicht mit beiden leiblichen Eltern

zusammen und etwas weniger als ein Viertel (24,0 %) der befragten Neuntklässler\*innen weist einen Migrationshintergrund auf. Die meisten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Stichprobe weisen dabei einen türkischen, polnischen oder russischen Migrationshintergrund auf.

## 2 Entwicklung und Prävalenz rechter Einstellungen und Verhaltensweisen in Schleswig-Holstein

- **Es bestehen signifikante Unterschiede in der Ausprägung rechter Einstellungen zwischen den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg, Itzehoe und Lübeck.** Während im Landgerichtsbezirk Lübeck lediglich 1,8 % der Schüler\*innen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertreten, sind es in den Landgerichtsbezirken Itzehoe und Kiel 2,5 % bzw. 3,6 % der Heranwachsenden. Im Landgerichtsbezirk Flensburg ist es sogar jede\*r 19. Jugendliche, der oder die im Durchschnitt allen abgefragten rechten Einstellungen zustimmt (5,3 %). Ein rechtsextremes Weltbild vertreten in Schleswig-Holstein 3,1 % der Jugendlichen. Auch bei den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus ist es der Landgerichtsbezirk Flensburg, dessen Schüler\*innen die höchsten Zustimmungsraten erzielen (mit Ausnahme der homophoben Einstellungen). Die zweithöchsten Prävalenzraten erzielt bei den meisten Dimensionen der Landgerichtsbezirk Itzehoe. Die geringste Akzeptanz von rechten Einstellungen liegt je nach Dimension in den Landgerichtsbezirken Lübeck oder Kiel.
- **Rechte Einstellungen nehmen unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein zu.** Hinsichtlich der Frage, wie sich der Anteil an Jugendlichen mit rechten Einstellungen zwischen 2013 bzw. 2014 und 2018 entwickelt hat, kann eine Zunahme der Zustimmungsteile für viele der untersuchten rechten Einstellungen ausgemacht werden. So deutet vieles darauf hin, dass 2018 muslimfeindliche und demokratieablehnende Einstellungen häufiger geteilt werden als noch im Jahr 2013 bzw. 2014. Dies trifft in begrenztem Maße auch auf ausländerfeindliche Einstellungen zu. In Bezug auf muslimfeindliche und ausländerfeindliche Einstellungen ist es der Landgerichtsbezirk Itzehoe, in dem die Zustimmungsteile am deutlichsten im Vier-Jahres-Vergleich gestiegen sind (Steigerung Muslimfeindlichkeit um bis zu 19,5 Prozentpunkte; Steigerung Ausländerfeindlichkeit um bis zu 18 Prozentpunkte). In den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe ist außerdem eine Zunahme antisemitischer Einstellungen zu beobachten, wobei insbesondere der Landgerichtsbezirk Flensburg hier auffällt (Steigerung um bis zu 5,7 Prozentpunkte). Für den Landgerichtsbezirk Itzehoe steigt zusätzlich die Zustimmung zu sozialdarwinistischen und chauvinistischen Aussagen (Steigerung Sozialdarwinismus um bis zu 7,3 Prozentpunkte; Steigerung Chauvinismus um bis zu 9,2 Prozentpunkte). Dieser Anstieg weicht von den Ergebnissen einer vergleichbaren niedersächsischen Studie von Neuntklässler\*innen ab, in der im Vergleich der Jahre 2013, 2015 und 2017 verringerte und gleichbleibende rechte Einstellungen im Zeitverlauf beobachtet werden (Krieg und Kliem (2019))
- **Knapp 40 % der Jugendlichen sind abwertend gegenüber Hartz-IV-Empfänger\*innen eingestellt.** Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richtet sich am häufigsten gegen Hartz-IV-Empfänger\*innen: 38,9 % der Jugendlichen stimmen abwertenden Aussagen gegenüber Menschen, die Hartz-IV beziehen, zu. Des Weiteren sind 12,9 % der Schüler\*innen abwertend gegenüber obdachlosen Personen eingestellt. Weitere 9,4 % der Jugendlichen teilen homophobe

Einstellungen und 6,1 % werten Menschen mit Behinderungen ab. 5,8 % der Jugendlichen teilen antisemitische Einstellungen und ein etwa gleich großer Anteil von 5,6 % äußert sich zustimmend gegenüber sexistischen Aussagen.

- **Sexistische Einstellungen sind rückläufig.** Als positiver Befund kann ein rückläufiger Trend für sexistische Einstellungen konstatiert werden. Die Jugendlichen Schleswig-Holsteins stimmen sexistischen Aussagen im Jahr 2018 deutlich seltener zu als vier Jahre zuvor.
- **Mehr als jede\*r dritte Schüler\*in hat schon einmal mindestens eine Kontakterfahrung mit der rechtsextremen Szene gemacht (34,9 %).** Die drei häufigsten Zugangswege sind dabei das Lesen von Flyern (24,6 %), der Besuch von Internetseiten von rechten Organisationen und Gruppen (9,8 %) sowie das Hören von rechten Bands (7,0 %). Mitglied in einer rechten Gruppierung sind darüber hinaus 8,8 % der Jugendlichen. Dieser Anteil ist im Landgerichtsbezirk Flensburg mit 13,5 % am größten.
- **Jede\*r siebte Jugendliche\*r hat sich schon einmal diskriminierend gegenüber einer gesellschaftlichen Gruppe verhalten (13,6 %).** Diskriminierende Verhaltensweisen nehmen am häufigsten die Form des Anpöbelns und des Bedrohens mit Worten an und richten sich vor allem gegen Ausländer\*innen (8,9 %), gefolgt von Menschen mit Behinderungen (5,6 %), homosexuellen Personen (3,2 %) und obdachlosen Personen (1,8 %). Die schwerwiegenderen Taten der Körperverletzung und der Bedrohung mit einer Waffe finden nur sehr selten statt. Die Ausführung einer diskriminierenden Verhaltensweise steht in einem starken Zusammenhang mit der Zustimmung zu gruppenbezogenen Vorurteilen. Jugendliche, die ausländerfeindliche Einstellungen teilen sowie Menschen mit Behinderungen, obdachlose und homosexuelle Personen abwerten, führen deutlich häufiger ebenfalls diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber diesen Personen aus. Die Übernahme eines rechtsextremen Weltbilds steht ebenso in einem engen Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen.
- **Eltern reagieren nur in etwa der Hälfte der Fälle negativ, wenn ihr Kind eine Person diskriminiert hat.** Während Mütter sich in 57,1 % negativ gegenüber der Tat äußern sind es nur 46,7 % der Väter, die die Tat nicht für gut befinden. Freunde bewerten die Tat in 11,8 % der Fälle als negativ, Lehrkräfte in 74,1 % der Fälle.
- **Jede\*r achte Schüler\*in wurde schon einmal aufgrund ihrer oder seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe diskriminiert (12,6 %).** Die Ergebnisse zur Opferchaft von politisch rechts motivierten Handlungen zeigen, dass Jugendliche am häufigsten aufgrund ihrer Herkunft oder Nationalität diskriminiert werden (6,3 %). Am zweithäufigsten erleben die Jugendlichen Diskriminierung aufgrund ihrer politischen Meinung (3,2 %), gefolgt von Diskriminierung aufgrund der Religion (2,3 %); dies betrifft vor allem muslimische Jugendliche. Aufgrund der sexuellen Orientierung und des Geschlechts wurden jeweils 1,7 % diskriminiert, wobei im letzteren Falle vor allem Mädchen von Diskriminierungserleben berichten. An Gemeinschaftsschulen und bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind Diskriminierungserfahrungen prävalenter als an Gymnasien und bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.
- **In ca. jedem achten Fall von einer Diskriminierungserfahrung berichten die Opfer von einem oder einer rechtsextremen Täter\*in (13,3 %).** Ebenso wird nur jeder achte Fall bei der Polizei gemeldet. In 4,6 % der Vorfälle wird eine Strafe von der Schule oder einem Gericht verhängt.

Während am häufigsten einem oder einer Freund\*in von einer Tat erzählt wird, behält über ein Viertel der Schüler\*innen die Diskriminierungserfahrung für sich (28,1 %).

- **Rechtsextreme Aktivitäten steigen in der Wahrnehmung von Jugendlichen.** Während die Wahrnehmung des Graffitisprühens zumindest im Landgerichtsbezirk Itzehoe zunimmt, wird auf den Schulhöfen in allen Landgerichtsbezirken häufiger Material von Rechten verteilt. Darüber hinaus berichten Jugendliche vermehrt davon, dass ihre Freunde schon einmal von einer rechten Person angegriffen oder beleidigt wurden. Einzig im Landgerichtsbezirk Lübeck nehmen die Jugendlichen im Zeitverlauf weniger Beleidigungen und Angriffe durch Rechte auf ihre Freunde wahr. Dabei sei angemerkt, dass dieser Anteil (gemessen im Jahr 2013) im Vergleich zu denen der anderen Landgerichtsbezirke (gemessen im Jahr 2014) bereits deutlich höher ausfiel. Gleichzeitig steigt jedoch das Engagement für Vielfalt und Toleranz bei den Jugendlichen in den Landgerichtsbezirken Kiel und Flensburg.
- **Das Bedrohungs- und Angsterleben in Bezug auf Rechtsextremismus ist relativ hoch.** Die Ergebnisse zeigen, dass die Angst vor Rechten trotz signifikanter Rückgänge in einzelnen Landgerichtsbezirken über den Vier-Jahres-Zeitraum immer noch relativ hoch ist. Je nach Aussage variiert das Bedrohungs- und Angsterleben zwischen 15,6 % und 28,3 %. Am häufigsten äußern die Jugendlichen, dass sie Angst haben, Rechten auf der Straße zu begegnen (28,3 %), gefolgt von der Angst sich zu wehren, wenn Rechte sie beschimpfen (27,4 %). In den Landgerichtsbezirken Kiel und Itzehoe ist die Angst, sich zu wehren, wenn man von Rechten beschimpft wird, über die Zeit signifikant gesunken. Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken bestehen derart, dass die Angst vor rechten Personen in der Schule in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe stärker ist als in den Landgerichtsbezirken Lübeck und Kiel. Im Landgerichtsbezirk Lübeck nimmt diese Angst im Zeitvergleich sogar etwas ab.

### 3 Korrelate von rechten Einstellungen und Verhaltensweisen in Schleswig-Holstein

- **Das soziale Umfeld der Jugendlichen steht in starkem Zusammenhang mit der Übernahme rechter Einstellungen.** Die Analyse der Korrelate rechter Einstellungen hat aufgezeigt, dass rechte Einstellungen im sozialen Umfeld der Befragten (d. h. Eltern, Klassenlehrkraft und beste\*r Freund\*in) eng mit der eigenen Zustimmung zu rechten Einstellungen in Zusammenhang stehen. Dies gilt über alle betrachteten Einzeldimensionen hinweg, wobei sich ein besonders starker Zusammenhang für die Dimension Ausländerfeindlichkeit zeigt. Auch der Kontakt in die rechtsextreme Szene hat sich als bedeutsames Korrelat rechter Einstellungen erwiesen, wenngleich die Effekte vergleichsweise schwach ausgeprägt sind. Das soziale Umfeld steht neben den einzelnen Dimensionen von Rechtsextremismus ebenso mit der Übernahme eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds in Zusammenhang. Darüber hinaus begünstigen sowohl Kontakterfahrungen in die rechtsextreme Szene als auch rechte Einstellungen im sozialen Umfeld die Ausführung diskriminierender Verhaltensweisen.
- **Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen sind unter Gemeinschaftsschüler\*innen stärker vertreten als unter Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.** Dieser Effekt zeigt sich bei der Betrachtung von Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur sowie Verharmlosung des Nationalsozialismus, nicht jedoch für die Dimensionen

Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit. Ebenso verhalten sich Gemeinschaftsschüler\*innen häufiger diskriminierend gegenüber Ausländer\*innen als Gymnasiastinnen und Gymnasiasten.

- **Die Zustimmung zu rechten Einstellungen unterscheidet sich zwischen Mädchen und Jungen.** Im Vergleich zu männlichen Befragten teilen weibliche Befragte häufiger antisemitische Einstellungen und befürworten eher eine rechtsautoritäre Diktatur. Männliche Befragte führen dagegen häufiger diskriminierende Verhaltensweisen aus. Dies gilt in Bezug auf alle abgefragten gesellschaftlichen Gruppen.
- **Persönlichkeitsmerkmale der Befragten stehen in Zusammenhang mit rechten Einstellungen und Verhaltensweisen.** Die multivariaten Analysen haben aufgezeigt, dass die Persönlichkeitsmerkmale Autoritarismus, hierarchisches Selbstinteresse, Selbstkontrolle und Empathie die Zustimmung zu rechten Einstellungen und/oder die Ausübung diskriminierender Verhaltensweisen signifikant beeinflussen. Während stärker autoritäre Einstellungen und – obgleich in geringerem Maße – höheres hierarchisches Selbstinteresse als Risikomarker für rechtsextreme Einstellungen ausgemacht werden können, lässt sich Empathie und Selbstkontrolle als Schutzfaktor interpretieren. Jugendliche, die eine höhere Empathiefähigkeit aufweisen, vertreten signifikant seltener ausländerfeindliche, antisemitische und sozialdarwinistische Einstellungen und stimmen Aussagen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus weniger stark zu. Hinsichtlich diskriminierender Verhaltensweisen lässt sich lediglich das hierarchische Selbstinteresse als Risikomarker nachweisen, während Empathie offenbar eine schützende Wirkung gegenüber der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung und homosexuellen Personen hat. Auch vertreten Jugendliche mit höherer Empathiefähigkeit seltener ein geschlossenes rechts-extremes Weltbild.
- **Jugendliche, die sich oder die Lage der Deutschen als depriviert wahrnehmen, teilen vermehrt rechte Einstellungen.** Jugendliche, die die allgemeine Lage der Deutschen als arm einordnen (*kollektive absolute Deprivation*) stimmen häufiger chauvinistischen, diktaturbefürwortenden sowie sozialdarwinistischen Aussagen zu. Darüber hinaus befürworten Jugendliche, die es für sinnlos halten, sich politisch zu engagieren (*institutionelle Deprivation*), eher rechte Einstellungen (ausgenommen Antisemitismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur).
- **Interethnischer Kontakt kann als potentieller Schutzfaktor vor der Übernahme ausländerfeindlicher Aussagen ausgewiesen werden.** Je mehr ausländische Personen in der Nachbarschaft, Schulklasse, Freundeskreis und Freizeitgruppe bzw. Schul-AG oder Verein wahrgenommen werden, desto weniger ausländerfeindliche Einstellungen teilen die Jugendlichen. Auf weitere Dimensionen rechter Einstellungen hat der interethnische Kontakt offenbar keine Auswirkungen.
- **Jugendliche mit Migrationshintergrund sind weniger ausländerfeindlich und antisemitisch eingestellt und verhalten sich weniger diskriminierend gegenüber Ausländer\*innen.** Erwartungsgemäß zeigt sich, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund weniger ausländerfeindlich eingestellt sind. Zudem kann der in der Öffentlichkeit häufig postulierte Antisemitismus von Menschen mit Migrationshintergrund nicht für Jugendliche in Schleswig-Holstein bestätigt werden, da diese sogar weniger antisemitisch eingestellt sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Auf der Verhaltens-

ebene zeigen Jugendliche mit Migrationshintergrund weniger diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen. Dafür lässt sich aber unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund häufigeres diskriminierendes Verhalten gegenüber homosexuellen Personen feststellen.

- **Eine niedrige Selbstkontrolle sowie hohe Impulsivität und Feindseligkeit/Aggressivität stehen in engem Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen.** Die Fähigkeit der emotionalen Selbstregulation in Situationen, in denen Personen geärgert oder gestört werden (Selbstkontrolle) verringert die Wahrscheinlichkeit, sich diskriminierend gegenüber homosexuellen Personen zu verhalten. Demgegenüber zeigen Jugendliche mit höherer Feindseligkeits-/Aggressivitätsneigung häufiger diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen und obdachlosen Personen.
- **Diskriminierungshandlungen gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen stehen in Zusammenhang mit der sozialen Benachteiligung der Täter\*innen.** Jugendliche, die sich sozial depriviert fühlen, verhalten sich eher diskriminierend gegenüber Menschen mit Behinderungen und homosexuellen Personen. Darüber hinaus sind Jugendliche, die Anomie und damit allgemeine Gefühle der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit erleben, häufiger diskriminierend gegenüber Ausländer\*innen. Schüler\*innen, deren Eltern Sozialleistungen beziehen, führen eher diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderungen aus. Sich einsamühlende Schüler\*innen zeigen mehr diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen auf.

## 1 Einleitung

### 1.1 Die Verbreitung politisch rechts motivierter Gewalt im Hellfeld

Bevor die Ergebnisse der Regionalanalyse vorgestellt werden, soll zunächst die Verbreitung politisch rechtsmotivierter Straftaten im polizeilichen Hellfeld betrachtet werden. Hierfür liegen sowohl die bundesweiten als auch die auf Schleswig-Holstein bezogenen Fallzahlen Politisch Motivierter Kriminalität (PMK) vor. Politisch motivierte Straftaten bedrohen vor allem die demokratischen Grundwerte des Gemeinwesens und die Achtung der im Grundgesetz dargelegten Menschenrechte. Sie beziehen sich auf Straftaten, die entweder einen oder mehrere Straftatbestände der sogenannten klassischen Staatsschutzdelikte erfüllen, selbst wenn im Einzelfall keine politische Motivation festgestellt werden kann (z. B. Propagandadelikte oder Hochverrat) oder in der Allgemeinkriminalität begangen werden können (z. B. Körperverletzungsdelikte oder Sachbeschädigungen), bei denen jedoch unter Berücksichtigung der Gesamtumstände der Tat und/oder der Einstellung des oder der Täter\*in bestimmte Anhaltspunkte dafür gegeben sind, dass sie gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung bzw. eines ihrer Wesensmerkmale verstoßen. Unter diese Anhaltspunkte fallen z. B. Hinweise, die darauf schließen lassen, dass der demokratische Willensbildungsprozess beeinflusst werden soll, dass bestimmte politische Ziele und Entscheidungen erreicht bzw. verhindert werden sollen oder dass Personen wegen ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status angegangen werden (sog. Hasskriminalität, vgl. (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018a)).

Die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität werden von den Polizeibehörden der Länder erhoben und dem Bundeskriminalamt zur bundesweiten Erfassung und Auswertung über die Landeskriminalämter übermittelt. Während es sich bei der Polizeilichen Kriminalstatistik um eine Ausgangsstatistik handelt (d. h., dass die der Polizei bekannt gewordenen Straftaten erst nach Abschluss der polizeilichen Ermittlungen bei Aktenabgabe an die Staatsanwaltschaft oder das Gericht erfasst werden), stellt die PMK eine Eingangsstatistik dar. Dies bedeutet, dass sie die in einem Kalenderjahr polizeilich registrierten Taten abhängig vom Zeitpunkt der Tatbegehung erfasst werden. Straftaten werden bereits mit Aufnahme der polizeilichen Ermittlungen und damit bereits beim ersten Anfangsverdacht erfasst. In die jährlichen PMK-Statistiken gehen somit nur Fälle ein, die in dem betreffenden Kalenderjahr begangen wurden. Zu beachten ist, dass die Polizei im Laufe der Ermittlungen zu einer anderen Bewertung für eine Tat kommen kann und ihre Einschätzung korrigieren muss. Dennoch stellt die PMK-Statistik ein wichtiges Frühwarnsystem dar, um frühzeitig Entwicklungen und Tendenzen erkennen zu können, da politisch motivierte Straftaten eine besondere Bedrohung für unsere Gesellschaft darstellen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018a).

Das Bundesministerium des Innern verzeichnete im Jahr 2016 mit 23.555 rechts motivierten Straftaten einen neuen Höchststand. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies zwar nur einem leichten Anstieg um 2,6 %, jedoch ist die Anzahl an diesen Straftaten von 2014 auf 2015 bereits um 34,9 % gestiegen. Die bundesweiten PMK-Fallzahlen geben für das Jahr 2017 für die rechtsmotivierte Kriminalität ein Gesamtstrafatenaufkommen von 20.520 Fällen und damit einen Rückgang von 12,9 % im Vergleich zum Vorjahr an. Damit waren die Fallzahlen der rechten PMK erstmals seit 2014 rückgängig. Mehr als die Hälfte (58,6 %) der polizeilich registrierten Straftaten in diesem Phänomenbereich entfielen auf

Propagandadelikte. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die verschiedenen Deliktsbereiche rechter PMK für die Jahre 2016 und 2017.

**Tabelle 1** Rechtsmotivierte Straftaten nach Delikttypen im Jahr 2017 (Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018c) .

	2016	2017	Differenz zum Vorjahr (in %)
<i>Tötungsdelikte</i>	19	4	-78,9
Tötungsdelikte vollendet	1	0	-100,0
Tötungsdelikte Versuch	18	4	-77,8
<i>Körperverletzungen</i>	1.393	961	-31,0
<i>Brandstiftungen</i>	119	47	-60,5
<i>Sprengstoffdelikte</i>	11	7	-36,4
<i>Landfriedensbruch</i>	25	12	-52,0
<i>Gefährlicher Eingriff (in Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr)</i>	13	15	+15,4
<i>Freiheitsberaubung</i>	2	2	0,0
<i>Raub</i>	17	5	-70,6
<i>Erpressung</i>	18	24	+33,3
<i>Widerstandsdelikte</i>	80	53	-33,8
<i>Sexualdelikte</i>	1	0	-100,0
<b>Summe Gewaltdelikte</b>	<b>1.698</b>	<b>1.130</b>	<b>-33,5</b>
<i>Sachbeschädigungen</i>	1.760	1.604	-8,9
<i>Nötigung/ Bedrohung</i>	516	376	-27,1
<i>Propagandadelikte</i>	12.512	12.032	-3,8
Verbreiten von Propaganda	33	33	0,0
Verwenden von Kennzeichen	12.479	11.999	-3,8
<i>Störung Totenruhe</i>	11	6	-45,5
<i>Volkshetze</i>	4.029	3.116	-22,7
<i>Verstoß gegen VersG</i>	453	169	-62,7
<i>Verstoß gegen WaffG</i>	45	21	-53,3
<i>Andere Straftaten</i>	2.531	2.066	-18,4
<b>Gesamt</b>	<b>23.555</b>	<b>20.520</b>	<b>- 12,9</b>

Von den insgesamt erfassten politisch rechts motivierten Straftaten wiesen im Jahr 2017 19.467 (2016: 22.471) einen extremistischen Hintergrund auf, d. h. es gab Anhaltspunkte dafür, dass sie darauf abzielten, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Geltung zu setzen, die für unsere freiheitliche-demokratische Grundordnung prägend sind. Dies entspricht einem Rückgang von 13,4 %.

Die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ging 2017 auf 1.130 (2016: 1.698) zurück. Das entspricht einem prozentualen Rückgang um 33,5 %. Damit befindet sich die aktuelle Zahl der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten deutlich unter der des Jahres 2016. Im Bereich der durch gruppenbezogene Vorurteile motivierten Straftaten, der sog. Hasskriminalität, wurden im Jahr 2017 7.170 rechtsmotivierte Fälle registriert, davon 821 Gewalttaten. Der überwiegende Teil (86,0 %) entfiel dabei auf fremdenfeindliche Straftaten (6.166 Fälle). Tabelle 2 gibt einen Überblick über die der rechtsmotivierten Hasskriminalität zugeordneten Straf- und Gewalttaten.

**Tabelle 2** Rechtsmotivierte Straf- und Gewalttaten im Bereich Hasskriminalität im Jahr 2017 (Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018b).

	2016	2017	Differenz zum Vorjahr (in %)
<b>Hasskriminalität gesamt</b>	<b>9.696</b>	<b>7.170</b>	<b>-26,1</b>
<b>davon Gewalttaten</b>	<b>1.252</b>	<b>821</b>	<b>-34,4</b>
<i>Fremdenfeindliche Straftaten</i>	8.530	6.166	-27,7
davon Gewalttaten	1.213	794	-34,5
<i>Antisemitische Straftaten</i>	1.381	1.412	+2,2
davon Gewalttaten	32	29	-9,4
<i>Rassistische Straftaten</i>	1.305	1.277	-2,1
davon Gewalttaten	213	158	-25,8
<i>Gegen sonstige Religionen gerichtete Straftaten*</i>	1.100	27	-97,5
davon Gewalttaten	53	2	-96,2
<i>Gegen den gesellschaftlichen Status gerichtete Straftaten</i>	47	20	-57,4
davon Gewalttaten	10	0	-100,0
<i>Gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Straftaten</i>	86	99	+15,1
davon Gewalttaten	9	5	-44,4
<i>Gegen die Behinderung gerichtete Straftaten</i>	22	20	-9,1
davon Gewalttaten	7	2	-71,4
<i>Christenfeindliche Straftaten*</i>	-	20	-
davon Gewalttaten	-	2	-
<i>Islamfeindliche Straftaten*</i>	-	994	-
davon Gewalttaten	-	52	-
<i>Antiziganistische Straftaten*</i>	-	39	-
davon Gewalttaten	-	1	-
<i>Gegen sonstige ethnische Zugehörigkeit gerichtete Straftaten*</i>	-	12	-
davon Gewalttaten	-	2	-

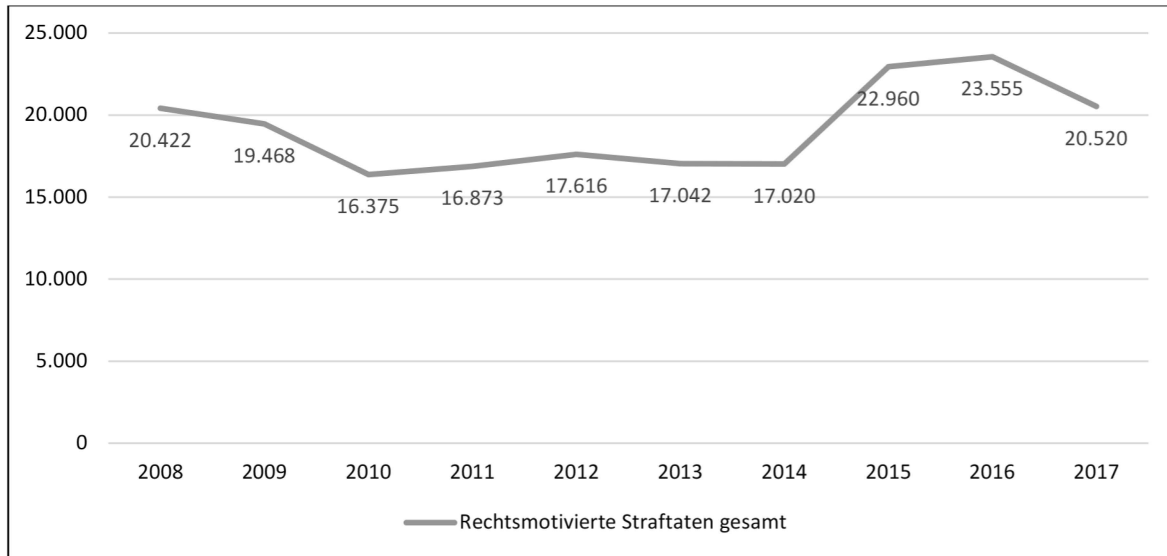
**Anmerkungen:** \*Christenfeindliche, islamfeindliche, antiziganistische sowie „gegen sonstige ethnische Zugehörigkeit gerichtete“ Straftaten werden erst seit 2017 erfasst. Zum 1. Januar 2017 wurde der Delikttyp „gegen die Religion gerichtete Straftaten“ auf „gegen sonstige Religionen gerichtete Straftaten“ eingegrenzt, sodass sich die Zahlen für 2016 und 2017 nicht vergleichen lassen.

Im Bereich Straftaten gegen Asylunterkünfte wurden im Berichtsjahr insgesamt 312 Fälle registriert.<sup>1</sup> Von diesen wurden 300 Fälle als rechtsmotiviert eingestuft, was einer Abnahme von 67,7 % im Vorjahresvergleich entspricht. Dieser rückläufige Trend gilt auch für Gewaltdelikte gegen Asylunterkünfte, welche im Vergleich zu 2016 um 72,0 % abgenommen haben. Die häufigsten Delikte gegen Asylunterkünfte waren Sachbeschädigungen und Propagandadelikte.

Zusätzlich ist in Abbildung 1 die Entwicklung rechtsmotivierter Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland über die letzten zehn Jahre dargestellt. Betrachtet man die Gesamtzahl rechtsmotivierter Delikte im Zeitverlauf, so zeigt sich zunächst, dass sich die Anzahl registrierter Straftaten zwischen 2008 und 2010 um knapp 20,0 % verringert hat. Waren es 2008 noch 20.422 registrierte Fälle, wurden 2010 16.375 rechte Straftaten registriert. Bis zum Jahr 2014 verblieb diese Zahl insgesamt auf einem ähnlichen Niveau, wobei im Jahr 2012 ein relativer Höchstwert von 17.616 zu verzeichnen war. Schließlich lässt sich im Jahr 2015 ein deutlicher Anstieg rechtsmotivierter Straftaten auf 22.960 Fälle feststellen. Dies entspricht einer prozentualen Zunahme von 34,9 % im Vergleich zum Vorjahr. Im Jahr 2017 ging

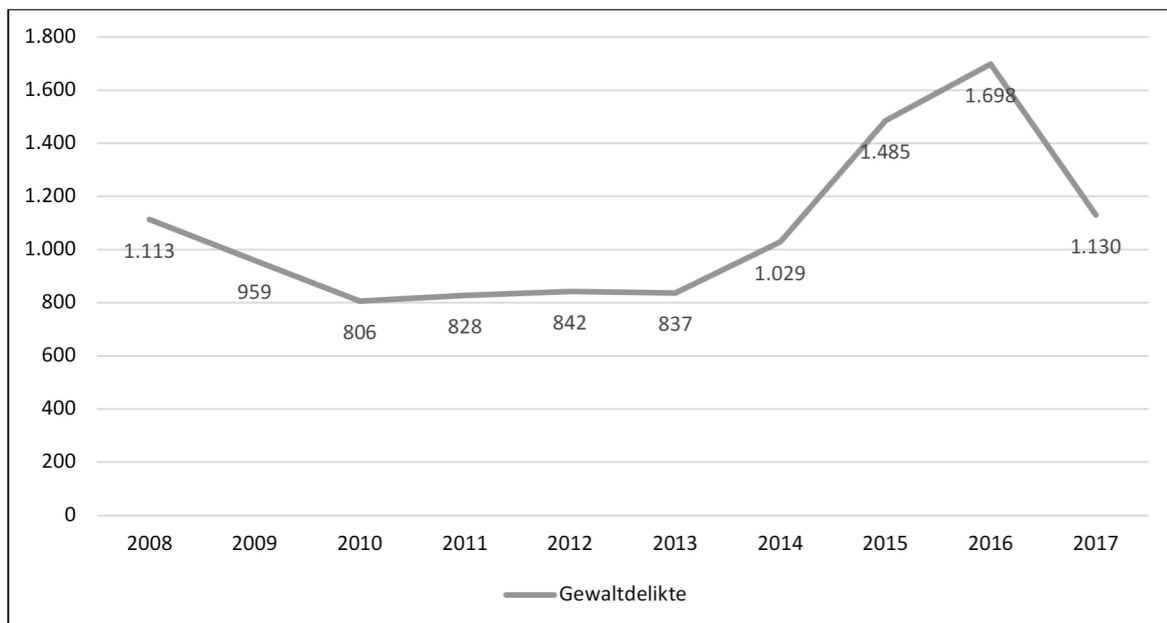
<sup>1</sup> Für Straftaten gegen Asylbewerber/ Geflüchtete (außerhalb der Unterkünfte) wird nur eine Gesamtzahl von 1.903 Fällen angegeben; der rechtsmotivierte Anteil davon ist unklar.

die Anzahl rechtsmotivierter Delikte dann wieder leicht zurück (-12,9 %) und befindet sich in etwa auf dem Niveau von 2008 (20.520 Fälle).



**Abbildung 1** Entwicklung der Gesamtzahl rechtsmotivierter Straftaten in Deutschland 2008-2017 (Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018d)

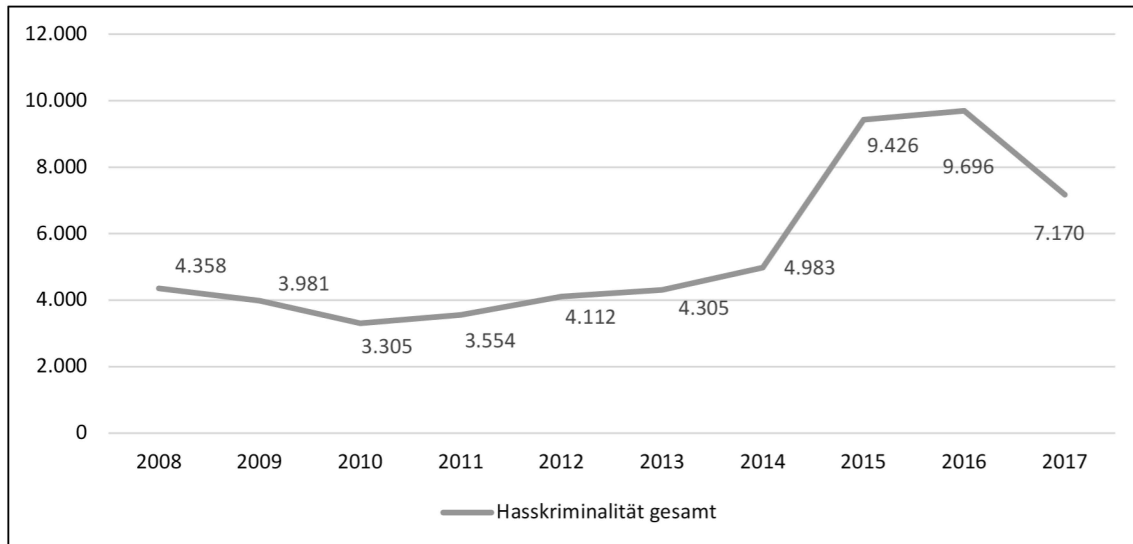
Betrachtet man nur die Entwicklung der rechtsmotivierten Gewaltdelikte (siehe Abbildung 2), so bestätigt sich das oben gewonnene Bild. Bei den Gewaltdelikten ist es jedoch schon im Jahr 2014 zu einem rasanten Anstieg gekommen (+23 %, 1.029 Fälle im Vergleich zu 837 im Vorjahr). Im Jahr 2017 hat es darüber hinaus einen stärkeren Rückgang gegeben (-33,5 %, von 1.698 zu 1.130 Fällen).



**Abbildung 2** Entwicklung der Zahl rechtsmotivierter Gewalttaten in Deutschland 2008-2017 (Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018d)

Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auch für die Anzahl rechtsmotivierter Straftaten im Bereich Hasskriminalität (siehe Abbildung 3). Jedoch kam es hier bereits ab dem Jahr 2011 zu einem graduellen

Anstieg sowohl an Straftaten insgesamt als auch an Gewaltdelikten, der sich ab 2015 radikal verstärkt hat (von 4.983 auf 9.426 Fälle). Im Jahr 2016 hat sich die Zahl rechtsmotivierter Straftaten im Bereich Hasskriminalität sogar noch einmal leicht erhöht (auf 9.696 Fälle), bevor sie 2017 wieder zurückgegangen ist. Die Anzahl rechtsmotivierter Delikte im Bereich Hasskriminalität ist im Jahr 2017 jedoch auf einem höheren Niveau als noch 2008. Über die letzten zehn Jahre zusammengekommen ist die Anzahl an Straftaten um 64,5 % (gesamt) bzw. 72,1 % (Gewaltdelikte; hier nicht dargestellt) angestiegen.



**Abbildung 3** Entwicklung der Zahl rechtsmotivierter Straftaten im Bereich Hasskriminalität in Deutschland 2008-2017 (Quelle: Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018e)

### Rechtsmotivierte Straf- und Gewalttaten in Schleswig-Holstein

Der Verfassungsschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein 2017 gibt für das Berichtsjahr insgesamt 637 rechtsmotivierte Delikte an (Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration 2018). Der zu verzeichnende Rückgang lag dabei mit rund 19 % noch höher als im bundesweiten Straftatenaufkommen und erreichte somit wieder das Niveau von 2015. Analog zu den bundesweit registrierten Fällen entfiel der überwiegende Teil rechter PMK-Delikte auch in Schleswig-Holstein auf Propagandadelikte. Im Bereich politisch motivierter Gewaltdelinquenz wurden im Berichtsjahr 47 Delikte polizeilich registriert, was einem Rückgang von rund 29 % im Vorjahresvergleich entspricht. 43 dieser Delikte entfielen dabei auf einfache oder gefährliche Körperverletzungen.

## 1.2 Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus

### Begriffsbestimmung

Bevor auf die Entstehungsbedingungen von Rechtsextremismus eingegangen wird, soll zunächst eine kurze Begriffsbestimmung von Rechtsextremismus vorgenommen werden. Während die mediale Berichterstattung ihren Fokus auf aufsehenerregende politisch-motivierte Gewalttaten lenkt, ist das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus tatsächlich deutlich vielfältiger. So zeigt die in den Jahren 2015 und 2016 rasant gestiegene Zahl „flüchtlingsfeindlicher Angriffe“ (vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2018d), zusammen mit dem Aufkommen völkischer, rassistischer und rechtspopulistischer Bewegungen (z. B. PEGIDA) und Großveranstaltungen (z. B. rechtsextremistische Musik- und Rednerveranstaltungen), dass zumindest nationalistische und rassistische Einstellungen in Deutschland mehr als nur ein Randphänomen sind.

Zur Annäherung an den Begriff des Rechtsextremismus muss zunächst konstatiert werden, dass Rechtsextremismus in Deutschland kein ideologisch einheitliches Phänomen verkörpert. Laut dem Bundesverfassungsschutz lassen sich jedoch eine „Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit und eine gegen den Gleichheitsgrundsatz gerichtete Fremdenfeindlichkeit“ als zentrale definitorische Merkmale rechtsextremistischer Orientierungen identifizieren. Diese Eigenschaften seien mit verschiedenen Ausprägungen chauvinistischer, rassistischer und antisemitischer Ideologeelemente verknüpft. In Anlehnung an diese Auffassung werde nach Heitmeyer (2002) der definitorische Kern des Rechtsextremismus durch eine Ideologie der Ungleichheit und eine Akzeptanz von Gewalt bestimmt. Während diese Eigenschaften laut Heitmeyer gemeinsam auftreten müssen, wird die Gewaltakzeptanz als notwendige Voraussetzung von Rechtsextremismus nicht generell anerkannt (Butterwegge und Meier 2002).

Angesichts der z. T. uneinheitlichen Begriffsbestimmung wurde eine Konsensdefinition von Rechtsextremismus entwickelt (Best et al. 2013; Decker und Brähler 2006, 2008; Decker et al. 2012, 2014), nach der Rechtsextremismus als Einstellungsmuster mit sechs verschiedenen Ideologeelementen betrachtet wird: Demokratieablehnung, übersteigter Nationalismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus bzw. Sozialdarwinismus und Antisemitismus (vgl. Stöss 2010). Dieses Einstellungsmuster gehe mit einer Abwertung von sozialen Gruppen einher, die aufgrund ihrer Herkunft, Religion, ihres sozialen Status oder ihrer körperlichen Merkmale nicht als zugehörig zur eigenen Gemeinschaft erscheinen (Jaschke 2001). Eng verknüpft mit dieser Konsensdefinition ist das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002), nach welchem verschiedene Dimensionen von Rechtsextremismus zu einem „Syndrom“ gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit integriert werden (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Homophobie, Abwertung von Obdachlosen, Abwertung von Menschen mit Behinderungen, Islamfeindlichkeit, Sexismus, Etabliertenvorrechte, Abwertung von Langzeitarbeitslosen). Gemeinsamer Kern dieses Syndroms sei eine Ideologie der Ungleichwertigkeit.

### Entstehungsbedingungen

Die Entstehung rechtsextremer Einstellungen lässt sich durch keinen einzelnen Erklärungsansatz begründen, sondern ist potentiell im Rahmen eines Zusammenspiels mehrerer Faktoren zu verstehen. Dieses Zusammenspiel tritt in Form von Wechselwirkungen zwischen individuellen, intergruppalen und gesellschaftlichen Faktoren auf (Baier et al. 2010; Zick und Küpper 2009), die im Folgenden auf Basis

theoretischer Überlegungen skizziert werden sollen (für einen Überblick siehe auch Maresch und Bliessener 2015).

Grundsätzlich kann die Ausübung einer politisch motivierten Straftat am Ende eines individuellen Entwicklungsprozesses gesehen werden, der mit der Übernahme extremer politischer Einstellungen und Überzeugungen beginnt. Obgleich rechtsextreme Einstellungen und rechtsextremes Verhalten über die gesamte Altersspanne hinweg beobachtet werden können (vgl. Rippl 2005), sind gewaltförmiges Verhalten und Gewaltbereitschaft insbesondere ein Phänomen des Jugendalters (Küpper und Zick 2007). In dieser Lebensphase werden all jene Entwicklungsaufgaben bewältigt, die die Formung der eigenen Identität – und damit auch der politischen Identität – entscheidend prägen (vgl. Havighurst 1972). Die Altersgruppe der Jugendlichen stellt auch im Hinblick auf die präventive Arbeit eine bedeutende Untersuchungsgruppe dar. Einerseits stehen gerade Kinder und Jugendliche im Fokus von Anwerbeversuchen durch rechtsextremistische Personen(gruppen), da sie aufgrund ihrer noch nicht vollständig gefestigten Persönlichkeitsstrukturen relativ leicht formbar und für rechtsextreme Zwecke instrumentalisiert werden können (vgl. Baier und Boehnke 2008). Andererseits können Heranwachsende in ihrer Herkunftsfamilie sowie Peergroup politisch rechten Sozialisationsimpulsen ausgesetzt sein, was mit einer späteren Verfestigung rechtsideologischer Einstellungs- und Verhaltensmuster im Lebensverlauf einhergehen kann.

### ***Soziodemografische Faktoren***

#### *Geschlecht*

Männliches Geschlecht wird vielfach als Risikomarker für die Hinwendung zu rechtsextremistischen Ideologien diskutiert (Küpper und Zick 2011; Zick et al. 2016). Begründet liegt dies in der Beobachtung, dass rechte Ideologien häufig die Idee der Überlegenheit des ‚weißen Mannes‘ propagieren. Vor dem Hintergrund, dass Souveränität und Überlegenheit klassische Männlichkeitsattribute darstellen, ist denkbar, dass Angebote von Rechtsextremisten eine besondere Attraktivität auf Jungen und junge Männer ausüben. Angenommen werden kann, dass dieser Zusammenhang umso stärker ausgeprägt ist, je höher die Gewaltbereitschaft der entsprechenden Gruppe bzw. Organisation ist. Empirisch betrachtet lassen sich zumindest hinsichtlich der Verbreitung rechter und menschenfeindlicher Einstellungen keine bedeutsamen Geschlechterunterschiede feststellen. Allerdings sind auf der Handlungsebene Unterschiede zwischen Männern und Frauen, Jungen und Mädchen deutlich erkennbar: So zeigen Küpper und Zick (2011) sowie Frindte et al. (2014), dass Frauen deutlich seltener rechtsextrem motivierte Straftaten begehen, rechtsextreme Parteien wählen oder Teil rechtsextremer Gruppierungen sind. Festgestellte Geschlechterdifferenzen sind jedoch meist gering, auf die Ablehnung bestimmter Gruppen bezogen und insgesamt uneinheitlich (vgl. Küpper und Zick 2011; Zick und Klein 2014; Zick et al. 2016; Decker und Brähler 2006). Anhand bisheriger Erkenntnisse lässt sich also nicht generell bestimmen, ob Männer oder Frauen stärker rechts eingestellt sind.

#### *Sozioökonomischer Status und Bildung*

Im Hinblick auf die ökonomische Situation zeigen verschiedene Studien, dass Personen mit höherem sozioökonomischen Status (definiert über Einkommen und Erwerbstätigkeit) geringere Zustimmungswerte zu rechtsextremen Einstellungen aufweisen. So stimmen in repräsentativen Untersuchungen Personen mit niedrigerem Einkommen menschenfeindlichen Einstellungen eher zu (Zick et al. 2016). Decker und Brähler (2006) fanden zudem die höchsten Zustimmungswerte bzgl. rechtsextremer Einstellungen bei arbeitslosen Teilnehmer\*innen.

In Bezug auf die Dimension Bildung ist mittlerweile gut dokumentiert, dass ein höheres Bildungsniveau (im Sinne eines höheren formalen Bildungsabschlusses) mit einer geringeren Zustimmung zu rechts-extremen und menschenfeindlichen Einstellungen einhergeht (Zick et al. 2016; Zick und Klein 2014; Decker und Brähler 2006; Heyder und Gaßner 2012). Rippl (2002) konnte dies auch in einem repräsentativen Sample von Schüler\*innen der 7. bis 10. Klasse nachweisen und zeigte darüber hinaus, dass bildungsbezogene Unterschiede vor allem zwischen Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und Jugendlichen, die kein Gymnasium besuchen bestehen. So waren Nicht-Gymnasiastinnen und Gymnasiasten stärker fremdenfeindlich orientiert und wiesen eine positivere Bewertung von Leistung und sozialen Unterschieden sowie größere Angst vor späterer Arbeitslosigkeit auf. Nach einer Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen, die auf Basis eines für Niedersachsen repräsentativen Sample von über 4.000 Schüler\*innen durchgeführt wurde, sind es weitaus mehr Jugendliche aus niedrigen Schulformen (Haupt- und Förderschulen), die ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen (Kliem et al. 2018).

### ***Persönlichkeitseigenschaften***

#### *Autoritarismus*

Auf individueller Ebene sind weiterhin Persönlichkeitsmerkmale wie autoritäre Charakterzüge in Zusammenhang mit faschistischen Potentialen und rechtsextremistischen Einstellungs- und Verhaltensweisen gebracht worden (vgl. Adorno et al. 1967). Eine Reihe von Studien konnte nachweisen, dass autoritär eingestellte Personen stärkere Vorurteile und eine größere Diskriminierungsbereitschaft gegenüber bestimmten sozialen Gruppen aufweisen als Personen mit weniger autoritären bzw. anti-autoritären Einstellungen (Altemeyer 1988; Frindte und Zachariae 2005). Das Konzept des Autoritarismus fasst stabile Unterschiede zwischen Menschen in Bezug auf drei Verhaltenstendenzen zusammen (Stöbel et al. 2009): Erstens die Tendenz, an sozialen Konventionen und traditionellen, in der Gesellschaft vorherrschenden Normen festzuhalten; zweitens die Bereitschaft zur Unterordnung unter gesellschaftlich etablierte Autoritäten und drittens die Tendenz zur Aggression gegenüber Gruppen, die als gesellschaftlich nicht normativ angesehen werden (Altemeyer 1988). Das Konzept des Autoritarismus beschreibt damit bestimmte persönliche Dispositionen, die derart ausgestaltet sind, dass gesellschaftliche Veränderungsprozesse als negativ wahrgenommen werden. Dies sei in der Folge mit negativen Bewältigungsstrategien verbunden, bei denen unsichere und in der Zukunft offene Situationen als potenzielle Bedrohung der eigenen Person und ihrer Prinzipien erachtet werden (Rippl et al. 2005).

Aus der Perspektive einer psychoanalytisch orientierten Sozialpsychologie seien für die Herausbildung einer autoritären Persönlichkeit patriarchalische Familienstrukturen und eine strenge, auf Bestrafung ausgelegte und wenig liebevolle elterliche Erziehung zentral (Rippl et al. 2000b). Aus den elterlichen Gehorsamkeitsanforderungen würden Aggressionen erwachsen, die angestaut und nicht direkt gegenüber den eigenen Eltern ausgedrückt, sondern stellvertretend gegen andere, sozial schwächere Personen oder Angehörige von Minderheiten gerichtet werden (Rippl et al. 2000a). Die neuere Autoritarismusforschung richtet ihr Augenmerk insbesondere auf frühkindliche Bindungserfahrungen, wobei Zusammenhänge zwischen negativen Erfahrungen in der Familie, der moralischen Entwicklung und späteren Dispositionen für Intoleranz und Diskriminierung thematisiert werden (Hopf 2000; Milburn et al. 1995). So haben zahlreiche Untersuchungen einen Zusammenhang zwischen punitivem elterlichen Erziehungsverhalten und späteren autoritären Einstellungen nachgewiesen (vgl. Milburn et al. 1995; Hopf 2000). Alternativ wird die Herausbildung autoritärer Persönlichkeitszüge dagegen mehr als eine Reaktion auf Unsicherheit, Angst und Bedrohung in Bezug auf die soziale Ordnung, Kohäsion, Sicherheit und Stabilität betrachtet, die auch mit Benachteiligungsgefühlen und Zweifel über den eigenen

Wert einhergehen können (vgl. Oesterreich 2000; Altemeyer 1988; Hopf 2000). Demnach richten sich auf Autoritarismus gründende Vorurteile und Ablehnungstendenzen gegen Gruppen, die als normativ abweichend oder bedrohlich angesehen werden können (Duckitt und Sibley 2007). Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist allerdings weniger die Frage nach der Entstehung von Autoritarismus als vielmehr der Zusammenhang zwischen autoritären Denkmustern und Ethnozentrismus von Relevanz, der vielfach belegt ist (vgl. Rippl et al. 2000b).

#### *Selbstkontrolle und Impulsivität*

Das Konzept der niedrigen Selbstkontrolle (Gottfredson und Hirschi 1990) bezeichnet sowohl die Neigung von Personen, bei Handlungsentscheidungen systematisch kurzfristig positive Folgen ihres Handelns zugrunde zu legen, als auch die Unfähigkeit, langfristig negative Folgen ihres Handelns zu berücksichtigen. Gottfredson und Hirschi (1990) sehen Selbstkontrolle als stabile Persönlichkeitseigenschaft, die beeinflusst, ob Personen abweichendes Verhalten zeigen oder nicht. In ihrer *General Theory of Crime* spezifizieren die beiden Autoren Selbstkontrolle als alleinige Ursache für abweichendes Verhalten, wobei Selbstkontrolle im Rahmen der primären Sozialisation entwickelt werde. Folglich wird angenommen, dass Personen mit niedriger Selbstkontrolle dazu neigen, abweichendes Verhalten zu zeigen, sofern sich entsprechende Gelegenheiten dazu bieten. Eine niedrige Selbstkontrolle ist nach Gottfredson und Hirschi das Resultat der Weitergabe von Selbstkontrolle, vermittelt über die Unfähigkeit von delinquenten und gewalttätigen Eltern, eine adäquate Erziehung sicherzustellen (Schulz et al. 2011). Laut Gottfredson und Hirschi (1990) setzt sich Selbstkontrolle aus verschiedenen Subdimensionen zusammen, darunter Risikosuche, Impulsivität und Temperament. Während niedrige Selbstkontrolle wiederholt mit delinquentem und gewalttätigem Verhalten im Allgemeinen in Verbindung gebracht worden ist (Burton et al. 1998; Pratt und Cullen 2000), zeigen sich empirisch auch einige Hinweise dafür, dass zumindest eine hohe Risikosuche mit antisozialem Verhalten gegenüber bestimmten sozialen Gruppen assoziiert ist (Pauwels und Heylen 2017). So dokumentieren ethnografische Studien, dass Einsteiger rechtsextremer Gruppen häufig aus opportunistischen oder risikofreudigen Motiven heraus handeln (Watts 2001; Bjørgo 2002). Ehemalige Mitglieder extremistischer Gruppen betonen die Suche nach Abenteuer und Aufregung als einer der Hauptgründe für die Mitgliedschaft in rechten Gruppierungen. Es kann angenommen werden, dass eine ausgeprägte Risikosuche sowohl direkt mit politischer Gewalt zusammenhängt als auch indirekt über positive Einstellungen zu extremistischen Überzeugungen und rassistisch eingestellte Peers vermittelt wird (Selektionseffekte).

#### *Feindseligkeit/Aggressivität*

Zahlreiche Studien belegen, dass das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen sowie die Bereitschaft, Gewalt gegenüber Menschen anderer Hautfarbe, Herkunft oder sexueller Ausrichtung auszuüben, in deutlichem Maße von der individuellen Gewaltbereitschaft mitbestimmt wird (vgl. auch das *entwicklungsbezogene Arbeitsmodell von Radikalisierungsprozessen im Rechtsextremismusbereich* von Beelmann et al. 2018). Rechtsextrem motivierten Gewalt- und Straftaten gehen häufig bei männlichen Befragten eine generelle Aggressionsproblematik voraus. Nicht selten begünstigt die allgemeine Gewaltbereitschaft der Täter\*innen auch die Übernahme rechtsextremer Einstellungen, welche wiederum als Legitimation für ihre Gewalttaten dienen (Krüger 2008). Vieles spricht daher dafür, dass rechtsextremen Einstellungen vor allem eine gewaltauslösende und legitimierende Funktion zukommt.

#### *Empathie*

Dass die Fähigkeit zur Empathie in Bezug auf delinquentes Verhalten von hoher Relevanz ist, zeigen Studien wie die von Hosser und Beckurts (2005), die im Rahmen ihrer Untersuchung zu Empathiefä-

higkeit von Jugendlichen herausfanden, dass die in einer JVA untergebrachten, also delinquenten Jugendlichen, signifikant weniger empathiefähig waren als die Jugendlichen der Kontrollgruppe. Sie stellten außerdem einen hohen negativen Zusammenhang zwischen Empathie und Kriminalitätsbefürwortung fest. Auch hinsichtlich fremdenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen wird Empathie zunehmend diskutiert. So untersuchten Pettigrew und Tropp (2008) basierend auf den Ideen der Kontakthypothese mögliche Mediatoren des vorurteilsreduzierenden Effektes von Intergruppenkontakt. Ihre Ergebnisse zeigten, dass die Erhöhung von Empathie mit der anderen Gruppe durch den Kontakt einen entscheidenden vermittelnden Effekt auf die Reduktion von Vorurteilen hat. Laut ihren Ergebnissen ist Empathie sogar noch entscheidender als die Gewinnung von Wissen über die jeweils andere Gruppe. Übereinstimmend damit konnten Bäckström und Björklund (2007) an einer Schülerstichprobe Empathie als Schutzfaktor in Bezug auf rassistische sowie sexistische Vorurteile bestimmen.

#### *Hierarchisches Selbstinteresse*

Hierarchisches Selbstinteresse (HSI) beschreibt ein Werthaltungskonstrukt, nach dem marktgesellschaftliche Strukturen als Grundlage für menschenfeindliche Einstellungen gesehen werden. Trotz seiner Einbettung in einen größeren gesellschaftlichen und wirtschaftspolitischen Kontext soll HSI Fremdenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen auf individueller Ebene erklären. Im Mittelpunkt steht dabei ein Streben nach wirtschaftlicher Leistung, Rationalität sozialer Beziehungen, Erreichen eines höheren Status im Vergleich zu anderen und die Ausbildung einer möglichst großen individuellen Unabhängigkeit (Hadjar 2004). Heitmeyer (1995) hat in diesem Zusammenhang auf Basis von Längsschnittdaten zur politischen Sozialisation Jugendlicher die sog. Instrumentalisierungsthese aufgestellt, nach der sich Fremdenfeindlichkeit als „Krisenphänomen und Ausdruck eines Mechanismus in der ‚Mitte der Gesellschaft‘, der sogenannten ‚Verwertungslogik‘“, darstellt (Hadjar 2005). Mit „Instrumentalisierung“ sei dabei ein Muster der industriegesellschaftlichen Verwertungslogik gemeint, das sich mit dem eingelagerten Zwang zur Selbstdurchsetzung im Individuum verbinde. Dies führe zu einer „verstärkten Abgrenzung gegenüber anderen, zu einem Bedeutungsverlust von Traditionen und sozialen Normen und damit zu abweichenden Einstellungs- bzw. Verhaltensformen wie Fremdenfeindlichkeit“ (Hadjar 2005). Diesem Einstellungsmuster werde durch eine Ideologie der Ungleichheit subjektiv Sinn zugeschrieben. Insgesamt ist der Zusammenhang zwischen HSI und der Hinwendung zu rechts-extremistischen Ideologien damit durch eine Kompensation des Verlusts von Traditionen und sozialen Normen infolge eines sich rapide vollziehenden sozialen Wandels bedingt, die sich beim Einzelnen in (rechts)extremen Orientierungen zeigt. Die Abwertung anderer, die u. a. in rassistischen Einstellungen zutage tritt, dient in diesem Sinne als Instrument zur eigenen Aufwertung. Zur Legitimierung von Gewalt könne es kommen, wenn dieser Mechanismus durch „Ideologien der Ungleichheit“ verstärkt werde.

#### **Sozialstrukturelle Faktoren**

##### *Deprivation und Desintegration*

Neben Persönlichkeitsfaktoren werden auch gesellschaftliche Rahmenbedingungen zur Erklärung der Genese rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen diskutiert, insbesondere soziale Desintegration, fehlende soziale Sicherheit, mangelnde Erfüllung von sozialen oder wirtschaftlichen Ansprüchen, allgemeine Perspektivlosigkeit, gefühlte Benachteiligung im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen und Vertrauensverlust in die Funktion des politischen Systems (siehe Hohnstein und Greuel 2015). Derartige modernisierungstheoretische Überlegungen sehen den schnellen sozialen Wandel in modernen Industriegesellschaften als zentrale Ursache für Gefühle der Verunsicherung, Ohnmacht sowie Statusängste. Durch die Erosion traditioneller Sozialmilieus sowie einen fortschreitenden Prozess

der Individualisierung werde die Ausbildung einer autonomen Ich-Identität von Jugendlichen erschwert, was zur Übernahme rechtsextremer Orientierungen als Strategie zur Erlangung verhaltensbezogener Stabilität und Gewissheit führen könne (Heitmeyer 1992; Seipel und Rippl 2000; Spier 2010).

Deprivationstheoretische Überlegungen gehen von einer subjektiv empfundenen Kluft zwischen der (Nicht-)Erfüllung bestimmter Wünsche und Erwartungen (zumeist ökonomischer Natur) und der Entwicklung bestimmter politischer Orientierungen aus (Seipel und Rippl 2000). Nach Rippl und Baier (2005, S. 645) kann Deprivation als „ein Zustand des tatsächlichen oder perzipierten Entzugs bzw. der Entbehrung von etwas Erwünschtem“ verstanden werden, ist damit in erster Linie als subjektives Konzept zu verstehen. Deprivation kann jedoch nicht nur als *individuell* (d. h. Benachteiligung der eigenen Person), sondern auch als *kollektiv* (d. h. Benachteiligung der eigenen Gruppe) erlebt werden. Das bedeutet, dass Individuen bzw. bestimmte Personengruppen vom Zugang zu Arbeit oder Bildung, zur Mitgestaltung des politischen Gemeinwesens oder zum Aufbau von sozialen Netzwerken zu Bekannten oder Verwandten ausgeschlossen sind. Zugleich ist damit aber auch nur die Wahrnehmung eines möglichen Ausschlusses gemeint.

Das Konzept der relativen Deprivation basiert auf der Annahme, dass die sozioökonomische Position der Menschen ihre Sicht auf Fremdgruppen beeinflusst (Gehrke 2017). In der neuen sozialwissenschaftlichen Forschung steht insbesondere die relative Deprivation im Fokus des Interesses, welche weniger Faktoren der sozioökonomischen Hierarchisierung wie Armut und Arbeitslosigkeit (Hafez und Schmidt 2015, S. 37) in den Blick nimmt, sondern das subjektive Empfinden des Missverhältnisses zwischen den eigenen vorhandenen Ressourcen einer Person und denen, die sie selbst als angebracht für ihre Position empfindet, hervorhebt (Anhut und Heitmeyer 2000, S. 33). Einige Studien haben gezeigt, dass relative Deprivation zu sinkender Solidarität gegenüber als fremd wahrgenommene Gruppen führt (Rippl 2008, S. 453), was als Resultat die Übernahme rechter Ideologien befördern könnte.

Häufig sind Desintegrationserfahrungen Bestandteil von individuellem Deprivationserleben. Nach der Theorie der sozialen Desintegration (Anhut und Heitmeyer 2008) führen voranschreitende Modernisierungsprozesse infolge der Auflösung traditioneller Ordnungen und Systeme, z. B. in der Familie oder in der Arbeitswelt, zu einer „massiven Individualisierung, einer Schwächung des sozialen Kapitals und damit auch einer Vernachlässigung von Belangen des Gemeinwohls“ (Imbusch und Heitmeyer 2012a, S. 13). Zur theoretischen Plausibilisierung eines Zusammenhangs zwischen sozialer Desintegration und Rassismus wird die Annahme herangezogen, dass subjektiv empfundenenes Erleben von Ungerechtigkeit bei der Teilhabe an bestimmten Gütern zur Entfremdung und Indifferenz gegenüber den Mitmenschen führe, in der Bestrebung, dieses Anerkennungs- und Integrationsdefizit auszugleichen (Baier et al. 2016). Die Zuwendung zu extremistischen Ideologien diene somit als identitätsstiftende und anerkennungsgenerierende Strategie. Das Konfliktpotential zwischen Individuen oder Gruppen sei umso größer, je stärker diese Desintegrationserfahrungen mit empfundener Benachteiligung im Sinne subjektiver Deprivation verbunden sind (Imbusch und Heitmeyer 2012b). Anhut und Heitmeyer (2000) konstatieren im Zusammenhang mit dem Desintegrationsansatz, dass soziale Integration als ein protektiver Faktor für das Ausbilden menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungen bewertet werden kann.

### *Anomie*

Als weiterer modernisierungstheoretischer Ansatz zur Erklärung rechtsextremer Orientierungen wird das Konzept der Anomie herangezogen. Anomie beschreibt einen gesellschaftlichen Zustand der Nor-

men- und Orientierungslosigkeit (Heyder und Gaßner 2012), kann aber auch auf die anomische Situation eines Individuums, welches aus dem gewohnten sozialen Umfeld gerissen wird, verweisen (Was-muth und Waldmann 2005). Srole (1956) z. B. erfasste mit seinem Begriff der Anomia den subjektiven Zustand der Anomie, bei der die subjektive Beurteilung der eigenen Zukunftschancen oder der individuellen Bedeutungslosigkeit im Mittelpunkt steht. Auch hier ist die Auflösung traditioneller Sozialmilieus (z. B. Familien, Nachbarschaften und Arbeitsverhältnisse) als Ursache des Misslingens persönlicher Lebensentwürfe zu sehen, was rechtsextreme Orientierungen zur Folge habe (Logvinov 2017). Srole (1956) stellte einen empirischen Zusammenhang zwischen Anomie und Autoritarismus her, indem er zeigte, dass Erfahrungen der Anomie das Potential haben, autoritäre Einstellungen zu verstärken.

### ***Familie, Peergroup und Schule***

Da die Ausbildung und Verfestigung von gewaltbefürwortenden Einstellungen durch das soziale Umfeld deutlich mitbestimmt wird, ist es naheliegend, auch dieses Umfeld hinsichtlich der dort gemachten (Gewalt-)Erfahrungen zu betrachten. Die Herkunftsfamilie übt als primäre Sozialisationsinstanz einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung politischer Orientierungen aus. Zur Erklärung rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen sind wiederholt frühbiografische Risikokonstellationen wie eine belastete Eltern-Kind-Beziehung, elterliche Gewalt und Vernachlässigungserfahrungen herangezogen worden (Wetzels und Greve 2001). Insbesondere die Erfahrung von elterlicher Gewalt ist als zentraler Risikofaktor für gewalttätiges Verhalten und weitere sozio-emotionale Anpassungsprobleme im Kindes- und Jugendalter identifiziert worden (Gershoff und Grogan-Kaylor 2016). Denkbar ist, dass die Erfahrung von physischer Elterngewalt über eine unsichere Eltern-Kind-Bindung, eine gesteigerte Gewaltakzeptanz infolge sozialer Lernprozesse sowie über Erfahrungen der Ohnmacht und verringertem Selbstwert die Übernahme rechtsextremer Einstellungen und die Ausübung rechtsextremen Verhaltens begünstigen kann. Dass dieser Zusammenhang über eine gesteigerte Gewaltakzeptanz, die Ausbildung von gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und eine erhöhte Dominanzorientierung vermittelt wird, konnten empirische Studien in Längsschnittbetrachtung bestätigen (Weiss et al. 2015). Darüber hinaus lässt sich ein Zusammenhang zwischen erlebter Elterngewalt und der Einbindung in delinquente Peerguppen konstatieren: Personen, die bereits als Kind Gewalterfahrungen machen mussten, schließen sich auch eher delinquenten Freundesgruppen an (Raithel und Mansel 2003). Für rechtsextreme Einstellungsmuster sind dabei Jugendliche mit einer Präferenz für Ordnung, Ehre, Macht und Stärke besonders empfänglich, da diese Werte zahlreiche Anknüpfungspunkte an die rechtsextreme Ideologie bieten (siehe Hohnstein und Greuel 2015). Untersuchungen an rechtsextremen Straftätern zeigen, dass rechtsextrem eingestellte Personen nicht durchweg aus dysfunktionalen Familien stammen (müssen). So zeigen Eckert et al. (1996), dass ein strafender und emotionsloser Erziehungsstil einen vergleichsweise geringen Einfluss auf die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen hat, dafür aber in Zusammenhang mit der Gewaltbereitschaft stand.

Auch relevante Bezugspersonen mit radikalen Einstellungsmustern befördern den späteren Anschluss an extremistische Gruppierungen. Dazu gehört auch der Kontakt mit rechtsextrem eingestellten Personen und der rechtsextremen Szene an sich. Weiterhin spielen Schule und Freundeskreis eine bedeutsame Rolle für die Identitätsentwicklung und politische Sozialisation junger Menschen (Raithel und Mansel 2003; Beelmann 2015). Im Rahmen des Ansatzes der Wertetransmission etwa (Boehnke und Welzel 2006) wird die direkte Weitergabe politisch extremer Einstellungen innerhalb der Familie, sozialer Gruppen oder Institutionen thematisiert. Theoretisch kann dieser Zusammenhang aus sozial-kognitiven Lerntheorien in Form der Annahme eines Modell-Lernens (z. B. Vorbildfunktion der Eltern, Lehrer\*innen oder Freundinnen und Freunde) und/oder aus der Annahme der Identifizierung (d. h. Eltern, Lehrer\*innen und Freundinnen und Freunde als emotional bedeutsame Personen) begründet

werden. Wie Rippl (2004) bemerkt, kann die Übernahme rassistischer Orientierungen auch dadurch erfolgen, dass Eltern, Freundinnen und Freunde oder Lehrkräfte bestimmte Befindlichkeiten (z. B. eigene Perspektivlosigkeit) durch Schuldzuschreibungen auf bestimmte gesellschaftliche Gruppen (z. B. Migrantinnen und Migranten) zu kompensieren versuchen, was auf die Kinder übertragen wird. Die Vorgängerbefragung dieser Studie in Schleswig-Holstein (2013–2014) zeigt darüber hinaus, dass Jugendliche dann besonders anfällig für die Übernahme rechtsextremer Einstellungen sind, wenn sie a) bereits mit der rechtsextremen Szene in Kontakt gekommen sind, b) kaum Erfahrung mit interethnischen Begegnungen gesammelt haben oder c) rassistisches Verhalten bei anderen Jugendlichen beobachten konnten, sei es in der Schule oder Freizeit (Maresch und Bliesener 2015). Abgesehen von der direkten Transmission extremistischer Werte, die insbesondere bei einer hohen Beziehungsqualität zwischen Kindern und den jeweiligen Bezugspersonen wirksam sein dürfte, lassen sich auch distale, innerhalb des Schulkontexts zu lokalisierende Risikomerkmale identifizieren. So tragen Leistungsprobleme, dysfunktionales Lehrerverhalten (z. B. mangelnde Wertschätzung oder Anerkennung von Leistung sowie inkonsistente Unterrichtsstile), fehlende Anerkennung und niedrige Bildungsanforderungen (z.B. in Hauptschulen) (vgl. Sturzbecher 2001; Melzer und Rostampour 2002) zur Entstehung rechtsextremer Haltungen bei.

#### *Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe*

Ein weiterer zentraler Erklärungsansatz zur Entstehung rechter oder rechtsextremer Einstellungen geht auf eine Theorie Gordon W. Allports (1954) zurück, die kurz als „Kontakthypothese“ bekannt ist. Gemäß dieser Theorie könne der Kontakt zu Mitgliedern einer Fremdgruppe eine Reduktion von Vorurteilen und eine Einstellungsverbesserung bewirken (Dovidio et al. 2011; Pettigrew 1998; Pettigrew und Tropp 2006). Diese Vorurteilsreduktion wird dabei laut Allport im Wesentlichen durch vier Bedingungen positiv unterstützt. Vorurteile könnten reduziert werden, wenn die Mitglieder beider Gruppen statusgleich sind und zusammen, also ohne miteinander in Wettbewerb zu treten, auf ein gemeinsames Ziel hinarbeiten. Zusätzlich soll institutionelle Unterstützung für diesen Kontakt, wie bspw. politische oder rechtliche Rahmenbedingungen, verstärkend im Hinblick auf die Reduktion von Vorurteilen wirken. Als vierte Bedingung weist Allport darauf hin, dass der Kontakt zwischen den Gruppen nicht nur oberflächlich bleiben darf, sondern dazu führen muss, dass die beteiligten Mitglieder in potentiell freundschaftlicher Art ihre gemeinsamen Interessen wahrnehmen (Allport 1954, S. 281). Dass Kontakt zwischen Mitgliedern verschiedener Gruppen tatsächlich mit einer Reduktion der gegenseitigen Vorurteile zusammenhängt, konnte bislang in zahlreichen Untersuchungen bestätigt werden. So ermittelten bspw. Pettigrew und Tropp (2006) in einer Metaanalyse von 515 Studien, dass in 94 % der analysierten Stichproben ein inverser Zusammenhang zwischen Intergruppenkontakt und Vorurteilen festgestellt werden konnte. Binder et al. (2009) zeigten darüber hinaus, dass diese Effekte auch langfristig bestehen können. Wagner et al. (2008) stellten zudem fest, dass Vorurteile stark mit diskriminierenden Einstellungen und Überzeugungen korrelieren, was ihre Relevanz im Kontext von Rechtsextremismus verdeutlicht.

### **1.3 Fortschreibung der Regionalanalysen Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein**

Um das aktuelle Ausmaß von Rechtsextremismus unter Jugendlichen im Bundesland Schleswig-Holstein zu erfassen und theoretisch fundierte Bedingungsfaktoren für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen empirisch zu prüfen, wurde im Jahr 2018 eine umfassende Befragungsstudie unter Schüler\*innen der siebten und neunten Jahrgangsstufe an allgemeinbildenden

Schulen durchgeführt. Gefördert wurde die Untersuchung vom Landespräventionsrat Schleswig-Holstein, Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MILI). Bereits in den Jahren 2013 und 2014 wurden zwei vergleichbare Schülerbefragungen von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel unter der Leitung von Petra Maresch und Prof. Dr. Thomas Bliesener durchgeführt. 2013 fand die Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck statt, während im Folgejahr die Befragung in den Landgerichtsbezirken Kiel, Itzehoe und Flensburg durchgeführt wurden. Die aktuelle Befragung aus dem Jahr 2018 orientiert sich hinsichtlich der gewählten Analysepopulation und der eingesetzten Fragebogenitems an diesen beiden Vorgängerbefragungen.

Auch im Jahr 2018 wurden Siebt- und Neuntklässler\*innen an allgemeinbildenden Schulen (Gemeinschaftsschulen und Gymnasien) befragt; auf eine Befragung von Berufsschüler\*innen wurde in diesem Jahr verzichtet, da in den vorangegangenen Befragungen für diese Gruppe von Schüler\*innen keine Repräsentativität beansprucht werden konnte. Ebenfalls wurde auf die Befragung an Förderschulen verzichtet, weil sich im Rahmen der vorherigen Regionalanalysen gezeigt hatte, dass bei vielen Förderschüler\*innen das Verständnis für viele der im Fragebogen angesprochenen Themen nicht gewährleistet werden kann. Die im Jahr 2017 eingesetzten Befragungsinstrumente orientieren sich inhaltlich in weiten Teilen an denen der Vorjahre. Dazu gehört beispielsweise die Abfrage zum Vorkommen politisch extremen Gedankenguts sowie zur Kontaktaufnahme zu rechtsextremen Personen, Organisationen, Freizeitangeboten und Veranstaltungen.

Durch die gegebene inhaltliche Vergleichbarkeit zu den Vorgängerstudien können (1) Veränderungen in der Prävalenz rechtsextremer Einstellungen sowie des Bedrohungsempfindens für verschiedene Altersgruppen von Jugendlichen dokumentiert werden und (2) die Relevanz vielfältiger Faktoren aus Demographie, Persönlichkeit und der sozialen Umgebung der Jugendlichen herausgestellt werden. Grundsätzlich wurde der eingesetzte Fragebogen jedoch überarbeitet und thematisch erweitert. Um Aussagen über aktuelle Phänomene machen zu können, die in der Bundesrepublik in Zusammenhang mit politisch motivierter Kriminalität diskutiert werden, wurden auch neurechte Einstellungen, Einstellungen gegenüber Geflüchteten und Verschwörungsmentalität erhoben. Die Erweiterung der Befragungsinstrumente um zusätzliche Dimensionen des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002) sowie die Abfrage nach diskriminierenden Verhaltensweisen aus Täter- und Opferperspektive differenziert nach den jeweiligen Minderheiten, ermöglicht es zudem weitere Erkenntnisse des Rechtsextremismuspotentials der Jugendlichen in Schleswig-Holstein abzubilden.

Hinsichtlich des methodischen Vorgehens lag die oberste Priorität darin, eine für Schleswig-Holstein repräsentative Befragung zu konzipieren. Dies ist über eine schulklassenbasierte Befragung möglich. Schulklassenbasiert bedeutet dabei zweierlei: Erstens erfolgt auf Basis einer Liste, auf der sämtliche siebte und neunte Klassen Schleswig-Holsteins aufgeführt sind, eine zufällige Auswahl an Schulklassen, in denen Befragungen stattfinden sollen. In die Zufallsziehung wurden dabei alle allgemeinbildenden Schulformen einbezogen, mit Ausnahme von Förderschulen. Zweitens bedeutet schulklassenbasiert, dass die Befragungen tatsächlich auch im Schulklassenkontext erfolgen. Das heißt, dass zu einem mit den Lehrkräften vereinbarten Termin ein\*e vom KFN geschulte\*r Testleiter\*in in den Schulunterricht kommt und die Befragung vorstellt, die Fragebögen austeilt und die ausgefüllten Fragebögen einsammelt und mitnimmt. In der Vergangenheit wurde wiederholt belegt, dass über ein solches Vorgehen verlässliche Befunde auch zu sensiblen Themenbereichen gewonnen werden können (Bergmann et al. 2017).

## 2 Methode und Stichprobenbeschreibung

### 2.1 Methodische Vorgehensweise

Für die Schülerbefragung wurden die Schülerinnen und Schüler nicht auf Individualebene, sondern auf der Ebene von Schulklassen rekrutiert. Dieses Vorgehen hat sich in den Jahren, in denen das KFN diese Art von Befragungen durchführt, besonders bewährt. Schülerbefragungen bieten erstens eine hohe Kosteneffizienz, sodass aufgrund der gemeinsamen Befragung von vielen Personen geringe Gesamtkosten pro Person anfallen. Auf Basis früherer KFN Schülerbefragungen kann davon ausgegangen werden, dass pro befragtem oder befragter Schüler\*in lediglich Kosten in Höhe von ca. 11€ entstehen, während im Rahmen alternativer Befragungsansätze deutlich höhere Pro-Kopf-Kosten entstehen. Zweitens werden im Schulkontext deutlich höhere Rücklaufquoten im Kontrast zu anderen Zugangswegen erzielt (Baier et al. 2009). Darüber hinaus bieten Schülerbefragungen die Möglichkeit, in sehr kurzer Zeit sehr große Gruppen zu befragen. Schülerbefragungen in dieser Form führen im Vergleich zu anderen Befragungen zu verlässlicheren Ergebnissen. Eine Studie von Köllisch und Oberwittler (2004) vergleicht Schülerangaben zu ihrem Polizeikontakt mit den tatsächlich vorliegenden polizeilichen Registrierungen und kommen zu dem Ergebnis, dass die Angaben valide sind (Köllisch und Oberwittler 2004). In regulären Befragungen sind Personen aus niedrigeren Bildungs- und Sozialschichten sowie Personen mit Migrationshintergrund häufig unterrepräsentiert. Da am Befragungstag jedoch ebenso diese Schülergruppen anwesend sind, ist es leichter, diese Gruppen zu erreichen (Köllisch und Oberwittler 2004; Bergmann et al. 2017).

Einen wichtigen Faktor dafür, dass die Schüler\*innen in dieser Befragung wahre und verlässliche Antworten geben, stellt die Anonymität dar. Um diese zu gewährleisten, werden die Schüler\*innen zu Anfang der Befragung darauf hingewiesen, dass keine Person, die sie kennen, ihre Daten einsehen können wird. Sie müssen zu keinem Zeitpunkt ihren Namen oder ihr Geburtsdatum angeben, sodass eine Rückverfolgung auf den oder die einzelne\*n Schüler\*in nicht möglich ist. Zudem wurden alle am Projekt beteiligte Testleiter\*innen und Mitarbeiter\*innen vor der Durchführung der Befragungen zum Datenschutz verpflichtet.

Um eine repräsentative Auswahl an Schülerinnen und Schülern in Schleswig-Holstein zu befragen, wurde eine Zufallsstichprobe auf Basis einer Klassenliste, die vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) zur Verfügung gestellt wurde, gezogen. Für die Untersuchung wurden zunächst aus den 2.219 siebten und neunten Klassen Schleswig-Holsteins 324 Klassen zufällig ausgewählt. Da sich ein nicht ganz zufriedenstellender Rücklauf abgezeichnet hat, wurden in einer zweiten Stichprobe noch einmal 71 Klassen nachgezogen. Insgesamt sind so 395 Klassen in die Stichprobe aufgenommen worden. Es wurde sichergestellt, dass eine Repräsentativität der Stichprobe für die Grundgesamtheit der siebten und neunten Jahrgangsstufen Schleswig-Holsteins gegeben ist. Die Stichprobe wurde geschichtet nach Schultyp (Gymnasium und Gemeinschaftsschule), Jahrgangsstufe (7 und 9) sowie Landgerichtsbezirk (Itzehoe, Kiel, Flensburg und Lübeck) gezogen. Zur Berücksichtigung regionaler Effekte wurde damit nicht auf eine Unterteilung in die elf Kreise bzw. vier kreisfreien Städte Schleswig-Holsteins zurückgegriffen. Eine Schichtung nach dem Kriterium der Kreise bzw. kreisfreien Städte wäre schwer realisierbar gewesen, weil dann in jedem der insgesamt 15 Gebiete Schleswig-Holsteins im Durchschnitt nur 188 Schüler\*innen einzubeziehen gewesen wären (2824/15), d. h. pro Gebiet weniger als zehn Klassen. Diese zehn Klassen können wiederum nur schwer Repräsentativität für das jeweilige Gebiet beanspruchen: Einige wenige Gymnasialklassen der 7. Jahrgangsstufe bspw.

können nur schwer einen Kreis bzw. eine kreisfreie Stadt repräsentieren. Alles in allem war die anvisierte Stichprobengröße also zu klein, um für 15 Gebiete repräsentative Aussagen gesondert nach Schultyp und Klassenstufe zu ermöglichen. Die Einteilung der Stichprobe in die vier Landgerichtsbezirke Itzehoe, Kiel, Flensburg und Lübeck erscheint auch deshalb gewinnbringend, weil auf diese Weise angemessene Vergleiche mit den beiden Vorgängerbefragungen angestellt werden können. Um die Jugendlichen einem Landgerichtsbezirk zuordnen zu können, wurden sie gebeten, im Fragebogen ihre Postleitzahl anzugeben. Die Jugendlichen, die hier fehlende Angaben aufwiesen, wurde die Postleitzahl der besuchten Schule zugewiesen.

Für die Durchführung der Befragungen wurden 13 Testleiter\*innen in einer mehrstündigen Schulung vom KFN an der Universität Kiel geschult und auf die vier Landgerichtsbezirke Itzehoe, Lübeck, Kiel und Flensburg aufgeteilt. In der Schulung wurden die Testleiter\*innen über allgemeine Informationen der Studie aufgeklärt und das Material gesichtet. Zudem wurde die Koordination der Befragungstermine sowie der Umgang mit Lehrkräften und Schüler\*innen besprochen und darüber hinaus die genaue Befragungsdurchführung erläutert. Die Testleiter\*innen haben detaillierte Anweisungen zur Befragungsdurchführung erhalten, sodass sichergestellt werden konnte, dass jede Befragung nach dem gleichen Schema abläuft. In der Schulung haben die Testleiter\*innen eine Klassenliste erhalten, die die ihnen zugeteilten Klassen, Schuladressen und Telefonnummern der Schulsprechpartner und die Anzahl der Schüler\*innen enthält. Die Testleiter\*innen waren zwischen 21 und 36 Jahre alt; das Durchschnittsalter lag bei 27 Jahren. 61,5 % der Testleiter\*innen waren weiblich und alle Testleiter\*innen verfügten über eine Hochschulreife. Darüber hinaus sind alle Testleiter\*innen in Deutschland geboren und besitzen die deutsche Staatsbürgerschaft. Es handelte sich bei allen Testleiter\*innen zum Zeitpunkt der Befragung um Studierende. Die Testleiter\*innen führten zwischen vier und 22 Befragungen durch, die durchschnittliche Anzahl an Befragungen lag bei 12,8.

Die ausgewählten Schulen wurden zunächst mittels eines Direktorenanschreibens vom KFN kontaktiert. In diesem Anschreiben wurden die Schulleiter\*innen über die geplante Befragung informiert und ihnen wurde mitgeteilt, welche Klasse/n in welchem Zeitraum an ihrer Schule befragt werden sollte(n). Neben Informationen über die Inhalte der Befragung wurden zudem Details über den Ablauf der Befragung gegeben. Darüber hinaus wurden die Kontaktdaten der Projektkoordinatorinnen angegeben, die bei auftretenden Fragen kontaktiert werden können. Dem Brief lag außerdem die Genehmigung der Befragung vom Bildungsministerium in Schleswig-Holstein bei. In einem nächsten Schritt haben die Testleiter\*innen bei den Schulen der ihnen zugeteilten Klassen angerufen und sich informiert, ob die Schule teilnehmen möchte. Bei einer Teilnahmebereitschaft der Schule hat der oder die Testleiter\*in die Kontaktdaten der zuständigen Klassenlehrkraft erfragt oder auf einen Anruf oder eine E-Mail dieser Person gewartet. Mit der Klassenlehrkraft wurde dann ein Termin für die Befragung koordiniert. Daraufhin haben die Testleiter\*innen einen Brief oder eine E-Mail mit einem Lehrerinformationsschreiben und Elterninformationsschreiben an die Klassenlehrkraft gesendet. In beiden Schreiben wurde über die wichtigsten Punkte der Befragung aufgeklärt. Die Elterninformationsschreiben mussten mindestens sieben Tage vor der Befragung durch den oder die Klassenlehrer\*in an die Kinder ausgeteilt werden, sodass die Eltern genügend Zeit hatten, der Befragung zuzustimmen oder ihr zu widersprechen. Am Befragungstag durften nur diejenigen Jugendlichen an der Befragung teilnehmen, deren Eltern den unterschriebenen Zettel wieder an die Lehrkraft übergeben haben. Diejenigen Jugendlichen, die sich nicht beteiligt haben, blieben während der Befragung in der Klasse und haben anderweitige Schulaufgaben bearbeitet.

Die Schülerbefragungen wurden im Klassenverbund mithilfe standardisierter Instrumente durchgeführt. Diese Form der Befragung von Schülerinnen und Schülern hat sich am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) in der Vergangenheit als ein geeigneter Zugangsweg zu kindlichen und jugendlichen Populationen erwiesen. Die bisherigen Schülerbefragungen des KFN (1998, 2005, 2007-2008, 2010, 2013, 2014, 2015, 2017) sowie die Längsschnittbefragung *Berliner Längsschnitt Medien* (Mößle 2012) zeigen deutlich, dass es mit diesem Zugang möglich ist, auch schwierige Fragestellungen durch Schülerinnen und Schüler aller Schultypen bearbeiten zu lassen, sofern die Fragebogendramaturgie durchdacht ist und die Testleiter\*innen gut geschult sind.

Am Befragungstag sollten sich die Testleiter\*innen i. d. R. zehn bis fünfzehn Minuten vor Beginn des Unterrichts an einem vereinbarten Ort einfinden und nochmals die wichtigsten Punkte des Befragungsablaufs mit der Klassenlehrkraft oder einer anderen zuständigen Person klären. Die Befragung hat im Computer- bzw. Informatikraum der Schule mithilfe des Online Tools *Soscisurvey* stattgefunden. Für die Durchführung hat der oder die Testleiter\*in den Befragungslink auf allen PCs geöffnet und ein Passwort eingegeben. Dieses war notwendig, um auszuschließen, dass die Schüler\*innen den Fragebogen ein weiteres Mal ausfüllen können. Sofern nicht genügend PCs zur Verfügung standen, haben die Schüler\*innen die Möglichkeit gehabt, die Befragung ebenso auf ihren Smartphones durchzuführen. Die Beantwortung des Fragebogens auf den PCs sollte der Smartphone-Variante jedoch immer vorgezogen werden. Insgesamt haben 4,7 % der Schüler\*innen ( $n = 133$ ) die Befragung auf einem Smartphone durchgeführt.

In der Klasse stellten sich zu Beginn der Befragung die Testleiter\*innen den Schüler\*innen kurz vor und gaben kurze Instruktionen. Danach haben die Jugendlichen den Fragebogen allein ausgefüllt. Lehrkräfte waren zwar anwesend, wurden aber lediglich dazu einbezogen, im Klassenraum eine angemessene Befragungsatmosphäre herzustellen. Alle aufkommenden Fragen wurden durch den oder die Testleiter\*in beantwortet. Die Befragungen wurden vom 08.01.2018 bis 31.05.2018 durchgeführt.

Die Testleiter\*innen sollten für jede Befragung verschiedene Informationen bezüglich der Durchführung angeben. Es zeigt sich, dass es in 86,2 % der Klassen „gar keine“ oder nur „sehr wenige“ Disziplinprobleme gegeben hat. Aufgeschlüsselt nach Schultypen zeigt sich, dass der Anteil an Disziplinproblemen an Gymnasien (91,7 %) höher ist als an Gemeinschaftsschulen (83,0 %). Der Unterschied zwischen den Schulformen ist jedoch nicht signifikant. Darüber hinaus haben nach Einschätzung der Testleiter\*innen in 94,0 % der Befragungen die Mehrheit der Schüler\*innen die Befragung ernst genommen. In den wenigen Fällen, in denen die Befragung nicht ernst genommen wurde, zeigte sich dies dadurch, dass die Schüler\*innen Gespräche geführt oder gelacht haben, die Fragen überdurchschnittlich schnell beantworteten (sich „durchklickten“) oder unmotiviert schienen. Eine Klassenarbeitsatmosphäre konnte in 83,1 % der Fälle mehrheitlich hergestellt werden. Ein signifikanter Unterschied zwischen den Schulformen lässt sich nicht feststellen (Gemeinschaftsschulen: 84,0 %; Gymnasien: 81,7 %). Die Testleiter\*innen gaben ebenso an, ob es während der Befragung besondere Vorkommnisse gab. Dies traf auf 44,6 % der Befragungen zu. An Gemeinschaftsschulen (49,1 %) kam es häufiger zu besonderen Vorkommnissen als an Gymnasien (36,7 %); der Unterschied ist jedoch nicht signifikant. Typische Vorkommnisse waren dabei zum Beispiel, dass technische Probleme auftraten (Probleme mit dem PC oder der Internetverbindung, zu wenige PCs, Darstellungsprobleme), Befragungen aufgrund von Zeitknappheit nicht zu Ende geführt werden konnten, Lehrkräfte abwesend waren oder den Raum verließen, Schüler\*innen zu spät zur Befragung kamen, Befragungen zusammengelegt oder Klassen aufgeteilt wurden sowie Verständnis- und Disziplinprobleme (s.o.) auftraten. In den meisten Fällen können bei diesen Vorkommnissen jedoch Lösungen gefunden werden, wie die Durchführung der Befragung auf

dem Smartphone, der spätere Einstieg eines/r Schüler\*in in die Befragung oder die Herstellung der Klassenarbeitsatmosphäre durch eine Lehrkraft. Insgesamt deuten diese Ergebnisse auf mehrheitlich angemessene Befragungssituationen hin. In Tabelle 3 sind die verschiedenen Indikatoren der Befragungssituation in den unterschiedlichen Landgerichtsbezirken abgebildet. Signifikante Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken zeigen sich nur beim Anteil der Befragungen, bei denen es besondere Vorkommnisse gab. Dieser Anteil ist in im Landgerichtsbezirk Itzehoe deutlich niedriger als in den anderen Landgerichtsbezirken (LGB Kiel: 41,2 %; LGB Flensburg: 48,6 %; LGB Lübeck: 57,4 %).

**Tabelle 3** Indikatoren der Befragungssituation nach Landgerichtsbezirk (in %)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
geringe Disziplinprobleme	80,4	97,3	87,1	83,0	86,2
Mehrheit der Schüler hat Befragung ernst genommen	92,2	97,3	93,5	93,6	94,0
Klassenarbeitsatmosphäre für Mehrheit der Befragten	78,4	91,9	90,3	76,6	83,1
besondere Vorkommnisse	<b>41,2</b>	<b>48,6</b>	<b>25,8</b>	<b>57,4</b>	44,6

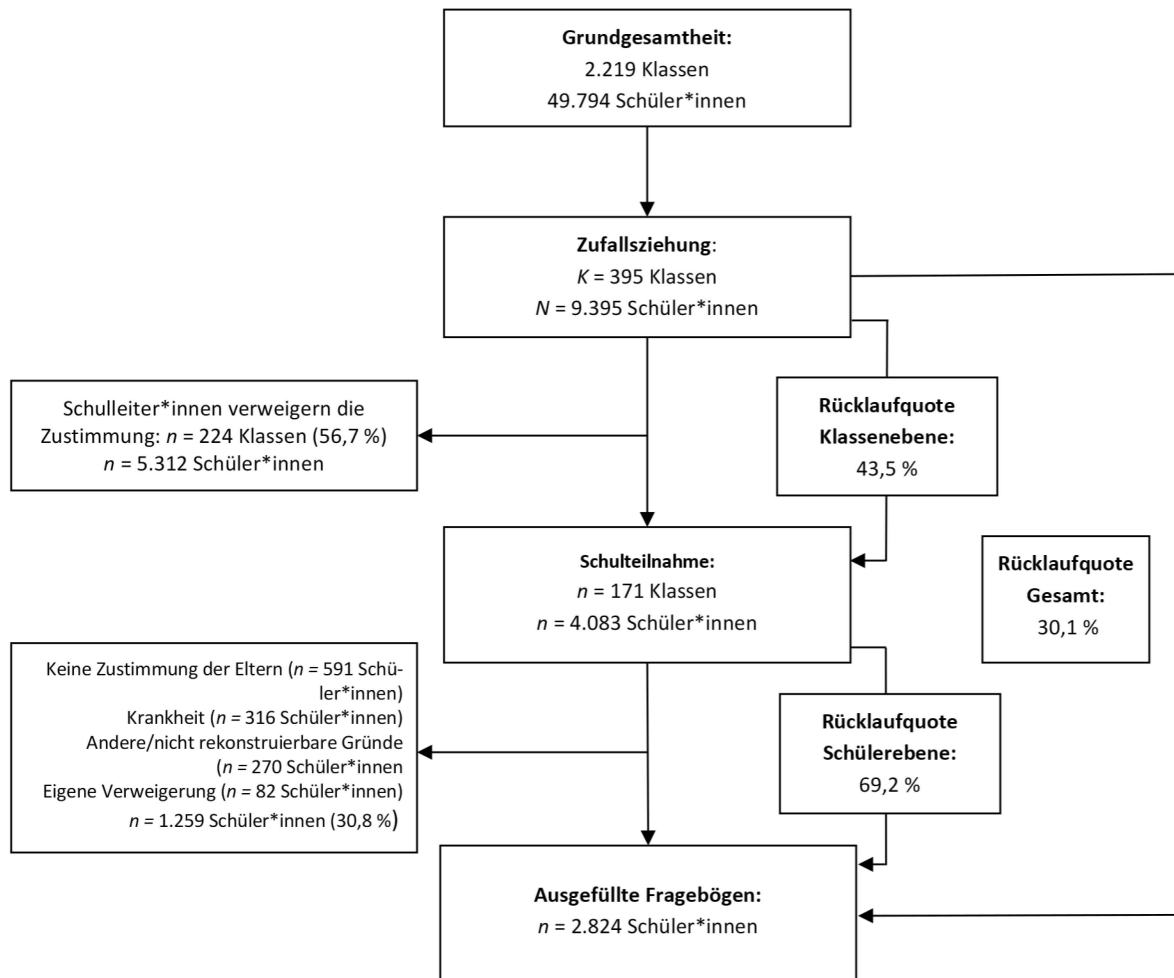
**Anmerkung:** fett: Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

## 2.2 Rücklauf

Die benötigten Informationen über die Klassen und Anzahl der unterrichteten Schüler\*innen wurden vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) eingeholt. Insgesamt wurden 9.365 Schüler\*innen in 395 Klassen in die Stichprobe einbezogen. Dabei wurden sowohl Schulen in öffentlicher als auch freier Trägerschaft berücksichtigt. Die Landgerichtsbezirke und Schulformen wurden wie in den vorangegangenen Befragungen proportional zu ihrem Anteil in der Grundgesamtheit in die Stichprobe miteinbezogen, d. h. die Zufallsziehung erfolgte geschichtet nach Landgerichtsbezirk und Schulform. Eine weitere Schichtung erfolgte nach der Anzahl der Schüler\*innen in der siebten und neunten Jahrgangsstufe.

In Abbildung 4 ist zu erkennen, dass von den insgesamt 395 ausgewählten Klassen 171 Klassen an der Befragung teilgenommen haben. Das bedeutet, dass 224 Klassen (56,7 %) nicht an der Befragung teilgenommen haben. Dies lag daran, dass Schulleiter\*innen die Teilnahme an der Befragung verweigerten, beispielsweise aufgrund von knappen zeitlichen Ressourcen oder schulischen Verpflichtungen. Vergleicht man die Teilnahmequoten der verschiedenen Schultypen, so fällt auf, dass der Anteil an teilnehmenden Klassen in Gemeinschaftsschulen höher ausfällt als in Gymnasien (45,3 % vs. 40,1 %). Die häufigsten genannten Gründe für die Nichtteilnahme waren Lehrkräftemangel, schulinterne Probleme, zu hohe Belastung durch andere Befragungen, zeitliche Probleme, generelle Überlastung der Schule oder keine Erreichbarkeit der Schule. In einigen Fällen hat im Befragungszeitraum keine Schulkonferenz mehr stattgefunden, die der jeweiligen Befragung zustimmen musste. In den 171 teilnehmenden Klassen wurden im Schuljahr 4.083 Schüler\*innen unterrichtet. Letztlich befragt werden konnten 2.824 Jugendliche. Dies entspricht einer Rücklaufquote auf Schüler\*innenebene von 69,2 %. Die häufigsten Gründe für die Nichtteilnahme der Schüler\*innen war die fehlende Zustimmung der Eltern ( $n = 591$  Schüler\*innen). Nur Befragte, die am Befragungstag die Einverständniserklärung der

Eltern bei sich hatten, durften an der Befragung teilnehmen. Krankheit am Befragungstag war in 316 Fällen der Grund für die Nichtteilnahme. Da Krankheiten mehr oder weniger alle Schüler\*innen treffen können, ist nicht davon auszugehen, dass es sich um einen selektiven Ausfall handelt; die Repräsentativität der Studie sollte insofern nicht beeinträchtigt sein. In 270 Fällen waren andere Gründe für die Nichtteilnahme ausschlaggebend wie das Vergessen der Einverständniserklärung, Auslandsaufenthalte einzelner Schüler\*innen, verspätete Schüler\*innen, Schwänzen oder andere nicht rekonstruierbare Gründe. In 82 Fällen haben die Jugendlichen selbst die Teilnahme verweigert. In Abbildung 4 ist die Rücklaufquote als Flowchart dargestellt. Von den 9395 ausgewählten Schüler\*innen in der Stichprobe wurden letztendlich 2824 Schüler\*innen befragt. Dies entspricht einer Gesamtrücklaufquote von 30,1 %.



**Abbildung 4** Flowchart über den Rücklauf der Schülerbefragung

Tabelle 4 schlüsselt den Befragungsrücklauf nach Landgerichtsbezirk, Schultyp und Klassenstufe auf. Der Rücklauf lag in den Gymnasien mit 31,2 % leicht höher als in den Gemeinschaftsschulen mit 29,3 %. Die Teilnahmebereitschaft der siebten und neunten Klassen war etwa gleich hoch (7. Klassen: 29,3 %; 9. Klassen: 30,8%). Zudem zeigt sich eine höhere Rücklaufquote im Landgerichtsbezirk Flensburg (44,4 %) als in den übrigen Landesgerichtsbezirken Itzehoe (26,6 %), Kiel (29,2 %) und Lübeck (25,9%).

Methode und Stichprobenbeschreibung

**Tabelle 4.** Rücklaufstatistik nach Landgerichtsbezirk, Schultyp und Klassenstufe.

	LGB Kiel				LGB Flensburg				LGB Itzehoe				LGB Lübeck			
	GYM		GEM		GYM		GEM		GYM		GEM		GYM		GEM	
	7	9	7	9	7	9	7	9	7	9	7	9	7	9	7	9
Anzahl Schüler gesamt <sup>a</sup>	3.828	3.409	4.328	5.160	1.371	1.377	2.328	2.565	2.195	2.136	2.784	3.208	3.000	2.676	4.319	5.110
Anzahl ausgew. Klassen	26	25	39	42	12	12	18	20	17	16	23	26	22	22	36	39
Anzahl ausgew. Schüler <sup>b</sup>	674	601	878	1.004	298	287	414	458	399	371	536	623	572	540	799	941
Anzahl teilgen. Klassen	7	10	14	23	9	5	13	12	6	8	8	9	7	9	16	15
Anzahl teilgen. Schüler	130	202	222	369	171	88	212	176	109	137	107	161	158	172	228	182
<b>Rücklaufquote (in %)</b>	<b>19,3</b>	<b>33,6</b>	<b>25,3</b>	<b>36,8</b>	<b>57,4</b>	<b>30,7</b>	<b>51,2</b>	<b>38,4</b>	<b>27,3</b>	<b>36,9</b>	<b>20,0</b>	<b>25,8</b>	<b>27,6</b>	<b>31,9</b>	<b>28,5</b>	<b>19,3</b>
<i>Grund Nichtteilnahme:</i> Eltern	25	27	80	61	26	13	58	52	12	4	63	20	6	7	65	72
<i>Grund Nichtteilnahme:</i> eigene Verweigerung	4	2	5	19	0	0	5	8	9	0	3	14	2	2	3	6
<i>Grund Nichtteilnahme:</i> Krankheit	11	13	28	61	19	9	34	31	8	6	12	13	6	10	31	24
<i>Grund Nichtteilnahme:</i> anderer/ unbekannt	9	0	14	28	2	0	10	7	0	30	9	41	2	12	31	76

<sup>a</sup> Grundgesamtheit aller in den 6. bzw. 8. Jahrgängen unterrichteten SuS in den vier Landgerichtsbezirken Schleswig-Holsteins an allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 2016/17 (nach Angaben des Statistikamt Nord); <sup>b</sup> Anzahl der SuS in den ausgewählten Klassen.

Tabelle 5 bildet die Stichprobenzusammensetzung im Vergleich zur Grundgesamtheit nach Schultyp und Landgerichtsbezirk ab. Beispielsweise wurden im Landgerichtsbezirk Kiel prozentual gesehen insgesamt in etwa so viele Schüler\*innen befragt wie in diesem Landgerichtsbezirk anteilmäßig unterrichtet wurden (33,6 % in der Grundgesamtheit zu 32,7 % in der Stichprobe; hier nicht dargestellt). Aufgegliedert nach Schulform zeigt sich jedoch, dass im Landgerichtsbezirk Kiel prozentual etwas mehr Gemeinschaftsschüler\*innen befragt wurden (19,1 % in der Grundgesamtheit zu 20,9 % in der Stichprobe, siehe erste Zeile in Tabelle 5). Bei den Gymnasien im Landgerichtsbezirk Kiel fällt dieser Effekt andersherum aus: Hier wurden etwas weniger Schüler\*innen befragt als in der Grundgesamtheit anteilmäßig vorliegen (14,5 % in der Grundgesamtheit zu 11,8 % in der Stichprobe). In den weiteren Landgerichtsbezirken sind diese Unterschiede teilweise noch etwas stärker ausgeprägt. Um diese Differenzen auszugleichen und repräsentative Aussagen für die Schüler\*innen aus Schleswig-Holstein zu ermöglichen, wird auf die Option der Datengewichtung zurückgegriffen. Es wird also jeweils nach Schultyp und Landgerichtsbezirk gewichtet. Die jeweiligen Gewichtungsfaktoren sind ebenso in Tabelle 5 dargestellt. Die Ergebnisse weichen jedoch zwischen den ungewichteten und gewichteten Auswertungen kaum voneinander ab.

**Tabelle 5** Vergleich des Anteils von Schüler\*innen in der Stichprobe und der Grundgesamtheit nach Schultyp und Landgerichtsbezirk (in %)

		Grundgesamtheit	Stichprobe	Gewichtungsfaktor
<b>LGB Kiel</b>	Gemeinschaftsschule	19,05	20,93	0,91
	Gymnasium	14,53	11,76	1,24
<b>LGB Flensburg</b>	Gemeinschaftsschule	9,83	13,74	0,72
	Gymnasium	5,52	9,17	0,60
<b>LGB Itzehoe</b>	Gemeinschaftsschule	12,03	9,49	1,27
	Gymnasium	8,70	8,71	1,00
<b>LGB Lübeck</b>	Gemeinschaftsschule	18,94	14,52	1,30
	Gymnasium	11,40	11,69	0,98

### 2.3 Stichprobenbeschreibung

Betrachtet man die gesamte Stichprobe, so zeigt sich, dass knapp die Hälfte der Jugendlichen männlich ist (51,1 %) und dass die Befragten im Durchschnitt 14,7 Jahre alt sind (siehe Tabelle 6). 7,5 % der Schüler\*innen wachsen in Familien auf, die abhängig von staatlichen Transferleistungen sind. Die Abhängigkeit von staatlichen Leistungen wurde über eine Frage nach dem Sozialhilfe-/Arbeitslosengeld-II-Bezug abgebildet. Knapp jede\*r dritte Schüler\*in lebt nicht mit beiden Eltern zusammen (28,9 %) und rund ein Viertel der Jugendlichen hat einen Migrationshintergrund (24,0 %). Ein Migrationshintergrund liegt dann vor, wenn der oder die befragte Schüler\*in selbst oder mindestens ein Elternteil nicht in Deutschland geboren ist bzw. nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Signifikante Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken finden sich nur beim Anteil der Schüler\*innen mit Migrationshintergrund: In Flensburg ist dieser Anteil dabei geringer als in den anderen Landgerichtsbezirken (16,3 %). Die meisten der Jugendlichen mit Migrationshintergrund in der Stichprobe weisen dabei einen türkischen, polnischen oder russischen Migrationshintergrund auf.

**Tabelle 6** Stichprobenbeschreibung

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB ltzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Anteil männlich	51,5 %	47,2 %	48,9 %	54,2 %	51,1 %
Alter (in Jahren)	14,9	14,5	14,8	14,7	14,7
abhängig von sozialstaatlichen Leistungen	8,7 %	6,9 %	6,5 %	6,9 %	7,5 %
nicht mit beiden leiblichen Eltern zusammen lebend	28,3 %	32,5 %	27,6 %	28,8 %	28,9 %
Migrationshintergrund	<b>24,9 %</b>	<b>16,3%</b>	<b>23,2 %</b>	<b>27,6 %</b>	24,0 %

**Anmerkung:** fett: Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

### 3 Prävalenz, Entwicklung und Erklärung rechter Einstellungen von Jugendlichen

#### 3.1 Die Entwicklung rechter Einstellungen im Zeitverlauf

Ziel der Untersuchung ist es, neben der Präsentation aktueller Prävalenzen rechter Einstellungen und Verhaltensweisen ebenso die Entwicklung rechter Einstellungen im Zeitverlauf darzustellen. Dafür werden die Ergebnisse der Schülerbefragung in allen vier Landgerichtsbezirken im Jahr 2018 mit der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck in 2013 (drei Landkreise im Landgerichtsbezirk Lübeck) sowie der Befragung in den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe in 2014 verglichen. Es können somit differenziert nach Landgerichtsbezirk Aussagen darüber getroffen werden, ob den rechten Einstellungen im Vier- bzw. Fünf-Jahres-Vergleich mehr oder weniger zugestimmt wird. Zu beachten ist dabei, dass es sich bei der Befragung 2013 nicht um eine repräsentative Erhebung aller Landkreise im Landgerichtsbezirk Lübeck handelt, sondern lediglich Schüler\*innen in den drei Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck befragt wurden. Zudem sind in der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck nicht alle Items enthalten, die in den beiden weiteren Befragungen inkludiert wurden. Die hier präsentierten Ergebnisse für die Befragungen 2013 und 2014 können zum Teil leicht von den in Maresch und Bliesener (2015) und Maresch et al. (2013) abweichen, da sich dafür entschieden wurde, die „keine Angabe“ Kategorie als fehlenden Wert zu betrachten und einige Fälle aus dem Datensatz ausgeschlossen wurden. Die Jugendlichen hatten bei jeder der Einstellungen die Möglichkeit, ihre Zustimmung von „1- stimme überhaupt nicht zu“ bis „4- stimme voll und ganz zu“ abzustufen. Die Kategorien „3- stimme eher zu“ und „4- stimme voll und ganz zu“ wurden für die Analyse als Zustimmung gedeutet. Während sich in diesem Kapitel auf den Zeitvergleich konzentriert wird, wird in den darauffolgenden Kapiteln ebenso ein Vergleich des Rechtsextremismuspotentials in den einzelnen Landgerichtsbezirken vorgenommen. Beachtet werden muss, dass die unterschiedlichen Items unterschiedliche Schwierigkeiten aufweisen, was bedeutet, dass der Anteil an Zustimmung je nach Aussage variieren kann.

In den Vorgängerbefragungen wurden Schüler\*innen die Befragungsinstrumente zu rechten Einstellungen nur vorgelegt, wenn sie selbst und ihre Eltern in Deutschland geboren wurden (definiert als Jugendliche mit deutscher Herkunft). Um die Vergleichbarkeit der Befragungen zu wahren, werden in Kapitel 3.1 ebenfalls nur diese Jugendlichen betrachtet. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass die Operationalisierung des Migrationsstatus der Jugendlichen in Kapitel 3.1 von der Operationalisierung in den weiteren Kapiteln abweicht (siehe Kapitel 2.3 für eine Erklärung des Migrationshintergrundes). Die Ergebnisse der restlichen Kapitel dieses Forschungsberichts beziehen sich auf alle Jugendlichen unabhängig ihres Migrationshintergrundes; dabei werden teilweise Vergleiche zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund vorgenommen.

##### *Ausländerfeindlichkeit*

In Tabelle 7 ist der Vergleich der Zustimmungsgewichte der ausländerfeindlichen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk dargestellt. Hierbei ist zu beachten, dass die Itemschwierigkeit der beiden Aussagen sehr unterschiedlich ausfällt. Dies ist daran zu erkennen, dass dem ersten Item mehr Befragte zustimmen als dem zweiten Item. Bei der ersten Aussage „Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen“ handelt es sich um ein positiv formuliertes Item. Das bedeutet, dass in diesem Fall die Ablehnung dieser Aussage eine ausländerfeindliche Einstellung erkennen lässt. In der Tabelle abgebildet ist somit die Ablehnung dieser Aussage. Die höchste Ablehnung dieses Items ist für das Jahr 2018 im Landgerichtsbezirk Flensburg zu beobachten. 37,6 % der Schüler\*innen würden diese Aussage ablehnen. Dies entspricht einem Anstieg um 14,6 Prozentpunkte im Vergleich

zum Jahr 2014 (23,0 %). Auch in den weiteren Landgerichtsbezirken wird diese Aussage mit über 30,0 % abgelehnt. In allen Landgerichtsbezirken handelt es sich damit um einen signifikanten Anstieg. Im Landgerichtsbezirk Lübeck wurde dieses Item bei der Befragung 2013 nicht mit in den Fragebogen aufgenommen. Der Aussage „Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland“ wird deutlich seltener zugestimmt. Im Landgerichtsbezirk Kiel befürworteten 2018 beispielsweise 15,8 % der Jugendlichen diese Aussage. Dies sind signifikant weniger Jugendliche als im Jahr 2014 mit 20,2 %. In den restlichen Landgerichtsbezirken zeigen sich keine signifikanten Unterschiede im Jahresvergleich.

Insgesamt lässt sich anhand dieser beiden Aussagen also kein einheitliches Bild über die Zunahme oder Abnahme der ausländerfeindlichen Einstellungen im Vier- bzw. Fünf-Jahres-Vergleich zeichnen. Der Zustimmungsanteil der zweiten Aussage verändert sich nur im Landgerichtsbezirk Kiel signifikant und deutet auf einen Rückgang ausländerfeindlicher Einstellungen in diesem Landgerichtsbezirk hin. Zieht man allerdings nur die erste Aussage als Indikator von Ausländerfeindlichkeit heran, so lässt sich eher auf eine gestiegene Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein schließen.

**Tabelle 7** Vergleich der Zustimmungsanteile zu ausländerfeindlichen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Wir sollten jeden Ausländer, der in unserem Land leben möchte, willkommen heißen. (-)*	<b>20,0</b>	<b>33,3</b>	<b>23,0</b>	<b>37,6</b>	<b>16,1</b>	<b>34,1</b>	-	31,8
Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.	<b>20,2</b>	<b>15,8</b>	25,3	21,5	14,9	17,0	22,3	19,8

**Anmerkungen:** fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$ , \*(-) = Umkehritem; der Zustimmungsanteil bezieht sich auf das umkodierte Item.

### *Muslimfeindlichkeit*

Eine weitere Dimension rechter Einstellungen, die in allen Erhebungen erfasst wurde, stellt die Muslimfeindlichkeit dar (siehe Tabelle 8). Bei der ersten Aussage „Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben“ handelt es sich wieder um ein positiv formuliertes Item. In der Tabelle ist daher die jeweilige Ablehnung der Aussage differenziert nach Landgerichtsbezirk dargestellt. In allen vier Landgerichtsbezirken ist eine signifikante Zunahme der Ablehnung dieser Aussage festzustellen. Der höchste Anstieg ist für den Landgerichtsbezirk Itzehoe zu verzeichnen. Während im Jahr 2014 noch 17,1 % dieses Item ablehnen, sind es im Jahr 2018 mit 36,6 % 19,5 Prozentpunkte mehr. Doch auch in den weiteren Landgerichtsbezirken ist ein Anstieg um zweistellige Prozentpunkte zu beobachten. Im Jahr 2018 gibt es also mehr Jugendliche, die den Musliminnen und Muslimen in Deutschland das Recht nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben absprechen als noch vor vier bzw. fünf Jahren.

Bei der zweiten Aussage ist es ebenso der Landgerichtsbezirk Itzehoe, der den höchsten Anstieg des Zustimmungsanteils zu verzeichnen hat. Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Itzehoe stimmen im Vergleich der Jahre 2014 und 2018 um 13,7 Prozentpunkte signifikant häufiger zu, dass sie sich „durch die vielen Muslime hier manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ fühlen (2014: 18,4 %; 2018: 32,1 %). In allen vier Landgerichtsbezirken stimmen dieser Aussage im Jahr 2018 mindestens 30,0 % der Jugendlichen zu. Insgesamt kann damit eine Steigerung der Muslimfeindlichkeit zwischen den Jahren 2013/2014 und 2018 ausgemacht werden.

**Tabelle 8** Vergleich der Zustimmungsteile zu muslimfeindlichen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben. (-)*	<b>20,8</b>	<b>31,4</b>	<b>19,9</b>	<b>33,9</b>	<b>17,1</b>	<b>36,6</b>	<b>22,6</b>	<b>32,7</b>
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	<b>24,7</b>	<b>31,0</b>	<b>24,8</b>	<b>34,7</b>	<b>18,4</b>	<b>32,1</b>	<b>24,2</b>	<b>30,0</b>

**Anmerkungen:** fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$ , (-) = Umkehritem; der Zustimmungsteil bezieht sich auf das umkodierte Item.

### Sexismus

In Tabelle 9 ist der Vergleich der Zustimmungsteile der sexistischen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk dargestellt. Bei der ersten Aussage („Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem“) handelt es sich um ein positiv formuliertes Item, bei dem eine Ablehnung auf eine sexistische Einstellung schließen lässt. Für die Vergleichbarkeit mit dem zweiten Item wird daher der Anteil der Jugendlichen abgebildet, der die Aussage ablehnt. Es kann festgestellt werden, dass in allen vier Landgerichtsbezirken sexistische Orientierungen mit der Zeit signifikant abnehmen. Während im Jahr 2014 noch über 60,0 % der Jugendlichen angaben, dass die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen in Deutschland kein Problem sei, sind es im Jahr 2018 nur noch 46,2 % (LGB Kiel), 44,8 % (LGB Flensburg) und 48,9 % (LGB Itzehoe). Die Jugendlichen erkennen im Jahr 2018 die Ungleichbehandlung von Frauen in Deutschland damit stärker an als noch im Jahr 2014.

Für die zweite Einstellung scheint es einen signifikanten Rückgang der Zustimmung zumindest in den Landgerichtsbezirken Kiel (2014: 14,8 %; 2018: 8,5 %) und Flensburg (2014: 16,4 %; 2018: 10,0 %) zu geben. Die sexistischen Einstellungen wurden in die Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck im Jahr 2013 nicht aufgenommen. Bezogen auf das Jahr 2018 finden im Landgerichtsbezirk Lübeck 51,5 % der Jugendlichen, dass die Ungleichbehandlung von Frauen in Deutschland kein Problem mehr darstellt und 9,6 % der Schüler\*innen stimmen der Aussage zu, dass sich „Frauen wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren sollten“.

Insgesamt sind sexistische Einstellungen unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein also deutlich zurückgegangen. Trotz des Rückgangs im Jahr 2018 sind es jedoch immer noch annähernd die Hälfte der Jugendlichen, die von der Gleichbehandlung von Männern und Frauen in der deutschen Gesellschaft ausgehen. Dieser hohe Anteil kann jedoch auch auf die Wahrnehmung der Jugendlichen in ihrem Schulalltag hinweisen. Es ist sehr wünschenswert, wenn sich die Jugendlichen in der Schule nicht aufgrund ihres Geschlechts ungleich behandelt fühlen. Aussagekräftiger ist die zweite Aussage, dass sich Frauen wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren sollten. Je nach Landgerichtsbezirk stimmt dieser Aussage jede\*r zehnte bis 13. Jugendliche zu.

**Tabelle 9** Vergleich der Zustimmungsteile zu sexistischen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Die Ungleichbehandlung von Frauen ist in Deutschland immer noch ein Problem. (-)*	<b>60,8</b>	<b>46,2</b>	<b>62,8</b>	<b>44,8</b>	<b>68,6</b>	<b>48,9</b>	-	51,5
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren.	<b>14,8</b>	<b>8,5</b>	<b>16,4</b>	<b>10,0</b>	9,4	7,5	-	9,6

**Anmerkungen:** fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$ , (-) = Umkehritem; der Zustimmungsteil bezieht sich auf das umkodierte Item.

### Sozialdarwinismus

In Tabelle 10 sind die Zustimmungsteile zu sozialdarwinistischen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk abgebildet. Personen, die sozialdarwinistischen Einstellungen zustimmen, vertreten die Meinung, dass sich der Stärkere in einer Gesellschaft durchsetzen müsse und gleichzeitig „schwache“ Mitglieder zu „unwertem Leben“ degradiert würden (Decker und Brähler 2006, S. 41).

Für die Landgerichtsbezirke Kiel, Flensburg und Lübeck zeigen sich über die Jahre keine signifikanten Veränderungen in der Zustimmung zu der Aussage, dass sich „wie in der Natur auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen sollte“. Ebenso für die zweite Aussage „Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt“ finden sich in diesen drei Landgerichtsbezirken keine signifikanten Unterschiede im Zeitverlauf.

Eine Ausnahme stellt der Landgerichtsbezirk Itzehoe dar. So stimmen mit 23,8 % signifikant mehr Jugendliche als noch 2014 der Aussage zu, dass sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen sollte (2014: 17,8 %). Mit 17,5 % hat sich ebenso der Anteil der Jugendlichen im Landgerichtsbezirk Itzehoe signifikant erhöht, der findet, dass die Weißen zu recht führend in der Welt sind (2014: 10,2 %). Insgesamt stellen sozialdarwinistische Aussagen im Vergleich der Jahre 2013/2014 mit 2018 auch heute keine Ausnahme dar. Im Landgerichtsbezirk Itzehoe scheint diese Dimension rechter Einstellungen über die Jahre sogar signifikant zuzunehmen, wobei sich der Zustimmungsteil dieses Landgerichtsbezirks damit an die übrigen Landgerichtsbezirke angleicht.

**Tabelle 10** Vergleich der Zustimmungsteile zu sozialdarwinistischen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	23,9	21,9	31,9	30,6	<b>17,8</b>	<b>23,8</b>	24,5	24,1
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	13,8	13,4	21,8	20,2	<b>10,2</b>	<b>17,5</b>	15,9	15,0

**Anmerkungen:** fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$

*Antisemitismus*

Antisemitische Einstellungen sind in allen Erhebungsjahren mit den Items aus Tabelle 11 erhoben worden. Der ersten Aussage „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig“ wird in allen Landgerichtsbezirken im Jahr 2018 häufiger zugestimmt als noch im Jahr 2013/2014. Signifikant wird dieser Unterschied jedoch lediglich für die Landgerichtsbezirke Flensburg und Itzehoe. So sind es mit 16,5 % (LGB Flensburg) bzw. 10,7 % (LGB Itzehoe) 5,0 bzw. 5,5 Prozentpunkte mehr Schüler\*innen als noch im Jahr 2014, die dieser Aussage zustimmen. Auch für die zweite Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns“ steigen die Zustimmungsteile in den Landgerichtsbezirken Flensburg (2014: 16,0 %; 2018: 21,7 %) und Itzehoe (2014: 8,0 %; 2018: 13,8 %) signifikant an. Für die Landgerichtsbezirke Kiel und Lübeck zeigen sich über die Jahre keine signifikanten Unterschiede in der Zustimmung der Jugendlichen. Vor allem für die Landgerichtsbezirke Flensburg und Itzehoe lässt sich also ein bedeutsamer Anstieg für die Prävalenz antisemitischer Einstellungen feststellen.

**Tabelle 11** Vergleich der Zustimmungsteile zu antisemitischen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihrer Verfolgung in Deutschland mitschuldig.	9,6	11,2	<b>11,5</b>	<b>16,5</b>	<b>5,2</b>	<b>10,7</b>	12,5	14,9
Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns.	12,0	10,1	<b>16,0</b>	<b>21,7</b>	<b>8,0</b>	<b>13,8</b>	12,2	14,0

**Anmerkungen:** fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$

*Chauvinismus bzw. übersteigter Nationalismus*

Eine weitere Dimension rechter Einstellungen stellt der Chauvinismus dar (siehe Tabelle 12). Unter diesem Begriff wird in diesem Zusammenhang das „ideologische Bild eines „deutschen Interesses“, das nach Außen durchgesetzt werden muss“ verstanden (Decker und Brähler 2006, S. 37). In allen drei Befragungen sollten die Jugendlichen ihre Zustimmung bzw. Ablehnung der Aussage „Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen“ abgeben. Während in den Landgerichtsbezirken Kiel und Flensburg keine signifikanten Veränderungen über die Zeit festzustellen sind, stimmen im Landgerichtsbezirk Itzehoe mit 24,5 % der Jugendlichen um 9,2 Prozentpunkte signifikant mehr Jugendliche dieser Aussage zu. Ein entgegengesetzter Trend lässt sich im Landgerichtsbezirk Lübeck feststellen: Hier sind es mit 21,6 % 16,9 Prozentpunkte weniger Jugendliche, die dieser Aussage zustimmen.

Für die zweite Aussage „Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen“ lassen sich keine Vergleiche zu den vorherigen Befragungen ziehen. Im Jahr 2018 ist es fast die Hälfte der Befragten (im Landgerichtsbezirk Flensburg über die Hälfte der Befragten), die dieser Aussage zustimmen würden.

**Tabelle 12** Vergleich der Zustimmungsteile zu chauvinistischen bzw. nationalistischen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Deutschland sollte wieder die führende Rolle in der Welt übernehmen.	21,2	22,2	29,0	29,0	<b>15,3</b>	<b>24,5</b>	<b>38,5</b>	<b>21,6</b>
Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	-	44,1	-	55,6	-	46,2	-	43,7

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$ ;

### Demokratieablehnung

In allen Befragungsjahren wurden ebenso zwei Items, die auf eine Ablehnung der Demokratie hinweisen, in den Fragebogen aufgenommen (siehe Tabelle 13). Somit lautet das erste Item dieses Themengebiets „Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie“. In der Tabelle 13 ist die jeweilige Ablehnung dieses Items dargestellt. In den drei Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe wird diese Aussage 2018 signifikant häufiger abgelehnt als noch im Jahr 2014. So kann ein Anstieg um 4,9 Prozentpunkte (LGB Kiel), 13,6 Prozentpunkte (LGB Flensburg) bzw. 6,8 Prozentpunkte (LGB Itzehoe) auf jeweils 30,7 %, 38,8 % und 29,5 % verzeichnet werden. Der zweiten Aussage „Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ stimmen deutlich weniger Jugendliche zu. Jede\*r achte (LGB Itzehoe) bis sechste Jugendliche (LGB Flensburg) gibt dieser Aussage seine bzw. ihre Zustimmung. Über die Jahre verändert sich dieser Anteil nicht signifikant. Eine Ablehnung der Demokratie scheint also auch im Jahr 2018 keine Seltenheit unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein darzustellen. Besonders auffällig ist dabei die gestiegene Infragestellung der Demokratie als beste Staatsform.

**Tabelle 13** Vergleich der Zustimmungsteile zu Demokratieablehnung nach Landgerichtsbezirk (in %; nur Befragte ohne Migrationshintergrund; Daten für 2018 gewichtet)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck	
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018
Es gibt keine bessere Staatsform als die Demokratie.(-)*	<b>25,8</b>	<b>30,7</b>	<b>25,2</b>	<b>38,8</b>	<b>22,7</b>	<b>29,5</b>	-	32,1
Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	13,3	13,7	16,8	16,4	9,1	11,9	15,4	12,4

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied 2013/2014 und 2018 signifikant bei  $p < ,05$ , (-) = Umkehritem; der Zustimmungsteil bezieht sich auf das umkodierte Item.

### **Zusammenfassung**

Insgesamt lässt sich für viele der rechten Einstellungen eine Zunahme der Zustimmungsteile unter Jugendlichen in Schleswig-Holstein ausmachen. So deutet vieles darauf hin, dass 2018 vermehrt ausländerfeindliche, muslimfeindliche und demokratieablehnende Einstellungen geteilt werden als noch im Jahr 2013 bzw. 2014. Für den Landgerichtsbezirk Itzehoe ist ebenso eine signifikante Steigerung der chauvinistischen bzw. nationalistischen sowie sozialdarwinistischen und antisemitischen Einstellungen zu beobachten. Für die muslimfeindlichen und ausländerfeindlichen Einstellungen ist es ebenso der Landgerichtsbezirk Itzehoe, dessen Zustimmungsteile am deutlichsten im Vier-Jahres-Vergleich steigen. Der Landgerichtsbezirk Flensburg wird vor allem aufgrund des Zuwachses an antisemitischen Einstellungen auffällig.

Ein entgegen gesetzter Trend ist für die sexistischen Einstellungen zu konstatieren. Die Jugendlichen Schleswig-Holsteins stimmen diesen Aussagen im Jahr 2018 deutlich seltener zu als vier Jahre zuvor. Im Landgerichtsbezirk Itzehoe ist keine signifikante Abnahme der sexistischen Einstellungen zu beobachten.

## **3.2 Prävalenz rechter Einstellungen**

Für eine noch umfassendere Präsentation des Rechtsextremismuspotentials Schleswig-Holsteins wurde sich dafür entschieden, neben den im Jahr 2013 und 2014 aufgenommenen rechten Einstellungen ebenfalls das etablierte Messinstrument rechter Einstellungen der Leipziger Mitte-Studie heranzuziehen (siehe z. B. Decker und Brähler 2018). Dieses Instrument beinhaltet sechs Einstellungsdimensionen von Rechtsextremismus mit jeweils drei Items. Betrachtet werden die Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Sozialdarwinismus sowie die Verharmlosung des Nationalsozialismus. Im Unterschied zum Leipziger Fragebogen zu rechtsextremen Einstellungen, der in den Mitte-Studien zum Einsatz kommt (z. B. Decker und Brähler (2018), sollten die Jugendlichen die Aussagen nicht auf einer fünf-, sondern auf einer vierstufigen Antwortskala bewerten (von „1 – stimme überhaupt nicht zu“ bis „4 – stimme voll und ganz zu“).

In Bezug auf jedes Item wurden die Befragten anhand ihrer Antworten in die beiden Gruppen keine Zustimmung (Itemwerte 1 und 2) und Zustimmung (Itemwerte 3 und 4) eingeteilt. Für jede der sechs Dimensionen wird daraufhin auch ein Gesamtskalenwert berichtet, bei der die Jugendlichen im Durchschnitt bei allen Items der jeweiligen Dimension einen Itemwert von  $\geq 3$  aufweisen müssen, um bei der jeweiligen Dimension als zustimmend eingestuft zu werden. Darüber hinaus wurde in Anlehnung an die Leipziger Mitte-Studien der Anteil von Jugendlichen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild ermittelt: Um in diese Kategorie zu fallen, mussten die Antworten über alle Aussagen hinweg in allen sechs Dimensionen einen mittleren Skalenwert von  $\geq 3$  erreichen.

Darüber hinaus wurden weitere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2012) erhoben wie Homophobie, Muslimfeindlichkeit, Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderungen, Hartz-IV-Empfängern und obdachlosen Personen sowie Sexismus. Auch bei diesem Instrument hatten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre Antworten auf einer vierstufigen Skala von „1 – stimme überhaupt nicht zu“ bis „4 – stimme voll und ganz zu“ abzugeben. Als Zustimmung gilt bei der Betrachtung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ebenfalls ein Skalenwert von  $\geq 3$  als Zustimmung.

Der Fragebogen der Mitte-Studie und der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wurde in ihren Originalformen jeweils für Jugendliche ab 16 Jahren konzipiert. Da die Jugendlichen der siebten Klassenstufe im Durchschnitt 13,7 Jahre alt waren und die Schüler\*innen der neunten Jahrgangsstufe im Durchschnitt 15,6 Jahre, wurde sich in einigen Fällen dazu entschieden, die Formulierung der Items zu vereinfachen. Starke Abweichungen vom Originalwortlaut werden bei der Beschreibung der jeweiligen Dimension erwähnt. Im Unterschied zum Kapitel 3.1 wurden in diesem Kapitel sowohl Jugendliche mit als auch ohne Migrationshintergrund betrachtet, weshalb die Zustimmungsteile, die in Kapitel 3.1 und in Kapitel 3.2 berichtet werden, leicht voneinander abweichen können.

#### *Ausländerfeindlichkeit*

In Tabelle 14 sind die Zustimmungsteile der ausländerfeindlichen Einstellungen nach Landgerichtsbezirk abgebildet. Das erste und zweite Item wurde sprachlich stärker an das Niveau von jugendlichen Schüler\*innen angepasst. So wurde im ersten Item das Wort „Bundesrepublik“ durch „Deutschland“ ersetzt. In der zweiten Aussage wurde der Teil des Satzes „um unseren Sozialstaat auszunutzen“ durch „um Geld vom Staat zu bekommen“ ersetzt.

Am meisten Zustimmung erhält das Item „Deutschland ist in einem gefährlichen Maß überfremdet“. 33,7 % der Jugendlichen würden dieser Aussage zustimmen. Mehr als jede\*r vierte Schüler\*in würde darüber hinaus „Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken, wenn Arbeitsplätze knapp werden“ (22,0 %) und zustimmen, dass „Ausländer nur hierherkommen, um Geld vom Staat zu bekommen“ (23,4 %). Aus allen drei Items wurde wie in der Originalstudie eine Mittelwertskala gebildet, deren interne Konsistenz mit einem Cronbachs  $\alpha$  von 0,81 als gut zu bewerten ist. Auch hier wurden Skalenwerte von 1 bis 2 als Ablehnung und die Skalenwerte 3 und 4 als Zustimmung interpretiert. Um als ausländerfeindlich kategorisiert zu werden mussten die Jugendlichen also über alle drei Aussagen hinweg einen mittleren Skalenwert von mind. 3 erreichen. Als ausländerfeindlich eingestellt können somit 15,3 % der Jugendlichen beschrieben werden. Es ergeben sich keine signifikanten Unterschiede nach Landgerichtsbezirk.

**Tabelle 14** Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Deutschland ist durch die Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	31,4	37,3	33,3	34,9	33,7
Die Ausländer kommen nur hierher, um Geld vom Staat zu bekommen.	24,2	23,3	22,7	23,1	23,4
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	21,3	25,2	22,5	21,0	22,0
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,81$ )	15,7	17,7	14,9	13,8	15,3

#### *Sozialdarwinismus*

Die zweite von Decker und Brähler (2018) postulierte Dimension des Rechtsextremismus stellt der Sozialdarwinismus dar. Abweichend vom Originalitem „Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“ wurde sich dazu entschieden, die Formulierung in „Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen“ abzuändern. Für diese Änderung wurde sich entschieden, um für weiterführende Analysen ebenso die Einschätzung von Personen zu dieser Aussage zu erhalten, die

sich selbst nicht als deutsch wahrnehmen. Personen, die prinzipiell zustimmen, dass es Völker gibt, die anderen überlegen sind, jedoch nicht unbedingt davon ausgehen, dass es die deutsche Bevölkerung ist, haben so die Möglichkeit ebenso eine Einschätzung dieser Aussage abzugeben. Somit stimmen dieser Aussage fast die Hälfte der Jugendlichen (45,6 %) zu. Am meisten Zustimmung erhält dieses Item im Landgerichtsbezirk Flensburg (53,7 %); am wenigsten im Landgerichtsbezirk Lübeck (43,2 %). Ca. jede\*r vierte Schüler\*in würde zudem zustimmen, dass sich „wie in der Natur auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen sollte“ (25,7 %) und es „wertvolles und unwertes Leben“ gibt (23,9 %). Auch diesen Aussagen wird im Landgerichtsbezirk Flensburg am deutlichsten zugestimmt. Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für die letzten zwei Aussagen signifikant. Insgesamt kann gesagt werden, dass mit 18,8 % der Jugendlichen im Landgerichtsbezirk Flensburg mehr Jugendliche als sozialdarwinistisch eingestuft werden können als in den Landgerichtsbezirken Kiel (13,3 %), Itzehoe (13,4 %) und Lübeck (12,2 %).

Die interne Konsistenz der Skala fällt mit einem Cronbachs  $\alpha$  von 0,53 recht gering aus, was bedeutet, dass es sich bei den drei Items nicht um drei homogene Aussagen handelt. Um die volle inhaltliche Bandbreite der Dimension des Sozialdarwinismus abzubilden und damit die Inhaltsvalidität hoch zu halten, wurde sich bewusst dazu entschieden, unterschiedliche Aspekte dieser Dimension in die Skalenkonstruktion miteinzubeziehen. Um alle relevanten Merkmale des Sozialdarwinismus zu beschreiben, ist es notwendig, hinreichend verschiedene Items heranzuziehen. Der geringe Cronbachs  $\alpha$ -Wert ist ebenso mit der geringen Itemanzahl zu erklären.

**Tabelle 15** Zustimmung zu sozialdarwinistischen Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	24,3	31,2	25,3	24,9	25,7
Manche Völker sind anderen Völkern grundsätzlich überlegen.	<b>44,3</b>	<b>53,7</b>	<b>45,4</b>	<b>43,2</b>	45,6
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	<b>20,2</b>	<b>28,4</b>	<b>26,2</b>	<b>24,3</b>	23,9
<b>Skala (<math>\alpha = 0,53</math>)</b>	<b>13,3</b>	<b>18,8</b>	<b>13,4</b>	<b>12,2</b>	13,8

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Verharmlosung des Nationalsozialismus*

Tabelle 16 zeigt die Zustimmung der Verharmlosung des Nationalsozialismus nach Landgerichtsbezirk. Am meisten Zustimmung bekommt die Aussage, dass „der Nationalsozialismus auch seine guten Seiten hatte“. Somit ist es fast jede\*r vierte Schüler\*in, der oder die dieser Aussage zustimmend gegenübersteht (23,8 %). Die meisten Jugendlichen, die diese Aussage befürworten, befinden sich im Landgerichtsbezirk Flensburg (30,2 %). Weniger Schüler\*innen stimmen in den Landgerichtsbezirken Lübeck (25,0 %), Itzehoe (24,1 %) und Kiel (20,3 %) zu. Die Unterschiede über die Landgerichtsbezirke hinweg sind signifikant.

Etwas weniger Akzeptanz erhalten die Aussagen, dass „man Hitler ohne die Judenvernichtung heute als großen Staatsmann sehen würde“ und „die Verbrechen des Nationalsozialismus in der Geschichtsschreibung weit übertrieben wurden. Ca. jede\*r fünfte Heranwachsende ist mit diesen Aussagen einverstanden. Letztere Aussage ist erneut am häufigsten im Landgerichtsbezirk Flensburg (25,1 %) und

etwas weniger in den Landgerichtsbezirken Lübeck (22,8 %), Kiel (18,0 %) und Itzehoe (17,8 %) vertreten. Die unterschiedlich hohe Zustimmung in den Landgerichtsbezirken wird als signifikant ausgewiesen. Auch insgesamt stimmen im Landgerichtsbezirk Flensburg mit 12,3 % mehr Jugendliche der Verharmlosung des Nationalsozialismus zu als in den Landgerichtsbezirken Kiel (6,6 %), Itzehoe (8,2 %) und Lübeck (8,8 %). Auch innerhalb dieser Dimension verwundert es aufgrund der geringen Itemanzahl und der bewusst ausgesuchten inhaltlichen Bandbreite nicht, dass die interne Konsistenz der Skala mit einem Cronbachs  $\alpha = 0,63$  etwas niedriger ausfällt.

**Tabelle 16** Zustimmung zur Verharmlosung des Nationalsozialismus nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann sehen.	17,5	21,9	22,1	18,1	19,2
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	<b>18,0</b>	<b>25,1</b>	<b>17,8</b>	<b>22,8</b>	20,4
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	<b>20,3</b>	<b>30,2</b>	<b>24,1</b>	<b>25,0</b>	23,8
<b>Skala (<math>\alpha = 0,63</math>)</b>	<b>6,6</b>	<b>12,3</b>	<b>8,2</b>	<b>8,8</b>	8,4

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Antisemitismus*

Als weitere Dimension rechtsextremer Einstellungen kann der Antisemitismus betrachtet werden. Die Zustimmung der antisemitischen Einstellungen ist in Tabelle 17 abgebildet. Etwa jede\*r vierte Schüler\*in stimmt den Aussagen „Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns“ (13,6 %) und „Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen“ (13,8 %) zu. In 10,9 % der Fälle sind die Jugendlichen der Meinung, dass „Juden auf der Welt zu viel Einfluss haben“. Die interne Konsistenz der Skala über alle drei Items kann als akzeptabel bis gut eingestuft werden ( $\alpha = 0,79$ ). Insgesamt können somit 5,8 % der Jugendlichen identifiziert werden, die im Mittel allen antisemitischen Einstellungen zustimmen. Am prävalentesten ist die Befürwortung dieser Aussagen jeweils im Landgerichtsbezirk Flensburg. In diesem Landgerichtsbezirk befürworten 10,0 % der Jugendlichen alle drei Aussagen. In den weiteren Landgerichtsbezirken ist die Zustimmung deutlich geringer. Während im Landgerichtsbezirk Itzehoe 6,1 % der Jugendlichen als antisemitisch eingestellt eingestuft werden können, sind es im Landgerichtsbezirk Kiel 4,7 % und im Landgerichtsbezirk Lübeck 4,8 % der Heranwachsenden. Die unterschiedlichen Zustimmungsteile der Gesamtskala sowie der drei Einzelitems in den vier Landgerichtsbezirken wird in allen Fällen als signifikant ausgewiesen.

**Tabelle 17** Zustimmung zu antisemitischen Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die Juden haben einfach etwas Besonderes an sich und passen nicht so recht zu uns.	11,0	20,8	13,4	13,4	13,6
Juden haben auf der Welt zu viel Einfluss.	9,3	15,0	11,6	10,3	10,9
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.	11,3	20,4	12,5	14,6	13,8
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,79$ )	<b>4,7</b>	<b>10,0</b>	<b>6,1</b>	<b>4,8</b>	5,8

**Anmerkungen:** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

### *Chauvinismus*

Den Jugendlichen wurden zudem Fragen zur Dimension des Chauvinismus vorgelegt (siehe Tabelle 18). Das in den Vorgängerbefragungen genutzte Item „Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ wurde in „Die Deutschen sollten Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.“ umgeändert. Aufgrund der sprachlichen Vereinfachung für die Schüler\*innen der siebten und neunten Klassen wurde der Originalwortlaut des Items „Was unser Land heute braucht ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“ in „Die Deutschen müssen deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.“ geändert. Beantwortet haben diese Aussagen nur die Jugendlichen, die angegeben haben, dass sie sich als deutsch wahrnehmen (90,8 %). Jugendliche, die sich selbst nicht als deutsch wahrnehmen haben die Items in Bezug auf ihre selbst wahrgenommene Nationalität beantwortet. Die Ergebnisse dieser Aussagen werden an dieser Stelle nicht ausgewertet.

Die meiste Zustimmung erhält die Aussage, dass „die Deutschen Mut zu einem starken Nationalgefühl haben sollten“. Fast die Hälfte der Jugendlichen befürwortet diese Einstellung (45,8 %). Wieder ist es der Landgerichtsbezirk Flensburg (50,7 %), dessen Heranwachsende diese Aussage am meisten gegenüber den Landgerichtsbezirken Kiel (42,3 %), Itzehoe (46,2 %) und Lübeck (47,3 %) befürworten. Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für dieses Item signifikant. Darüber hinaus stimmen 26,0 % der Jugendlichen damit überein, dass „die Deutschen deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen müssen“. Der Meinung, dass „es das oberste Ziel der deutschen Politik sein sollte, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht“ sind 16,6 % der Jugendlichen. Zwischen den Landgerichtsbezirken gibt es hinsichtlich dieser Aussagen keine signifikanten Unterschiede. Die interne Konsistenz der Gesamtskala des Chauvinismus weist mit  $\alpha = 0,76$  eine akzeptable interne Konsistenz auf. Im Mittel haben somit 14,5 % der Schüler\*innen den chauvinistischen Aussagen zugestimmt. Die Jugendlichen im Landgerichtsbezirk Flensburg sind zu 16,9 % als chauvinistisch eingestellt zu kategorisieren. In den Landgerichtsbezirken Kiel (14,1 %), Itzehoe (14,6 %) und Lübeck (13,6 %) sind es etwas weniger Schüler\*innen, wenngleich der Unterschied der Landgerichtsbezirke nicht signifikant ausfällt.

**Tabelle 18** Zustimmung zu chauvinistischen Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die Deutschen sollten Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	<b>42,3</b>	<b>50,7</b>	<b>46,2</b>	<b>47,3</b>	45,8
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	15,1	17,6	19,3	15,8	16,6
Die Deutschen müssen deutsche Interessen gegenüber dem Ausland hart und energisch durchsetzen.	27,9	29,1	22,9	24,3	26,0
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,76$ )	14,1	16,9	14,6	13,6	14,5

**Anmerkungen:** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur*

Analog zum Chauvinismus wurden die Aussagen, die der Dimension Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur zugeordnet werden können (siehe Tabelle 19), ebenso nur die Jugendlichen gefragt, die sich selbst als deutsch wahrnehmen. Aus demselben Grund wie beim Chauvinismus wurde daher das Originalitem „Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ in „Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert“ abgeändert. Aufgrund der sprachlichen Vereinfachung wurde zudem das Originalitem „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“ in „Eine Diktatur (alleinige Herrschaft einer Person Gruppe) ist die beste Staatsform“ abgeändert.

Am häufigsten wird unter den Jugendlichen Schleswig-Holsteins die Aussage „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die das deutsche Volk insgesamt verkörpert“ befürwortet. 33,5 % der Schüler\*innen stimmen diesem Item zu. Am stärksten prävalent ist die Zustimmung dieser Aussage im Landgerichtsbezirk Flensburg (38,2 %); am wenigsten im Landgerichtsbezirk Kiel (29,3%). Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für die Einschätzung dieser Aussage signifikant. Weniger akzeptiert ist das Item, dass „Deutschland wieder einen Führer braucht, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert“. Etwa jede\*r siebte Schüler\*in ist mit dieser Aussage einverstanden (13,9 %). Darüber hinaus finden 5,6 % der Jugendlichen, dass „eine Diktatur die beste Staatsform ist“. Die Gesamtskala der Dimension „Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur“ weist eine akzeptable interne Konsistenz von  $\alpha = 0,70$  auf. Im Durchschnitt stimmen den Aussagen dieser Dimension 6,7 % der Jugendlichen zu. Auch hier fällt die Zustimmung im Landgerichtsbezirk Flensburg mit 9,0 % am höchsten aus. Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für die Gesamtskala jedoch nicht signifikant.

**Tabelle 19** Zustimmung zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Deutschland braucht wieder einen Führer, der zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	13,7	15,5	12,3	14,6	13,9
Eine Diktatur (alleinige Herrschaft einer Person/ Gruppe) ist die beste Staatsform.	5,6	7,5	6,3	4,1	5,6
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die das deutsche Volk insgesamt verkörpert.	<b>29,3</b>	<b>38,2</b>	<b>34,2</b>	<b>35,6</b>	33,5
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,70$ )	6,0	9,0	6,6	6,6	6,7

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Geschlossenes rechtsextremes Weltbild*

In Anlehnung an die Leipziger Mitte-Studien kann aus den sechs Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Verharmlosung des Nationalsozialismus, Sozialdarwinismus und Chauvinismus ermittelt werden, ob die Jugendlichen ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“ aufweisen. Ein Cronbachs  $\alpha$  von 0,89 weist auf eine sehr gute interne Konsistenz der Skala hin.

Um von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild auszugehen, müssen die Schüler\*innen über alle 18 Aussagen hinweg einen Skalenwert von  $\geq 3$  aufweisen. Dies trifft auf 3,1 % der Jugendlichen zu (siehe Tabelle 20). Zwischen den einzelnen Landgerichtsbezirken gibt es dabei signifikante Unterschiede. Während im Landgerichtsbezirk Lübeck lediglich 1,8 % der Schüler\*innen solch ein Weltbild vertreten, sind es in den Landgerichtsbezirken Itzehoe und Kiel 2,5 % bzw. 3,6 % der Heranwachsenden. Im Landgerichtsbezirk Flensburg ist es sogar jede\*r 19. Jugendliche, der im Durchschnitt allen rechten Einstellungen zustimmt (5,3 %). Insgesamt vertreten in Schleswig-Holstein 3,1 % der Jugendlichen ein rechtsextremes Weltbild. Wirft man einen Blick auf die absoluten Zahlen, so kann auf Basis der Prävalenzrate von 3,1 %, die Anzahl der Jugendlichen mit einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild für das Bundesland Schleswig-Holstein auf ca. 6.204 Jugendliche (bei 200.140 Einwohnern im Alter von 12 bis 18 Jahren; (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2018); Stand 2017) geschätzt werden.

**Tabelle 20** Vorliegen eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
<b>Geschlossenes rechtsextremes Weltbild</b> ( $\alpha = 0,89$ )	3,6	5,3	2,5	1,8	3,1

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*

Über die Definition der Leipziger Mitte-Studie hinaus können weitere Indikatoren für eine politisch rechte Einstellung betrachtet werden, die sich gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen richtet. Heitmeyer (2002) nennt diese Art von Feindlichkeit das „Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeind-

lichkeit“. Gemeinsamer Kern dieses Syndroms ist eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. In diese Untersuchung mit einbezogen sind die Dimensionen Homophobie, Muslimfeindlichkeit, Abwertung gegenüber obdachlosen Personen, Menschen mit Behinderungen und Hartz IV-Empfänger\*innen sowie Sexismus.

#### *Homophobie*

In Tabelle 21 sind die Zustimmungsteile der homophoben Einstellungen differenziert nach Landgerichtsbezirk abgebildet. Es wurde sich bewusst für zwei Abweichungen gegenüber dem Originalkonstrukt von Heyder et al. (2005) entschieden. Zum einen wurde das Originalitem „Ehen zwischen zwei Frauen bzw. zwischen zwei Männern sollten erlaubt sein“ aufgrund der Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe zum 01.10.2017 in „Ich finde es gut, dass die Ehe zwischen zwei Männern bzw. zwei Frauen jetzt erlaubt ist“ geändert. Dieses positiv formulierte Item wurde für die Auswertung umkodiert, sodass eine hohe Ablehnung dieser Aussage für eine homophobe Einstellung steht. 19,2 % der Jugendlichen finden es dementsprechend „nicht gut, dass die Ehe zwischen zwei Männern bzw. zwei Frauen jetzt erlaubt ist“. Signifikante Unterschiede über die Landgerichtsbezirke gibt es nicht. Etwas weniger Jugendliche finden mit 18,2 %, dass es „ekelhaft ist, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen“. Auch hier unterscheiden sich die Zustimmungsteile der verschiedenen Landgerichtsbezirke nicht signifikant. Das Originalitem „Homosexualität ist etwas Unmoralisches“ aus der Skala von Heitmeyer (2002) wurde aufgrund der Vereinfachung der Sprache für die Schüler\*innen in „Homosexualität ist etwas Schlechtes“ geändert. Etwa jede\*r zehnte Jugendliche stimmt dieser Aussage zu. Am meisten Zustimmung erhält dieses Item im Landgerichtsbezirk Lübeck (12,1 %), gefolgt von den Landgerichtsbezirken Itzehoe (12,1 %), Kiel (9,5 %) und Flensburg (8,3 %). Die Unterschiede sind statistisch signifikant.

Bildet man aus allen drei Aussagen eine Homophobie Skala zeigt sich, dass diese mit einem Cronbachs  $\alpha = 0,79$  eine gute interne Konsistenz aufweist. Insgesamt können somit 9,4 % der Jugendlichen als homophob eingestellt bezeichnet werden. Die Unterschiede der einzelnen Landgerichtsbezirke werden dabei nicht signifikant.

**Tabelle 21** Zustimmung zu homophoben Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich finde es gut, dass die Ehe zwischen zwei Männern bzw. zwei Frauen jetzt erlaubt ist. (-)*	18,0	17,2	20,3	20,8	19,2
Es ist ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen.	16,9	17,2	20,4	18,6	18,2
Homosexualität ist etwas Schlechtes.	<b>9,5</b>	<b>8,3</b>	<b>12,1</b>	<b>12,9</b>	10,9
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,79$ )	8,0	7,6	10,7	10,9	9,4

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Muslimfeindlichkeit*

In Tabelle 22 sind die Zustimmungsteile der Muslimfeindlichkeitsskala nach Heitmeyer (2002) abgebildet. Dem ersten Item „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ stimmen 29,0 % der Jugendlichen zu. Weniger Zustimmung erhält mit 17,8 % die Aussage „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Die größte Akzeptanz

bekommt diese Aussage im Landgerichtsbezirk Flensburg (22,5 %), gefolgt von den Landgerichtsbezirken Itzehoe (19,0 %), Kiel (17,2 %) und Lübeck (15,5 %). Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für diese Aussage signifikant.

Die Gesamtskala weist mit Cronbachs  $\alpha = 0,73$  eine akzeptable interne Konsistenz auf. Insgesamt kann somit ausgesagt werden, dass 15,9 % der Jugendlichen im Durchschnitt beiden muslimfeindlichen Aussagen zustimmen und somit als muslimfeindlich kategorisiert werden können. Für die Gesamtskala zeigen sich keine signifikanten Unterschiede nach Landgerichtsbezirk.

**Tabelle 22** Zustimmung zu muslimfeindlichen Aussagen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land.	28,4	33,0	28,5	28,1	29,0
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	<b>17,2</b>	<b>22,5</b>	<b>19,0</b>	<b>15,5</b>	17,8
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,73$ )	15,5	19,1	16,5	14,3	15,9

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

#### *Abwertung gegenüber obdachlosen Personen*

Als weitere Dimension Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit soll die Abwertung gegenüber obdachlosen Personen betrachtet werden. Hierfür wurde die Kurzskala von Heyder et al. (2005) genutzt (siehe Tabelle 23). Fast jede\*r vierte Jugendliche\*r würde somit zustimmen, dass „die meisten Obdachlosen arbeitsscheu sind“ (24,4 %). Jede\*r fünfte Schüler\*in findet, dass „bettelnde Obdachlose aus den Fußgängerzonen entfernt werden sollten“ (20,5 %).

Die Gesamtskala weist mit  $\alpha = 0,56$  eine eher niedrige interne Konsistenz auf. Aufgrund der geringen Itemanzahl und der bewusst getroffenen Entscheidung zwischen zwei verschiedenen Aspekten der Dimension „Abwertung gegenüber obdachlosen Personen“ (Arbeit und Platzverbot) zu differenzieren, wird sich dennoch dafür entschieden, die Gesamtskala zu präsentieren. Insgesamt können 12,9 % der Jugendlichen als abwertend gegenüber obdachlosen Personen eingestuft werden. Dies sind mit 15,0 % im Landgerichtsbezirk Flensburg und 14,9 % im Landgerichtsbezirk Itzehoe mehr Jugendliche als in den Landgerichtsbezirken Kiel (13,2 %) und Lübeck (10,1 %). Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für die Gesamtskala signifikant.

**Tabelle 23** Zustimmung zur Abwertung von obdachlosen Personen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	24,5	27,6	24,2	22,8	24,4
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	20,1	20,9	21,9	19,7	20,5
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,56$ )	<b>13,2</b>	<b>15,0</b>	<b>14,9</b>	<b>10,1</b>	12,9

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

*Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderungen*

Die Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderungen wird mit einer Skala von Heyder et al. (2005) gemessen. Im Unterschied zu Heyder et al. (2005) wurde sich dafür entschieden, den Begriff „Behinderte“ mit „Menschen mit Behinderungen“ zu tauschen. Zudem wurde das Wort „überzogen“ in „übertrieben“ geändert, um die Sprache für die Siebt- und Neuntklässler\*innen zu vereinfachen.

15,1 % der Schüler\*innen sagen aus, dass sie die „vielen Forderungen von Menschen mit Behinderung übertrieben finden“. 10,7 % stimmen darüber hinaus zu, dass „Menschen mit Behinderung zu viele Vergünstigungen erhalten“. Diese Zustimmung ist im Landgerichtsbezirk Flensburg (14,7 %) prävalenter als in den Landgerichtsbezirken Kiel (10,1 %), Itzehoe (9,7 %) und Lübeck (10,0%). Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind für diese Aussage signifikant. Die Gesamtskala kann 6,1 % der Jugendlichen identifizieren, die eine Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderungen aufweisen. Dieser Anteil ist in den unterschiedlichen Landgerichtsbezirken nicht signifikant verschieden.

**Tabelle 24** Zustimmung zur Abwertung von Menschen mit Behinderungen (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Viele Forderungen von Menschen mit Behinderung finde ich übertrieben.	13,7	16,4	15,6	15,7	15,1
Menschen mit Behinderung erhalten zu viele Vergünstigungen.	<b>10,1</b>	<b>14,7</b>	<b>9,7</b>	<b>10,0</b>	10,7
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,60$ )	5,4	7,0	5,9	6,8	6,1

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

*Abwertung gegenüber Hartz-IV-Empfänger\*innen*

Die Jugendlichen bekamen ebenso Fragen zu ihrer Einstellung gegenüber Menschen, die Hartz-IV empfangen (siehe Tabelle 25). Die Items sind in Anlehnung an Heitmeyer und Endrikat (2008) formuliert worden. Es wurde im Unterschied zu den Autoren jedoch der Begriff „Langzeitarbeitslose“ mit dem in der heutigen Sprache häufiger verwendeten Begriff „Hartz-IV-Empfänger“ getauscht. Darüber hinaus wurde die Aussage „Ich finde es empörend, wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“ aufgrund der sprachlichen Vereinfachung in „Die meisten Hartz-IV-Empfänger sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden“ abgewandelt. Über die Hälfte der Jugendlichen sind somit der Meinung (50,7 %), dass „die meisten Hartz-IV-Empfänger nicht wirklich daran interessiert sind, einen Job zu finden“. Dieser Aussage wird am häufigsten im Landgerichtsbezirk Flensburg zugestimmt (55,5 %), gefolgt von den Landgerichtsbezirken Itzehoe (52,4 %), Kiel (50,8 %) und Lübeck (46,9 %). Die Unterschiede der Landgerichtsbezirke sind signifikant.

Ebenso befürworten 46,1 % der Schüler\*innen die Aussage „Hartz-IV-Empfänger machen sich auf Kosten der arbeitenden Menschen ein bequemes Leben“. Auch hier führt der Landgerichtsbezirk Flensburg mit einem Zustimmungsanteil von 51,5 %. In den Landgerichtsbezirken Itzehoe (49,7 %), Kiel (45,7 %) und Lübeck (41,1 %) wird etwas seltener zugestimmt. Die Akzeptanz dieser Aussage ist über die Landgerichtsbezirke signifikant verschieden. In der Gesamtskala zeigen sich dann keine signifikanten Unterschiede der Landgerichtsbezirke mehr. Insgesamt können 38,9 % der Jugendlichen identifiziert werden, die Hartz-IV-Empfänger\*innen abwertend gegenüberstehen.

**Tabelle 25** Zustimmung zur Abwertung von Hartz-IV Empfänger\*innen (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB ltzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Hartz-IV-Empfänger machen sich auf Kosten der arbeitenden Menschen ein bequemes Leben.	45,7	51,5	49,7	41,1	46,1
Die meisten Hartz-IV-Empfänger sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	50,8	55,5	52,4	46,9	50,7
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,73$ )	39,1	42,8	40,4	35,8	38,9

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

### Sexismus

Die Dimension Sexismus wird mit zwei Items von Heitmeyer (2002) abgebildet (siehe Tabelle 26). Für das erste Item wurde sich aufgrund der sprachlichen Vereinfachung dazu entschieden aus der Originalaussage das Wort „besinnen“ mit dem Wort „konzentrieren“ auszutauschen.

Insgesamt würden 11,5 % der Jugendlichen zustimmen, dass es „für eine Frau wichtiger sein sollte, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen“. Jede\*r zehnte Heranwachsende (10,1 %) findet zudem, dass „Frauen sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren sollten“. Beiden Aussagen stimmen im Durchschnitt 5,6 % der Schüler\*innen zu. Dieser Anteil von Jugendlichen kann somit als sexistisch eingestellt identifiziert werden. Weder für die einzelnen Items noch für die Gesamtskala lassen sich signifikante Unterschiede nach Landgerichtsbezirk ausmachen.

**Tabelle 26** Zustimmung zu sexistischen Aussagen (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB ltzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Frauen sollten sich wieder mehr auf ihre Rolle als Hausfrau und Mutter konzentrieren.	10,0	10,2	9,4	10,8	10,1
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	10,6	12,1	13,2	11,0	11,5
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,57$ )	6,1	6,9	5,2	4,5	5,6

### Zusammenfassung

Ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild teilen in Schleswig-Holstein 3,1 % der Jugendlichen. Im Vergleich der Landgerichtsbezirke zeigen sich dabei signifikante Unterschiede. Während im Landgerichtsbezirk Lübeck lediglich 1,8 % der Schüler\*innen solch ein Weltbild vertreten, sind es in den Landgerichtsbezirken Itzehoe und Kiel 2,5 bzw. 3,6 % der Heranwachsenden. Im Landgerichtsbezirk Flensburg ist es sogar jede\*r 19. Jugendliche, der im Durchschnitt allen rechten Einstellungen zustimmt (5,3 %). Auch bei den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus ist es Flensburg, dessen Schüler\*innen die höchsten Zustimmungsraten erzielen. Die zweithöchsten Prävalenzraten erzielt bei den meisten Dimensionen der Landgerichtsbezirk Itzehoe. Die geringste Akzeptanz der rechten Einstellungen liegt je nach Dimension im Landgerichtsbezirk Lübeck oder Kiel.

Insgesamt liegen die Prävalenzen bei der Dimension Ausländerfeindlichkeit mit 15,3 % zustimmenden Jugendlichen am höchsten. Doch auch die chauvinistischen (14,5 %) und sozialdarwinistischen Einstellungen (13,8 %) werden von ca. jedem oder jeder siebten Schüler\*in befürwortet. Darüber hinaus sind es 8,4 % der Heranwachsenden, die den Nationalsozialismus verharmlosen; 6,7 % befürworten eine rechtsautoritäre Diktatur und 5,8 % teilen antisemitische Einstellungen. Das geschlossene rechtsextreme Weltbild teilen 3,1 % der Jugendlichen.

Bei der Betrachtung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zeigen sich die höchsten Prävalenzen für die Abwertung von Menschen, die Hartz-IV empfangen: 38,9 % der Jugendlichen teilen solch eine Einstellung. Für die Muslimfeindlichkeit zeigt sich, dass 15,9 % der Jugendlichen als muslimfeindlich eingestellt kategorisiert werden können. Abwertend gegenüber obdachlosen Personen äußern sich 12,9 % der Schüler\*innen. Dieser Anteil liegt in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe höher als in den Landgerichtsbezirken Lübeck und Kiel.

Die weiteren Dimensionen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit kommen etwas seltener vor. Dennoch lassen sich 9,4 % der Jugendlichen ausmachen, die homophobe Einstellungen teilen; 6,1 % werten Menschen mit Behinderungen ab und 5,6 % äußern sich zustimmend gegenüber den sexistischen Aussagen. Wenngleich sich die Unterschiede der Landgerichtsbezirke bei Betrachtung der Gesamtskalen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nur bei der Abwertung gegenüber Obdachlosen als signifikant erweisen, können für einige einzelne Items bei der Abwertung gegenüber Hartz-IV-Empfänger\*innen und Menschen mit Behinderungen, der Homophobie und der Muslimfeindlichkeit dennoch signifikante Unterschiede ausgemacht werden. Mit Ausnahme der Homophobie fallen diese derart aus, dass der Landgerichtsbezirk Flensburg die höchsten Prävalenzraten erzielt. Homophobe Einstellungen werden hingegen am häufigsten im Landgerichtsbezirk Lübeck, am seltensten im Landgerichtsbezirk Flensburg geteilt.

### 3.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test

Die in Kapitel 1.2 vorgestellten theoretischen Korrelate von Rechtsextremismus sollen im Folgenden auf ihre empirische Relevanz zur Erklärung rechtsextremer Einstellungen und Verhaltensweisen hin überprüft werden. Tabellarisch dargestellt ist in Tabelle 27 zunächst, inwieweit für die zentralen Korrelate ein entsprechender Zusammenhang in der bisherigen Rechtsextremismusforschung identifiziert werden konnte. Die mittlere Spalte informiert dabei über die Art des Zusammenhangs ((+): positiver Zusammenhang; (-): negativer Zusammenhang; (0): kein Zusammenhang (bzw. keine Unterschiede in

Bezug auf das Geschlecht); (~) uneindeutiger Zusammenhang; u: U-förmige Häufigkeitsverteilung (bei männl. Geschlecht)).

**Tabelle 27.** Übersicht über empirische Befunde zu den potentiellen Einflussfaktoren von Rechtsextremismus

Korrelat		Studie
<b>Soziodemografie</b>		
<i>Geschlecht (männlich)</i>		
Rechtsextreme Einstellungen (Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Muslimfeindlichkeit)	(-)	Küpper, B. & Zick, A. (2011). Geschlecht und Vorurteile. Eine empirische Analyse. In U. Birsl (Hrsg.), <i>Rechtsextremismus und Geschlecht</i> (S. 187–210). Opladen: Barbara Budrich.
Rechtsextreme Einstellungen (Antisemitismus, Abwertung homosexueller Menschen und Trans*-Menschen)	(0)	Zick, A., Küpper, B., Krause, D. & Berghan, W. (2016). Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Bonn: Dietz.
Ausländerfeindlichkeit		Bacher, Johann (2001): In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? In: <i>Koelner Z. Soziol. u. Soz. Psychol</i> 53 (2), S. 334–349. DOI: 10.1007/s11577-001-0042-1.
Rechtsextreme Einstellungen		Fuchs, Marek; Lamnek, Siegfried; Wiederer, Ralf (2003): <i>Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt</i> . Opladen: Leske + Budrich. Schroeder, K.(2004): <i>Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein OstWest-Vergleich</i> . Paderborn: Schöningh.
Rechtsextreme Einstellungen	(0)	Heitmeyer (2007): Was hält die Gesellschaft zusammen? Problematische Antworten auf soziale Desintegration. In: <i>Deutsche Zustände</i> , Folge 5. Heitmeyer W (Ed); Edition Suhrkamp, 2484. Frankfurt a. M.: Suhrkamp: 37-50.
Rechtsextreme Gewalt (rechtsextrem motivierte Straftaten)	(+)	Küpper, B. & Zick, A. (2011). Geschlecht und Vorurteile. Eine empirische Analyse. In U. Birsl (Hrsg.), <i>Rechtsextremismus und Geschlecht</i> (S. 187–210). Opladen: Barbara Budrich. Frindte, W., Geschke, D. & Haußecker, N. (2014). <i>Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013</i> . 27. Jahrestagung des Forums Friedenspsychologie, Jena, 19.-22. Juni 2014.
Generalisierte Vorurteile	(+)	Bäckström, M. & Björklund, F. (2007). Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism and empathy. <i>Journal of Individual Differences</i> , 28 (1), 10–17.
<i>Alter</i>		
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	Zick, A.; Küpper, B.; Krause, D.; Berghan, W. (2016): Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Hg. v. Ralf Melzer. Bonn: Dietz.
	(u)	Zick, A.; Klein, A. (2014): Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2014. Bonn: Dietz
Ausländerfeindlichkeit	(-)	Bacher, Johann (2001): In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit? In: <i>Koelner Z. Soziol. u. Soz. Psychol</i> 53 (2), S. 334–349. DOI: 10.1007/s11577-001-0042-1.
Antisemitismus	(-)	Sturzbecher, D. (2000): Antisemitismus unter Jugendlichen in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. In: Dietmar Sturzbecher (Hg.): <i>Antisemitismus unter Jugendlichen. Fakten, Erklärungen, Unterrichtsbausteine</i> . Göttingen: Hogrefe Verl. für Psychologie, S. 76–152
<i>Familienstruktur</i>		
Affinität zu rechten Parteien	(+)	Siedler, T.(2011): Parental unemployment and young people's extreme right-wing party affinity: evidence from panel data. In: <i>Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society)</i> 174 (3), S. 737–758. DOI: 10.1111/j.1467-985X.2010.00683.x.

Sozioökonomischer Status & Bildungsniveau (niedrig)		
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	<p>Decker, O. &amp; Brähler, E. (2006). <i>Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland</i> [korrigierte Ausg., electronic ed.]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.</p> <p>Heyder, A. &amp; Gaßner, A. (2012). Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen. Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. <i>Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)</i>, 41 (3), 277–298</p> <p>Zick, A. &amp; Klein, A. (2014). <i>Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014</i>. Bonn: Dietz.</p> <p>Zick, A., Küpper, B., Krause, D. &amp; Berghan, W. (2016). <i>Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016</i>. Bonn: Dietz.</p> <p>Rippl, S. (2002). Bildung und Fremdenfeindlichkeit. <i>Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie</i>, 54 (1), 135–146.</p> <p>Kliem, S., Krieg, Y., Kudlacek, D., Baier, D. &amp; Bergmann, M. C. (2018). Zur Prävalenz rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung aus Niedersachsen. In O. Decker &amp; E. Brähler (Hrsg.), <i>Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft</i> (S. 241–255). Gießen: Psychosozial-Verlag.</p>
Affinität zu rechten Parteien	(~)	Siedler, T.(2011): Parental unemployment and young people's extreme right-wing party affinity: evidence from panel data. In: <i>Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society)</i> 174 (3), S. 737–758. DOI: 10.1111/j.1467-985X.2010.00683.x.
Rechtsextremismus, Xenophobie	(+)	Siedler, T. (2007): Does Parental Unemployment Cause Right-Wing Extremism? Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (DIW Discussion Papers, 666).
Ausländerfeindlichkeit	(+)	Bacher (2001): In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit?
Rechtsextremismus	(+)	<p>Schroeder, K.(2004): <i>Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland: Ein OstWest-Vergleich</i>. Paderborn: Schöningh.</p> <p>Fuchs, Marek; Lamnek, Siegfried; Wiederer, Ralf (2003): <i>Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt</i>. Opladen: Leske + Budrich.</p> <p>Melzer, W. &amp; Rostampour, P. (2002). Schulqualität und Rechtsextremismus. <i>Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung</i>, 50 (1), 41–58.</p>

Persönlichkeit		
<i>Autoritarismus</i>		
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	<p>Altemeyer, B. (1988). <i>Enemies of freedom. Understanding right wing authoritarianism</i> (Jossey-Bass public administration series, 1. ed.). San Francisco: Jossey-Bass.</p> <p>Frindte, W. &amp; Zachariae, S. (2005). Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung als Prädiktoren für fremdenfeindliche und antisemitische Vorurteile. <i>Zeitschrift für Politische Psychologie</i>, 13 (1-2), 83–111.</p> <p>Bäckström, M. &amp; Björklund, F. (2007). Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism and empathy. <i>Journal of Individual Differences</i>, 28 (1), 10–17.</p> <p>McFarland, Sam (2010): Authoritarianism, Social Dominance, and Other Roots of Generalized Prejudice. In: <i>Political Psychology</i> 31 (3), S. 453–477. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2010.00765.x.</p> <p>Hohnstein, S. &amp; Greuel, F. (2015). Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus. Zugriff am 13.03.2019. Verfügbar unter <a href="https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Hohnstein_Greuel_2015_Einstiege_verhindern_Ausstiege_begleiten.pdf">https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Hohnstein_Greuel_2015_Einstiege_verhindern_Ausstiege_begleiten.pdf</a></p>
<i>Niedrige Selbstkontrolle / Impulsivität</i>		
Rechtsextreme Gewalt (rechtsextrem motivierte Straftaten)	(+)	<p>Pauwels, L.J.R. &amp; Heylen, B. (2017). Perceived group threat, perceived injustice and self-reported right-wing violence. An integrative approach to the explanation right-wing violence. <i>Journal of Interpersonal Violence</i>, 32.</p> <p>Watts, M. W. (2001). Aggressive youth cultures and hate crime - Skinheads and xenophobic youth in Germany. <i>American Behavioral Scientist</i>, 45 (4), 600–615.</p> <p>Bjørgo, T. (2002). Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten. In W. Heitmeyer &amp; J. Hagan (Hrsg.), <i>Internationales Handbuch der Gewaltforschung</i> (S. 981–999). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. <a href="https://doi.org/10.1007/978-3-322-80376-4_39">https://doi.org/10.1007/978-3-322-80376-4_39</a></p>
<i>Aggressivität</i>		
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	<p>Krüger, C. (2008). <i>Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen. Eine kriminologische Studie zum Phänomen jugendlicher rechter Gewaltstraftäter</i>. Mönchengladbach: Forum-Verlag.</p>
<i>Empathie</i>		
Rechtsextreme Einstellungen / Vorurteile	(+)	<p>Pettigrew, T. F. &amp; Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. <i>European Journal of Social Psychology</i>, 38 (6), 922–934.</p> <p>Bäckström, M. &amp; Björklund, F. (2007). Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism and empathy. <i>Journal of Individual Differences</i>, 28 (1), 10–17.</p> <p>Todd, A. R., Bodenhausen, G. V., Richeson, J. A., &amp; Galinsky, A. D. (2011). Perspective taking combats automatic expressions of racial bias. <i>Journal of Personality and Social Psychology</i>, 100(6), 1027-1042.</p> <p>McFarland, Sam (2010): Authoritarianism, Social Dominance, and Other Roots of Generalized Prejudice. In: <i>Political Psychology</i> 31 (3), S. 453–477. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2010.00765.x.</p>
Vorurteile	(0)	<p>Álvarez-Castillo, J. L.; Fernández-Camínoro, G.; González-González, H. (2018): Is empathy one of the Big Three? Identifying its role in a dual-process model of ideology and blatant and subtle prejudice. In: <i>PLoS one</i> 13 (4), e0195470. DOI: 10.1371/journal.pone.0195470.</p>

<i>Hierarchisches Selbstinteresse</i>		
	(+)	Hadjar, A. (2005). Hierarchisches Selbstinteresse und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. <i>Gruppendynamik und Organisationsberatung</i> , 36 (1), 103–126. doi.org/10.1007/s11612-005-0116-z
<b>Deprivation und Desintegration</b>		
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	Stöss, Richard. (2008). Ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“. In: Friedrich-Ebert-Stiftung. (Hrsg.). Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Bonn: pub Bonner-Universitäts-Buchdruckerei. S. 13-23.  Heyder, A. & Gaßner, A. (2012). Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen. Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. <i>Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)</i> , 41 (3), 277–298  Hohnstein, S. & Greuel, F. (2015). <i>Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus</i> . Zugriff am 13.03.2019. Verfügbar unter <a href="https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Hohnstein_Greuel_2015_Einstiege_verhindern_Ausstiege_begleiten.pdf">https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Hohnstein_Greuel_2015_Einstiege_verhindern_Ausstiege_begleiten.pdf</a>
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	Ahlheim, K., 2003: Das Umfeld des Rechtsextremismus. Fremdenfeindlichkeit in der Mitte der Gesellschaft. S. 25–48 in: K. Ahlheim (Hrsg.), <i>Intervenieren, nicht resignieren. Rechtsextremismus als Herausforderung für Bildung und Erziehung</i> . Schwalbach/Ts: Wochenschau  Mansel, J. / Heitmeyer, W.(2005): Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben. S. 39–72 in: W. Heitmeyer (Hrsg.), <i>Deutsche Zustände</i> . Folge 3. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
Rechtsextreme Einstellungen Ausländerfeindlichkeit (nur signifikanter Effekt bezüglich «Gerechter Anteil»)	(~)	Seipel & Rippl 2000: Ansätze der Rechtsextremismusforschung. Ein empirischer Theorienvergleich. <i>Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation</i> 20: 303–318
<i>Einsamkeit</i>		
Wählen rechter Parteien	(~)	Rydgren, J. (2009): Social Isolation? Social Capital and Radical Right-wing Voting in Western Europe. In: <i>Journal of Civil Society</i> 5 (2), S. 129–150. DOI: 10.1080/17448680903154915.
<i>Anomie</i>		
Rechtsextreme Einstellungen	(+)	Heyder, A. & Gaßner, A. (2012). Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen. Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. <i>Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)</i> , 41 (3), 277–298
<b>Soziale Faktoren</b>		
<i>Innerfamiliäre Gewalterfahrungen</i>		
Rechtsextreme Gewalt	(+)	Eckert, R., Willems, H. & Würtz, S. (1996). Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In J. W. Falter, H.-G. Jaschke & J. R. Winkler (Hrsg.), <i>Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung</i> (Politische Vierteljahresschrift, Bd. 27, S. 152–167). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
<i>Rechte Einstellungen im sozialen Umfeld</i>		
Fremdenfeindlichkeit	(+)	Rippl, S. (2004). Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. <i>ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation</i> , 24 (1), 17–32. Verfügbar unter <a href="https://www.pedocs.de/volltexte/2012/5682/pdf/ZSE_2004_1_Rippl_Eltern_Kind_Transmission_D_A.pdf">https://www.pedocs.de/volltexte/2012/5682/pdf/ZSE_2004_1_Rippl_Eltern_Kind_Transmission_D_A.pdf</a>

Interethnischer Kontakt		
Vorurteile / Diskriminierende Einstellungen	(-)	<p>Pettigrew, T. F. &amp; Tropp, L. R. (2008). How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. <i>European Journal of Social Psychology</i>, 38 (6), 922–934.</p> <p>Pettigrew, T. F. (1998). Intergroup contact theory. <i>Annual Review of Psychology</i>, 49, 65–85. <a href="https://doi.org/10.1146/annurev.psych.49.1.65">https://doi.org/10.1146/annurev.psych.49.1.65</a></p> <p>Binder, J., Zagefka, H., Brown, R., Funke, F., Kessler, T., Mummendey, A. et al. (2009). Does contact reduce prejudice or does prejudice reduce contact? A longitudinal test of the contact hypothesis among majority and minority groups in three European countries. <i>Journal of Personality and Social Psychology</i>, 96 (4), 843–856. <a href="https://doi.org/10.1037/a0013470">https://doi.org/10.1037/a0013470</a></p> <p>Wagner, U., Christ, O. &amp; Pettigrew, T. F. (2008). Prejudice and Group-Related Behavior in Germany. <i>Journal of Social Issues</i>, 64 (2), 403–416.</p>
<p>(+): positiver Zusammenhang; (-): negativer Zusammenhang; (0): keine Unterschiede bzw. kein Zusammenhang; (~) uneindeutiger Zusammenhang; u: U-förmige Häufigkeitsverteilung (bei männl. Geschlecht)</p>		

Nachfolgend soll empirisch überprüft werden, wie die eingangs vorgestellten potentiellen Einflussfaktoren von Rechtsextremismus mit unterschiedlichen Dimensionen von rechten Einstellungen korreliert sind. Dabei wird sich auf die sechs Einstellungsdimensionen von Rechtsextremismus fokussiert, die in vergleichbarer Form auch in den Leipziger Mitte-Studien zur Anwendung kommen und in Kapitel 3.1 vorgestellt wurden (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus). Bevor die Ergebnisse vorgestellt werden, wird zunächst auf die Operationalisierung der einzelnen Korrelate von Rechtsextremismus eingegangen.

### Soziodemografische Faktoren

#### Geschlecht

Die Variable des Geschlechts findet in dichotomer Form Eingang in die Analysen (0 = weiblich, 1 = männlich).

#### Sozioökonomischer Status

Die Abfrage des sozioökonomischen Status (SES) der befragten Jugendlichen erfolgte über die *Family Affluence Scale* (FAS) (Boyce et al. 2006), die im Rahmen der von der WHO geförderten Studie *Health Behaviour in School-aged Children* (HBSC) entwickelt wurde und in vergleichbarer Form bereits in anderen Befragungen von Jugendlichen eingesetzt worden ist (vgl. etwa Hobza et al. 2017; Richter und Klocke 2005). Vor dem Hintergrund, dass der sozioökonomische Status von Kindern und Jugendlichen in der Regel über den Status der Eltern definiert wird, Heranwachsende aber meist nur sehr ungenaue Angaben über Einkommen, Beruf und Bildung ihrer Eltern machen können, kann die Skala zum familiären Wohlstand der Familie als geeignetes Maß für den sozioökonomischen Status herangezogen werden (Richter und Klocke 2005).

Die FAS misst den familialen Wohlstand in Form eines Indexes, der aus dem familiären Besitz bestimmter Wohlstandsgüter (Autos, eigenes Zimmer des oder der Jugendlichen, Urlaubreisen in den letzten 12 Monaten, Anzahl von Computern, Badezimmer und Besitz einer Geschirrspülmaschine) besteht (Ot-

tova et al. 2012; Chzhen et al. 2016). Der jeweilige Itemwortlaut und die dazugehörigen Antwortkategorien der herangezogenen Items waren: (1) „Besitzt deine Familie ein Auto?“ (*nein; ja, eins; ja, zwei oder mehr*), (2) „Hast du bei dir zu Hause ein eigenes Zimmer nur für dich allein?“ (*nein; ja*), (3) „Wie häufig bist du mit deiner Familie in den letzten 12 Monaten außerhalb von Deutschland in den Urlaub gefahren?“ (*überhaupt nicht; einmal; zweimal; mehr als zweimal*), (4) Wie viele Computer (bzw. Laptops) besitzt deine Familie insgesamt?“ (*keinen; einen; zwei; mehr als zwei*), (5) „Hat deine Familie eine Geschirrspülmaschine zuhause?“ (*nein; ja*), (6) Wie viele Badezimmer (Räume mit Badewanne/Dusche bzw. beidem) gibt es bei dir zuhause? (*keines; eins; zwei; mehr als zwei*). Jedes Einzelitem wurde so rekodiert, dass es Werte zwischen 0 und 3 annehmen kann (z. B. für Autobesitz 0-2: *nein* = 0; *ja, eins* = 1; *ja, zwei oder mehr* = 2). Befragte mit fehlenden Werten auf eines der sechs Items wurden von der Berechnung des sozialen Status ausgeschlossen. Aus den zugewiesenen Punktwerten der sechs Items wurde ein Punktsummenscore gebildet, der ganze Werte zwischen 0 und 13 annehmen kann. Der SES-Index ging als metrische Variable in die Analysen ein.

### **Persönlichkeitseigenschaften**

#### *Autoritarismus*

Autoritäre Einstellungen der Jugendlichen wurden angelehnt an der Kurzskala von Hübner et al. (2008) über vier Items gemessen, die bereits wiederholt in vorangegangenen Schülerbefragungen eingesetzt wurden (vgl. Bergmann et al. 2017): „Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun sollen und was nicht“, „Kinder sollten sich den Vorstellungen der Eltern anpassen“, „Verbrechen sollten härter bestraft werden“, „Um Recht und Ordnung zu bewahren, sollte man härter gegen Außenseiter und Unruhestifter vorgehen“ (Cronbachs  $\alpha = 0,65$ ). Die Beantwortung erfolgte über eine fünfstufige Zustimmungsskala („1 – stimme ganz und gar nicht zu“; „2 – stimme wenig zu“; „3 – stimme etwas zu“; „4 – stimme ziemlich zu“; „5 – stimme voll und ganz zu“).

#### *Selbstkontrolle*

Selbstkontrolle bezeichnet grundsätzlich die Fähigkeit zur emotionalen Selbstregulation in unterschiedlichen Situationen, z. B. wenn man geärgert oder gestört wird, bei Meinungsverschiedenheiten oder bei Problemen. Im Fragebogen wurde Selbstkontrolle anhand von sechs Items zur Selbstbeurteilung gemessen, die auf der deutschen Übersetzung der SSIS-Skalen basieren (*Social Skills Improvement System (SSIS) Rating Scales* (Gresham und Elliot 2008). Anhand einer vierstufigen Skala („1 – stimmt nicht“; „2 – stimmt kaum“; „3 – stimmt eher“; „4 – stimmt genau“) sollten folgende Aussagen bewertet werden: „Ich bleibe ruhig, wenn ich geärgert werde“, „Ich bleibe ruhig, wenn andere mir gesagt haben, dass ich einen Fehler gemacht habe“, „Ich bleibe ruhig, wenn andere mich stören“, „Ich bleibe ruhig, wenn ich mit Problemen zu tun habe“. Die interne Konsistenz der Skala Selbstkontrolle ist mit einem  $\alpha$ -Wert von 0,83 als sehr gut einzustufen.

#### *Impulsivität*

Impulsivität wurde auf Basis der deutschen Übersetzung der I-8 Skala UPPS-Skala von Whiteside und Lynam (2001) (Keye et al. 2009; Schmidt et al. 2008) durch folgende Items erfasst: „Manchmal tue ich spontan Dinge, die ich besser nicht getan hätte“, „Um mich besser zu fühlen, mache ich manchmal Sachen, die ich später bereue“, „Ich denke normalerweise genau nach, bevor ich etwas unternehme“, „Ich entscheide meist nach sorgfältigem und logischem Überlegen“, „Was ich begonnen habe, führe ich auch zu Ende“, „Ich teile meine Zeit gut ein, so dass ich Aufgaben rechtzeitig erledigen kann“, „Ich bin bereit Risiken einzugehen“, „Ich bin gerne bereit, etwas zu wagen“. Diese wurden jeweils auf einer

fünfstufigen Skala („1 – trifft überhaupt nicht zu“ bis „5 – trifft voll und ganz zu“) gemessen (Cronbachs  $\alpha = 0,63$ ).

#### *Feindseligkeit/Aggressivität*

Auf Basis des *Brief Symptom Inventory (BSI, Franke 2000)*, welches über fünf Items das Spektrum von Unausgeglichenheit bis hin zu starker Aggressivität misst, wurde die Aggressionsneigung der Jugendlichen erfasst (siehe auch Kliem & Brähler, 2017). Gefragt wurden die Schüler\*innen, ob sie in den letzten sieben Tagen unter Folgendem gelitten haben: „dem Gefühl, leicht reizbar zu sein“, „Gefühlsausbrüchen, denen gegenüber [sie] machtlos [waren]“, „dem Drang, jemanden zu schlagen, zu verletzen oder ihm Schmerz zuzufügen“, „dem Drang, Dinge zu zerbrechen oder zu zerschmettern“ und „der Neigung, immer wieder in Erörterungen und Auseinandersetzungen zu geraten“. Die interne Konsistenz dieser Skala war mit einem  $\alpha$  von 0,81 sehr hoch.

#### *Empathie*

Die Empathiefähigkeit der Jugendlichen wurde durch vier Items aus dem Inventar zur Erfassung von Impulsivität, Risikoverhalten und Empathie bei 9- bis 14-jährigen Kindern (IVE, Stadler et al. 2004) gemessen: „Es bedrückt mich, wenn ich sehe, dass jemand ausgelacht wird“, „Es nimmt mich sehr mit, wenn ich jemanden weinen sehe“, „Ich spüre oft Mitgefühl für Leute, denen es schlechter geht als mir“ und „Schüler, die oft gehänselt werden, tun mir leid“ (Cronbachs  $\alpha = 0,87$ ). Die Beantwortung erfolgte auf einer vierstufigen Skala („1 – stimmt nicht“, „2 – stimmt kaum“, „3 – stimmt eher“, „4 – stimmt genau“).

#### *Hierarchisches Selbstinteresse*

Das Ausmaß materialistischer Werthaltung wurde durch vier Items erfasst, die auf dem Konzept des Hierarchischen Selbstinteresses von (Hadjar 2005) basieren. Alle Items wurden im Rahmen der Befragung anhand einer fünfstufigen Skala („1 – stimmt nicht“ bis „5 – stimmt genau“) erfasst: „Es ist nicht so wichtig, wie man gewinnt, sondern dass man gewinnt“, „Erfolg im Leben zu haben, bedeutet für mich, besser als andere zu sein“, „Wer keine Leistung bringt, wird nicht glücklich“ und „Das Wichtigste im Leben ist Leistung“ (Cronbachs  $\alpha = 0,75$ ).

### **Sozialstrukturelle Faktoren**

#### *Deprivation und Desintegration*

Deprivations- und Desintegrationserleben wurde anhand der in Tabelle 28 dargestellten Items gemessen. Deprivationserfahrungen wurden dabei anhand von sieben verschiedenen Dimensionen erfasst, die in subjektive und objektive Erfahrungsdimensionen kategorisiert wurden (vgl. Rippl und Baier 2005; Richter und Hurrelmann 2006). Die Indikatoren zur individuellen absoluten und relativen Deprivation sowie zur kollektiven Deprivation gingen jeweils als Einzelitems in die Analysen ein. Die Angabe, ob der oder die Befragte bzw. dessen Familie von Sozialleistungen (d. h. Arbeitslosengeld oder Hartz IV) abhängig ist (0 = nein; 1 = ja) wird als *abhängig von sozialen Leistungen* bezeichnet. Aus den zwei Items zum politisch-institutionellen Deprivationserleben wurde eine Mittelwertskala gebildet, die durch die mittlere Korrelation zwischen den beiden Variablen ( $r = 0,37$ , Cronbachs  $\alpha = 0,54$ ) gerechtfertigt erscheint. Ebenso wurde mit den zwei Items zur sozialen Deprivation verfahren ( $r = 0,65$ , Cronbachs  $\alpha = 0,79$ ).

Neben sozialer Deprivation wurde zusätzlich sozial-emotionales Deprivationserleben mithilfe von sechs Items aus der deutschen Übersetzung der *Loneliness-Scale* von Jong-Gierveld und van Tilburg

(1999) gemessen. Die Itemformulierungen waren die Folgenden: „Ich fühle eine allgemeine Leere“, „Es gibt genug Menschen, auf die ich mich bei Problemen stützen kann (umgekehrt rekodiert)“, „Ich kenne viele Menschen, auf die ich mich wirklich verlassen kann (umgekehrt rekodiert)“, „Ich vermisse Menschen um mich herum“, „Es gibt genügend Menschen, mit denen ich mich eng verbunden fühle (umgekehrt rekodiert)“, „Ich fühle mich oft im Stich gelassen“. Die Schüler\*innen wurden gebeten, das Ausmaß ihrer Zustimmung auf einer vierstufigen Skala (1 – *stimmt nicht*; 2 – *stimmt kaum*; 3 – *stimmt eher*; 4 – *stimmt genau*) anzugeben (Cronbachs  $\alpha = 0,63$ ).

**Tabelle 28.** Übersicht über die verwendeten Indikatoren von Deprivation.

<b>Indikator</b>	<b>Antwortoptionen</b>
<b>Individuelle absolute Deprivation (subjektiv)</b>	
<i>Wie schätzt du insgesamt die finanzielle Lage deiner Familie ein? <sup>a</sup></i>	1 – <i>sehr schlecht</i> 2 – <i>eher schlecht</i> 3 – <i>eher gut</i> 4 – <i>sehr gut</i>
<b>Individuelle relative Deprivation (subjektiv)</b>	
<i>Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Wie viel, glaubst du, bekommst du persönlich? <sup>a</sup></i>	1 – <i>weit weniger als den gerechten Anteil</i> 2 – <i>weniger als den gerechten Anteil</i> 3 – <i>den gerechten Anteil</i> 4 – <i>mehr als den gerechten Anteil</i>
<b>Individuelle Deprivation (objektiv)</b>	
<i>Erhalten deine Eltern oder du gegenwärtig Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld?</i>	1 – <i>nein</i> 2 – <i>ja</i> 3 – <i>ich weiß nicht</i>
<b>Institutionelle Deprivation (subjektiv)</b>	
<i>Leute wie ich haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut. Ich halte es für sinnlos, mich politisch zu engagieren.</i>	vierstufige Skala (1 – <i>trifft überhaupt nicht zu bis 4 – trifft voll und ganz zu</i> )
<b>Soziale Deprivation (subjektiv)</b>	
<i>In meinem Umfeld gibt es genügend Menschen, die mich so nehmen, wie ich bin. <sup>* a</sup></i> <i>In meinem Umfeld fühle ich mich wohl und sicher. <sup>* a</sup></i>	vierstufige Skala (1 – <i>trifft überhaupt nicht zu bis 4 – trifft voll und ganz zu</i> )
<b>Kollektive absolute Deprivation (GMF Survey, 2011)</b>	
<i>Denke nun an die allgemeine Lage der Deutschen. Wo ordnest du die Deutschen von arm nach reich ein? <sup>a</sup></i>	zehnstufige Skala (1 – <i>arm bis 10 – reich</i> )
<b>Kollektive relative Deprivation (Rippl &amp; Baier 2005; GMF Survey 2011)</b>	
<i>Wenn du die Lage der Deutschen mit der Lage der in Deutschland lebenden Ausländer vergleichst, wie viel ärmer bzw. reicher sind die Deutschen dann im Vergleich zu den Ausländern? <sup>a</sup></i>	zehnstufige Skala (1 – <i>ärmer bis 10 – reicher</i> )

Anmerkungen: \* Im Unterschied zum Originalwortlaut positiv formuliert; <sup>a</sup> für die nachfolgenden Analysen umgekehrt kodiert.

### Anomie

Allgemeine Gefühle der Verunsicherung und Orientierungslosigkeit wurden auf Basis einer von Srole (1956) entwickelten Skala erfasst. Die Schüler\*innen wurden gebeten, auf einer vierstufigen Skala (von 1 – *stimme überhaupt nicht zu bis 4 – stimme voll und ganz zu*) einzustufen, inwiefern sie den vier folgenden Aussagen zustimmen: „Die Situation der einfachen Leute wird nicht besser, sondern schlechter“, „So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen“, „Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, wie es anderen geht“

und „Die meisten Politiker interessieren sich gar nicht für die Probleme der einfachen Leute“ (Cronbachs  $\alpha = 0,81$ ). Die Anomie-Items wurden in vergleichbarer Form bereits in verschiedenen anderen Befragungen in Deutschland verwendet (vgl. etwa die Studien von Zick et al. 2016).

### ***Familie, Peergroup und Schule***

#### *Elterliche Gewalt*

Die Erfahrung physischer elterlicher Gewalt wurde retrospektiv in Bezug auf die Kindheit (d. h. die Zeit vor Vollendung des 12. Lebensjahres) der Befragten erhoben. Die Operationalisierung basiert auf den von Straus (1979) entwickelten *Conflict Tactics Scales (CTS)* und orientiert sich an einer adaptierten deutschen Version derselben (vgl. Wetzels). Über vier Items wurde die Häufigkeit von unterschiedlich schweren Gewalthandlungen durch Eltern auf einer sechsstufigen Skala (1 – *nie*; 2 – *1-oder 2-mal*; 3 – *3-bis 12-mal*; 4 – *mehrmals pro Monat*; 5 – *einmal pro Woche*; 6 – *mehrmals pro Woche*) erfasst, wobei die Aussagen für Mutter und Vater jeweils getrennt erfragt wurden. Eingeleitet durch die Frage „Wie oft kam es vor, dass dich deine Eltern geschlagen haben, bevor du 12 Jahre alt warst“ sollten die Jugendlichen folgende Aussagen bewerten: *Meine Mutter/Mein Vater hat* „mich mit der flachen Hand geschlagen“, „mich hart angepackt oder gestoßen“, „mich mit einem Gegenstand geschlagen“ und „mich mit der Faust geschlagen oder mich getreten“. Für die Auswertungen wurden die Angaben für jede Verhaltensweise über den *höchsten* angegebenen Wert über beide Elternteile zusammengefasst und sodann in eine Mittelwertskala integriert (Cronbachs  $\alpha = 0,87$ ). Hat ein Jugendlicher bspw. nur vom Vater Gewalt erlebt, nicht aber von der Mutter, findet lediglich die Angabe zum Vater Berücksichtigung für die Mittelwertskala zur Elterngewalt.

#### *Gewalt zwischen Eltern*

Das Miterleben von sowohl verbaler als auch physischer Gewalt zwischen Eltern wurde in Bezug auf die letzten 12 Monate durch drei Items erfragt: „Ich habe miterlebt, wie meine Eltern sich laut gestritten haben“, „Ich habe mitbekommen, wie ein Elternteil den anderen heftig herumgestoßen oder geschüttelt hat“ und „Ich habe gesehen, wie ein Elternteil den anderen geschlagen hat“. Die Häufigkeit solcher Erlebnisse wurde anhand einer sechsstufigen Skala (1 – *nie*; 2 – *1-oder 2-mal*; 3 – *3-bis 12-mal*; 4 – *mehrmals pro Monat*; 5 – *einmal pro Woche*; 6 – *mehrmals pro Woche*) erfasst und in Form einer Mittelwertskala zusammengefasst (Cronbachs  $\alpha = 0,65$ ).

#### *Rechte Einstellungen im sozialen Umfeld*

Eingeleitet durch den Text „Wie sehr würden folgende Person diesen Aussagen zustimmen?“ wurden die Jugendlichen gebeten anzugeben, inwieweit ihre Mutter, ihr Vater, ihre beste Freundin bzw. ihr bester Freund und ihr\*e Klassenlehrer\*in jeweils drei verschiedenen Aussagen über Ausländerfeindlichkeit, Homophobie und Muslimfeindlichkeit zustimmen würden: „Es leben zu viele Ausländer in Deutschland“, „Es ist ekelhaft, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen“ und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“. Die einzelnen Aussagen wurden für die einzelnen Personen jeweils getrennt abgefragt und sollten auf einer vierstufigen Zustimmungsskala („1 – *stimme überhaupt nicht zu*“; „2 – *stimme eher nicht zu*“; „3 – *stimme eher zu*“; „4 – *stimme voll und ganz zu*“) bewertet werden. Für die Auswertungen wurde für jede Einzelaussage der Mittelwert über alle gegebenen Angaben (d. h. für Mutter, Vater, beste\*r Freund\*in, Klassenlehrer\*in) hinweg ermittelt und daraufhin aus den drei Variablen eine Gesamtskala zu rechten Einstellungen im sozialen Umfeld gebildet (Cronbachs  $\alpha = 0,73$ ).

### *Kontakt zur rechtsextremen Szene*

Die Frage, ob die Befragten bereits in Kontakt mit rechtsextrem eingestellten Personen und der rechtsextremen Szene an sich kamen, wurde über die in Kapitel 4.4 vorgestellten elf Items erfasst, die niedrigschwelliges rechtes Verhalten abbilden (Beispielitems: „Ich habe schon einmal einen Flyer von einer rechten Organisation/Gruppe gelesen.“, „Ich habe Kleidung bestimmter Marken wie *Consdaple*, *Masterrace*, *Walhall Germany*, *Thor Steinar*, *Rizist*, *Troublemaker*, *Erik and Sons*, *Sportfrei* o. Ä. getragen, um zu zeigen, dass ich rechts bin.“). Die Aussagen konnten jeweils mit „nein“ oder „ja“ beantwortet werden. Aus den elf Aussagen wurde ein Summenscore gebildet, der den Umfang des Kontakts zur rechtsextremen Szene abbildet (Cronbachs  $\alpha = 0,72$ ). Diese Score kann Werte zwischen 0 („gar kein Kontakt zur rechtsextremen Szene“) und 11 („sehr viel Kontakt zur rechtsextremen Szene“) annehmen.

### *Interethnischer Kontakt*

Der Kontakt zu Menschen mit Migrationshintergrund wurde über die Frage erfasst, wie viele Personen ausländischer Herkunft sich im persönlichen Umfeld der befragten Jugendlichen befinden (eingeleitet durch den Text: „Denke nun an dein persönliches Umfeld. Schätze nun, wie viele Personen dort jeweils ausländischer Herkunft sind“). Anhand einer fünfstufigen Prozentwertskala („1 – 0 %: gar keine“; „2 – 25 %: eher wenig“; „3 – 50 %: die Hälfte“; „4 – 75 %: eher viele“; „5 – 100 %: alle“) konnten die Jugendlichen einzuschätzen, wie viele Personen in ihrer Nachbarschaft, Schulklasse, ihrem Freundeskreis und Freizeitgruppe bzw. Schul-AG oder Verein ausländischer Herkunft sind. Das Ausmaß interethnischen Kontakts wurde durch den mittleren Anteil von Personen mit Migrationshintergrund über alle vier abgefragten Bereiche abgebildet.

### *Kontrollvariablen*

Zusätzlich zu den oben vorgestellten potentiellen Einflussfaktoren wurde der Landgerichtsbezirk der Befragten (*Kiel*, *Flensburg*, *Itzehoe*, *Lübeck*), ihr Alter in Jahren (Variable aus der Angabe des Geburtsjahrs im Fragebogen gebildet (10-19 Jahre)), der besuchte Schultyp (1 = *Gymnasium*, 2 = *Gemeinschaftsschule*), die ethnische Herkunft (1 = *ohne Migrationshintergrund*, 2 = *mit Migrationshintergrund*) sowie die strukturelle Familiensituation (1 = *Eltern nicht getrennt/geschieden*, 2 = *Eltern getrennt/geschieden*, 3 = *Vater und/oder Mutter gestorben*) als soziodemografische Kontrollvariablen in die Modelle mit aufgenommen.

## **Korrelationen zwischen den Einstellungsvariablen**

In einem ersten Schritt sollen die bivariaten Korrelationen zwischen den sechs rechtsextremen Einstellungsdimensionen vorgestellt werden. Generell erlaubt die Berechnung von Korrelationen es, den Zusammenhang zwischen zwei Variablen zu ermitteln. Dabei ist es möglich, dass zwei Variablen in einem positiven, einem negativen oder in keinen Zusammenhang miteinander stehen. Bei einem perfekt positiven linearen Zusammenhang nimmt das Korrelationsmaß  $r$  einen Wert von +1, bei einem perfekt negativen Zusammenhang einen Wert von -1 an. Ein negativer linearer Zusammenhang bedeutet, dass eine Variable umso höher ausgeprägt ist, je niedriger die andere in ihrer Ausprägung ist. Bezogen auf rechtsextreme Einstellungen kann beispielsweise angenommen werden, dass diese umso stärker ausgebildet sind, je geringer die Empathiefähigkeit von Befragten ausgeprägt ist. Liegt der Korrelationskoeffizient nahe Null, so ist anzunehmen, dass beide Variablen in keinem Zusammenhang zueinander stehen. Im Folgenden wurden Korrelationen nach Spearman berechnet, da nicht alle einbezogenen Variablen normalverteilt sind. Im Folgenden beschränken wir uns aus Darstellungsgründen auf die Präsen-

tation der Korrelationskoeffizienten zwischen den sechs Einstellungsdimensionen (Tabelle 29). Die einzelnen Variablen korrelieren teilweise stark miteinander. So weisen die Korrelationen zwischen „Chauvinismus“ und den restlichen fünf Dimensionen Werte zwischen ,41 bis ,61 auf (jeweils  $p < ,001$ ). Alle Einstellungsdimensionen korrelieren zudem stark mit dem übergeordneten Einstellungsmuster des „geschlossenen rechtsextremen Weltbilds“.

**Tabelle 29.** Spearman-Korrelationen zwischen den sechs Einstellungsdimensionen und einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild.

	1	2	3	4	5	6
1. Ausländerfeindlichkeit						
2. Antisemitismus	,50***					
3. Chauvinismus	,46***	,48***				
4. Befürw. rechtsautoritäre Dikt.	,36***	,39***	,61***			
5. Sozialdarwinismus	,44***	,44***	,41***	,34***		
6. Verharmlosung d. Nationalsoz.	,43***	,57***	,48***	,45***	,42***	
7. Geschl. rechtsextr. Weltbild	,73***	,73***	,77***	,68***	,79***	,74***

Anmerkung: \* $p < ,05$ ; \*\* $p < ,01$ ; \*\*\* $p < ,001$ ;  $n = 2.363-2.751$ .

### Multiple lineare Regressionsmodelle zur Erklärung rechter Einstellungen

Vor dem Hintergrund, dass die oben vorgestellten Korrelationen nur bivariate Zusammenhänge ohne Kontrolle weiterer Faktoren darstellen, können auf ihrer Grundlage allein noch keine inhaltlichen Aussagen über einen möglichen Zusammenhang zwischen bestimmten Risikomerkmale und rechten Einstellungen getroffen werden. Im Folgenden werden die genannten Korrelate von rechten Einstellungen in ein gemeinsames Regressionsmodell überführt, um zu ermitteln, inwieweit sich diese bei der Vorhersage rechtsextremer Einstellungen gegenseitig ergänzen können und somit für eine gemeinsame Vorhersage geeignet sind (vgl. Tabelle 30). Für die Analysen wurden nur diejenigen Jugendlichen einbezogen, die auf allen Kontrollvariablen (Geschlecht, Alter, Landgerichtsbezirk, Migrationshintergrund, familiäre Situation) gültige Werte aufweisen. Dies führte zu einem Ausschluss von  $n = 103$  Fällen. Weiterhin wurden Befragte, die angaben, im Jahr 1994 oder früher geboren worden zu sein, d. h. zum Befragungszeitpunkt älter als 19 waren, ausgeschlossen ( $n = 3$ ). Die endgültige Analysepopulation umfasst damit 2.721 Schüler\*innen.

Aufgrund der geclusterten Struktur der Daten (Schüler\*innen in Schulklassen) wurden Multilevel-Modelle berechnet (Snijders und Bosker 2012); zudem wurden robuste Standardfehler verwendet. Der Anteil an Varianz, der durch die betrachteten Korrelate die Gesamtvarianz der Variable „rechtsextreme Einstellungen“ aufklärt, wird durch den Determinationskoeffizienten  $R^2$  dargestellt. Je höher  $R^2$  ist, umso höher ist auch die statistische Erklärungskraft der Korrelate auf diese Variable. Zusätzlich sind die standardisierten Koeffizienten ( $\beta$ ) zur Vorhersage rechter Einstellungen angegeben. Diese drücken jeweils aus, um wie viele Standardabweichungen sich eine abhängige Variable verändert, wenn sich der jeweilige Prädiktor in seiner Ausprägung um eine Standardabweichung erhöht. Je höher die Koeffizienten, desto einflussreicher ist eine gegebene unabhängige Variable, um rechtsextreme Einstellungen zu erklären. Das jedem Effekt zugeordnete Signifikanzniveau (auch Irrtumswahrscheinlichkeit oder

$\alpha$ -Niveau) beschreibt die Wahrscheinlichkeit, mit der die Nullhypothese ( $H_0$ ) fälschlicherweise verworfen wird ( $\alpha$ -Fehler). Unterschreitet der  $p$ -Wert eines Tests dieses Niveau, kann mit einer 95 %-igen (oder höheren, je nach Signifikanzniveau) Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ein gefundener Effekt nicht nur auf Zufallsschwankungen beruht. Die Alternativhypothese ( $H_1$ ) kann daher mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit angenommen werden.

Die Ergebnisse der multiplen Regressionsmodelle (siehe Tabelle 30) zeigen, dass eine Reihe von Faktoren aus Persönlichkeit, soziostruktureller Lage und sozialem Umfeld der Befragten in signifikantem Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen stehen. Betrachtet man zunächst die Relevanz der soziodemografischen Kontrollvariablen, so lässt sich feststellen, dass männliches Geschlecht die Zustimmung zu allen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen nicht wesentlich erhöht. Vielmehr lässt sich bezüglich der Einstellungsdimensionen ein gegenteiliges Bild von höheren Zustimmungstendenzen bei weiblichen Befragten ausmachen. Diese Effekte sind jedoch nur hinsichtlich der beiden Dimensionen Antisemitismus und Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur als signifikant einzustufen. Weiterhin gilt, dass mit zunehmendem Alter der Befragten rechtsextreme Einstellungen signifikant zurückgehen: Für alle Einstellungsdimensionen mit Ausnahme der Ausländerfeindlichkeit lassen sich signifikante negative Effekte für das Alter ausmachen. Betrachtet man die Variable des Landgerichtsbezirks, so lässt sich feststellen, dass im Vergleich zu Befragten aus dem Landgerichtsbezirk Kiel Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg signifikant stärker antisemitisch eingestellt sind und häufiger sozialdarwinistischen Aussagen sowie Aussagen, die den Nationalsozialismus verharmlosen, zustimmen. Der Besuch einer Gemeinschaftsschule ist im Vergleich zum Besuch des Gymnasiums signifikant mit einer höheren Zustimmung zu rechten Aussagen verbunden: Für die Dimensionen Antisemitismus ( $\beta = ,10, p < ,001$ ), Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur ( $\beta = ,11, p < ,001$ ), Sozialdarwinismus ( $b = ,07, p < ,001$ ) und Verharmlosung des Nationalsozialismus ( $\beta = ,12, p < ,001$ ) lassen sich hochsignifikante Assoziationen in jeweils vergleichbarer Stärke feststellen. Befragte mit Migrationshintergrund sind erwartungsgemäß signifikant seltener ausländerfeindlich als Befragte ohne Migrationshintergrund ( $\beta = -,14, p < ,001$ ). Weiterhin kann der in der Öffentlichkeit häufig postulierte Antisemitismus von Menschen mit Migrationshintergrund nicht für Jugendliche in Schleswig-Holstein bestätigt werden, da diese sogar weniger antisemitisch eingestellt sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund. Hinsichtlich der strukturellen Familiensituation steht die Trennung bzw. Scheidung der Eltern in positivem Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit. Für alle anderen Einstellungsdimensionen lassen sich keine signifikanten Zusammenhänge mit der Familiensituation ausmachen.

Betrachtet man die Relevanz der herangezogenen Einflussfaktoren aus dem Bereich Persönlichkeit, so sind signifikante positive Zusammenhänge zwischen allen rechtsextremen Einstellungen und Autoritarismus auszumachen. Schüler\*innen, die autoritäre Einstellungsmuster vertreten, sind tendenziell auch rechtsextremer eingestellt. Besonders stark fällt der Zusammenhang zwischen autoritären Einstellungen und Chauvinismus ( $\beta = ,15, p < ,001$ ), gefolgt von Sozialdarwinismus ( $\beta = ,14, p < ,001$ ) und Ausländerfeindlichkeit ( $\beta = ,13, p < ,001$ ) sowie Antisemitismus ( $\beta = ,13, p < ,001$ ) aus. Bezüglich einer höheren Selbstkontrolle kann lediglich ein signifikanter negativer Zusammenhang mit der Einstellungsdimension des Sozialdarwinismus ausgemacht werden. Impulsivität und Feindseligkeit/Aggressivität stehen nicht in Zusammenhang mit rechten Einstellungen – zumindest unter Kontrolle der jeweils restlichen persönlichkeits- und verhaltensbezogenen Faktoren. Empathie steht dagegen in einem signifikanten negativen Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus. Jugendliche, die Aussagen zustimmen, nach denen das Erreichen eines höheren Status im Vergleich zu anderen sowie wirtschaftliche Leistung und individuelle

Unabhängigkeit im Vordergrund stehen (hierarchisches Selbstinteresse), stimmen ausländerfeindlichen und sozialdarwinistischen Aussagen eher zu. Ersterer Zusammenhang ist jedoch als relativ schwach zu bewerten und im Hinblick auf die fehlende Relevanz dieses Konstrukts für die restlichen Einstellungsdimensionen insgesamt als nur bedingt aussagekräftig einzustufen.

Bezüglich der Deprivationsindikatoren stellt sich die institutionelle subjektive Deprivation als Korrelat von Ausländerfeindlichkeit, Chauvinismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus heraus. Anzumerken ist jedoch, dass die Effekte für alle genannten Dimensionen relativ schwach ausgeprägt sind. Während soziale Deprivation nur für die Zustimmung zu chauvinistischen Einstellungen statistisch bedeutsam ist und für diese einen umgekehrten Zusammenhang als erwartet zeigt, steht kollektives absolutes Deprivationsempfinden, d. h. die Auffassung, dass die allgemeine Lage der Deutschen eher arm als reich ist, signifikant mit den drei Dimensionen Chauvinismus, Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und Sozialdarwinismus in positivem Zusammenhang. Kollektive relationale Deprivation, d. h., das Gefühl, dass die Lage der Deutschen schlechter ist als die der in Deutschland lebenden Ausländer, ist dagegen schwach, aber signifikant mit einer stärkeren Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur assoziiert. Schließlich stellen sich Gefühle der Anomie lediglich als bedeutsam für die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen heraus, wobei auch hier eher schwache Zusammenhänge vorliegen.

Betrachtet man zuletzt soziale Korrelate von rechten Einstellungen, so fällt die Bedeutsamkeit von rechten Einstellungen im sozialen Umfeld als stärkstes Korrelat ins Auge: Diese stehen in starkem Zusammenhang mit allen Dimensionen von rechten Einstellungen, insbesondere mit Ausländerfeindlichkeit ( $\beta = ,51, p < ,001$ ), Antisemitismus ( $\beta = ,37, p < ,001$ ) und Chauvinismus ( $\beta = ,35, p < ,001$ ). Auch wer schon Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene gemacht hat, stimmt allen Dimensionen rechtsextremer Einstellungen eher zu. Im Vergleich zu rechten Einstellungen im sozialen Umfeld sind die Effekte von Kontakt zur rechtsextremen Szene sehr viel schwächer ausgeprägt. Dennoch gilt, dass vor allem den Aussagen zur Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur eher zugestimmt wird, wenn Kontakt in die rechtsextreme Szene besteht ( $\beta = ,19, p < ,001$ ). Interethnische Kontakte erweisen sich dagegen lediglich als Schutzfaktor für ausländerfeindliche Einstellungen. Entgegen der Erwartungen scheint das Erleben elterlicher Gewalt in einem negativen Zusammenhang mit Chauvinismus zu stehen.

**Tabelle 30.** Lineare Regressionsanalysen zum Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und unterschiedlichen Korrelaten derselben.

	Modell 1	Modell 2	Modell 3	Modell 4	Modell 5	Modell 6
	<i>Ausländerfeindlichkeit</i>	<i>Antisemitismus</i>	<i>Chauvinismus</i>	<i>Befürw. Rechtsautoritäre Diktatur</i>	<i>Sozialdarwinismus</i>	<i>Verharmlosung des Nationalsozialismus</i>
	$\beta$	$\beta$	$\beta$	$\beta$	$\beta$	$\beta$
<b>Kontrollvariablen</b>						
Geschlecht (1 = männlich)	-,00	-,05*	-,03	-,10***	,01	-,00
Alter	,03	-,09***	-,07**	-,13***	-,04*	-,05*
Landgerichtsbezirk (Ref. Kiel)						
Flensburg	-,01	,07**	-,01	-,01	,05*	,06**
Itzehoe	,00	,04	-,00	-,01	,05*	,04
Lübeck	-,00	,02	-,03	-,01	-,01	,03
Schulform (Ref. <i>Gymnasium</i> )	,03	,10***	,02	,11***	,07**	,12***
Migrationshintergrund	-,14***	-,04*	-,04	-,02	,01	-,02
Familiensituation (Ref. <i>Eltern zusammenlebend</i> )						
Eltern getrennt/geschieden	,07***	-,01	,02	,02	,01	-,01
Eltern(teil) verstorben	,04	,02	-,00	,02	,04	,02
Sozioökonomischer Status	,04	-,03	,02	,01	-,02	-,03
<b>Potentielle Einflussfaktoren</b>						
<i>Persönlichkeit</i>						
Autoritarismus	,13***	,13***	,15***	,10***	,14***	,08***
Selbstkontrolle	,01	-,04	,01	,00	-,07**	,01
Impulsivität	,01	-,00	,04	,01	,02	,04
Aggressivität	,04	,01	,04	-,01	,02	,03
Empathie	-,11***	-,09***	-,05	-,03	-,08***	-,07***
Hierarch. Selbstinteresse	,04*	,00	,05	,03	,08***	,02
<b>Deprivation und Desintegration</b>						
Finanzielle Lage der Familie	-,00	-,02	-,03	-,02	-,01	,00
Individuelle rel. Deprivation	-,01	,01	,03	,02	-,02	-,00
Sozialeleistungen (Ref. <i>Keine</i> )						
Abhängigkeit	-,04	-,00	,02	,03	-,02	,01
Abhängigkeit unbekannt	-,01	,04	,02	,02	,03	,01
Institutionelle Deprivation	,07**	,04	,05*	,04	,06**	,06**
Soziale Deprivation	,03	-,01	-,04*	,04	,02	-,02
Einsamkeit	-,03	,01	-,03	,03	-,02	-,02
Kollektive abs. Deprivation	,04	,04	,06*	,05*	,06*	,04
Kollektive rel. Deprivation	,03	,01	,02	,05*	,01	-,00
Anomie	,06**	-,01	,02	-,02	-,01	,01
<b>Soziale Faktoren</b>						
Gewalt durch Eltern	-,01	-,01	-,06*	-,03	,02	-,01
Gewalt zwischen Eltern	-,00	-,02	,04	,01	-,00	-,02
Kontakt zur rechtsextremen Szene	,04*	,08**	,13***	,19***	,10***	,11***
Rechte Einstellungen im sozialen Umfeld	,51***	,37***	,35***	,28***	,26***	,32***
Interethnischer Kontakt	-,10***	,03	-,01	,01	-,01	,02
$R^2$	,477	,335	,301	,289	,285	,283
$N$	1.891	1.857	1.756	1.765	1.886	1.849

Anmerkungen: \* $p < ,05$ ; \*\* $p < ,01$ ; \*\*\* $p < ,001$ . Abgebildet sind standardisierte beta-Koeffizienten ( $\beta$ ).  $R^2$  auf Basis des Stata-Befehls *mltrsq* nach Snijders & Bosker (1999, 1994) berechnet, gewichtete Daten.

Tabelle 31 stellt den Zusammenhang zwischen den oben verwendeten Korrelaten und dem Vorliegen eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds dar. Dieses bezieht sich auf alle den sechs Dimensionen zugehörigen Einzelitems und wurde in Anlehnung an die Leipziger »Mitte«-Studien (Decker & Brähler, 2006, S. 13) als der Anteil von Jugendlichen berechnet, die über alle Aussagen hinweg einen mittleren Skalenwert von  $\geq 5$  erreichen. Dargestellt sind jeweils die unstandardisierten Koeffizienten ( $b$ ) sowie die Odds-Ratios ( $OR$ ). Letztere geben an, ob ein Einflussfaktor die Wahrscheinlichkeit der Übernahme des rechtsextremen Weltbilds erhöht (Koeffizienten über 1) bzw. senkt (Koeffizienten unter 1). Die Ergebnisse zeigen, dass Autoritarismus ( $b = 1,02$ ,  $OR = 2,77$ ,  $p < ,001$ ) sowie Empathie ( $b = -,59$ ,  $OR = ,56$ ,  $p < ,05$ ) signifikant mit dem Vorliegen eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds assoziiert sind. Während autoritaristische Persönlichkeitsmerkmale stark positiv mit dem Vorliegen eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds verknüpft sind, vertreten Schüler\*innen mit höherer Empathiefähigkeit signifikant seltener ein solches Weltbild. Betrachtet man soziale Faktoren, so stechen auch hier wieder rechte Einstellungen im sozialen Umfeld als stärkstes Korrelat eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds hervor ( $b = 2,22$ ,  $OR = 9,17$ ,  $p < ,001$ ); auch der Kontakt zur rechtsextremen Szene erweist sich als wichtiger Risikomarker ( $b = ,27$ ,  $OR = 1,31$ ,  $p < ,001$ ). Im Vergleich der Landgerichtsbezirke fällt auf, dass Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck signifikant seltener das rechts-extreme Weltbild vertreten als Schüler\*innen im Landgerichtsbezirk Kiel.

**Tabelle 31.** Regressionsanalyse zum Zusammenhang zwischen rechten Einstellungen und unterschiedlichen Korrelaten derselben.

	<b>Geschlossenes rechtsextremes Weltbild</b>	
	<i>b</i>	<i>OR</i>
<b>Kontrollvariablen</b>		
Geschlecht (1 = männlich)	,44	1,55
Alter	-,07	,93
Landgerichtsbezirk (Ref. Kiel)		
Flensburg	-,56	,57
Itzehoe	-,14	,87
Lübeck	<b>-1,08*</b>	<b>,34*</b>
Migrationshintergrund	-,34	,67
Familiensituation (Ref. Eltern nicht getrennt/geschieden)		
Eltern getrennt/geschieden	,37	1,45
Eltern(teil) verstorben	1,27	3,55
Sozioökonomischer Status	,05	1,05
<b>Potentielle Einflussfaktoren</b>		
<i>Persönlichkeit</i>		
Autoritarismus	<b>1,02***</b>	<b>2,77***</b>
Selbstkontrolle	,21	1,13
Impulsivität	-,02	,99
Feindseligkeit/Aggressivität	,39	1,47
Empathie	<b>-,59*</b>	<b>,56*</b>
Hierarchisches Selbstinteresse	,30	1,35
<i>Deprivation und Desintegration</i>		
Finanzielle Lage der Familie	,37	1,45
Individuelle rel. Deprivation	-,24	,79
Schulform (Ref. Gymnasium)	-,03	,97
Sozialleistungen (Ref. Keine Abhängigkeit)		
Abhängigkeit	-,18	,84
Abhängigkeit unbekannt	-,01	,99
Institutionelle Deprivation	-,13	,88
Soziale Deprivation	,10	1,11
Einsamkeit	-,03	,97
Kollektive abs. Deprivation	,07	1,07
Kollektive rel. Deprivation	,16	1,17
Anomie	,59	1,81
<i>Soziale Faktoren</i>		
Gewalt durch Eltern	-,13	,88
Gewalt zwischen Eltern	,03	1,03
Kontakt zur rechtsextremen Szene	<b>,27***</b>	<b>1,31***</b>
Rechte Einstellungen im sozialen Umfeld	<b>2,22***</b>	<b>9,17***</b>
Interethnischer Kontakt	,08	1,09
<i>Pseudo-R<sup>2</sup></i>	,404	
<i>n</i> (Individuen)	1.895	
<i>N</i> (Schulklassen)	169	

Anmerkungen: \* $p < ,05$ ; \*\* $p < ,01$ ; \*\*\* $p < ,001$ , gewichtete Daten. *Pseudo-R<sup>2</sup>* nach McFadden auf Basis des Stata-Befehls *fit\_meologit\_2lev* (Langer 2017) berechnet.

### **Zusammenfassung**

Die Analyse der Korrelate rechter Einstellungen hat aufgezeigt, dass rechte Einstellungen im sozialen Umfeld der Befragten (d. h. Eltern, Klassenlehrer\*in und beste\*r Freund\*in) stark mit der eigenen Zustimmung zu rechten Einstellungen in Zusammenhang stehen. Dies gilt über alle betrachteten Einzeldimensionen hinweg, wobei sich der stärkste Zusammenhang für die Dimension Ausländerfeindlichkeit zeigt. Auch der Kontakt in die rechtsextreme Szene hat sich als bedeutsames Korrelat rechter Einstellungen erwiesen, wenngleich die Effekte vergleichsweise schwach ausgeprägt sind. Als weitere Risikomarker haben sich autoritaristische Einstellungen, ein stärker ausgeprägtes hierarchisches Selbstinteresse, weibliches Geschlecht und institutionelle sowie kollektive Deprivation herausgestellt, wohingegen Empathie und interethnischer Kontakt als bedeutsame Schutzfaktoren interpretiert werden können. Der Besuch einer Gemeinschaftsschule ist weiterhin mit einer stärkeren Zustimmung zu rechten Aussagen verbunden, wohingegen Impulsivität und Feindseligkeit/Aggressivität unter Einbeziehung aller anderen Korrelate keinen eigenständigen Erklärungswert aufweisen. Weiterhin war im Vergleich zum Referenzlandgerichtsbezirk Kiel eine höhere Zustimmung zu antisemitischen, den Nationalsozialismus verharmlosenden und sozialdarwinistischen Einstellungen unter Jugendlichen im Landgerichtsbezirk Flensburg zu beobachten.

Darüber hinaus kann konstatiert werden, dass rechte Einstellungen im sozialen Umfeld, Kontakt zur rechtsextremen Szene und Autoritarismus mit einer höheren Wahrscheinlichkeit des Vertretens eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds verbunden waren, während höhere Empathie signifikant mit einer verringerten Wahrscheinlichkeit des Vertretens eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds assoziiert war. Im Vergleich der Landgerichtsbezirke fällt auf, dass Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck signifikant seltener das rechtsextreme Weltbild vertreten als Schüler\*innen im Landgerichtsbezirk Kiel.

## 4 Politisch rechts motivierte Verhaltensweisen

### 4.1 Kontakt zur rechtsextremen Szene

Neben der Betrachtung rechter Einstellungen bildete die Untersuchung rechter Verhaltensweisen einen weiteren Schwerpunkt der Befragung. In Orientierung an den Vorgängerbefragungen wurde dabei zwischen (a) Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene bzw. der Ausübung niedrigschwelliger rechter Verhaltensweisen und (b) der Ausübung diskriminierenden Verhaltensweisen (einschließlich rechts motivierte Straftaten) gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen unterschieden. Im Gegensatz zu diskriminierenden Verhaltensweisen handelt es sich bei den Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene ausschließlich um Handlungen, die mitunter rechtsextrem orientiert, jedoch nicht strafbar sind. Die Hemmschwelle zur Ausführung solcher Handlungen ist generell geringer als bei einer rechten Straftat; teilweise finden die Kontakterfahrungen in die rechtsextreme Szene auch passiv statt. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass anhand der verwendeten Items zu den Kontakterfahrungen grundsätzlich nicht zwischen Schüler\*innen unterschieden werden kann, die aktiv Kontakt zur rechtsextremen Szene suchen bzw. diesen pflegen und Schüler\*innen, an die ‚passiv‘ rechtsextremes Material (z. B. Flyer, Broschüren, Musik) durch Dritte herangetragen wurde. Beispielsweise können Jugendliche der Frage, ob sie schon einmal einen „Flyer gelesen“ haben, einerseits bejahen, wenn sie regelmäßig selbst rechtsextreme Inhalte recherchieren, also eine gewisse Neigung zur rechten Szene aufweisen. Auf der anderen Seite erhält dieses Item Zustimmung, wenn Schüler\*innen beispielsweise auf dem Pausenhof einen Flyer erhalten haben, ohne dass bei ihnen notwendigerweise auch eine rechtsextreme Orientierung vorliegt.

In Tabelle 32 sind die verschiedenen Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene nach Landgerichtsbezirk aufgeschlüsselt. Ebenso ist für das Befragungsjahr 2018 ein Gesamtindex, der repräsentativ für das Land Schleswig-Holstein steht, gebildet worden. Für die Befragungsjahre 2013 und 2014 wird dieser Gesamtindex nicht gebildet, da es sich bei der Befragung im Landgerichtsbezirk Lübeck nicht um eine repräsentative Befragung dieses Landgerichtsbezirks handelt und diese ein Jahr vor der Befragung in den übrigen Landgerichtsbezirken stattfand. Fast ein Viertel der Jugendlichen (24,6 %) hat bereits einen Flyer von einer rechten Organisation oder Gruppe gelesen. Eine Internetseite einer rechten Organisation oder Gruppe hat ca. jede\*r elfte Schüler\*in (9,8 %) besucht. Dieser Anteil ist im Landgerichtsbezirk Lübeck signifikant um 3,2 Prozentpunkte gesunken (2013: 12,0 %, 2018: 8,8 %). Demgegenüber haben mit 2,5 % weniger Jugendliche bereits eine E-Mail von einer rechten Organisation oder Gruppe erhalten. Aktionen wie Grillfeste oder Fußballturniere, die von rechten Organisationen durchgeführt wurden, gab es in der Nachbarschaft von 4,9 % der Jugendlichen. Insgesamt sind es 7,0 % der Jugendlichen, die schon einmal Musik einer der in Tabelle 32 aufgezählten Bands gehört haben. Dieser Anteil liegt mit 8,4 % in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe höher als in den Landgerichtsbezirken Kiel (5,1 %) und Lübeck (7,6 %). Die Landgerichtsbezirke unterscheiden sich in der Häufigkeit rechte Bands zu hören signifikant. Unterschieden wurde hierbei nicht zwischen denjenigen Jugendlichen, die die Musik lediglich einmal gehört haben und denjenigen Befragten, die diese Bands regelmäßig hören und diese Musik somit gutheißen. Es kann somit keine Aussage getroffen werden, ob die 7,0 % der Jugendlichen ebenso Fan der aufgelisteten Bands sind.

Über die Jahre ist der Anteil der Jugendlichen, die schon einmal rechte Musik gehört haben im Landgerichtsbezirk Itzehoe signifikant gestiegen. Im Landgerichtsbezirk Lübeck ist dieser Anteil signifikant zurückgegangen. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass diese Aussage in der Befragung 2013 im Landgerichtsbezirk Lübeck unspezifischer formuliert wurde „Ich habe schon einmal Musik von einer rechten Band gehört“. Während in der Befragung der übrigen drei Landgerichtsbezirke schon nach

spezifischen Bands gefragt wurde, ist auch dieser Vergleich mit dem Jahr 2018 mit Vorsicht zu interpretieren, da das Item im Jahr 2018 um einige Bands erweitert wurde.

Aussagekräftiger ist dabei die Verhaltensweise „manchmal mit Leuten einfach nur rumzuhängen, die sich als Rechte bezeichnen“. 6,6 % der Jugendlichen sagen aus, dies manchmal zu tun. Dieser Anteil ist in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe signifikant von 3,7 auf 8,0 % (LGB Flensburg) bzw. 1,7 auf 6,7 % (LGB Itzehoe) gestiegen. Auch die weiteren abgefragten niedrigschwelligen rechten Verhaltensweisen weisen den Jugendlichen eine aktivere Rolle in der rechtsextremen Szene zu. Somit sind es 1,5 % (Sticker und Buttons) bzw. 1,9 % (Kleidungsmarken) der Jugendlichen, die unter Verwendung von Kleidung zeigen möchten, dass sie rechts eingestellt sind. Die Beliebtheit rechter Kleidungsmarken scheint dabei trotz der Aufnahme einiger zusätzlicher Kleidungsmarken im Jahr 2018 zu sinken. In den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe sinkt der Anteil der Jugendlichen, die diese Marken tragen um 2,2 (LGB Kiel), 4,4 (LGB Flensburg) bzw. 2 (LGB Itzehoe) Prozentpunkte. Demgegenüber steigt der Anteil der Jugendlichen, die rechte Sticker oder Buttons auf ihrer Kleidung tragen, im Landgerichtsbezirk Kiel von 0,8 auf 1,7 %. Auf Konzerten von rechten Bands sind 2,1 % der Jugendlichen gewesen. Dieser Anteil ist über die Jahre in allen vier Landgerichtsbezirken gestiegen, wenngleich dieser Anstieg nur für den Landgerichtsbezirk Kiel als signifikant ausgewiesen wird. An anderen Aktionen rechter Organisationen haben jeweils 2,0 % der Jugendlichen teilgenommen. 2,5 % der Befragten geben an, in sozialen Medien zu zeigen, dass sie politisch rechts eingestellt sind.

Insgesamt kann ausgesagt werden, dass 34,9 % der Jugendlichen schon einmal mindestens eine der Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene gemacht haben. Die Landgerichtsbezirke unterscheiden sich dabei nicht signifikant voneinander. Für die Befragungsjahre 2014 bzw. 2013 wird der Gesamtindex „mind. eine rechtsextreme Kontakterfahrung“ nicht gebildet, da in diesen Befragungen nicht alle Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene wie in dem Befragungsjahr 2018 abgefragt worden sind. Der Gesamtindex könnte also nicht über die Jahre verglichen werden.

**Tabelle 32** Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene nach Landgerichtsbezirk und Befragungsjahr (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck		Ge- sam
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018	2018
Ich habe schon einmal einen Flyer von einer rechten Organisation/Gruppe gelesen.	26,9	24,3	22,1	22,8	22,7	26,2	25,5	24,6	24,6
Ich war im Internet schon einmal auf der Seite einer rechten Organisation/Gruppe.	8,2	9,8	10,8	10,3	7,5	10,7	<b>12,0</b>	<b>8,8</b>	9,8
Ich habe schon einmal eine E-Mail von einer rechten Organisation/ Gruppe bekommen.	2,4	2,4	4,0	2,4	1,0	2,2	2,1	2,8	2,5
In meiner Nachbarschaft gab es schon Aktionen wie Grillfeste oder Fußballturniere, die von rechten Organisationen durchgeführt wurden.	5,2	4,4	5,5	5,4	5,1	5,1	5,8	5,1	4,9
Ich habe Musik mindestens einer der folgenden Gruppen gehört: <i>Endstufe, Kraftschlag, Landser/Die Lunikoff Verschwörung, Stahlgewitter, Sleipnir, Moshpit, Kategorie C, Absurd, Faustrecht, Frontalkraft, Gigi und die braunen Stadtmusikanten, N'Socialist Soundsystem/Enessess, Path of Resistance*</i>	5,3	5,1*	8,1	8,4*	<b>4,0</b>	<b>8,4*</b>	<b>26,4</b>	<b>7,6*</b>	7,0
Manchmal hänge ich mit Leuten, die sich selbst als „Rechte“ bezeichnen, einfach nur rum.	4,7	6,7	<b>3,7</b>	<b>8,0</b>	<b>1,7</b>	<b>6,7</b>	-	5,7	6,6
Auf meiner Schultasche oder meiner Kleidung habe ich Sticker oder Buttons, um zu zeigen, dass ich rechts bin.	<b>0,8</b>	<b>1,7</b>	1,4	1,7	0,6	1,1	-	1,6	1,5
Ich habe Kleidung bestimmter Marken wie <i>Consdaple, Masterrace, Walhall Germany, Thor Steinar, Rizist, Troublemaker, Erik and Sons, Sportfrei o.Ä</i> getragen, um zu zeigen, dass ich rechts bin.**	<b>3,8</b>	<b>1,6</b>	<b>7,0</b>	<b>2,6</b>	<b>3,1</b>	<b>1,1</b>	-	2,5	1,9
Ich bin schon einmal auf einem Konzert von einer rechten Band gewesen.	<b>1,0</b>	<b>2,7</b>	1,7	2,8	0,9	1,6	0,7	1,6	2,1
Ich habe schon an Aktionen rechter Organisationen teilgenommen (Flyer verteilen, Demonstration, Gedenkmarsch).***	1,5	2,0	3,0	2,9	1,0	1,6	1,0	2,0	2,0
Anhand meiner Profile in den sozialen Medien (z.B. Whatsapp, Facebook, Instagram) zeige ich, dass ich politisch rechts drauf bin.	-	2,8	-	3,2	-	2,0	-	2,1	2,5
<b>Mind. eine Kontakterfahrung zur rechtsextremen Szene</b>	-	34,2	-	33,9	-	38,6	-	33,6	34,9

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Jahren signifikant bei  $p < ,05$ ; \* Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken im Jahr 2018 signifikant bei  $p < ,05$ ; † Dieses Item war im Jahr 2013 unspezifischer formuliert: „Ich habe schon einmal Musik von einer rechten Band gehört“; 2014 lautete das Item „Ich habe Musik von mind. einer der folgenden Gruppen gehört: Endstufe, Nordwind, Kraftschlag, Störkraft, Landser“; \*\* Dieses Item wurde im Jahr 2018 um die Marken „Rizist, Troublemaker, Erik and Sons und Sportfrei“ erweitert; \*\*\* Dieses Item wurde im Jahr 2018 um den „Gedenkmarsch“ erweitert.

Über die Kontakterfahrungen und niedrigschwiligen rechten Verhaltensweisen hinaus wurden die Jugendlichen ebenfalls gebeten anzugeben, ob sie in einer rechten Kameradschaft, Clique oder einer anderen rechten Gruppe Mitglied sind (siehe Tabelle 33). Insgesamt sind 8,8 % und damit ca. jede\*er elfte Schüler\*in in mindestens einer dieser Gruppierungen Mitglied. Dieser Anteil liegt mit 13,5 % im Landgerichtsbezirk Flensburg deutlich höher als in den Landgerichtsbezirken Kiel (8,0 %), Itzehoe (7,2

%) und Lübeck (8,4 %). Die Unterschiede in den Landgerichtsbezirken werden dabei als signifikant ausgewiesen.

**Tabelle 33** Mitgliedschaft in einer rechten Gruppierung (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Rechte Kameradschaft	4,1	6,6	3,9	4,1	4,4
Rechte Clique	4,0	6,3	3,3	3,9	4,2
Andere rechte Gruppe	3,9	5,2	2,0	3,5	3,6
<b>Mind. eine Gruppe</b>	<b>8,0</b>	<b>13,5</b>	<b>7,2</b>	<b>8,4</b>	<b>8,8</b>

Anmerkungen: Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

## 4.2 Diskriminierende Verhaltensweisen

Als besonders gravierend werden rechts motivierte Straftaten eingestuft, wenn sie sich gegen Personen richten. Abgefragt wurden daher diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen, obdachlosen Personen, Menschen mit Behinderung sowie homosexuellen Personen. Die Jugendlichen sollten angeben, ob sie die jeweiligen Personen jemals angepöbelt haben, die Sachen der Person kaputt gemacht haben, sie geschlagen oder getreten haben und sie mit Worten oder einer Waffe bedroht haben. In den nachfolgenden Kapiteln sind diese Verhaltensweisen gegenüber den verschiedenen Personengruppen nach Landgerichtsbezirken aufgeschlüsselt.

### 4.2.1 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen

In Tabelle 34 sind die verschiedenen diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen nach Landgerichtsbezirk angegeben. Somit sind es 6,9 % der Jugendlichen, die schon einmal eine ausländische Person angepöbelt haben. Am zweithäufigsten tritt die Bedrohung mit Worten auf: 3,4 % der Jugendlichen haben dies bereits ausgeführt. Darüber hinaus haben 1,2 % der Schüler\*innen bereits Sachen von Ausländer\*innen kaputt gemacht. Die besonders schwerwiegenden Straftaten der Körperverletzung und der Bedrohung mit einer Waffe wurden von 2,0 % bzw. 0,9 % der Jugendlichen ausgeführt.

Mindestens eine der Taten haben 8,9 % der Heranwachsenden begangen; jede\*r elfte Schüler\*in hat sich somit schon diskriminierend gegenüber Ausländer\*innen verhalten. Verglichen nach Landgerichtsbezirk zeigt sich, dass die Täterschaft im Landgerichtsbezirk Flensburg (10,8 %) etwas höher ausfällt als in den Landgerichtsbezirken Kiel (8,1 %), Itzehoe (8,8 %) und Lübeck (8,9 %). Die Unterschiede sind jedoch nicht signifikant. Jugendliche, die nach der Kategorisierung wie in Kapitel 3.2 als ausländerfeindlich kategorisiert werden, haben mit 25,8 % signifikant häufiger mindestens eine der Verhaltensweisen ausgeführt als Jugendliche, die keine ausländerfeindliche Einstellung teilen (5,8 %). Mit einem  $\phi$ -Wert von ,25 kann nach Cohen (1988) ein mittlerer Zusammenhang zwischen ausländerfeindlichen Einstellungen und der Ausübung ausländerfeindlicher Verhaltensweisen ausgemacht werden ( $p < ,001$ ). Aus diesen Ergebnissen kann also gefolgert werden, dass die diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen auch sehr häufig von Personen ausgeführt werden, die ausländerfeindliche Einstellungen teilen.

**Tabelle 34** Lebenszeitprävalenzen für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die Person angepöbelt	6,4	8,5	7,0	6,7	6,9
Sachen der Person kaputt gemacht	1,7	1,2	0,6	1,0	1,2
Die Person geschlagen oder getreten	2,2	2,6	0,8	2,1	2,0
Die Person mit Worten bedroht	3,6	4,1	2,5	3,4	3,4
Die Person mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht	1,4	1,1	0,6	0,4	0,9
<b>Mind. ein Verhalten</b>	8,1	10,8	8,8	8,9	8,9

#### 4.2.2 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen

Des Weiteren wurden die Jugendlichen gebeten anzugeben, ob sie sich bereits einmal einer obdachlosen Person gegenüber diskriminierend verhalten haben. Insgesamt haben dies 1,8 % der Jugendlichen schon getan. In den Landgerichtsbezirken Kiel und Flensburg haben dies mit 2,1 % der Jugendlichen etwas mehr Jugendliche, während es in den Landgerichtsbezirken Itzehoe und Lübeck 1,0 % bzw. 1,8 % der Jugendlichen sind. Die häufigste Art der Diskriminierung ist dabei das Anpöbeln (1,3 %) und die Bedrohung mit Worten (0,7 %). Sachbeschädigung und die Bedrohung mit einer Waffe gegen Obdachlose wurde bereits von 0,6 bzw. 0,4 % der Schüler\*innen ausgeführt. Differenziert nach Landgerichtsbezirken zeigt sich, dass mehr Jugendliche im Landgerichtsbezirk Flensburg schon einmal eine obdachlose Person mit einer Waffe bedroht haben (1,2 %) als in den übrigen Landgerichtsbezirken Kiel (0,2 %), Itzehoe (0,0 %) und Lübeck (0,6 %). Die Unterschiede sind für diese Straftat signifikant. Körperverletzung gegenüber obdachlosen Personen haben bereits 0,4 % der Jugendlichen ausgeführt.

Vergleicht man die Jugendlichen, die obdachlose Personen auf der Einstellungsebene abwerten mit den Schüler\*innen, die keine Abwertung aufweisen (Kategorisierung siehe Kapitel 3.2) hinsichtlich ihrer Täterschaft gegenüber obdachlosen Menschen, zeigen sich signifikante Unterschiede. Während 0,8 % der Heranwachsenden, die diese Einstellung nicht aufweisen, schon einmal eine der Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen aufgezeigt haben, sind es 8,0 % der Schüler\*innen, die diese Einstellungen teilen ( $\varphi = ,18$ ;  $p < ,001$ ). Ein potentieller Erklärungsfaktor für die verschiedenen diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen könnte somit die Abwertung gegenüber Obdachlosen sein.

**Tabelle 35** Lebenszeitprävalenzen für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die Person angepöbelt	1,6	1,0	0,8	1,4	1,3
Sachen der Person kaputt gemacht	0,7	0,5	0,4	0,6	0,6
Die Person geschlagen oder getreten	0,4	0,7	0,2	0,3	0,4
Die Person mit Worten bedroht	0,9	0,3	0,2	1,1	0,7
Die Person mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht	<b>0,2</b>	<b>1,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,6</b>	0,4
<b>Mind. ein Verhalten</b>	2,1	2,1	1,0	1,8	1,8

Anmerkungen: Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

### 4.2.3 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Behinderungen

Tabelle 36 bildet die Ausübung diskriminierender Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Behinderungen nach Landgerichtsbezirk ab. Insgesamt haben 5,6 % der Jugendlichen bereits eine der Verhaltensweisen ausgeführt. Die Unterschiede nach Landgerichtsbezirk werden dabei nicht als signifikant ausgewiesen. Auch hier sind die eher niedrigschwelligen Taten der Pöbeleien sowie der Bedrohung durch Worte am prävalentesten. 4,2 % der Befragten haben bereits eine Person mit Behinderung angepöbelt; 2,2 % haben sie mit Worten bedroht. Körperverletzung ist die dritthäufigste Tat; Mehr als jede\*r 50. Jugendliche (2,1 %) hat schon einmal eine Person mit Behinderung geschlagen oder getreten. Sachbeschädigung und die Bedrohung mit einer Waffe kommen mit 0,9 bzw. 0,5 % etwas seltener vor.

Werden die Jugendlichen wie in Kapitel 3.2 in diejenigen Schüler\*innen eingeteilt, die eine Abwertung gegenüber Menschen mit Behinderungen aufweisen und denjenigen, die diese Einstellungen nicht teilen, zeigen sich signifikante Unterschiede. Während 17,9 % der feindlich eingestellten Jugendlichen bereits mindestens eine der Taten ausgeführt hat, sind es 4,8 % der nicht feindlich eingestellten Jugendlichen ( $\varphi = ,14$ ;  $p < ,001$ ). Die Feindlichkeit gegenüber behinderten Personen kommt damit als möglicher Erklärungsfaktor für die diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber eben dieser Personengruppe infrage.

**Tabelle 36** Lebenszeitprävalenzen für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber Menschen mit Behinderung nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die Person angepöbelt	4,3	5,0	2,4	5,1	4,2
Sachen der Person kaputt gemacht	1,0	1,4	0,2	0,9	0,9
Die Person geschlagen oder getreten	2,3	2,5	1,6	2,0	2,1
Die Person mit Worten bedroht	2,3	2,8	1,5	2,4	2,2
Die Person mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht	0,5	0,5	0,5	0,6	0,5
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>5,6</b>	<b>6,9</b>	<b>3,5</b>	<b>6,5</b>	<b>5,6</b>

### 4.2.4 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber homosexuellen Personen

Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber homosexuellen Personen sind in Tabelle 37 abgebildet. Mindestens eine der Verhaltensweisen haben 3,2 % der Jugendlichen schon einmal ausgeführt. Die unterschiedlichen Landgerichtsbezirke weisen Prävalenzen von 1,9 % (LGB Itzehoe) bis 4,0 % (LGB Flensburg) auf, die sich jedoch nicht signifikant voneinander unterscheiden. Am häufigsten kommt auch bei dieser Form der Diskriminierung das Anpöbeln (2,5 %) und die Bedrohung mit Worten (1,5 %) vor. Sachbeschädigung und Körperverletzung gegenüber homosexuellen Personen haben schon 0,7 % der Jugendlichen ausgeführt; 0,6 % haben einen homosexuellen Menschen mit einer Waffe bedroht.

Sofern die Jugendlichen keine homophoben Einstellungen teilen, haben sie eine der Verhaltensweisen schon zu 1,6 % ausgeführt. Demgegenüber haben 18,8 % der Jugendlichen, die homophob eingestellt sind, eine der Taten begangen. Der Zusammenhang zwischen homophoben Einstellungen und der Ausübung diskriminierender Verhaltensweisen gegenüber homosexuellen Personen ist mit ( $\varphi = ,28$ ;  $p < ,001$ ) als mittelstark einzustufen.

**Tabelle 37** Lebenszeitprävalenzen für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber homosexuellen Personen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB ltzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Die Person angepöbelt	3,0	3,1	1,7	2,2	2,5
Sachen der Person kaputt gemacht	0,8	1,1	0,6	0,4	0,7
Die Person geschlagen oder getreten	1,0	0,7	0,4	0,6	0,7
Die Person mit Worten bedroht	1,8	1,9	1,1	1,0	1,5
Die Person mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht	0,9	0,7	0,0	0,4	0,6
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>3,5</b>	<b>4,0</b>	<b>1,9</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>

#### 4.2.5 Diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen insgesamt

Nimmt man alle diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber Personen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (Ausländer\*innen, obdachlose Menschen, Menschen mit Behinderungen, homosexuelle Personen) zusammen, zeigt sich, dass 13,6 % der Jugendlichen schon einmal mindestens eine der Handlungen gegenüber mindestens eine der gesellschaftlichen Gruppen ausgeführt haben (siehe Tabelle 38). Insgesamt ergibt sich, dass das Anpöbeln am häufigsten auftritt: 10,7 % der Befragten haben schon einmal eine Person einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe angepöbelt. Mit 5,9 % kommt die Bedrohung mit Worten am zweithäufigsten vor. Jede\*r 25. Schüler\*in hat schon einmal eine Person einer der vier gesellschaftlichen Gruppen geschlagen oder getreten (4,0 %). Während 2,3 % der Befragten schon einmal eine Sache von einer der Personen kaputt gemacht hat, sind es 1,7 % der Jugendlichen, die mindestens einer der Personen mit einer Waffe bedroht haben. Vergleicht man die Landgerichtsbezirke fällt auf, dass die Jugendlichen aus dem Landgerichtsbezirk Flensburg häufiger diskriminierende Verhaltensweisen ausführen (16,5 %) als in den übrigen Landgerichtsbezirken Kiel (12,8 %), Itzehoe (12,7 %) und Lübeck (13,6 %). Auch in der differenzierten Betrachtung der einzelnen Verhaltensweisen weist der Landgerichtsbezirk Flensburg die höchsten Prävalenzen auf. Der Unterschied wird jedoch weder für die einzelnen Taten noch für die Gesamtkategorie als signifikant ausgewiesen.

Vergleicht man die Jugendlichen, die ein rechtextremes Weltbild aufweisen (siehe Kapitel 3.2) mit den Schüler\*innen, die dieses Weltbild nicht teilen, ergeben sich signifikante Unterschiede in der Prävalenz der diskriminierenden Handlungen gegenüber den Personengruppen. So haben 12,0 % der Schüler\*innen, die das rechtextreme Weltbild nicht teilen, schon einmal eine diskriminierende Verhaltensweise gegenüber mindestens eine der Gruppen ausgeführt, während es bei den Schüler\*innen, die das rechtextreme Weltbild teilen, 58,9 % sind ( $\varphi = ,24$ ;  $p < ,001$ ).

**Tabelle 38** Lebenszeitprävalenzen für diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber gesellschaftliche Gruppen (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Mind. eine der Personen angepöbelt	10,5	12,6	9,8	10,5	10,7
Mind. Sachen einer der Personen kaputt gemacht	2,7	2,8	1,2	2,4	2,3
Mind. eine der Personen geschlagen oder getreten	3,8	4,9	2,6	4,6	4,0
Mind. eine der Personen mit Worten bedroht	5,8	7,2	4,3	6,5	5,9
Mind. eine der Personen mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht	2,1	2,3	1,0	1,4	1,7
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>12,8</b>	<b>16,5</b>	<b>12,7</b>	<b>13,6</b>	<b>13,6</b>

#### 4.2.6 Reaktion des sozialen Umfelds auf diskriminierende Verhaltensweisen

Falls die Jugendlichen angegeben haben, eine der Taten begangen zu haben, wurde gefragt, ob die Eltern, Lehrkräfte und Freunde des oder der Befragten von der jeweils schlimmsten Tat erfahren haben (siehe Tabelle 39). Lediglich in 39,4 % der Fälle haben die Eltern von der jeweiligen Tat erfahren. In 23,0 % der Taten wussten die Lehrkräfte Bescheid. In über drei Viertel der Fälle haben die Jugendlichen angegeben, dass ihre Freunde von der Tat Bescheid wussten (75,4 %). Darüber hinaus wurde erfragt, wie diese Personen auf solche diskriminierenden Verhaltensweisen reagiert haben. Einbezogen in die Analyse wurden nur diejenigen Fälle, in denen die jeweilige Person von der Tat erfahren hat. Die Schüler\*innen haben auf einer Skala mit den Antwortoptionen „1 – fand/en das nicht gut“, „2 – hat/haben nichts dazu gesagt“, „3 – fand/en es völlig in Ordnung“ geantwortet. 57,1 % der Schüler\*innen antworteten, dass ihre Mütter die diskriminierende Verhaltensweise nicht gut fanden. In 27,8 % der Fälle haben die Mütter nichts dazu gesagt; 15,1 % der Jugendlichen sagen aus, dass die Mütter diese Tat völlig in Ordnung gefunden haben. Väter stehen den diskriminierenden Verhaltensweisen noch etwas positiver gegenüber. Während 22,3 % der Väter die Tat in Ordnung fanden, haben sich 31,1 % der Väter nicht dazu geäußert. Bei den Lehrkräften liegen die Prävalenzen deutlich niedriger. Jedoch ist es mit 6,3 % immer noch jede 17. Lehrkraft, die solch eine Tat nach Einschätzung des Schülers oder der Schülerin völlig in Ordnung fand. In 19,6 % der Fälle hat sich die Lehrkraft nicht dazu geäußert. Die Reaktion der Freunde fällt in 39,7 % der Fälle positiv aus. 48,5 % der Freunde haben sich nicht zu der Tat geäußert.

**Tabelle 39** Reaktion des sozialen Umfelds auf diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber gesellschaftliche Gruppen insgesamt (in %; gewichtete Daten)

Von der Tat erfahren	Eltern		39,4	
	Lehrkräfte		23,0	
	Freunde		75,4	
Reaktion soziales Umfeld	Mutter	fand es nicht gut	57,1	
		hat nichts dazu gesagt	27,8	
		fand es völlig in Ordnung	15,1	
	Vater	fand es nicht gut	46,7	
		hat nichts dazu gesagt	31,1	
		fand es völlig in Ordnung	22,3	
	Lehrkräfte	fand es nicht gut	74,1	
		hat nichts dazu gesagt	19,6	
		fand es völlig in Ordnung	6,3	
		Freunde	fand es nicht gut	11,8
			hat nichts dazu gesagt	48,5
			fand es völlig in Ordnung	39,7

**Zusammenfassung**

Insgesamt haben 34,9 % der Jugendlichen schon einmal mindestens eine der Kontakterfahrungen mit der rechtsextremen Szene gemacht. Die drei häufigsten Zugangswege sind dabei Flyer und Internetseiten von rechten Organisationen und Gruppen sowie das Hören von rechten Bands. Mitglied in einer rechten Gruppierung sind darüber hinaus 8,8 % der Jugendlichen. Dieser Anteil liegt im Landgerichtsbezirk Flensburg mit 13,5 % deutlich höher.

Bei den diskriminierenden Verhaltensweisen sind die Handlungen gegenüber Ausländer\*innen am prävalentesten: 8,9 % der Heranwachsenden haben sich schon einmal diskriminierend gegenüber einer ausländischen Person verhalten. Diskriminierende Handlungen gegenüber Menschen mit Behinderungen (5,6 %), homosexuellen Menschen (3,2 %) und obdachlosen Personen (1,8 %) wurden etwas weniger oft ausgeführt. Die unterschiedlich hohen Prävalenzen für die Taten gegenüber den einzelnen Personengruppen könnten ebenso in einem Zusammenhang mit Gelegenheitsstrukturen stehen. So werden jugendlich deutlich häufiger mit ausländischen Personen als mit obdachlosen Personen in Kontakt kommen. Nimmt man diese vier gesellschaftlichen Gruppen zusammen, zeigt sich, dass 13,6 % der Jugendlichen und damit ca. jede\*r siebte Schüler\*in schon einmal mindestens eine der diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber einer der Gruppen ausgeführt hat. Die eher niedrigschwelligeren Taten des Anpöbelns und der Bedrohung mit Worten finden häufiger statt als die schwerwiegenden Taten der Körperverletzung und der Bedrohung mit einer Waffe.

Die Reaktion des Umfelds auf eine solche Tat fällt unter den Freunden am positivsten aus. Eltern reagieren jedoch ebenfalls nur in 57,1 % (Mutter) bzw. 46,7 % (Vater) negativ auf die Tat. In 74,1 % der Fälle fand eine Lehrkraft die Tat nicht gut.

### 4.3 Die Relevanz unterschiedlicher Einflussfaktoren im empirischen Test

Nachdem in Kapitel 3.3 die Relevanz verschiedener Korrelate von rechten Einstellungen und des Vorliegens eines geschlossenen rechtsextremen Weltbilds untersucht wurde, soll im Folgenden genauer betrachtet werden, wie die vorgestellten Einflussfaktoren empirisch mit den oben untersuchten diskriminierenden Verhaltensweisen korreliert sind. Zu diesen gehören Verhaltensweisen gegenüber Ausländer\*innen, obdachlosen Personen, Menschen mit Behinderung sowie homosexuellen Personen. Zuletzt soll untersucht werden, wie die unterschiedlichen Korrelate mit einem Gesamtindex diskriminierender Verhaltensweisen zusammenhängen. Dieser wurde wie in Kapitel 4.2.5 beschrieben aus dem Maximalwert über alle vier sozialen Gruppen hinweg gebildet.

#### Korrelationen zwischen den Verhaltensvariablen

In einem ersten Schritt sollen die bivariaten Korrelationen zwischen den vier diskriminierenden Verhaltensweisen sowie der Gesamtdiskriminierungsvariable vorgestellt werden. In Kapitel 3.3 ist eine genaue Beschreibung enthalten, wie die Korrelationen zu interpretieren sind. Im Folgenden wurden Korrelationen nach Spearman berechnet, da nicht alle einbezogenen Variablen normalverteilt sind. Tabelle 40 zeigt, dass sich die einzelnen bivariaten Korrelationen im mittleren Bereich befinden. Die entsprechenden Werte bewegen sich zwischen  $r = ,23$  und  $,32$  (jeweils  $p < ,001$ ). Betrachtet man zusätzlich den Zusammenhang zwischen den einzelnen Verhaltensweisen und dem Gesamtindex zu diskriminierendem Verhalten, so sind mittelstarke bis starke Zusammenhänge zu beobachten: Während diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber obdachlosen Personen den schwächsten Zusammenhang mit dem Gesamtindex aufweist ( $r = ,34$ ,  $p < ,001$ ), ist der Zusammenhang zwischen diskriminierendem Verhalten gegenüber Ausländer\*innen und dem Maximalwertindex am stärksten ausgeprägt ( $r = ,79$ ,  $p < ,001$ ).

**Tabelle 40.** Spearman-Korrelationen zwischen den vier Verhaltensweisen untereinander und diskriminierendem Verhalten insgesamt

	1	2	3	4
1. Ausländer*innen				
2. Obdachlose Personen	,26***			
3. Menschen mit Behinderung	,30***	,23***		
4. Homosexuelle Personen	,28***	,32***	,28***	
5. Gesellschaftliche Gruppen insgesamt	,79***	,34***	,62***	,46***

\*  $p < ,05$ ; \*\*  $p < ,01$ ; \*\*\*  $p < ,001$  ( $n = 2.741$ ).

#### Multiple binär-logistische Regressionsmodelle zur Erklärung diskriminierender Verhaltensweisen

Vor dem Hintergrund, dass die oben vorgestellten Korrelationen nur bivariate Zusammenhänge ohne Kontrolle weiterer Faktoren darstellen, können auf ihrer Grundlage allein noch keine inhaltlichen Aussagen über einen möglichen Zusammenhang zwischen bestimmten Risikomerkmale und diskriminierenden Verhaltensweisen getroffen werden. Im Folgenden werden die potentiellen Einflussfaktoren daher zusammen mit den Verhaltensweisen gegenüber den vier Personengruppen in ein gemeinsames Regressionsmodell überführt, wobei getrennte Modelle für jede Personengruppe berechnet wurden.

Dies erlaubt es festzustellen, welche relative Bedeutung den diskutierten Einflussfaktoren bei der Erklärung von diskriminierendem Verhalten gegenüber unterschiedlichen Personengruppen zukommt (Tabelle 41). Für die Analysen wurden erneut nur diejenigen Jugendlichen einbezogen, die auf allen einbezogenen Kontrollvariablen (Geschlecht, Alter, Landgerichtsbezirk, Migrationshintergrund, familiäre Situation) gültige Werte aufweisen. Weiterhin wurden erneut Befragte, die angaben, im Jahr 1994 oder früher geboren worden zu sein, d. h. zum Befragungszeitpunkt älter als 19 waren, ausgeschlossen ( $n = 3$ ). Die endgültige Analysepopulation umfasst damit 2.721 Schüler\*innen.

Aufgrund der geclusterten Struktur der Daten (Schüler\*innen in Schulklassen) wurden Multilevel-Modelle berechnet (Snijders & Bosker, 2012); zudem wurden robuste Standardfehler verwendet. Weil die abhängigen Variablen nicht metrisch, sondern dichotom skaliert sind (d. h. die Ausprägungen 0 = „keine diskriminierende Verhaltensweise ausgeübt“ und 1 = „diskriminierende Verhaltensweise ausgeübt“ annehmen können), werden binär-logistische Regressionen berechnet. In den Modellen sind die unstandardisierten Logit-Koeffizienten ( $b$ ) für den Zusammenhang zwischen den potentiellen Einflussfaktoren und den diskriminierenden Verhaltensweisen angegeben. Aufgrund der Nicht-Linearität der logistischen Funktionskurve wirken sich exogene, d. h. unabhängige Variablen, nicht gleichförmig auf die Eintrittswahrscheinlichkeit der abhängigen Variablen aus; gleiche Veränderungen von  $X$  in unterschiedlichen Bereichen derselben Variablen wirken sich verschieden auf die Eintrittswahrscheinlichkeit der Ausübung diskriminierender Verhaltensweisen aus, sodass der Logit-Koeffizient  $b$  nicht als globales Maß für den Einfluss von  $X$  auf eine abhängige Variable angesehen werden kann, wie dies im Fall der linearen Regression gilt (Diaz-Bone & Künemund 2003). Aufgrund dieser Problematik lassen sich Logit-Koeffizienten lediglich in Bezug auf ihre Richtung und Signifikanz des Zusammenhangs interpretieren. Nimmt ein Koeffizient positive Werte an, dann wirken sich höhere Werte der entsprechenden unabhängigen Variablen positiv auf das Ausüben diskriminierender Verhaltensweisen aus. Bei negativen Logit-Koeffizienten wirkt sich die unabhängige Variable entsprechend negativ, d. h. in dem Sinne protektiv, auf das Ausüben diskriminierender Verhaltensweisen aus. Zusätzlich zu den Logit-Koeffizienten sind daher die Odds-Ratios ( $OR$ ) angegeben. Diese drücken als Chancenverhältnis aus, ob ein Einflussfaktor die Wahrscheinlichkeit der Übernahme des rechtsextremen Weltbilds erhöht (Koeffizienten über 1) oder senkt (Koeffizienten unter 1). Ein Chancenverhältnis von 1 bedeutet, dass es keinen Unterschied in den Chancen gibt. Das jedem Effekt zugeordnete Signifikanzniveau (auch Irrtumswahrscheinlichkeit oder  $\alpha$ -Niveau) beschreibt die Wahrscheinlichkeit, mit der die Nullhypothese ( $H_0$ ) fälschlicherweise verworfen wird ( $\alpha$ -Fehler). Unterschreitet der  $p$ -Wert eines Tests dieses Niveau, kann mit einer 95 %-igen (oder höheren) Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden, dass ein gefundener Effekt nicht nur auf Zufallsschwankungen beruht. Die Alternativhypothese ( $H_1$ ) kann daher mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit angenommen werden.

Die Ergebnisse der multiplen binär-logistischen Regressionsmodelle (Tabelle 41) zeigen, dass sowohl soziodemografische und persönlichkeitsbezogene Merkmale als auch Faktoren in Bezug auf das soziale Umfeld der Befragten in signifikantem Zusammenhang mit diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber bestimmten sozialen Gruppen stehen. Allerdings gestalten sich diese Zusammenhänge je nach betrachteter Verhaltensweise zum Teil sehr unterschiedlich. Betrachtet man zunächst die Relevanz der soziodemografischen Kontrollvariablen, so lässt sich feststellen, dass im Einklang mit den eingangs formulierten Erwartungen männliches Geschlecht stark mit dem Ausüben von diskriminierenden Verhaltensweisen verbunden ist. Für alle diskriminierenden lassen sich hier signifikante Zusammenhänge feststellen. Bezüglich der Diskriminierung von Menschen mit Behinderung lässt sich feststellen, dass dieses in einem Zusammenhang mit dem Alter der Befragten steht. Je älter die Jugendlichen sind, desto weniger diskriminierend verhalten sie sich gegenüber dieser Personengruppe ( $b = -,25$ ,  $OR = 0,78$ ,  $p <$

,05). Weiterhin ist zu beobachten, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund weniger häufig diskriminierend-aggressiv gegenüber Ausländer\*innen verhalten ( $b = -,68$ ,  $OR = ,51$ ,  $p < ,05$ ), dafür aber in stärkerem Maße diskriminierend gegenüber homosexuellen Personen ( $b = ,73$ ,  $OR = 2,07$ ,  $p < ,05$ ) handeln. Hinsichtlich familial-struktureller Merkmale zeigt sich in Bezug auf diskriminierendes Verhalten, dass eine Trennung bzw. Scheidung der leiblichen Eltern mit weniger derartigen Verhaltensweisen verbunden ist. Der Besuch einer Gemeinschaftsschule ist positiv mit der Ausübung diskriminierender Verhaltensweisen gegenüber ausländischen Personen sowie dem Gesamtindex diskriminierendes Verhalten ( $b = ,63$ ,  $OR = 1,88$ ,  $p < ,01$ ) assoziiert.

Betrachtet man in einem nächsten Schritt die theoretisch vorgestellten potentiellen Einflussfaktoren rechten Verhaltens, so lässt sich eine besondere Bedeutung persönlichkeitsbezogener Merkmale konstatieren: Jugendliche mit hoher Selbstkontrolle verhalten sich seltener diskriminierend gegenüber homosexuellen Personen und werden auch insgesamt weniger häufig Täter\*in diskriminierender Verhaltensweisen ( $b = -,48$ ,  $OR = ,62$ ,  $p < ,001$ ). Darüber hinaus verhalten sich impulsive Jugendliche eher diskriminierend gegenüber den vier gesellschaftlichen Gruppen im Gesamtindex ( $b = ,29$ ,  $OR = 1,34$ ,  $p < ,05$ ). Jugendliche, die eine gesteigerte Feindseligkeits-/Aggressionsneigung aufweisen, verhalten sich häufiger diskriminierend gegenüber Ausländer\*innen sowie obdachlosen Personen) und haben auch eher schon einmal irgendeine diskriminierende Verhaltensweise gegenüber eine der betrachteten sozialen Gruppen ausgeübt ( $b = ,35$ ,  $OR = 1,42$ ,  $p < ,001$ ). Im Gegensatz dazu zeigen Befragte mit höherer Empathiefähigkeit signifikant weniger diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderung, homosexuellen Personen und gegenüber mindestens einer dieser Gruppen, wenn man diese zu einem Gesamtindex zusammenfasst ( $b = -,34$ ,  $OR = ,72$ ,  $p < ,01$ ). Auch hierarchisches Selbstinteresse zeigt positive, teilweise hochsignifikante Zusammenhänge mit diskriminierendem Verhalten gegenüber Ausländer\*innen, obdachlosen Personen, Menschen mit Behinderungen und homosexuellen Personen sowie dem Gesamtindex der Diskriminierung ( $b = ,28$ ,  $OR = 1,32$ ,  $p < ,001$ ).

Politisch rechts motivierte Verhaltensweisen

**Tabelle 41.** Binär-logistische Regressionen zum Zusammenhang zwischen diskriminierenden Verhaltensweisen und potentiellen Einflussfaktoren.

Kontrollvariablen	Ausländer*innen		Obdachlose Personen		Menschen mit Behinderung		Homosexuelle Personen		Gesamt	
	b	OR	b	OR	b	OR	b	OR	b	OR
Geschlecht (1 = männlich)	<b>,53**</b>	<b>1,70**</b>	<b>1,82**</b>	<b>6,20**</b>	<b>,71*</b>	<b>2,04*</b>	<b>1,30**</b>	<b>3,67**</b>	<b>,64***</b>	<b>1,90***</b>
Alter	,10	1,10	-,00	,10	<b>-,25*</b>	<b>,78*</b>	,12	1,13	,02	1,02
Landgerichtsbezirk (Ref. <i>Kiel</i> )										
Flensburg	,10	1,10	,14	1,15	,10	1,11	,34	1,40	,33	1,39
Itzehoe	,10	1,10	-,05	,95	-,51	,60	-,27	,76	,08	1,09
Lübeck	,39	1,48	-,30	,74	,11	1,12	-,03	,97	,22	1,24
Migrationshintergrund	<b>-,68*</b>	<b>,51*</b>	-,80	,45	-,17	,85	,73*	2,07*	-,38	,68
Familiensituation (Ref. <i>Eltern zus.</i> )										
Eltern getrennt/geschieden	-,23	,80	-,67	,51	-,50	,60	-,51	,60	<b>-,42*</b>	<b>,66*</b>
Eltern (teil) verstorben	-,10	,91	-	-	-,25	,78	-,65	,52	-,20	,82
Sozioökonomischer Status	,05	1,05	-,02	,99	,08	1,11	-,06	,97	,06	1,06
<b>Potentielle Einflussfaktoren</b>										
<i>Persönlichkeit</i>										
Autoritarismus	,08	1,08	-,18	,83	-,02	1,08	-,03	1,03	,02	1,02
Selbstkontrolle	-,31	,73	-,33	,72	-,34	,98	<b>-,80***</b>	<b>,45***</b>	<b>-,48***</b>	<b>,62***</b>
Impulsivität	,29	1,34	-,14	,87	,31	1,37	,07	1,07	<b>,29*</b>	<b>1,34*</b>
Feindseligkeit/Aggressivität	<b>,36***</b>	<b>1,43***</b>	<b>,50*</b>	<b>1,65*</b>	,12	1,12	,14	1,15	<b>,35***</b>	<b>1,42***</b>
Empathie	-,09	,91	-,33	,72	<b>-,53***</b>	<b>,59***</b>	<b>-,44*</b>	<b>,64*</b>	<b>-,34**</b>	<b>,72**</b>
Hierarchisches Selbstinteresse	<b>,25**</b>	<b>1,28**</b>	<b>,46*</b>	<b>1,58*</b>	<b>,24*</b>	<b>1,27*</b>	<b>,70***</b>	<b>2,01***</b>	<b>,28***</b>	<b>1,32***</b>
<i>Deprivation und Desintegration</i>										
Finanzielle Lage der Familie	,25	1,28	-,23	,80	,03	1,03	-,03	,97	,13	1,14
Individuelle rel. Deprivation	-,30	,74	-,12	,88	-,38	,68	-,21	,81	-,22	,80
Schulform (Ref. <i>Gymnasium</i> )	<b>,59*</b>	<b>1,81*</b>	-,62	,54	,48	1,61	,76	2,15	<b>,63**</b>	<b>1,88**</b>
Sozialleistungen (Ref. <i>Keine Abh.</i> )										
Abhängigkeit	,10	1,10	,33	1,39	<b>1,32***</b>	<b>3,75***</b>	,93	2,53	,19	1,21
Abhängigkeit unbekannt	-,38	,68	,03	1,03	,31	1,36	,49	1,64	-,09	,92
Institutionelle Deprivation	<b>-,24*</b>	<b>,79*</b>	-,46	,63	,04	1,04	-,11	,89	-,18	,84
Soziale Deprivation	,08	1,09	,34	1,41	<b>,38*</b>	<b>1,47*</b>	<b>,37*</b>	<b>1,45*</b>	<b>,29**</b>	<b>1,34**</b>
Einsamkeit	-,19	,83	<b>,95*</b>	<b>2,58*</b>	-,05	,96	-,53	,59	-,22	,81
Kollektive abs. Deprivation	,06	1,07	,19	1,21	,10	1,10	,13	1,13	,09	1,09
Kollektive rel. Deprivation	,05	1,05	-,04	,97	-,03	,98	-,02	,98	,02	1,02
Anomie	<b>,36*</b>	<b>1,44*</b>	,03	1,03	,32	1,37	,20	1,22	<b>,28*</b>	<b>1,32*</b>
<i>Soziale Faktoren</i>										
Gewalt durch Eltern	,05	1,05	,19	1,21	,18	1,19	,24	1,27	,15	1,16
Gewalt zwischen Eltern	,13	1,13	-,47	,62	,27	1,31	,36	1,44	,21	1,24
Kontakt zur rechtsextremen Szene	<b>,28***</b>	<b>1,32***</b>	<b>,23**</b>	<b>1,26**</b>	<b>,21***</b>	<b>1,24***</b>	<b>,30***</b>	<b>1,36***</b>	<b>,26***</b>	<b>1,29***</b>
Rechte Einstellungen im soz. Umfeld	<b>1,02***</b>	<b>2,77***</b>	<b>1,04**</b>	<b>2,82**</b>	,39	1,48	<b>,70*</b>	<b>2,01*</b>	<b>,72***</b>	<b>2,05***</b>
Interethnische Kontakt	-,30	0,75	,17	1,18	,02	1,02	,19	1,21	,02	1,02
<i>n (Individuen)</i>	1.895		1.855		1.895		1.895		1.895	
<i>N (Schulklassen)</i>	169		169		169		169		169	

Anmerkungen: \*  $p < ,05$ ; \*\*  $p < ,01$ ; \*\*\*  $p < ,001$ . Daten sind gewichtet.

In Bezug auf das Deprivations- und Desintegrationserleben der befragten Jugendlichen zeigen sich hinsichtlich der individuellen relativen Deprivation sowie der Einschätzung der finanziellen Lage der Familie keine signifikanten Befunde. Der familiäre Bezug von Sozialleistungen ist darüber hinaus mit diskriminierendem Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderung verbunden ( $b = 1,32$ ,  $OR = 3,75$ ,  $p < ,001$ ). Bezüglich der institutionellen Deprivation zeigen sich Zusammenhänge in Bezug auf die Diskriminierung von ausländischen Personen. Entgegen der Erwartung zeigt sich, dass je deprivierter sich die Befragten auf politisch-institutioneller Ebene wahrnehmen, desto weniger diskriminierende Verhaltensweisen zeigen sie auf. In Bezug auf die soziale Deprivation zeigt sich hingegen für diskriminierendes Verhalten gegenüber Menschen mit Behinderung und homosexuellen Personen sowie für diskriminierendes Verhalten gegenüber mindestens eine der Gruppen ( $b = ,29$ ,  $OR = 1,34$ ,  $p < ,01$ ), dass eine höhere mittlere Zustimmung zu den zwei Aussagen, dass man in seinem Umfeld nicht genügend Menschen habe, die mich so nehmen, wie man ist (andersherum formuliert) und sich in seinem Umfeld nicht wohl und sicher fühlt (andersherum formuliert) mit der Ausübung diskriminierender Handlungen verbunden ist.

Auch Gefühle der Einsamkeit – und damit sozial-emotionales Deprivationserleben – stehen in signifikantem Zusammenhang mit diskriminierenden Verhaltensweisen, allerdings nur in Bezug auf Verhalten gegenüber obdachlosen Personen: Je einsamer sich die Befragten fühlen, desto eher verhalten sie sich diskriminierend gegenüber dieser sozialen Gruppe. Hinsichtlich der restlichen Verhaltensdimensionen zeigen sich allerdings teilweise umgekehrte, d. h. negative Effekte hinsichtlich dieser Variable, weshalb deren Relevanz mit Vorsicht zu beurteilen ist. Gefühle der Anomie stehen lediglich in positivem Zusammenhang mit diskriminierendem Verhalten gegenüber Ausländer\*innen sowie mit dem Gesamtindex der diskriminierenden Verhaltensweisen.

Werden zuletzt die sozialen Faktoren näher betrachtet, so ergibt sich ein ähnliches Bild wie das in Kapitel 3.2 zuvor beschriebene: Während innerfamiliäre Gewalterfahrungen in keinem signifikanten Zusammenhang mit diskriminierendem Verhalten gegenüber den vier Gruppen steht, sind Kontakte zur rechtsextremen Szene sowie rechte Einstellungen im sozialen Umfeld bedeutsame Korrelate von diskriminierenden Verhaltensweisen über alle Personengruppen hinweg. Interethnische Kontakte weisen keinen signifikanten Zusammenhang mit Diskriminierung von gesellschaftlichen Gruppen auf.

**Zusammenfassung**

Die Ergebnisse der multivariaten Regressionsmodelle haben erneut aufgezeigt, dass auch bei der Erklärung diskriminierender Verhaltensweisen das soziale Umfeld (Kontakt zur rechtsextremen Szene und rechte Einstellungen im sozialen Umfeld) bedeutsame potentielle Einflussfaktoren darstellen. Jugendliche, die über ausgedehntere Kontakte zur rechtsextremen Szene verfügen und deren Eltern, beste\*r Freund\*in und Klassenlehrer\*in im Durchschnitt eher rechte Einstellungen vertreten, zeigen in Bezug auf die betrachteten sozialen Gruppen (Ausländer\*innen, obdachlose Personen, Menschen mit Behinderung, homosexuelle Personen) sowie in Bezug auf den Gesamtindex diskriminierendes Verhalten signifikant mehr diskriminierendes Verhalten. Weiterhin haben sich Persönlichkeitsfaktoren (Feindseligkeit/Aggressivität, Empathie, Hierarchisches Selbstinteresse, Selbstkontrolle) als wichtige Korrelate von diskriminierendem Verhalten herausgestellt. In Ansätzen haben sich auch Deprivations- und Desintegrationserfahrungen als bedeutsam für die Ausübung solcher Verhaltensweisen erwiesen, darunter der Besuch einer Gemeinschaftsschule im Vergleich zu einem Gymnasium, soziales Deprivationserleben, Einsamkeit und Gefühle der Anomie. Demgegenüber war die institutionelle Deprivation teilweise signifikant negativ mit dem Ausüben diskriminierender Verhaltensweisen assoziiert.

## 5 Opferschaft von politisch rechts motivierten Verhaltensweisen

Die Diskriminierung von Personen aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit soll neben der Täterperspektive ebenso aus der Opferperspektive betrachtet werden. So ist es denkbar, dass Personen aufgrund ihrer Herkunft, Nationalität, Religion etc. nicht (nur) von gleichaltrigen Jugendlichen diskriminiert werden, sondern auch Lehrkräfte oder andere erwachsene Personen als Täter\*innen in Frage kommen. Für diese Untersuchung wurden die Schüler\*innen gebeten anzugeben, ob sie in den letzten zwölf Monaten aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit eine Reihe von Diskriminierungserfahrungen erlebt haben. Es wurden die sieben verschiedenen Verhaltensweisen „Ich wurde angepöbelt“, „Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht“, „Ich wurde geschlagen oder getreten“, „Ich wurde mit Worten bedroht“, „Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht“, „Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen“, „Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert“ abgefragt. Als Grund für die jeweilige Viktimisierung haben die Jugendlichen Angaben gemacht, ob sie in den letzten zwölf Monaten wegen ihrer Nationalität, Herkunft, Sprache oder Hautfarbe, wegen ihrer Religion, wegen ihres Geschlechts, wegen ihrer sexuellen Orientierung oder wegen ihrer politischen Meinung diskriminiert wurden. Wenn es mehrere Gründe gab, sollten die Schüler\*innen den ausschlaggebenden Grund auswählen.

### 5.1 Diskriminierung aufgrund der Herkunft und der Nationalität

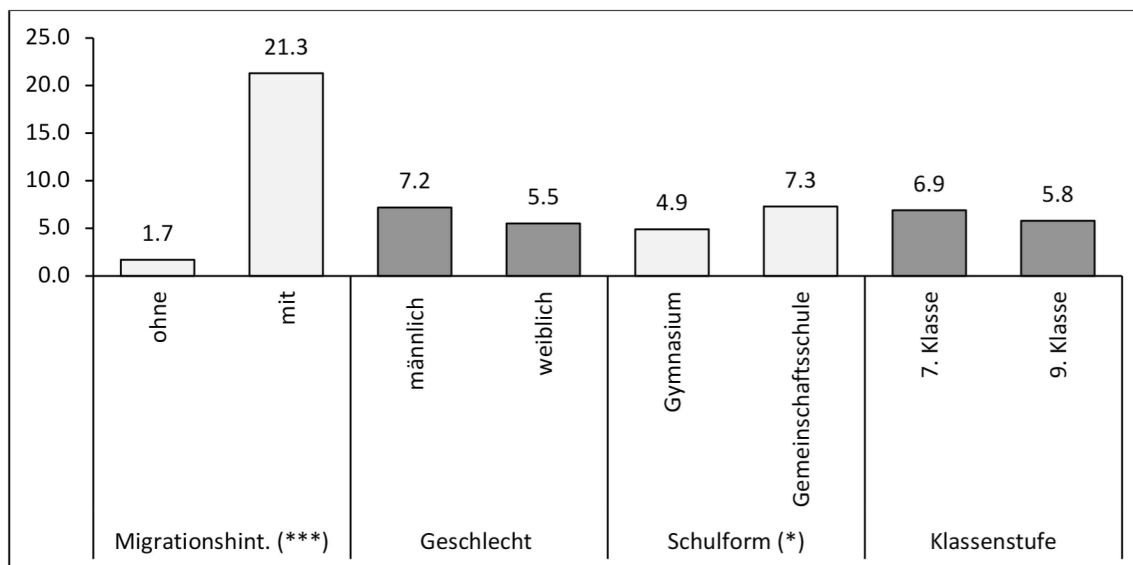
Am häufigsten berichten die Schüler\*innen von Diskriminierungen aufgrund ihrer Nationalität, Herkunft, Sprache oder Hautfarbe. Insgesamt wurden 6,3 % der Schüler\*innen in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer Herkunft in irgendeiner Weise diskriminiert (siehe Tabelle 42). Vergleicht man die Landgerichtsbezirke, so lassen sich keine signifikanten Unterschiede feststellen.

Die Diskriminierungsart, die dabei am häufigsten erfahren wird, ist das Anpöbeln. Insgesamt sind 4,4 % der Jugendlichen schon einmal aufgrund ihrer Nationalität angepöbelt worden. Die zweithäufigste Viktimisierungserfahrung stellt die Bedrohung mit Worten dar. Diese Erfahrung haben schon 2,8 % der Schüler\*innen gemacht. Die restlichen Diskriminierungserfahrungen werden seltener berichtet. Besonders erwähnt sollen dabei jedoch die Kategorien der Körperverletzung und der Bedrohung mit einer Waffe werden. So sind es 1,1 % der Schüler\*innen, die aufgrund ihrer Herkunft geschlagen oder getreten werden und 0,5 %, die mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht wurden. Darüber hinaus erlebten 0,9 % der Schüler\*innen Sachbeschädigung, 1,0 % wurden absichtlich ignoriert und 0,6 % wurden in einem Geschäft nicht bedient, nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen oder eine andere Dienstleistung verweigert.

**Tabelle 42** Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Nationalität, Herkunft, Sprache oder Hautfarbe (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich wurde angepöbelt.	4,3	3,7	4,0	5,1	4,4
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	1,2	0,7	0,8	0,6	0,9
Ich wurde geschlagen oder getreten.	0,7	0,7	1,4	1,5	1,1
Ich wurde mit Worten bedroht.	2,5	2,7	3,3	2,8	2,8
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	0,3	0,3	0,2	0,8	0,5
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	0,9	1,0	0,8	1,2	1,0
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	0,6	0,7	0,2	0,6	0,6
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>6,4</b>	<b>5,5</b>	<b>5,8</b>	<b>7,0</b>	<b>6,3</b>

Erwartungsgemäß zeigt sich ein großer Unterschied zwischen Befragten mit und ohne Migrationshintergrund (siehe Abbildung 5). Schüler\*innen mit Migrationshintergrund geben mit 21,3 % signifikant häufiger an, in den letzten zwölf Monaten in irgendeiner Form diskriminiert worden zu sein, als Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund (1,7%). Außerdem finden sich geringe, jedoch signifikante Unterschiede des Diskriminierungserlebens nach Schulform: Der Anteil der Jugendlichen, der aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert wird, ist an Gemeinschaftsschulen (7,3 %) signifikant höher als an Gymnasien (4,9 %). Ein signifikanter Unterschied nach Klassenstufe oder Geschlecht lässt sich nicht feststellen.

**Abbildung 5** Diskriminierungserleben aufgrund der Herkunft nach Befragtengruppe (in %; gewichtete Daten; Gruppenunterschiede signifikant bei \* $p < ,05$ , \*\* $p < ,01$ , \*\*\* $p < ,001$ )

## 5.2 Diskriminierung aufgrund der Religion

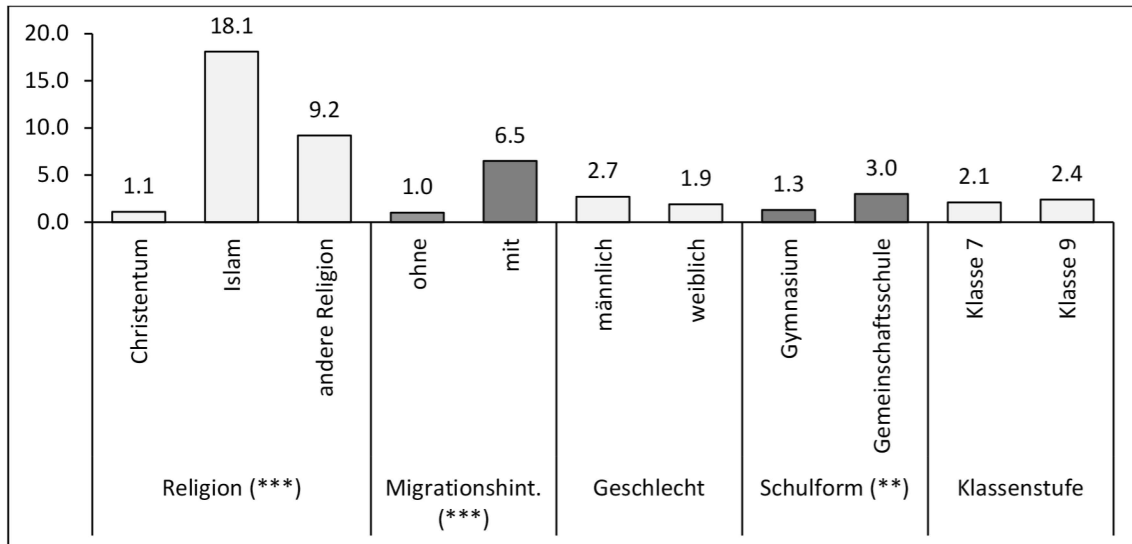
Diskriminierungen aufgrund der Religion werden seltener berichtet als Diskriminierungen aufgrund der Herkunft. 2,3 % aller befragten Schüler\*innen geben an, mindestens ein Mal in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer Religion in irgendeiner Weise diskriminiert worden zu sein (siehe Tabelle 43). Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck geben dabei etwas häufiger an, aufgrund ihrer Religion Diskriminierungen erlebt haben (3,3 %) als Heranwachsende aus den Landgerichtsbezirken Kiel (2,3 %), Flensburg (1,1 %) und Itzehoe (1,7 %). Die Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken sind jedoch nicht statistisch signifikant. Die am häufigsten berichteten Formen der Diskriminierung sind auch hier Pöbeleien (1,4 %) und verbale Bedrohungen (0,7 %). Die restlichen Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Religion werden noch etwas seltener berichtet. Jeweils 0,1 % der Jugendlichen berichten von Körperverletzung oder Bedrohung mit einer Waffe aufgrund ihrer Religion.

**Tabelle 43** Diskriminierung aufgrund der Religion nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich wurde angepöbelt.	1,6	0,4	1,3	1,8	1,4
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3
Ich wurde geschlagen oder getreten.	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1
Ich wurde mit Worten bedroht.	0,8	0,2	0,4	1,0	0,7
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	0,1	0,4	0,0	0,0	0,1
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	0,2	0,2	0,9	0,8	0,5
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	0,0	0,4	0,2	0,3	0,2
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>2,3</b>	<b>1,1</b>	<b>1,7</b>	<b>3,3</b>	<b>2,3</b>

Unterschieden werden sollen bei der Betrachtung der Diskriminierung aufgrund der Religion die unterschiedlichen Religionen (siehe Abbildung 6). Dabei muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass die Zahl jüdischer Schüler\*innen in der Stichprobe sehr gering ist ( $n = 5$ ), sodass sich keine validen Aussagen über deren Diskriminierungserfahrungen machen lassen und diese somit aus dieser Betrachtung ausgeschlossen werden.

Wie man der Abbildung entnehmen kann, zeigen sich signifikante Effekte der Religionszugehörigkeit. Vor allem muslimische Schüler\*innen (18,1 %), in geringerem Maße aber auch Angehörige anderer Religionen (9,2 %) geben an, mindestens ein Mal in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer Religion in irgendeiner Form diskriminiert worden zu sein. Christliche Jugendliche sind zu 1,1 % betroffen. Schließlich zeigen sich auch signifikante Effekte des Migrationshintergrunds. Jugendliche mit Migrationshintergrund erleben häufiger Diskriminierungen als Schüler\*innen ohne Migrationshintergrund (6,5 % bzw. 1,0 %). Außerdem berichten Schüler\*innen an Gemeinschaftsschulen häufiger Diskriminierungserfahrungen als Schüler\*innen an Gymnasien (3,0 % bzw. 1,3 %). Hinsichtlich der Klassenstufe zeigen sich keine signifikanten Unterschiede.



**Abbildung 6** Diskriminierung aufgrund der Religion nach Befragtengruppe (in %; gewichtete Daten; Gruppenunterschiede signifikant bei \* $p < ,05$ , \*\* $p < ,01$ , \*\*\* $p < ,001$ )

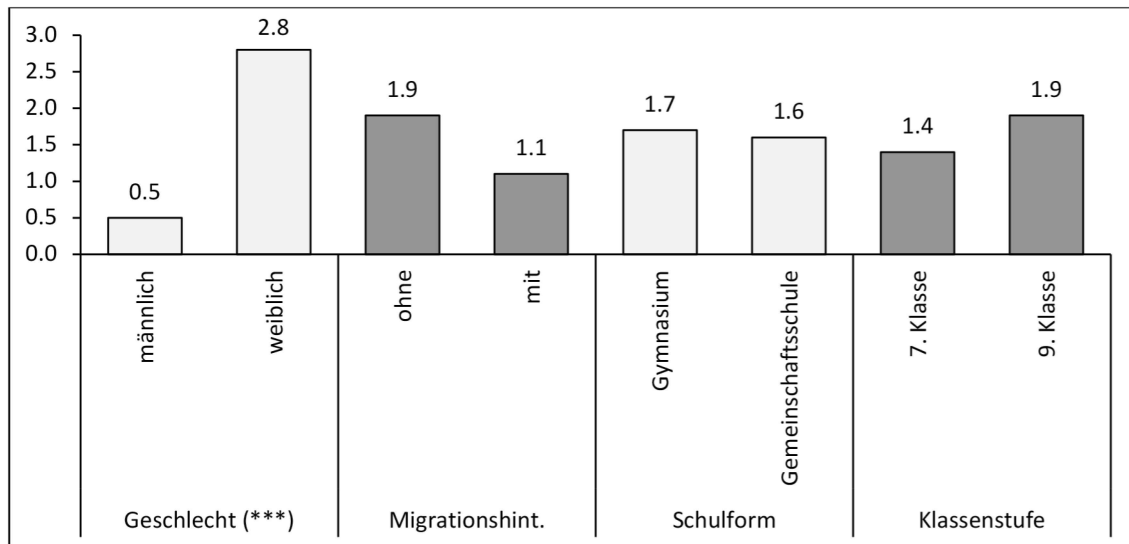
### 5.3 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts

Schließlich berichten 1,7 % der befragten Schüler\*innen von Diskriminierungserfahrungen aufgrund ihres Geschlechts (siehe Tabelle 44). Vergleicht man die vier Landgerichtsbezirke miteinander, so zeigt sich, dass Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Kiel etwas häufiger (2,1 %) und Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck etwas seltener (0,8 %) aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert wurden. Die Unterschiede erreichen jedoch keine statistische Signifikanz. Die häufigste Form der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts ist die Pöbelei. 1,1 % der Jugendlichen haben dies schon erlebt. Die weiteren Verhaltensweisen werden deutlich seltener berichtet. 0,1 % bzw. 0,2 % der Schüler\*innen haben bereits eine Körperverletzung oder eine Bedrohung mit einer Waffe aufgrund ihres Geschlechts erlebt.

**Tabelle 44** Diskriminierung aufgrund des Geschlechts (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich wurde angepöbelt	1,3	1,2	1,5	0,4	1,1
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	0,2	0,2	0,0	0,2	0,2
Ich wurde geschlagen oder getreten.	0,3	0,0	0,0	0,0	0,1
Ich wurde mit Worten bedroht.	0,3	0,6	0,2	0,4	0,4
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	0,2	0,0	0,5	0,0	0,2
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	0,7	0,2	0,2	0,1	0,4
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	0,4	0,0	0,0	0,0	0,1
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>2,1</b>	<b>1,9</b>	<b>1,9</b>	<b>0,8</b>	<b>1,7</b>

Abbildung 7 gibt Auskunft darüber, ob sich die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts in den unterschiedlichen Befragtengruppe voneinander unterscheidet. Den Erwartungen entsprechend lässt sich ein signifikanter Effekt des Geschlechts finden. Weibliche Schülerinnen werden signifikant häufiger aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert als männliche Schüler (2,8 % bzw. 0,5 %). Die Merkmale Migrationshintergrund, Schulform und Klassenstufe weisen dagegen auf keine signifikanten Unterschiede hin.



**Abbildung 7** Diskriminierung aufgrund des Geschlechts nach Befragtengruppe (in %; gewichtete Daten; Gruppenunterschiede signifikant bei  $*p < ,05$ ,  $**p < ,01$ ,  $***p < ,001$ )

#### 5.4 Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung

Aufgrund ihrer sexuellen Orientierung wurden in den letzten 12 Monaten insgesamt 1,7 % der Schüler\*innen in irgendeiner Weise diskriminiert. Die Schüler\*innen geben hauptsächlich an, wegen ihrer sexuellen Orientierung angepöbelt (0,9 %) sowie „absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen“ (0,6 %) worden zu sein. Signifikante Effekte zwischen den Landgerichtsbezirken zeigen sich bei dem Anteil der Befragten, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung mit Worten bedroht wurden. Im Landgerichtsbezirk Flensburg ist dieser Anteil etwas höher (1,3 %) als in den Landgerichtsbezirken Kiel (0,3 %), Itzehoe (0,7 %) und Lübeck (0,0 %). Der Anteil an Jugendlichen, der aufgrund seiner oder ihrer sexuellen Orientierung geschlagen oder getreten wurde, beträgt 0,3 %.

Insgesamt unterscheiden sich die befragten Schüler\*innen in den unterschiedlichen Landgerichtsbezirken nicht signifikant in der Häufigkeit ihrer Diskriminierungserfahrungen. Ebenso zeigen sich keine signifikanten Unterschiede der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zwischen Jungen und Mädchen, Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, Gemeinschaftsschüler\*innen und Gymnasiastinnen und Gymnasiasten sowie Siebt- und Neuntklässler\*innen.

**Tabelle 45** Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB ltzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich wurde angepöbelt.	1,0	0,7	0,2	1,3	0,9
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	0,4	0,2	0,2	0,3	0,3
Ich wurde geschlagen oder getreten.	0,2	0,2	0,5	0,3	0,3
Ich wurde mit Worten bedroht.	<b>0,3</b>	<b>1,3</b>	<b>0,7</b>	<b>0,0</b>	0,4
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	0,7	0,8	0,2	0,5	0,6
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	0,0	0,4	0,2	0,2	0,2
<b>Mind. ein Verhalten</b>	1,7	2,3	1,1	1,9	1,7

**Anmerkungen.** Fett: Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

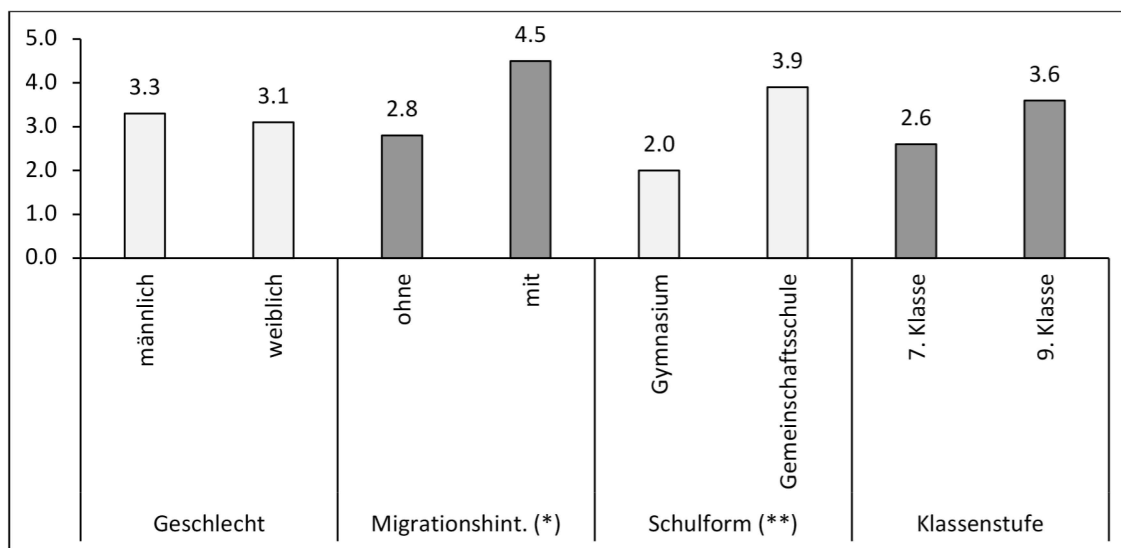
## 5.5 Diskriminierung aufgrund der politischen Meinung

Eine weitere Form der Diskriminierung stellt die Diskriminierung aufgrund der politischen Meinung dar. In den letzten zwölf Monaten sind 3,2 % der befragten Schüler\*innen aus diesem Grund in irgendeiner Weise diskriminiert worden (siehe Tabelle 46). Es ergeben sich keine signifikanten Unterschiede nach Landgerichtsbezirk. Die häufigste Art der Diskriminierung ist erneut die Pöbelei: 2,3 % der Jugendlichen berichten von dieser Diskriminierungsart. Am zweithäufigsten wurden die Schüler\*innen in den letzten zwölf Monaten aufgrund ihrer politischen Meinung verbal bedroht (0,9 %). Aufgrund der besonderen Schwere der Tat soll ebenso die Prävalenz der Körperverletzung und der Bedrohung durch eine Waffe erwähnt werden. Während 0,4 % der Jugendlichen in den letzten zwölf Monaten wegen ihrer politischen Meinung geschlagen oder getreten wurden, sind es 0,2 %, die mit einer Waffe bedroht worden sind.

**Tabelle 46** Diskriminierung aufgrund der politischen Meinung (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB ltzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich wurde angepöbelt.	2,3	2,1	2,4	2,2	2,3
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	0,5	0,3	0,0	0,5	0,4
Ich wurde geschlagen oder getreten.	0,4	0,7	0,4	0,2	0,4
Ich wurde mit Worten bedroht.	1,0	0,2	1,3	0,8	0,9
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	0,2	0,4	0,0	0,2	0,2
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	0,6	0,2	0,2	0,2	0,3
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	0,1	0,3	0,2	0,5	0,3
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>3,1</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>3,1</b>	<b>3,2</b>

Differenziert man das Diskriminierungserleben aufgrund der politischen Meinung nach Befragten-  
gruppe, ergeben sich signifikante Unterschiede bezüglich des Migrationshintergrundes und der Schul-  
form. Somit geben mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund an, mindestens eine der Verhaltens-  
weisen aufgrund ihrer politischen Meinung erlebt zu haben als Jugendliche ohne Migrationshinter-  
grund (4,5 % bzw. 2,8 %). Ebenso wird das Verhalten häufiger in Gemeinschaftsschulen erlebt als an  
Gymnasien (3,9 % bzw. 2,0 %). Keine signifikanten Unterschiede zeigen sich nach Geschlecht und Klas-  
senstufe.

**Abbildung 8** Diskriminierung aufgrund der politischen Meinung nach Befragten-  
gruppe (in %; gewichtete Daten; Gruppenunterschiede signifikant bei \*  $p < ,005$ , \*\*  $p < ,01$ , \*\*\*  $p < ,001$ )

## 5.6 Diskriminierung aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit

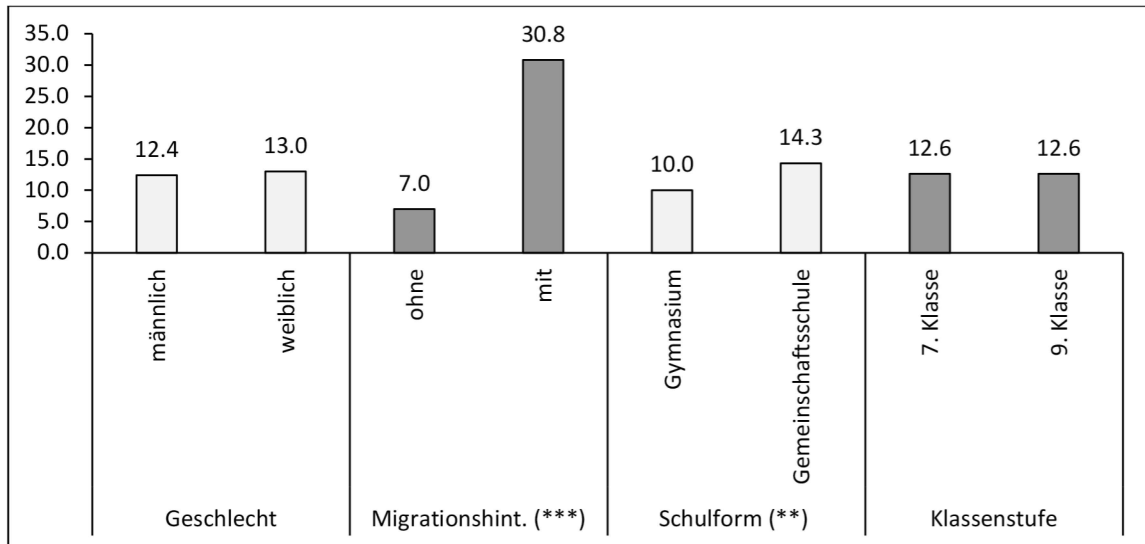
In Tabelle 47 sind nun alle Diskriminierungserfahrungen, die aufgrund der Nationalität, Religion, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung und der politischen Meinung erlebt wurden, in einer Kategorie zusammengefasst. Abgebildet ist also der Anteil der Jugendlichen, der aufgrund der Zugehörigkeit zu irgendeiner der fünf abgefragten Gruppen bestimmte Diskriminierungserfahrungen gemacht hat. Ausgeschlossen davon sind Jugendliche, die aufgrund einer anderen Gruppenzugehörigkeit außer den fünf aufgezählten diskriminiert wurden.

Jede\*r zehnte Jugendliche wurden schon einmal angepöbelt, weil sie oder er einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe angehört. Etwa jede\*r 20. Schüler\*in wurde aus diesem Grund schon einmal mit Worten bedroht (5,1 %). Am dritthäufigsten haben die Heranwachsenden mit 2,8 % erlebt, dass sie aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit ignoriert wurden. Jeweils 2,0 % der Schüler\*innen erlebten Sachbeschädigung, Körperverletzung oder wurden in einem Geschäft nicht bedient, in eine Disco, Bar oder Ähnliches nicht gelassen oder eine andere Dienstleistung verweigert. Darüber hinaus wurde 1,0 % der Jugendlichen schon einmal aufgrund der Gruppenzugehörigkeit mit einer Waffe bedroht. Mindestens eine der Verhaltensweisen erlebt haben 12,6 % der Schüler\*innen in den letzten zwölf Monaten. Die unterschiedlichen Prävalenzen der Landgerichtsbezirke erweisen sich nicht als signifikant.

**Tabelle 47** Diskriminierung aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich wurde angepöbelt.	10,5	8,2	9,4	10,8	10,0
Meine Sachen wurden absichtlich kaputt gemacht.	2,7	1,6	1,3	1,9	2,0
Ich wurde geschlagen oder getreten.	2,0	1,6	2,3	2,1	2,0
Ich wurde mit Worten bedroht.	4,8	4,9	6,0	5,0	5,1
Ich wurde mit einer Waffe (z. B. Messer) bedroht.	1,0	1,1	0,7	1,0	1,0
Man hat mich absichtlich wie Luft behandelt, ignoriert oder ausgeschlossen.	3,2	2,3	2,4	2,8	2,8
Ich wurde in einem Geschäft nicht bedient, wurde nicht in eine Disco, Bar oder Ähnliches gelassen, mir wurde eine andere Dienstleistung verweigert.	2,7	1,6	1,3	1,9	2,0
<b>Mind. ein Verhalten</b>	<b>13,3</b>	<b>10,6</b>	<b>11,8</b>	<b>13,3</b>	<b>12,6</b>

Die weitere Differenzierung, wie sie in Abbildung 9 dargestellt ist, zeigt zwei signifikante Unterschiede je nach Befragtengruppe. Somit sind es deutlich mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in den letzten zwölf Monaten irgendeine Form der Diskriminierung erlebt haben als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (30,8 % bzw. 7,0 %). An Gemeinschaftsschulen sind Diskriminierungserfahrungen prävalenter als an Gymnasien (14,3 % bzw. 10,0 %). Keine Unterschiede zeigen sich für die Klassenstufe und das Geschlecht, wenngleich geringfügig mehr weibliche Befragte von Diskriminierungserfahrungen berichten. Das Diskriminierungserleben zeigt sich also gleichermaßen für Jungen und Mädchen sowie Neunt- und Siebtklässler\*innen.



**Abbildung 9** Diskriminierung aufgrund einer Gruppenzugehörigkeit nach Befragtengruppe (in %; gewichtete Daten; Gruppenunterschiede signifikant bei \* $p < ,05$ , \*\* $p < ,01$ , \*\*\* $p < ,001$ )

## 5.7 Tatfolgen

Wenn die Jugendlichen angegeben haben, dass sie in den letzten zwölf Monaten mindestens eine der Diskriminierungserfahrungen aufgrund der Gruppenzugehörigkeit der fünf gesellschaftlichen Gruppen erlebt haben, wurden die Schüler\*innen gebeten, an den schlimmsten Vorfall zu denken und weitere Fragen zu diesem Vorfall zu beantworten.

Zunächst wurden die Jugendlichen gebeten einzuschätzen, wie schlimm der Vorfall alles in allem für sie war. Dabei haben 29,3 % der Schüler\*innen angegeben, dass der Vorfall „gar nicht schlimm“ für sie war. Für 30,4 % der Befragten war er „etwas schlimm“ und für 25,3 % der Jugendlichen „schlimm“. 15,1 % der Heranwachsenden stuften den Vorfall als „sehr schlimm“ ein.

Darüber hinaus wurden die Jugendlichen zu den Umständen der jeweiligen Diskriminierungserfahrung befragt (siehe Tabelle 48). Zunächst gaben die Jugendliche an, was nach der Tat geschehen ist. Sie hatten hierbei die Möglichkeit mehrere Optionen auszuwählen. In 55,1 % der Fälle gaben die Jugendlichen an, dass nichts nach der Tat geschehen ist. In 12,2 % der Fälle wurde die Polizei informiert. Ein klärendes Gespräch mit dem oder der Täter\*in fand in 9,8 % der Fälle statt. Die Erfahrung, dass sich der oder die Täter\*in nach der Tat entschuldigt hat, haben 11,3 % der Heranwachsenden gemacht. Nur in 4,6 % der Fälle wurde die Tat z. B. von der Schule oder einem Gericht bestraft. 44,6 % der Diskriminierungsoffer schätzen die Herkunft des oder der Täter\*in als eine andere als die deutsche ein. Keine Auskunft kann aufgrund der subjektiven Einschätzung des Opfers dabei darübergemacht werden, ob der oder die Täter\*in tatsächlich einen Migrationshintergrund aufgewiesen hat.

**Tabelle 48** Umstände von Diskriminierungserfahrungen (in %; gewichtete Daten)

<b>Nach Tat geschehen</b>	Nichts geschehen	55,1
	Die Polizei wurde informiert	12,2
	Klärendes Gespräch mit dem oder der Täter*in	9,8
	Täter*in hat sich entschuldigt	11,3
	Täter*in hat Strafe erhalten (z. B. von Schule, Gericht)	4,6
<b>Herkunft Täter*in</b>	Migrationshintergrund	44,6
<b>Extremistischer Hintergrund</b>	rechtsextrem	13,3
	linksextrem	3,7
	keins von beidem	22,1
	weiß nicht	61,0
<b>Von der Tat erzählt</b>	Irgendeiner Person	71,9
	Eltern	33,2
	Einem oder einer Freund*in	42,6
	Lehrkraft oder Direktor*in	9,3
	Anderer Person	11,7

Darüber hinaus wurden die Jugendlichen gebeten einzuschätzen, ob der oder die Täter\*in einen extremistischen Hintergrund aufweist. In 13,3 % der Fälle wurde der oder die Täter\*in als rechtsextrem eingeschätzt. Als linksextrem eingeschätzt wurden 3,7 % der Täter\*innen. Erwähnt werden soll außerdem, dass in 22,1 % von keinem extremistischen Hintergrund auszugehen ist, während in 61,0 % der Opfererfahrungen angegeben wurde, dass die Schüler\*innen nicht wissen, ob der oder die Täter\*in links- oder rechtsextrem war. Ferner haben die Jugendlichen angegeben, ob und wem sie von der jeweiligen Tat erzählt haben. Die Befragten hatten hierbei die Möglichkeit mehrere Personen anzugeben. Insgesamt haben sich die Schüler\*innen in 71,9 % der Fälle irgendeiner Person anvertraut. Mehr als ein Viertel der Taten wird dementsprechend nicht mit anderen Personen besprochen. Am häufigsten wird über die Vorfälle mit einem oder einer Freund\*in gesprochen. In 42,6 % der Vorfälle werden diese über die Tat informiert. Am zweithäufigsten vertrauen sich die Jugendlichen ihren Eltern an. Somit erzählt ca. ein Drittel der Jugendlichen seinen oder ihren Eltern von dem Vorfall. Lehrkräfte oder andere Personen werden weniger häufig für ein Gespräch nach einer Diskriminierungserfahrung aufgesucht. Während Lehrkräfte oder Direktorinnen oder Direktoren in 9,3 % der Fälle kontaktiert werden, sind es in 11,7 % der Fälle andere Personen.

### **Zusammenfassung**

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Schüler\*innen am häufigsten Diskriminierungen aufgrund ihrer Herkunft ausgesetzt waren. Hierbei sind erwartungsgemäß mehr Schüler\*innen mit Migrationshintergrund als ohne Migrationshintergrund betroffen. Ebenso erleben Gemeinschaftsschüler\*innen häufiger diese Art von Diskriminierung. Am zweithäufigsten erleben die Jugendlichen Diskriminierung aufgrund ihrer politischen Meinung. Diese Form von Diskriminierung findet vermehrt bei Gemeinschaftsschüler\*innen sowie Jugendlichen mit Migrationshintergrund statt. Diskriminierung aufgrund der Religion erleben 2,3 % der Jugendlichen. Dabei sind muslimische Jugendliche, Schüler\*innen mit Migrationshintergrund und Gemeinschaftsschüler\*innen häufiger betroffen. Wegen der sexuellen Orientierung haben 1,7 % der Befragten schon einmal Diskriminierungserfahrungen gemacht. Unter Diskriminierung aufgrund des Geschlechts leiden 1,7 % der Heranwachsende, wobei Mädchen dabei vermehrt Erfahrungen machen als Jungen. Insgesamt haben 12,6 % der Schüler\*innen schon einmal irgendeine Form der Diskriminierung erfahren. An Gemeinschaftsschulen und bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund sind Diskriminierungserfahrungen ebenso prävalenter als an Gymnasien und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

In mehr als der Hälfte der Fälle ist nach der Tat nichts geschehen. Ca. jeder achte Fall wird bei der Polizei gemeldet; jedoch wird nur in 4,6 % der Vorfälle eine Strafe von der Schule oder einem Gericht verhängt. Während am häufigsten einem oder einer Freund\*in von einer Tat erzählt wird, behält über ein Viertel der Schüler\*innen die Diskriminierungserfahrung für sich. Einen rechtsextremen Hintergrund weisen 13,3 % der Täter\*innen auf.

## **5.8 Wahrnehmung von rechtsextremen Aktivitäten**

Wie in den Vorgängerbefragungen aus den Jahren 2013 und 2014 wurde im Fragebogen erfasst, ob die Jugendlichen schon einmal rechtsextreme Aktivitäten in ihrem sozialen Umfeld wahrgenommen haben. Beispiele dafür sind Graffiti oder Symbole/Parolen, die eindeutig von Rechtsextremisten stammen oder eine Beleidigung oder ein Angriff rechtsradikaler Gewalt auf Freunde. Alle abgefragten Aktivitäten lassen sich Tabelle 49 entnehmen. Die Tabelle enthält sowohl die Anteilswerte der aktuellen Befragung als auch die Vergleichswerte aus den Jahren 2013 (LGB Lübeck) bzw. 2014 (LGB Kiel, LGB Flensburg, LGB Itzehoe), sodass sich Aussagen über die Entwicklung der Wahrnehmungen der Schüler\*innen treffen lassen. In der Befragung der Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck aus dem Jahr 2013 sind einige der aufgeführten Items nicht enthalten, sodass hier Vergleichswerte fehlen. Außerdem war das zweite Item in der Befragung von 2014 etwas anders formuliert, sodass sich die Anteilswerte für 2014 und 2018 bei diesem Item nur begrenzt vergleichen lassen.

Knapp die Hälfte der Befragten (49,6 %) gibt an, manchmal Graffiti oder Parolen von Rechten zu sehen (siehe Tabelle 49). Im Landgerichtsbezirk Itzehoe ist dieser Anteil signifikant gestiegen: von 40,0 % im Jahr 2014 auf 50,8 % im Jahr 2018. Etwa jede\*r siebte Befragte (13,8 %) berichtet davon, dass auf seinem oder ihrem Schulhof schon einmal Material von Rechten verteilt wurde. In den Landgerichtsbezirken Kiel, Flensburg und Itzehoe lässt sich ein signifikanter Anstieg dieses Anteils feststellen (LGB Kiel: +12,4 Prozentpunkte, LGB Flensburg +13,7 Prozentpunkte, LGB Itzehoe +10,8 Prozentpunkte). Hier muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass dieses Item in der Befragung aus dem Jahr 2014 spezifischer formuliert war: Es wurde nicht nach Materialien, sondern nach CDs von Rechten gefragt. Für eine Umformulierung dieses Items wurde sich entschieden, da davon ausgegangen wird, dass

heute weniger die CD, sondern vielmehr Dateien oder Streaming-Links Hauptkanäle der Verbreitung rechter Musik darstellen.

Darüber hinaus engagieren sich 11,9 % der Jugendlichen in ihrer Freizeit aktiv in Projekten für mehr Toleranz und Vielfalt in ihrer Nachbarschaft. In den Landgerichtsbezirken Kiel und Flensburg ist dieser Anteil zwischen 2014 und 2018 signifikant gestiegen (im Landgerichtsbezirk Kiel von 5,9 % auf 11,4 % und im Landgerichtsbezirk Flensburg von 6,6 % auf 10,4 %). Darüber hinaus wurden die Schüler\*innen gefragt, ob ihre Freunde in den letzten zwölf Monaten (in der Befragung von 2013 und 2014: im Jahr 2012 bzw. 2013) schon einmal von Rechten beleidigt, bedroht oder angegriffen wurden. Ein Fünftel der Befragten (20,0 %) geben an, dass ihre Freunde von Rechten beleidigt oder bedroht wurden; 7,6 % der Jugendlichen berichten, dass ihre Freunde von Rechten angegriffen wurden. Für die Landgerichtsbezirke Kiel, Flensburg und Itzehoe lässt sich für beide Anteilswerte ein signifikanter und deutlicher Anstieg feststellen. Besonders deutliche Anstiege zeigen sich im Landgerichtsbezirk Itzehoe beim Anteil der Jugendlichen, deren Freunde von Rechten beleidigt oder bedroht wurden (Anstieg von 7,4 % auf 20,8 %) sowie im Landgerichtsbezirk Flensburg beim Anteil der Schüler\*innen, die angeben, dass ihre Freunde von Rechten angegriffen wurde (Anstieg von 3,9 % auf 9,1 %). Für den Landgerichtsbezirk Lübeck lässt sich dagegen für beide Items ein signifikanter Rückgang feststellen. Der Anteil der Schüler\*innen, deren Freunde von Rechten beleidigt, bedroht oder angegriffen wurden, lag im Landgerichtsbezirk Lübeck im Jahr 2013 jedoch auf einem hohen Niveau, sodass die Anteilswerte für 2018 im Vergleich zu den anderen Landgerichtsbezirken noch leicht überdurchschnittlich sind.

**Tabelle 49.** Wahrnehmung von rechtsextremen Aktivitäten (in %).

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck		Ge-
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018	gesamt
Manchmal sehe ich Graffitis oder Parolen, die eindeutig von „Rechten“ stammen.	48,3	49,8	42,9	47,0	<b>40,0</b>	<b>50,8</b>	-	49,7	49,6
In meiner Schule wurde auf dem Schulhof schon einmal Material von „Rechten“ verteilt.*	<b>1,9</b>	<b>14,3</b>	<b>2,3</b>	<b>16,0</b>	<b>0,7</b>	<b>11,5</b>	-	13,7	13,8
In meiner Freizeit engagiere ich mich aktiv in Projekten für mehr Toleranz und Vielfalt in unserer Nachbarschaft.	<b>5,9</b>	<b>11,4</b>	<b>6,6</b>	<b>10,4</b>	8,6	10,2	-	14,5	11,9
Meine Freunde sind in den letzten zwölf Monaten schon einmal von „Rechten“ beleidigt oder bedroht worden.	<b>10,7</b>	<b>19,9</b>	<b>10,6</b>	<b>16,9</b>	<b>7,4</b>	<b>20,8</b>	<b>27,9</b>	<b>21,0</b>	20,0
Meine Freunde sind in den letzten zwölf Monaten schon einmal von „Rechten“ angegriffen worden.	<b>4,7</b>	<b>7,1</b>	<b>3,9</b>	<b>9,1</b>	<b>4,2</b>	<b>7,1</b>	<b>11,8</b>	<b>7,9</b>	7,6

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied im Vergleich der Jahre signifikant bei  $p < ,05$ . \* Unterschiede zwischen Landgerichtsbezirken im Jahr 2018 signifikant bei  $p < ,05$ . + Die Formulierung des Items lautete in der Befragung 2014 „In meiner Schule wurde auf dem Schulhof schon einmal CDs von „Rechten“ verteilt“.

## 5.9 Bedrohungs- und Angsterleben in Bezug auf Rechtsextremismus

Analog zu den Befragungen von 2013 und 2014 wurden die Schüler\*innen nach ihrem Bedrohungs- und Angsterleben in Bezug auf Rechtsextreme befragt. Die dazugehörigen Items lassen sich Tabelle 50 entnehmen. Erneut enthält diese sowohl die Anteilswerte der aktuellen Befragung als auch die Vergleichswerte aus den Jahren 2013 (LGB Lübeck) bzw. 2014 (LGB Kiel, LGB Flensburg, LGB Itzehoe), so dass sich Aussagen über die Entwicklung des Bedrohungs- und Angsterlebens der Schüler\*innen treffen lassen. Zwei der Items waren in der Befragung der Schüler\*innen aus dem Landgerichtsbezirk Lübeck aus dem Jahr 2013 nicht in dieser Form enthalten, sodass hier die Vergleichswerte fehlen.

Die Ergebnisse zeigen, dass etwas mehr als jede\*r vierte Befragte (28,3 %) Angst hat, wenn ihm oder ihr Rechte auf der Straße begegnen (siehe Tabelle 50). Im Vergleich zu den Befragungen von 2013 und 2014 finden sich dabei keine signifikanten Veränderungen. Ähnlich viele Befragte (27,4 %) haben Angst sich zu wehren, wenn sie von Rechten beschimpft werden. In den Landgerichtsbezirken Kiel und Itzehoe ist dieser Anteil signifikant zurückgegangen (im LGB Kiel um 6,2 und im LGB Itzehoe um 7,3 Prozentpunkte).

Bei dem Anteil der Schüler\*innen, die Angst vor Rechten in der Schule haben, zeigt sich für die Befragung von 2018 ein signifikanter Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken. Insgesamt geben 15,6 % der Schüler\*innen an, Angst vor Rechten in der Schule zu haben. In den Landgerichtsbezirken Kiel und Lübeck ist dieser Anteil unterdurchschnittlich (13,7 % bzw. 13,5 %) niedrig, während er in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Itzehoe überdurchschnittlich hoch ist (19,5 % bzw. 19,4 %). Im Landgerichtsbezirk Lübeck ist der Anteil im Vergleich zu 2013 um 4 Prozentpunkte auf 13,5 % signifikant zurückgegangen. Etwas weniger als ein Viertel der befragten Jugendlichen vermeidet darüber hinaus Kontakt zu bestimmten Orten, z. B. dem Park oder Bahnhof, damit sie keine Probleme mit Rechten bekommen.

**Tabelle 50:** Bedrohungs- und Angsterleben in Bezug auf Rechtsextremismus nach Landgerichtsbezirk und Befragungsjahr (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel		LGB Flensburg		LGB Itzehoe		LGB Lübeck		Gesamt
	2014	2018	2014	2018	2014	2018	2013	2018	
Ich habe Angst, wenn mir „Rechte“ auf der Straße begegnen.	29,6	28,0	30,1	29,6	31,3	27,8	30,3	28,2	28,3
Ich habe Angst mich zu wehren, wenn mich „Rechte“ beschimpfen.	<b>32,1</b>	<b>25,9</b>	32,6	28,8	<b>37,1</b>	<b>29,8</b>	-	27,0	27,4
Ich habe Angst vor „Rechten“ in der Schule.	15,9	13,7*	18,1	19,5*	15,5	19,4*	<b>17,5</b>	<b>13,5*</b>	15,6
Ich vermeide Kontakt zu bestimmten Orten, z. B. dem Park oder Bahnhof, damit ich keine Probleme mit „Rechten“ bekomme.*	19,1	22,6	19,4	23,3	20,5	18,9	-	24,0	22,3

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied im Vergleich der Jahre signifikant bei  $p < ,05$ . \* Unterschiede zwischen Landgerichtsbezirken im Jahr 2018 signifikant bei  $p < ,05$ . + Die Formulierung des Items lautete in der Befragung 2014 „Ich vermeide Kontakt zu bestimmten Orten, damit ich keine Probleme mit Rechten bekomme“.

## 6 Aktuelle Phänomene

### 6.1 Neurechte Einstellungen

Neurechte Einstellungen beschreiben ein relativ neues Phänomen rechter Einstellungsmuster, das zunehmend den offenen Rechtsextremismus ablöst und über die Begriffe "Identität" und "Widerstand" eine nationalistisch-völkische Ideologie transportiert. Laut Zick et al. (2016) lassen sich verschiedene Dimensionen identifizieren, die ein zusammenhängendes neurechtes Einstellungsmuster bilden. Zu diesen Dimensionen gehören der Glaube an Verschwörungsmythen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdictats, eine Beschimpfung des "Establishments" als illegitim, verlogen und betrügerisch, die Forderung nationaler Rückbesinnung gegen die EU und der Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik. Im Jahr 2016 hat die FES-Mitte-Studie erstmals die Zustimmung und Ablehnung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung erfasst. Diese wurden von Zick et al. (2016) in Form von fünf verschiedenen Subdimensionen erfasst: Anti-Establishment (von Verschwörungsdenken begleitet), Unterstellung eines Meinungsdictats (Wahrnehmung eines vermeintlichen weit verbreiteten Bestands der ‚Political Correctness‘ in der deutschen Gesellschaft), Aufruf zum Widerstand, Islamverschwörung (allgemeine Abwertung dieser Religion und Unterstellung eines ‚Bevölkerungsaustauschs‘ in Form einer islamischen Unterwanderung) und nationale Rückbesinnung gegen die EU. Die Ergebnisse von Zick et al. (2016) zeigen, dass in einer erwachsenen Population knapp ein Drittel aller Befragten (28,0 %) ein solches neurechtes Einstellungsmuster vertritt.

Mit Blick auf die in Schleswig-Holstein durchgeführte Schülerbefragung wurde die Anti-Establishment-Subdimension nicht mit in die Befragung mit aufgenommen, da sich diese inhaltlich stark mit der ebenfalls erfragten Verschwörungsmentalität überschneidet. Das Ausmaß der Verschwörungsmentalität wird in Kapitel 6.3 berichtet. Zudem wurde ein Item der Originalskala zur Unterstellung eines Meinungsdictats leicht umformuliert. Das Item „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“ wurde in „In Deutschland darf man nichts Kritisches über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“ abgeändert. Mit der Formulierung „etwas Schlechtes“ könnte ebenso eine Abwertung von Ausländer\*innen eingeschlossen sein, die dann tatsächlich als rassistisch interpretiert werden könnte. Mit dieser Interpretation ist es schwieriger, eine Aussage darüber zu treffen, ob bei einer Zustimmung dieser Aussage tatsächlich ein Meinungsdictat in Deutschland unterstellt wird oder die Jugendlichen finden, dass man „schlechte“ Aussagen über Ausländer\*innen als rassistisch definieren sollte. Durch die Einbindung des etwas weichen Merkmals „etwas Kritisches“ wird deutlicher, für wie ausgeprägt die Jugendlichen das sogenannte „Meinungsdictat“ in Deutschland halten.

Die Schüler\*innen wurden gebeten, anhand einer fünfstufigen Zustimmungsskala von „1 – trifft überhaupt nicht zu“ bis „5 – trifft voll und ganz zu“ anzugeben, inwiefern sie den nachfolgend abgebildeten Aussagen zustimmen (siehe Tabelle 51). Als Zustimmung wurden Werte von  $\geq 4$  gewertet. Die erste Subdimension „Unterstellung eines Meinungsdictats“ wird durch zwei Aussagen gemessen. Das zweite Item erhält dabei die meiste Zustimmung: 43,9 % der Schüler\*innen stimmen der Aussage „In Deutschland darf man nichts Kritisches über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden“ eher oder voll und ganz zu. Knapp ein Viertel der Befragten stimmt darüber hinaus zu (24,5 %), dass man in Deutschland „nicht mehr frei seine Meinung äußern kann, ohne Ärger zu bekommen“. Fasst man beide Aussagen zu der Skala „Unterstellung eines Meinungsdictats“ zusammen zeigt sich, dass

22,5 % der Jugendlichen von einem Meinungsdictat in Deutschland ausgehen. 15,4 % der Schüler\*innen stimmen darüber hinaus der Aussage zu, dass es Zeit sei „mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“. 14,1 % der Jugendlichen sind der Meinung, dass man „sich gegen die aktuelle Politik wehren“ müsse. Zusammengefasst würde mit 10,8 % ca. jede\*r zehnte Schüler\*in dem Aufruf zum Widerstand recht geben. Etwa jede\*r neunte Jugendliche ist zudem der Ansicht, dass „die deutsche Gesellschaft durch den Islam unterwandert wird“ (11,6 %). Der Aussage „Der Islam hat in Deutschland zu viel Einfluss“ stimmen 16,2 % der Befragten zu. Insgesamt stimmen somit 10,2 % der Jugendlichen einer Islamverschwörung zu. 21,3 % der befragten Schüler\*innen stimmen schließlich der Aussage zu, dass „Deutschland sich nicht auf die Probleme anderer Länder konzentrieren sollte“. Die geringste Zustimmung erhält das Item „Deutschland wäre ohne die EU besser dran“. Nur knapp jede\*r 22. Befragte teilt diese Auffassung (4,5 %). Werden beide Items zu einer Skala zusammengefasst, sind es 5,8 % der Befragten, die sich eine nationale Rückbesinnung gegen die EU wünschen.

**Tabelle 51** Zustimmung zu neurechten Einstellungen nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
<b>Unterstellung eines Meinungsdictats</b> ( $\alpha = 0,63$ )	23,1	22,8	21,8	22,0	22,5
In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.	24,1	26,9	22,2	25,3	24,5
In Deutschland darf man nichts Kritisches über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.	42,3	44,5	43,0	46,1	43,9
<b>Aufruf zum Widerstand</b> ( $\alpha = 0,83$ )	10,5	10,6	9,6	12,2	10,8
Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.	15,0	14,0	17,1	15,5	15,4
Man muss sich gegen die aktuelle Politik wehren.	13,3	14,0	13,0	15,7	14,1
<b>Islamverschwörung</b> ( $\alpha = 0,86$ )	10,5	10,6	10,1	9,9	10,2
Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.	11,2	11,3	12,1	11,8	11,6
Der Islam hat in Deutschland zu viel Einfluss.	16,7	17,9	16,8	14,5	16,2
<b>Nationale Rückbesinnung gegen die EU</b> ( $\alpha = 0,51$ )	<b>5,9</b>	<b>7,3</b>	<b>3,0</b>	<b>6,9</b>	5,8
Deutschland sollte sich nicht auf die Probleme anderer Länder konzentrieren.	20,3	20,1	21,0	23,3	21,3
Deutschland wäre ohne die EU besser dran.	4,8	5,6	2,7	5,0	4,5
<b>Gesamtskala</b> ( $\alpha = 0,85$ )	6,4	5,5	3,8	6,1	5,6

**Anmerkungen.** Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

Die Unterschiede der Zustimmungsteile für die einzelnen Aussagen zwischen den Landgerichtsbezirken sind nur sehr gering. Die Differenz zwischen der jeweils höchsten und niedrigsten Zustimmung liegt zwischen 4,7 Prozentpunkten (erstes Item) und 0,9 Prozentpunkten (fünftes Item). Für die einzelnen Subdimensionen zeigen sich lediglich für die Skala „Nationale Rückbesinnung gegen die EU“ signifikante Unterschiede. Während in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Lübeck 7,3 % bzw. 6,9 % der Jugendlichen im Mittel zustimmen, sind es in den Landgerichtsbezirken Kiel und Itzehoe mit 5,9 %

bzw. 3,0 % etwas weniger Schüler\*innen. Auf der Gesamtskala zeigen sich keine signifikanten Unterschiede nach Landgerichtsbezirk. Es kann ausgesagt werden, dass etwa 5,6 % der Jugendlichen den neurechten Einstellungen im Durchschnitt zustimmen.

## 6.2 Einstellungen gegenüber Geflüchteten

Vor dem Hintergrund der enormen Zuwanderung von Geflüchteten nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 und dem Anstieg flüchtlingsfeindlicher Angriffe sowie dem Lautwerden rechter Parolen wurden die Jugendlichen auch zu ihrer Meinung gegenüber Geflüchteten befragt. Zick et al. (2016) haben dazu eine Skala entwickelt, die für die vorliegende Schülerbefragung übernommen und leicht angepasst wurde. Um den Jugendlichen die Aussagen verständlicher zu machen, wurden zwei Items leicht umformuliert. Die Skala zu Einstellungen gegenüber Geflüchteten besteht insgesamt aus acht Items, die anhand einer vierstufigen Zustimmungsskala („1 – stimme überhaupt nicht zu“; „2 – stimme eher nicht zu“; „3 – stimme eher zu“; „3 – stimme voll und ganz zu“) bewertet werden konnten. Tabelle 52 gibt einen Überblick über die verwendeten Items und Zustimmungswerte für die vier Landgerichtsbezirke Schleswig-Holsteins. Als Zustimmung wurden jeweils die Werte „3 – stimme eher zu“ und „4 – stimme voll und ganz zu“ gewertet. Im Unterschied zur Skala von Zick et al. (2016) wurde das Item „In der Gegend, in der ich wohne, gibt es große Probleme mit Flüchtlingen“ in zwei separate Items aufgeteilt, die zwischen Problemen in der Nachbarschaft und der Schulumgebung unterscheiden. Darüber hinaus wurde das Item „Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden“ aufgrund der Vereinfachung der Sprache für die Jugendlichen in „Deutschland sollte pro Jahr nur eine begrenzte Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen“ abgeändert. Aus dem gleichen Grund wurde die Originalaussage „Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.“ in „Den Deutschen wird es durch die Aufnahme der Flüchtlinge schlechter gehen“ geändert. Zudem sind einige wenige Items der Originalskala nicht abgefragt worden, da sie noch nicht auf die Lebenssituation von Jugendlichen angewendet werden können.

Die höchste Zustimmung erfuhr das Item „Deutschland sollte pro Jahr nur eine begrenzte Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen“. Fast zwei Drittel der Befragten (65,8 %) stimmt dieser Aussage und damit der Einführung einer Obergrenze für die Aufnahme von Geflüchteten zu. Ebenso finden 35,2 % der Jugendlichen es nicht gut, dass Deutschland „viele Flüchtlinge aufgenommen hat“. Gleichzeitig stimmt aber nur etwa jede\*r fünfte Befragte (20,5 %) der Aussage zu, dass Menschen, die vor Kriegen flüchten, nicht in Deutschland aufgenommen werden sollten. Bei diesem Item zeigen sich signifikante Unterschiede zwischen den vier Landgerichtsbezirken: Am höchsten fällt die Zustimmung im Landgerichtsbezirk Flensburg aus (24,2 %), am niedrigsten im Landgerichtsbezirk Itzehoe (17,7 %). Die Diskrepanz zwischen der einerseits hohen Zustimmung zur Asylgewährung von Menschen, die vor Kriegen flüchten und der gleichzeitigen Befürwortung einer „Obergrenze“ bzw. der negativen Meinung darüber, dass Deutschland viele geflüchtete Menschen aufgenommen hat, kann laut Zick et al. (2016) durch die gefühlte Trennlinie zwischen sogenannten „Wirtschaftsflüchtlings“ und „Kriegsflüchtlings“ erklärt werden. Diese unterscheidet nach der Genfer Flüchtlingsdefinition zwischen jenen, die aufgrund von staatlicher Verfolgung fliehen und jenen, die in einem anderen Land auf eine bessere Lebensrealität hoffen. Das problematische an dieser Trennlinie stelle die Ignoranz der tatsächlichen komplexen Lebens- und Fluchtwirklichkeiten vieler Geflüchteter dar. Fluchtgründe sind häufig multifaktoriell und können nicht zwangsweise in diese Kategorien eingeteilt werden (Zick et al. 2016).

Eine wahrgenommene kollektive Bedrohung der Deutschen durch Geflüchtete kann mit den beiden Aussagen „Flüchtlinge nehmen den Deutschen die Wohnung weg“ und „Den Deutschen wird es durch

die Aufnahme der Flüchtlinge schlechter gehen“ gemessen werden. Mit 28,1 % sind weiterhin über ein Viertel der Schüler\*innen der Ansicht, dass Geflüchtete den Deutschen die Wohnung wegnähmen. 30,2 % teilen schließlich die Auffassung, dass es den Deutschen durch die Aufnahme von Geflüchteten schlechter gehe. Knapp die Hälfte der Befragten (49,6 %) glaubt, dass Deutschland sich mehr um Flüchtlinge kümmere als um hilfsbedürftige Deutsche. Wird nach den tatsächlichen Problemen mit Geflüchteten in der Nachbarschaft und Schule gefragt, ergeben sich jedoch sehr viel niedrigere Prävalenzen. Letztlich glauben 18,0 % bzw. 7,2 % der Schüler\*innen, dass es in der Schule bzw. in der Nachbarschaft große Probleme mit Flüchtlingen gebe. Betrachtet man alle Items, so ist die Zustimmung in den Landgerichtsbezirken Flensburg und Lübeck bei den meisten Aussagen leicht überdurchschnittlich, in den Landgerichtsbezirken Kiel und Itzehoe dagegen leicht unterdurchschnittlich. Signifikant sind allerdings nur die Unterschiede für eine der Aussagen.

Fasst man die Aussagen zu Geflüchteten zu einer Gesamtskala zusammen, so zeigt sich, dass im Durchschnitt 10,1 % der Schüler\*innen negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten teilen. Dieser Anteilswert unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den Landgerichtsbezirken. Die interne Konsistenz der Skala kann als gut eingestuft werden ( $\alpha = 0,84$ ).

**Tabelle 52** Zustimmung zu Einstellungen gegenüber Geflüchteten nach Landgerichtsbezirk (in %; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flensburg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Ich finde es gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat. (-)*	35,6	38,2	34,1	33,8	35,2
Menschen, die vor Kriegen flüchten, sollten in Deutschland aufgenommen werden. (-)*	<b>19,0</b>	<b>24,2</b>	<b>17,7</b>	<b>22,5</b>	20,5
Flüchtlinge nehmen den Deutschen die Wohnung weg.	25,5	29,5	28,1	30,6	28,1
Deutschland sollte pro Jahr nur eine begrenzte Anzahl an Flüchtlingen aufnehmen.	64,3	68,1	66,0	66,2	65,8
Deutschland kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche	47,1	52,8	49,5	51,1	49,6
Den Deutschen wird es durch die Aufnahme der Flüchtlinge schlechter gehen.	28,5	33,6	27,6	32,4	30,2
An meiner Schule gibt es große Probleme mit Flüchtlingen.	17,2	19,1	15,3	20,1	18,0
In meiner Nachbarschaft gibt es große Probleme mit Flüchtlingen.	7,2	7,1	6,3	7,8	7,2
<b>Skala (<math>\alpha = 0,84</math>)</b>	9,1	12,0	9,4	10,7	10,1

Anmerkungen: Fett: Unterschied zwischen den Landgerichtsbezirken signifikant bei  $p < ,05$ .

### 6.3 Verschwörungsmentalität

Als weiteres, mit der Untersuchung von politisch rechten Einstellungen potentiell in Zusammenhang stehende Phänomen wurde die Verschwörungsmentalität nach dem *Conspiracy Mentality Questionnaire (CMQ)* von Bruder et al. (2013) abgefragt. Das Vorliegen einer Verschwörungsmentalität beschreibt die Tendenz, sich Theorien anzuschließen, die bestimmte Einzelpersonen oder Gruppen als Alleinverantwortliche für wichtige gesellschaftliche Phänomene hervorheben (Swami et al. 2010; van Prooijen und Douglas 2018). Normalerweise widersprechen solche Verschwörungstheorien gängigen Erklärungen unter der Behauptung, dass bestimmte Ereignisse durch geheime Handlungen von Gruppen mächtiger Individuen verursacht werden. Studien zeigen, dass Verschwörungsmentalität häufig mit einem Bedrohungsempfinden und Kontrollverlust bzw. Unsicherheitserleben einhergeht (Decker et al. 2012). Daneben konnte gezeigt werden, dass Gefühle der sozialen Exklusion den Glauben an Verschwörungstheorien befördern (Graeupner und Coman 2017) und dass eine verstärkte Selbstunsicherheit mit dem Glauben an Verschwörungstheorien einhergeht (van Prooijen 2016). Bartlett und Miller (2010) bezeichnen Verschwörungstheorien als eine Art Radikalisierungsbeschleuniger, indem bestimmte Gruppen delegitimiert und als Feindbild betrachtet werden können. Außerdem kann der Glaube an Verschwörungstheorien die Akzeptanz und Legitimierung von Gewalt gegenüber politische Gegner fördern (Bartlett und Miller 2010; Kofta und Sedek 2005) und wurde mit populistischem Gedankengut (Castanho S. et al. 2017) und dem Vertreten extremer politischer Ideologien (van Prooijen et al. 2015) in Verbindung gebracht.

Um Verschwörungsmentalität unter den befragten Schüler\*innen zu messen, wurden die Jugendlichen gebeten, fünf Aussagen danach zu bewerten, wie sicher sie sich sind, dass die darin beschriebenen Dinge tatsächlich passieren. Abstufen konnten die Befragten ihre Antworten auf einer elfstufigen Prozentskala, die von „0 % – sicher nicht“ bis „100 % – sicher“ reichte. Tabelle 53 zeigt die jeweiligen Mittelwerte zu den fünf Aussagen aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirk. Das erste Item lautete: „Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben“. Diesbezüglich lag die durchschnittlich angegebene Sicherheit bei 37,6 %. Insgesamt sind sich die Befragten damit eher sicher, dass geheime Organisationen politische Entscheidungsprozesse nicht beeinflussen. Bei der zweiten Aussage „Politiker verschweigen die wahren Motive ihrer Entscheidungen“ liegt der Mittelwert etwas höher. Durchschnittlich schätzen die Jugendlichen die Wahrscheinlichkeit dieses Szenarios bei 44,1 % ein. Die höchste Wahrscheinlichkeit wird für die Aussage „Über viele wichtige Dinge in der Welt wird nicht informiert“ erreicht: Der durchschnittliche Wert liegt hier bei 47,7 %. Die letzten beiden Items erhalten wiederum etwas niedrigere Durchschnittswerte. Bei der Aussage „Häufig stecken geheime Aktivitäten hinter Ereignissen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben“ liegt der Durchschnittswert bei 37,1 %. Bei der Aussage „Regierungsbehörden überwachen alle Bürger genau“ schätzen die Schüler\*innen die Sicherheit des Zutreffens dieser Aussage bei 35,6 % ein. Schaut man sich die Zustimmung aufgeschlüsselt nach Landgerichtsbezirk an, so lassen sich keine signifikanten Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken finden.

Die Items zur Verschwörungsmentalität wurden ebenfalls zu einer Gesamtskala zusammengefasst. Dabei wurden Jugendliche, die im Durchschnitt bei allen Items Werte von  $\geq 60$  % aufweisen, als eher verschwörungstheoretisch kategorisiert. Mit einem Cronbachs  $\alpha$  von 0,82 weist die Skala eine gute interne Konsistenz auf. Nach dieser Kategorisierung sind es 18,1 % der Schüler\*innen, die eine Affinität zu Verschwörungstheorien aufweisen. Signifikante Unterschiede zwischen den Landgerichtsbezirken lassen sich nicht feststellen.

**Tabelle 53** Mittelwerte der Verschwörungsmentalität (in %; Mittelwert; gewichtete Daten)

	LGB Kiel	LGB Flens- burg	LGB Itzehoe	LGB Lübeck	Gesamt
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	37,3	37,5	38,0	37,8	37,6
Politiker verschweigen die wahren Motive ihrer Entscheidungen.	44,1	43,1	44,9	44,1	44,1
Über viele wichtige Dinge in der Welt wird die Bevölkerung nicht informiert.	47,2	47,9	47,7	48,1	47,7
Häufig stecken geheime Aktivitäten hinter Ereignissen, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben.	36,2	37,5	37,2	37,9	37,1
Regierungsbehörden überwachen alle Bürger genau.	34,5	33,8	38,1	36,2	35,6
<b>Skala</b> ( $\alpha = 0,82$ )	17,9	17,0	19,9	17,5	18,1

Da sich viele der verbreiteten Verschwörungstheorien dem rechtsextremen Spektrum zuordnen lassen, soll ebenso untersucht werden, ob bereits die Existenz einer Verschwörungsmentalität einen ersten Indikator für die Herausbildung von rechten Einstellungen und Verhaltensweisen darstellen kann. Die Ergebnisse der Schülerbefragung zeigen, dass 2,4 % der Jugendlichen, die keine Verschwörungsmentalität aufweisen, ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild vertreten, während 6,8 % der Jugendlichen, die zugänglich für Verschwörungstheorien sind, ebenso geschlossen rechts eingestellt sind ( $\varphi = ,10$ ;  $p < ,001$ ). Bezogen auf die Ausführung diskriminierender Verhaltensweisen zeigt sich ein noch stärkerer Zusammenhang. 11,2 % der Jugendlichen, die nicht als verschwörungstheoretisch einzustufen sind haben bereits mindestens eine der Verhaltensweisen gegenüber einer der gesellschaftlichen Gruppen ausgeführt, während es 26,3 % der Schüler\*innen eine Tat begangen haben, die eine Verschwörungsmentalität aufweisen ( $\varphi = ,17$ ;  $p < ,001$ ).

#### Zusammenfassung

Die Ergebnisse zu den neurechten Einstellungen Jugendlicher haben aufgezeigt, dass etwa 5,6 % der Jugendlichen neurechte Einstellungen vertreten. Sogar über ein Fünftel der Befragten (22,5 %) geht von einem Meinungsdictat in Deutschland aus. Die Zustimmung zu den weiteren Dimensionen neurechter Einstellungen fällt dagegen deutlich geringer aus, wobei die nationale Rückbesinnung gegen die EU die geringste Zustimmung erfährt. Weiterhin kann festgehalten werden, dass im Durchschnitt jede\*r zehnte Jugendliche (10,1 %) negative Einstellungen gegenüber Geflüchteten teilt. Dieser Anteilswert unterscheidet sich nicht signifikant zwischen den Landgerichtsbezirken. Die größte Zustimmung findet sich hier in Bezug auf die Aussage, dass Deutschland nur eine begrenzte Anzahl von Geflüchteten aufnehmen sollte. Darüber hinaus ist bei Jugendlichen in Schleswig-Holstein durchaus eine Tendenz zum Glauben an Verschwörungstheorien vorhanden: Über alle Landgerichtsbezirke und Verschwörungsaussagen hinweg können knapp ein Fünftel (18,1 %) der Schüler\*innen als eher verschwörungstheoretisch eingestuft werden. Auch auf Ebene der Einzelaussagen lassen sich durchaus hohe Zustimmungswerte finden. Beispielsweise erfahren die Aussagen, dass Politiker die wahren Motive ihrer Entscheidungen verschweigen und die Bevölkerung über viele wichtige Dinge in der Welt nicht informiert wird Zustimmungsraten von 44,1 % bis 47,7 %.

## 7 Handlungsempfehlungen

Auf Basis der vorgestellten Ergebnisse können eine Reihe von Handlungsempfehlungen ausgesprochen werden, die relevant für die professionelle Arbeit mit Jugendlichen in Bezug auf die Förderung demokratiefördernder Einstellungen und Toleranz sowie der Integration von Migrantinnen und Migranten und der Bekämpfung von Gewalt sind. Dies gilt sowohl im Hinblick auf primärpräventive Maßnahmen als auch bezogen auf Gruppen von Jugendlichen, die entweder als gefährdet hinsichtlich der Hinwendung zur rechtsextremen Szene einzustufen sind oder aber bereits Kontakt zur rechtsextremen Szene haben. An dieser Stelle sei explizit auf die Relevanz und Notwendigkeit der Fortführung von bestehenden Präventionsanstrengungen und -programmen in Bezug auf Rechtsextremismus hingewiesen. Deren Intensivierung und Ausbau sollte einen zentralen Stellenwert bei der weiteren Vorbeugung und Bekämpfung von rechtsextremistischen Tendenzen unter Jugendlichen einnehmen. Die hier formulierten Handlungsempfehlungen lassen sich somit im Sinne verstärkender Maßnahmen zu ohnehin bestehenden Präventionsanstrengungen interpretieren, die in Zukunft fortgeführt und um zentrale Aspekte erweitert werden sollten.

### ***Handlungsempfehlung 1: Widerstand gegen rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen im sozialen Umfeld stärken***

Die Analyse der potentiellen Risiko- und Schutzfaktoren rechtsextremer Einstellungen und diskriminierender Verhaltensweisen hat auf die Bedeutsamkeit des sozialen Umfelds hingewiesen. So stehen die vorherrschenden rechten Einstellungen der Eltern, Klassenlehrkraft und beste\*r Freunde\*in in einem starken Zusammenhang mit rechten Einstellungsmustern und diskriminierenden Verhaltensweisen gegenüber bestimmten sozialen Gruppen. Aus diesen Erkenntnissen kann ebenso gefolgert werden, dass Jugendliche weniger rechte Einstellungen teilen bzw. sich weniger diskriminierend verhalten, wenn das soziale Umfeld der Jugendlichen rechten Einstellungen ebenfalls weniger zustimmt. Gleichzeitig zeigen uns die Ergebnisse der Schülerbefragung, dass die Reaktion der Eltern in Folge der Ausführung einer diskriminierenden Verhaltensweise nur in ca. der Hälfte der Fälle negativ ausfällt. Unter Freunden ist die Reaktion nur in 11,8 % negativ; unter Lehrkräften in 74,1 % der Fälle. Darüber hinaus ist der Anteil der Fälle, in denen sich Personen des sozialen Umfelds nicht zu den Vorfällen äußern, ebenfalls sehr hoch. Während Eltern sich in über einem Viertel der Fälle nicht äußern, liegt dieser Anteil bei Lehrkräften bei ca. einem Fünftel; bei Freunden bei der Hälfte. Ebenso folgt nur in 3,7 % der diskriminierenden Vorfälle eine Strafe von der Schule oder einem Gericht. Da das soziale Umfeld jedoch in so einem bedeutsamen Zusammenhang mit Rechtsextremismus steht, ist deutlicher Widerstand gegen diskriminierende Taten und der Äußerung rechtsextremer Einstellungen als sehr wichtig zu erachten. Personen, die beispielsweise von Diskriminierung im sozialen Umfeld erfahren, mit Ressentiments gegenüber bestimmten gesellschaftlichen Gruppen in Berührung kommen oder auch auf rechtsextreme Äußerungen aufmerksam werden, sollten diese bei der betreffenden Person ansprechen und versuchen einen Dialog über die Hintergründe dieser Einstellungen und Verhaltensweisen zu starten. Dadurch soll erzielt werden, die Jugendlichen zu einer Reflexion ihrer eigenen Einstellungen und Verhaltensweisen zu bewegen. Hingewiesen werden soll dabei auf die Wichtigkeit von individuellen Hilfen und Maßnahmen, da diese direkt bei der betroffenen Person ansetzen, weniger Abstraktionsfähigkeit als in beispielsweise genereller Projektarbeit erfordern und die jeweilige Person in ihren Haltungen und Befürchtungen ernst nimmt (Maresch und Bliesener 2015). Der Vergleich der Befragungen 2013/2014 mit der Befragung 2018 liefert jedoch schon erste Hinweise darauf, dass es Tendenzen zu mehr Widerstand gegenüber Rechtsextremismus zu geben scheint: Während sich im Jahr 2018 mehr

Jugendliche in Projekten für Vielfalt und Toleranz in der Nachbarschaft einsetzen als noch im Jahr 2014, haben Jugendliche im Jahr 2018 ebenso weniger Angst davor, sich zu wehren, wenn sie von Rechten beschimpft werden.

### ***Handlungsempfehlung 2: Diskriminierung aufgrund von Gruppenzugehörigkeit reduzieren***

Das Ziel der Verringerung rechter Einstellungen in Deutschland stellt zum einen Selbstzweck dar, damit alle Gesellschaftsmitglieder in einem toleranten und vielfältigen Land leben können, sich alle Gesellschaftsmitglieder an einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung orientieren können und auf eine starke Zivilgesellschaft bauen können. Zum anderen weisen bivariate Analysen der Schülerbefragung darauf hin, dass die Übernahme rechter Einstellungen im Allgemeinen und gruppenbezogener Vorurteile im Speziellen in einem starken Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen steht. Jugendliche, die ausländerfeindliche Einstellungen teilen und Menschen mit Behinderungen, obdachlose und homosexuelle Personen abwerten, führen deutlich häufiger ebenfalls diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber diesen Personen aus. Die Übernahme eines rechtsextremen Weltbilds steht ebenso in engem Zusammenhang mit der Ausführung von diskriminierenden Verhaltensweisen. Diese Erkenntnis macht deutlich, wie wichtig es ist, schon bei der Übernahme von Vorurteilen einzugreifen, um die Diskriminierung aufgrund von Gruppenzugehörigkeiten zu reduzieren. Es wird dabei davon ausgegangen, dass die Ausprägung der Vorurteile konstitutiv für die Ausführung der diskriminierenden Verhaltensweisen ist, wobei an dieser Stelle jedoch weitere Analysen notwendig sind. Bei der Schülerbefragung handelt es sich um eine Querschnittsbefragung, weshalb keine Kausalzusammenhänge berichtet werden können und nur Vermutungen über Ursache-Wirkungszusammenhänge aufgestellt werden können.

### ***Handlungsempfehlung 3: Phänomenbezogene Präventionsangebote gegen Rechtsextremismus fördern***

Die Ergebnisse der Schülerbefragung zeigen, dass die Übernahme rechter Einstellungen und die Ausführung diskriminierender Verhaltensweisen an Gemeinschaftsschulen ein stärkeres Problem darstellt als an Gymnasien. Niedrige Schultypen sind damit stärker betroffen als höhere Schultypen. Ein vielversprechender Ansatz sind dementsprechend phänomenbezogene und schulorientierte Präventionsansätze. Die Schule stellt neben den Peers, der Familie und Medien eine der bedeutsamsten Sozialisationsinstanzen der Jugendlichen bei der Formierung von politischen Einstellungen dar (Hofmann und Siebertz-Reckzeh 2008). Es werden in Deutschland zwar schon einige schulbasierte Programme zur Bekämpfung von Rechtsextremismus sowohl auf Bundes- als auch Landesebene durchgeführt (für einen Überblick siehe z. B. Möller 2014), jedoch gibt es hinsichtlich der Programmdissemination sowie der Wirksamkeitsüberprüfung dieser Programme nach wissenschaftlichen Standards noch Nachholbedarf (Kliem et al. 2018). Innerhalb der Einzelprojekte gibt es keine Verpflichtung zur Evaluation und insgesamt nur geringe Investitionen in eine systematische Programmevaluation. Darüber hinaus sollten Schulen, die aufgrund diverser Problemkonstellationen ein besonders hohes Risikopotential für Rechtsextremismus aufweisen, durch personelle und monetäre Ausstattung deutlich und nachhaltig gefördert werden (Kliem et al. 2018).

### ***Handlungsempfehlung 4: Die Ausbildung von Toleranz und politische Bildung stärken***

Aufgrund der unterschiedlich hohen Ausprägung an rechten Einstellungen und diskriminierenden Verhaltensweisen von Gemeinschaftsschulen und Gymnasien muss ebenso auf die Bedeutsamkeit der politischen Bildung hingewiesen werden. Studien zeigen, dass geringes politisches Wissen, z. B. über die Grundwerte und Funktionen von Demokratien in Zusammenhang mit rechtsextremen Einstellungen

stehen (Krieg et al. 2018; Kuhn und Buhl 2011; Westle 2012; Watermann 2003). Die Schule ist der Ort, der die Schüler\*innen dabei fördert, sich zu mündigen und aufgeklärten Bürgern und Bürgerinnen zu entwickeln sowie den Wert einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und einer gesunden Zivilgesellschaft zu schätzen wissen. Um Jugendliche vor der Übernahme demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen zu schützen, sollte daher die Beschäftigung mit gesellschaftspolitischen Fragen und die Herausarbeitung der Bedeutung von Freiheit im Schulunterricht nicht vernachlässigt werden (Kliem et al. 2018). Da rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen jedoch auch auf Gymnasien keine Ausnahme darstellen, müssen dabei Jugendliche aller Bildungsschichten erreicht werden und ihnen eine demokratische, tolerante und weltoffene Haltung vorgelebt werden, da diese vor der Herausbildung rechter Einstellungen schützen können.

***Handlungsempfehlung 5: Die regionale Ebene nicht außer Acht lassen***

Eine weitere Erkenntnis aus der Schülerbefragung ist die unterschiedliche Ausprägung rechter Einstellungen zwischen den Landgerichtsbezirken Schleswig-Holsteins. Dem geschlossenen rechtsextremen Weltbild stimmen im Landgerichtsbezirk Flensburg deutlich mehr Jugendliche zu als in den übrigen Landgerichtsbezirken. Auch bei den einzelnen Dimensionen des Rechtsextremismus ist es der Landgerichtsbezirk Flensburg, dessen Schüler\*innen die höchsten Zustimmungsraten erzielen. Die zweithöchsten Prävalenzraten erzielt bei den meisten Dimensionen der Landgerichtsbezirk Itzehoe. Die geringste Akzeptanz der rechten Einstellungen liegt je nach Dimension in den Landgerichtsbezirken Lübeck oder Kiel. Als Handlungsempfehlung soll daher auf die besondere Wichtigkeit von Präventionsmaßnahmen im Landgerichtsbezirk Flensburg (und LGB Itzehoe) hingewiesen werden.

***Handlungsempfehlung 6: Empathiefähigkeit und soziale Perspektivenübernahme stärken***

Die multivariaten Befunde haben zudem deutlich gemacht, dass Faktoren, die in der Persönlichkeitsstruktur der Jugendlichen zu lokalisieren sind, ein entscheidender Erklärungsbeitrag hinsichtlich rechter Einstellungen und diskriminierender Verhaltensweisen beizumessen sind. Darunter sind auch Faktoren, die grundsätzlich modifizierbar und damit im Rahmen von Präventions- und Interventionsanstrengungen direkt adressierbar sind. Dazu zählt die Empathiefähigkeit der Jugendlichen. Unsere Ergebnisse haben gezeigt, dass Jugendliche, die eine höhere Empathiefähigkeit aufweisen, signifikant seltener ausländerfeindliche und antisemitische Einstellungen vertreten und sozialdarwinistischen Aussagen sowie Aussagen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus weniger stark zustimmen. Auch vertreten Jugendliche mit höherer Empathiefähigkeit seltener ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild und zeigen weniger diskriminierende Verhaltensweisen gegenüber sozialen Gruppen (obdachlose Personen, Menschen mit Behinderung und homosexuelle Personen). Um die Empathiefähigkeit und die soziale Perspektivenübernahme zu stärken, bieten sich zum einen Empathietrainingsprogramme im Schulkontext an, deren Wirksamkeit in verschiedenen Evaluationsstudien bereits bestätigt werden konnte, darunter auch bei jüngeren Altersgruppen (z. B. Feshbach 1979; Beelmann 2007; Durlak et al. 2011). Diese Interventionsprogramme und Trainings finden i. d. R. in der Gleichaltrigengruppe mithilfe von Rollenspielen statt und können in Schulen implementiert werden (z. B. Schick und Cierpka 2008; Greenberg und Kusché 2006; Beelmann 2018).

Eine weitere Präventionsmaßnahme setzt im näheren sozialen Umfeld der Jugendlichen an. Insbesondere das elterliche Erziehungsverhalten ist von herausragender Bedeutung für die spätere Empathiefähigkeit und Prosozialität von Kindern und Jugendlichen. Die Familie stellt einen primären Sozialisationskontext dar, in dem prosoziales Verhalten gefördert und antisoziales Verhalten entgegengewirkt werden kann. Im Einklang mit sozialisationstheoretischen Annahmen sind Eltern wichtig, um prosoziales Verhalten ihrer Kinder zu fördern (Zimmermann 2006). Zahlreiche Studien haben gezeigt, dass

eine unterstützende Eltern-Kind-Beziehung, die durch positive Affekte gekennzeichnet ist, vorteilhaft für die prosoziale Entwicklung von Kindern ist (z.B. Malti et al. 2013; Grusec und Hastings 2015). Im Speziellen ist hier vor allem elterliche Wärme von Bedeutung. Diese beeinflusst prosoziales Verhalten auf verschiedene Weisen: Erstens fungieren Eltern, die ihren Kindern emotionale Wärme entgegenbringen, als Verhaltensvorbilder (Grusec und Hastings 2015). Zweitens kann die Erfahrung von elterlicher Wärme das Gefühl von Zugehörigkeit und Verbundenheit mit anderen stärken, indem sie das Gefühl von Sicherheit, Vertrauen und Schutz gefördert wird (Zimmermann 2006; Pinquart 2018). Darüber hinaus ermöglicht ein warmes und unterstützendes Erziehungsverhalten es Kindern und Jugendlichen, ihre eigenen und die Gefühle und Bedürfnisse anderer zu verstehen und ihre Gefühle zu regulieren (Malti et al. 2013). Mit Blick auf diese Befunde erscheint es auf lerntheoretischer Basis sinnvoll, auch elterliche Trainingsmaßnahmen vor allem in Risikofamilien zu implementieren. Solche "Parenting Programs" sind v.a. in den USA erprobt worden und zielen auf eine verbesserte Information der Eltern über kindliches Problemverhalten und eine Modifikation des Erziehungsstils, um die Eltern-Kind-Interaktion günstig zu beeinflussen bzw. den Aufbau prosozialen Verhaltens der Kinder zu fördern (z. B. Patterson et al. 1982).

### ***Handlungsempfehlung 7: Aggressivität und Gewaltbereitschaft senken und Selbstkontrolle stärken***

Als weiterer individueller Risikofaktor, der im Rahmen von Präventions- und Interventionsanstrengungen direkt adressierbar ist, hat sich die Feindseligkeit/Aggressivität der Jugendlichen herausgestellt. Auch dieser leistete einen wichtigen Erklärungsbeitrag hinsichtlich rechter Einstellungen und diskriminierender Verhaltensweisen. Eine höhere Feindseligkeits-/Aggressivitätsneigung hat sich in der vorliegenden Befragung als bedeutsamer potentieller Risikofaktor für diskriminierendes Verhalten gegenüber Ausländer\*innen erwiesen. Bereits in der Vorgängerbefragung hat sich die Gewaltbereitschaft als einer der stärksten Korrelate für rechtsextreme Einstellungen herausgestellt. Aus diesem Grunde erscheinen Präventions- und Interventionsanstrengungen, die eine Verringerung feindseliger und aggressiver Tendenzen und Gewaltbereitschaft zum Ziel haben, als lohnenswert. Hier ist vor allem eine sog. resilienzorienteerte Prävention von Bedeutung, die Jugendliche mit besonderer Risikobelastung für die Entwicklung antisozialen Verhaltens mit individuellen und sozialen Schutzfaktoren und Ressourcen ausstatten (vgl. Bliesener 2018). Grundsätzlich bieten Aggressionstrainings eine Möglichkeit, aggressives Verhalten im Kontext rechtsextremistischer Orientierungen einzudämmen. Die Wirksamkeit von Aggressionstrainings an sich wurde zumindest bei Gewalttäterinnen und Gewalttätern in mehreren Evaluationsstudien bestätigt (Schanzenbäcker 2003). Solche Trainings lassen sich prinzipiell auch im Hinblick auf die Arbeit mit potentiell rechtsextrem orientierten Jugendlichen ausweiten.

Aggressionstrainings sind zudem grundsätzlich im Schulkontext implementierbar und können durch ihre hohe Erreichbarkeit sowohl primärpräventiv (durch die Schaffung von Voraussetzungen, unter denen ein Problemverhalten gar nicht erst auftritt), sekundärpräventiv (durch die frühzeitige und anhaltende Reduktion bereits eingetretener problematischer Verhaltensweisen) und tertiärpräventiv (durch die Begrenzung von Problemverhalten, von dem angenommen wird, dass es nicht mehr vollständig reversibel ist) wirken. Soziale Trainingsprogramme, deren Schwerpunkt auf der Arbeit mit aggressiven und verhaltensauffälligen Schüler\*innen liegt und auch im Rahmen des Unterrichts durchgeführt werden können, sind beispielsweise die präventiven und therapeutischen Programme der Petermann-Gruppe oder das „EFFEKT“-Training (Lösel et al. 2006; Jausch et al. 2012). Ziel beider Programme ist u.a. das Erlernen von effektiven Problemlösestrategien, die Stärkung der Selbstkontrolle oder ein Verständnis für die sozial-kognitiven Informationsprozesse der Rezipienten. Weitere Informationen hierzu

sind Beelmann und Raabe (2007) zu entnehmen (vgl. Bliesener 2018). Wie außerdem gezeigt werden konnte, steht eine niedrige Selbstkontrolle in einem engen Zusammenhang mit der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur und sozialdarwinistischen Einstellungen. Laut Gottfredson und Hirschi (1990) allgemeiner Kriminalitätstheorie wird Selbstkontrolle im Rahmen der primären Sozialisation entwickelt. Eine niedrige Selbstkontrolle ist nach Gottfredson und Hirschi das Resultat der Weitergabe von Selbstkontrolle, vermittelt über die Unfähigkeit von delinquenten und gewalttätigen Eltern, eine adäquate Erziehung sicherzustellen. Zur Stärkung der Selbstkontrollfähigkeit ist daher auch hier wieder die Schaffung von adäquaten Erziehungsmodellen in der Familie von besonderer Bedeutung.

### ***Handlungsempfehlung 8: Sensibilisierung für aktuelle politische Entwicklungen stärken.***

In Zusammenhang mit der Forderung nach bildungstypspezifischer Aufklärungs- und Präventionsarbeit sollte auch die kritische Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Ereignissen und vermeintlich einfachen politischen Lösungsstrategien gefördert werden. In Anbetracht des empirischen Befunds, dass sich Jugendliche in Schleswig-Holstein zudem anfällig für neurechte Einstellungsmuster gezeigt haben, die unter Verzicht auf eine offene Identifizierung mit rechtsextremistischen Orientierungen über die Begriffe "Identität" und "Widerstand" eine nationalistisch-völkische Ideologie transportieren, ist eine weitere Handlungsempfehlung die Sensibilisierung der Schüler\*innen für politische Inhalte und Manipulationstechniken. Gerade weil Jugendliche in ihrer politischen Meinung noch nicht gefestigt und daher in höherem Maße durch äußere Akteure bzw. der Wahrnehmung des öffentlichen Diskurses beeinflussbar sind, sollte ein Schwerpunkt der Präventionsarbeit auf die politische Bildung in Bezug auf neue Phänomene und politische Entwicklungen gelegt werden. Erfolgen könnte dies etwa durch Informationsgespräche und Diskussionsrunden im Rahmen des fachverwandten Schulunterrichts. Ein vollständigeres Wissen über politische Entwicklungen erlaubt es Jugendlichen, aktuelle soziale und politische Bewegungen besser einordnen zu können und so mitunter auch der Gefahr einer Ausbildung eines rechtsextremen Weltbildes vorzubeugen. Wie im Vorgängerbericht bereits festgehalten wurde, sollten im Rahmen der Primärprävention Kinder und Jugendliche aus allen Bildungsschichten in ihrer demokratischen, weltoffenen Haltung gestärkt werden, sodass tolerante Wertevorstellungen aufgebaut werden können, die einem Glauben an Ungleichwertigkeitsvorstellungen und autoritäre Machtstrukturen entgegenstehen (Maresch und Bliesener 2015). Wie Baer (2014) anmerkt, gehört dazu auch die Ausbildung einer Anerkennungskultur und einer individuellen Integrationsfähigkeit.

### ***Handlungsempfehlung 9: Kritische Reflexion und Abwendung von Verschwörungstheorien stärken***

Die Analyse der aktuellen Phänomene hat aufgezeigt, dass unter den Jugendlichen in Schleswig-Holstein durchaus eine Tendenz zum Glauben an Verschwörungstheorien vorhanden ist. Auch in der erwachsenen Allgemeinbevölkerung ist der Glaube an Verschwörungstheorien keine Randerscheinung. Insbesondere aufgrund des Zusammenhangs der Verschwörungsmentalität mit der Ausbildung eines rechtsextremen Weltbilds sowie der Ausführung einer diskriminierenden Verhaltensweise sollte der Verbreitung von verschwörungstheoretischen Inhalten besondere Beachtung geschenkt werden. Um ideologiegeprägte Persönlichkeitsmerkmale in Richtung einer Verschwörungsmentalität sowie einem generalisierten Misstrauen gegenüber Machtstrukturen vorzubeugen, bieten sich Aufklärungskampagnen an. Aus der Praxis gibt es aktuell noch recht wenige Ideen und Projekte, wie Verschwörungsdenken und ihren z. T. menschenfeindlichen Inhalten gesellschaftlich effektiv begegnet werden kann (Lamberty 2017). Ein erster Ansatz aus der pädagogischen Praxis für den Bereich Prävention findet sich beim Berliner Träger KlgA e. V., der sich an Schüler\*innen der Sekundarstufe II richtet. Dieser bietet einen Workshop zum Thema Verschwörungstheorien an und versucht, die Schüler\*innen für das Thema stärker

zu sensibilisieren. Darüber hinaus finden sich international Projekte, die einzelne Komponenten in den Blick nehmen. Beispielsweise soll der Online-Kurs *Making Sense of Climate Science Denial* Teilnehmende dazu befähigen, auf Argumente von Skeptikern des Klimawandels besser eingehen zu können und mit Fehlinformationen besser umzugehen. In diesem Zusammenhang macht die Organisation „Der goldene Aluhut“, eine gemeinnützige Initiative gegen Verschwörungsmentalität, über ihre Internetseite auf das Problem der Verschwörungstheorien und *Fake News* aufmerksam ([www.dergoldenealuhut.de](http://www.dergoldenealuhut.de)). Speziell besteht die Arbeit der Organisation aus der Veranstaltung von Workshops zur Erkennung und Entlarvung von Verschwörungstheorien, aus der Herausgabe von Infomaterial (z. B. Broschüren), aus dem Informieren von Interessierten über verschwörungsideologische Inhalte und aus der Beratung und Unterstützung von Angehörigen von Verschwörungstheoretikern, Sektenmitgliedern und Mitgliedern diverser anderer extremistischer Strukturen. Diese Inhalte könnten zur Stärkung des kritischen und analytischen Denkens unter Schüler\*innen auch im Schulunterricht behandelt und diskutiert werden.

***Handlungsempfehlung 10: Interethnischen Kontakt fördern***

Obgleich unter Kontrolle weiterer potentieller Risikofaktoren der Faktor des interethnischen Kontakts keinen eigenen Erklärungsbeitrag für rechte Einstellungen und diskriminierende Verhaltensweisen leisten konnte, konnte gezeigt werden, dass im Jahr 2018 muslimfeindliche und demokratieablehnende sowie im begrenzten Maße auch ausländerfeindliche Einstellungen häufiger geteilt werden als noch im Jahr 2013/2014. Die Möglichkeit des interethnischen Kontakts und interkulturellen Austauschs sollte damit gestärkt werden, um wirksam Rechtsextremismus vorzubeugen. Wie die Untersuchung der Vorjahre zeigt, ist die Qualität dieses Kontakts von entscheidender Bedeutung. Diejenigen, die über freiwillige und enge bzw. vertraute Kontakte zu Menschen anderer Ethnien verfügen, zeigten signifikant weniger rechtsextreme Einstellungen als Schüler\*innen ohne Kontakt zu Angehörigen anderer Ethnien. Bei lediglich losem und unfreiwilligem Kontakt zeigten sich diese Unterschiede hingegen nicht. Im vorliegenden Bericht wurde interethnischer Kontakt darüber gemessen, wie viele Personen ausländischer Herkunft sich im persönlichen Umkreis der befragten Jugendlichen befinden (Nachbarschaft, Schulklasse, Freundeskreis und Freizeitgruppe bzw. Schul-AG oder Verein). Dieses Maß hat sich als protektiv für die Zustimmung zu ausländerfeindlichen Aussagen erwiesen und demonstriert erneut die Bedeutsamkeit interethnischer Beziehungen. Eine Meta-Analyse zur Effektivität von direkten und indirekten kontaktbasierten Interventionen zeigt, dass diese ethnische Einstellungen auch langfristig positiv beeinflussen können (Lemmer und Wagner 2015). Studien zeigen weiterhin, dass der Zusammenhang zwischen intergruppalen Kontakt und Vorurteilen durch vergrößertes Wissen über die betreffende *Outgroup*, reduzierte Angst vor Gruppenkontakt und eine vergrößerte Empathie und Perspektivenübernahme vermittelt wird (Pettigrew und Tropp 2008).

***Handlungsempfehlung 11: Antisemitischen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegenwirken***

Sowohl die Vorgängeruntersuchungen als auch die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass antisemitische Einstellungen und Äußerungen unter den Jugendlichen in Schleswig-Holstein relativ stark verbreitet sind. Im Landgerichtsbezirk Itzehoe ist über die letzten zwei Jahre außerdem eine Zunahme von antisemitischen Einstellungen festzustellen. Bereits die Vorgänger-Berichte weisen auf die Bedeutsamkeit der Prävention spezifischer Formen rechtsextremer Einstellungen hin (Bliesener und Maresch 2016; Maresch und Bliesener 2015). Um einer möglicherweise weiterhin wachsenden Ablehnung von Jüdinnen und Juden entgegenzuwirken, ist bereits eine Reihe von Projekten ins Leben gerufen worden, da-

runter das Projekt „Rent-a-Jew“ des Jüdischen Medienforums (EJKA e. V., vgl. auch Maresch und Bliessener 2015). Hierbei handelt es sich um eine Initiative, die ehrenamtlich gegründet wurde und durch die Vermittlung von jüdischen Referentinnen und Referenten die persönliche Begegnung und Austausch mit jüdischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen ermöglicht, um Vorurteilen entgegenzuwirken und den interkulturellen Austausch zu fördern ([www.rentajew.org](http://www.rentajew.org)). Derartige Programme sollten weiterhin gefördert werden, um Vorurteile abzubauen und den gemeinsamen Kontakt über religiöse und ethnische Grenzen hinweg zu stärken.

## 8 Literaturverzeichnis

- Adorno, T. W.; Frenkel-Brunswik, E.; Levinson, D. J.; Sanford, R. N. (1967): The authoritarian personality. Abridged ed. New York: Wiley & Sons.
- Allport, G. (1954): The nature of prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.
- Altemeyer, B. (1988): Enemies of freedom. Understanding right wing authoritarianism. 1. ed. San Francisco: Jossey-Bass (Jossey-Bass public administration series).
- Álvarez-Castillo, J. L.; Fernández-Camirero, G.; González-González, H. (2018): Is empathy one of the Big Three? Identifying its role in a dual-process model of ideology and blatant and subtle prejudice. In: *PloS one* 13 (4), e0195470. DOI: 10.1371/journal.pone.0195470.
- Anhut, R.; Heitmeyer, W. (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problem-analyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: R. Anhut und W. Heitmeyer (Hg.): Be-drohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Kon-fliktkonstellationen, S. 17–75.
- Anhut, R.; Heitmeyer, W. (2008): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problem-analyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: W. Heitmeyer und P. Imbusch (Hg.): In-tegration - Desin-tegration. Ein Reader zur Ordnungsproblematik moderner Gesellschaf-ten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 129–148.
- Bäckström, M.; Björklund, F. (2007): Structural modeling of generalized prejudice: The role of social dominance, authoritarianism and empathy. In: *Journal of Individual Differences* 28 (1), S. 10–17.
- Baer, S. (2014): Pädagogische Zugänge in der Rechtsextremismusprävention und Interven-tion – Ent-wicklungen und Standards in Deutschland und Europa. In: Silke Baer, Kurt Möl-ler und Peer Wiechmann (Hg.): Verantwortlich Handeln. Praxis der sozialen Arbeit mit rechtsextrem orientierten und gefährdeten Jugendlichen. Opladen: Budrich, S. 47–66.
- Baier, D.; Boehnke, K. (2008): Jugendliche und politischer Extremismus. In: R. K. Silbereisen und M. Hasselhorn (Hg.): Entwicklungspsychologie des Jugendalters. Göttingen: Hogrefe, S. 807–834.
- Baier, D.; Manzoni, P.; Bergmann, M. C. (2016): Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter — Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 99 (3), S. 1–26.
- Baier, D.; Pfeiffer, C.; Rabold, S.; Simonson, J.; Kappes, C. (2010): Kinder und Jugendliche in Deutschland: Gewalterfahrungen, Integration, Medienkonsum. Zweiter Bericht zum ge-meinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN. KFN. Hannover.
- Baier, D.; Pfeiffer, C.; Simonson, J.; Rabold, S. (2009): Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt. Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt

- des Bundesministeriums des Innern und des KFN (KFN Forschungsberichte Nr. 107). Hg. v. KFN. Hannover.
- Bartlett, J.; Miller, C. (2010): *The power of unreason: Conspiracy theories, extremism and counter-terrorism*. London: Demos.
- Beelmann, A. (2007): Förderung von Erziehungskompetenzen bei Eltern: Konzeption und Beschreibung eines Elterstrainings zur Prävention von Verhaltensstörungen bei Vor- und Grundschulkindern. In: Bernd Röhrle (Hg.): *Prävention und Gesundheitsförderung bei Kindern und Jugendlichen*. Tübingen: DGTV-Verlag (Fortschritte der Gemeindepsychologie und Gesundheitsförderung, 16), S. 277–294.
- Beelmann, A. (2015): Prävention von (rechts-)extremistischer Gewalt. In: W. Melzer, D. Hermann, Uwe Sandfuchs, Mechthild Schäfer, Wilfried Schubarth und Peter Daschner (Hg.): *Handbuch Aggression, Gewalt und Kriminalität bei Kindern und Jugendlichen*. Bad Heilbrunn: Klinkhardt (utb-studi-e-book, 8580), S. 467–473.
- Beelmann, A. (2018): Entwicklungsorientierte Kriminalprävention: Wissenschaftliche Fundierung und Ergebnisse der Evaluation. In: Maria Walsh, Benjamin Pniewski, Marcus Kober und Andreas Armbrorst (Hg.): *Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis*. Wiesbaden: Springer, S. 387–406.
- Beelmann, A.; Jahnke, S.; Neudecker, C. (2018): Radikalisierung Jugendlicher und Extremismus- prävention. In: Andreas Beelmann (Hg.): *Toleranz und Radikalisierung in Zeiten sozialer Diversität. Beiträge aus Psychologie und Sozialwissenschaften*. Schwalbach/Ts.: Wochenschau (Wochenschau Wissenschaft), S. 90–106.
- Beelmann, A.; Raabe, T. (2007): *Dissoziales Verhalten von Kindern und Jugendlichen. Erscheinungsformen, Entwicklung, Prävention und Intervention*. Göttingen: Hogrefe (Klinische Kinderpsychologie, 10). Online verfügbar unter <http://www.socialnet.de/rezensionen/isbn.php?isbn=978-3-8017-2041-4>.
- Bergmann, M. C.; Baier, D.; Rehbein, F.; Mößle, T. (2017): *Jugendliche in Niedersachsen. Ergebnisse des Niedersachsensurveys 2013 und 2015. [Adolescents in Lower Saxony. Results of two representative school surveys conducted in 2013 and 2015]*. Hannover: KFN Forschungsbericht Nr. 131.
- Best, H.; Dwars, D.; Salheiser, A.; Salomo, K. (2013): *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. „Wie leben wir? Wie wollen wir leben?“*. Zufriedenheit, Werte und gesellschaftliche Orientierungen der Thüringer Bevölkerung. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORs 2013. Hg. v. Thüringer Landtag. Erfurt.
- Binder, J.; Zagefka, H.; Brown, R.; Funke, F.; Kessler, T.; Mummendey, A. et al. (2009): Does contact reduce prejudice or does prejudice reduce contact? A longitudinal test of the contact hypothesis among majority and minority groups in three European countries. In: *Journal of personality and social psychology* 96 (4), S. 843–856. DOI: 10.1037/a0013470.

- Bjørge, T. (2002): Gewalt gegen ethnische und religiöse Minderheiten. In: W. Heitmeyer und John Hagan (Hg.): Internationales Handbuch der Gewaltforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 981–999.
- Bliesener, T. (2018): Resilienz. Schutzfaktoren für delinquentes Handeln. In: D. Hermann und A. Pöge (Hg.): Kriminalsoziologie. Handbuch für Wissenschaft und Praxis. 1st ed. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 263–276.
- Bliesener, T.; Maresch, P. (2016): Regionalanalysen zum Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein. Zusammenfassender Bericht. Hg. v. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Institut für Psychologie.
- Boehnke, K.; Welzel, Christian (2006): Wertetransmission Und Wertewandel: Eine Explorative Drei-Generationen-Studie (Value Transmission and Value Change: An Exploratory Three-Generation Study). In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 26 (4), S. 341–360.
- Boyce, W.; Torsheim, T.; Currie, C.; Zambon, A. (2006): The Family Affluence Scale as a Measure of National Wealth: Validation of an Adolescent Self-Report Measure. In: *Soc Indic Res* 78 (3), S. 473–487. DOI: 10.1007/s11205-005-1607-6.
- Bruder, M.; Haffke, P.; Neave, N.; Nouripanah, N.; Imhoff, R. (2013): Measuring individual differences in generic beliefs in conspiracy theories across cultures: Conspiracy Mentality Questionnaire. In: *Frontiers in psychology* 4, S. 1–15.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018a): Politisch motivierte Kriminalität. Online verfügbar unter [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/pmk/pmk.html;jsessionid=0B1EB5AAA58DA3E0B210ED-DAD21AF0A8.1\\_cid295#f9828060](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/pmk/pmk.html;jsessionid=0B1EB5AAA58DA3E0B210ED-DAD21AF0A8.1_cid295#f9828060), zuletzt geprüft am 12.03.2019.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018b): Politisch motivierte Kriminalität. Straf- und Gewaltdaten im Bereich Hasskriminalität 2016 und 2017.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018c): Politisch motivierte Kriminalität. Straftaten nach Deliktsbereichen 2016 und 2017.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018d): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2018e): Übersicht „Hasskriminalität“. Entwicklung der Fallzahlen 2001-2017.
- Burton, V. [JR.].S.; Cullen, F. T.; Evans, T. D.; Alarid, L. F.; Dunaway, R. G. (1998): Gender, Self-Control, and Crime. In: *Journal of Research in Crime and Delinquency* 35 (2), S. 123–147.
- Butterwegge, C.; Meier, L. (2002): Rechtsextremismus. Orig.-Ausg. Freiburg im Breisgau: Herder (Herder-Spektrum, 5229).

- Castanho S., Bruno; Vegetti, F.; Littvay, L. (2017): The Elite Is Up to Something: Exploring the Relation Between Populism and Belief in Conspiracy Theories. In: *Swiss Polit Sci Rev* 23 (4), S. 423–443. DOI: 10.1111/spsr.12270.
- Chzhen, Y.; Moor, I.; Pickett, W.; Toczydłowska, E.; Stevens, G. (2016): Family Affluence and Inequality in Adolescent Health and Life Satisfaction: Evidence from the HBSC study 2002–2014. Hg. v. Innocenti Working Papers.
- Cohen, J. (1988): *Statistical power analysis for the behavioral sciences*. 2. ed. Hillsdale, NJ: Erlbaum. Online verfügbar unter <http://search.ebscohost.com/login.aspx?direct=true&scope=site&db=nlebk&db=nlabk&AN=582094>.
- Decker, O.; Brähler, E. (2006): *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*. [korrigierte Ausg., electronic ed.]. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Decker, O.; Brähler, E. (2008): *Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008 mit einem Vergleich von 2002 bis 2008 und der Bundesländer*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Decker, O.; Brähler, E. (Hg.) (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Decker, O.; Kiess, J.; Brähler, E. (2012): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012*. 2. Aufl. Bonn: Dietz.
- Decker, O.; Kiess, J.; Brähler, E. (2014): *Die stabilisierte Mitte. Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014*.
- Dovidio, John F.; Eller, Anja; Hewstone, Miles (2011): Improving intergroup relations through direct, extended and other forms of indirect contact. In: *Group Processes & Intergroup Relations* 14 (2), S. 147–160. DOI: 10.1177/1368430210390555.
- Duckitt, J.; Sibley, C. G. (2007): Right wing authoritarianism, social dominance orientation and the dimensions of generalized prejudice. In: *Eur. J. Pers.* 21 (2), S. 113–130. DOI: 10.1002/per.614.
- Durlak, Joseph A.; Weissberg, Roger P.; Dymnicki, Allison B.; Taylor, Rebecca D.; Schellinger, Kriston B. (2011): The Impact of Enhancing Students' Social and Emotional Learning: A Meta-Analysis of School-Based Universal Interventions. In: *Child Development* 82 (1), S. 405–432. DOI: 10.1111/j.1467-8624.2010.01564.x.
- Eckert, R.; Willems, H.; Würtz, S. (1996): Erklärungsmuster fremdenfeindlicher Gewalt im empirischen Test. In: Jürgen W. Falter, H.G. Jaschke und J. R. Winkler (Hg.): *Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Politische Vierteljahresschrift, 27), S. 152–167.

- Feshbach, N. D. (1979): Empathy training: A field study in affective education. In: S. Feshbach und A. Fraczek (Hg.): Aggression and behavior change: Biological and social processes. New York: Praeger, S. 234–249.
- Franke, G. H. (2000): BSI. Brief Symptom Inventory - Deutsche Version. Manual. Göttingen: Beltz.
- Frindte, W.; Geschke, D.; Haußecker, N. (2014): Ein systematisierender Überblick über Entwicklungslinien der Rechtsextremismusforschung von 1990 bis 2013. 27. Jahrestagung des Forums Friedenspsychologie, Jena, 19.-22. Juni 2014.
- Frindte, W.; Zachariae, S. (2005): Autoritarismus und soziale Dominanzorientierung als Prädiktoren für fremdenfeindliche und antisemitische Vorurteile. In: *Zeitschrift für Politische Psychologie* 13 (1-2), S. 83–111.
- Gehrke, M. (2017): Antimuslimischer Rassismus: Ein neues "Phänomen"? Duisburger Beiträge zur soziologischen Forschung, No. 2017-02. Universität Duisburg-Essen, Institut für Soziologie. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.6104/DBsF-2017-02>.
- Gershoff, E. T.; Grogan-Kaylor, A. (2016): Spanking and child outcomes: Old controversies and new meta-analyses. In: *Journal of family psychology : JFP : journal of the Division of Family Psychology of the American Psychological Association (Division 43)* 30 (4), S. 453–469. DOI: 10.1037/fam0000191.
- Gottfredson, M. R.; Hirschi, T. (1990): A general theory of crime. Stanford, Calif.: Stanford Univ. Pr.
- Graeupner, D.; Coman, A. (2017): The dark side of meaning-making: How social exclusion leads to superstitious thinking. In: *Journal of Experimental Social Psychology* 69, S. 218–222. DOI: 10.1016/j.jesp.2016.10.003.
- Greenberg, M.; Kusché, C. (2006): Building social and emotional competence: The PATHS curriculum. In: S. J. Jimerson und M. I. J. Furlong (Hg.): The handbook of school violence and school safety: From research to practice. Mahwah, NJ: Erlbaum, S. 395–412.
- Gresham, F.; Elliot, S. N. (2008): SSIS Social Skills Improvement System. Rating Scales Manual. Minneapolis.
- Grusec, J. E.; Hastings, P. D. (2015): Handbook of Socialization. New York: Guilford Press.
- Hadjar, A. (2004): Ellenbogenmentalität und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. Die Rolle des hierarchischen Selbstinteresses. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hadjar, A. (2005): Hierarchisches Selbstinteresse und Fremdenfeindlichkeit bei Jugendlichen. In: *Gruppendynamik* 36 (1), S. 103–126. DOI: 10.1007/s11612-005-0116-z.
- Hafez, Kai; Schmidt, Sabrina (2015): Die Wahrnehmung des Islams in Deutschland. 2. Auflage. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung (Religionsmonitor - verstehen was verbindet).
- Havighurst, R. J. (1972): Developmental task and education. New York: Davis McKay.

- Heitmeyer, W. (1992): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. 4. Aufl. Weinheim, München: Juventa.
- Heitmeyer, W. (1995): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation. 5. Aufl. Weinheim: Juventa (Jugendforschung).
- Heitmeyer, W. (Hg.) (2002): Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W. (2007): Was hält die Gesellschaft zusammen? Problematische Antworten auf soziale Desintegration. In: W. Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 37–50.
- Heitmeyer, W. (2012): Deutsche Zustände. Folge 10. Berlin: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W.; Endrikat, K. (2008): Die Ökonomisierung des Sozialen. Folgen für "Überflüssige" und "Nutzlose". In: W. Heitmeyer (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 6. Berlin: Suhrkamp, S. 55–72.
- Heyder, A.; Gaßner, A. (2012): Anomia, Deprivation und Werteorientierung zur Vorhersage rechtsextremistischer Einstellungen. Eine empirische Studie mit Repräsentativdaten aus Deutschland. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 41 (3), S. 277–298.
- Heyder, A.; Küpper, B.; Zick, A. (2005): Dokumentation der Entwicklung und Überprüfung von Kurzskalen: Homophobie, Behinderten- und Obdachlosenabwertung. GMF-Arbeitsbericht.
- Hobza, V.; Hamrik, Z.; Bucksch, J.; Clercq, B. de (2017): The Family Affluence Scale as an Indicator for Socioeconomic Status: Validation on Regional Income Differences in the Czech Republic. In: *International journal of environmental research and public health* 14 (12). DOI: 10.3390/ijerph14121540.
- Hofmann, Hubert; Siebertz-Reckzeh, Karin (2008): Sozialisationsinstanz Schule: Zwischen Erziehungsauftrag und Wissensvermittlung. In: M. K. W. Schweer (Hg.): Lehrer-Schüler-Interaktion. Inhaltsfelder, Forschungsperspektiven und methodische Zugänge. 2., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden (Schule und Gesellschaft, 24), S. 13–38. Online verfügbar unter [https://doi.org/10.1007/978-3-531-91104-5\\_1](https://doi.org/10.1007/978-3-531-91104-5_1).
- Hohnstein, S.; Greuel, F. (2015): Einstiege verhindern, Ausstiege begleiten. Pädagogische Ansätze und Erfahrungen im Handlungsfeld Rechtsextremismus. Online verfügbar unter [https://www.dji.de/fileadmin/user\\_upload/bibs2016/Hohnstein\\_Greuel\\_2015\\_Einstiege\\_verhindern\\_Ausstiege\\_begleiten.pdf](https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2016/Hohnstein_Greuel_2015_Einstiege_verhindern_Ausstiege_begleiten.pdf), zuletzt geprüft am 13.03.2019.
- Hopf, C. (2000): Familie und Autoritarismus — zur politischen Bedeutung sozialer Erfahrungen in der Familie. In: S. Rippl, C. Seipel und A. Kindervater (Hg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33–52.

- Hosser, D.; Beckurts, D. (2005): Empathie und Delinquenz. Forschungsberichte Nr. 96. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen. Hannover. Online verfügbar unter [https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB\\_95.pdf](https://kfn.de/wp-content/uploads/Forschungsberichte/FB_95.pdf), zuletzt geprüft am 13.03.2019.
- Hübner, M.; Schmidt, P.; Schürhoff, R.; Schwarzer, S. (2008): Allgemeiner Autoritarismus-Kurzform.
- Imbusch, P.; Heitmeyer, W. (2012a): Dynamiken gesellschaftlicher Integration und Desintegration. In: W. Heitmeyer und P. Imbusch (Hg.): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden: Springer, S. 9–25.
- Imbusch, P.; Heitmeyer, W. (2012b): Krisenzeiten - Desintegrationsdynamiken sozialer Konflikte. In: W. Heitmeyer und P. Imbusch (Hg.): Desintegrationsdynamiken. Integrationsmechanismen auf dem Prüfstand. Wiesbaden: Springer, S. 319–339.
- Jaschke, H.-G. (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jaurisch, S.; Lösel, F.; Stemmler, M.; Beelmann, A. (2012): Elterntrainings zur Prävention dissozialen Verhaltens. In: *Forens Psychiatr Psychol Kriminol* 6 (2), S. 94–101. DOI: 10.1007/s11757-012-0158-3.
- Jong-Gierveld, J. de; van Tilburg, T. (1999): Manual of the loneliness scale 1999. Amsterdam: Department of Social Research Methodology, Vrije Universiteit.
- Keye, D.; Wilhelm, O.; Oberauer, K. (2009): Structure and Correlates of the German Version of the Brief UPPS Impulsive Behavior Scales. In: *European Journal of Psychological Assessment* 25 (3), S. 175–185. DOI: 10.1027/1015-5759.25.3.175.
- Kliem, S.; Krieg, Y.; Kudlacek, D.; Baier, D.; Bergmann, M. C. (2018): Zur Prävalenz rechtsextremer Einstellungen bei Jugendlichen. Ergebnisse einer repräsentativen Befragung aus Niedersachsen. In: O. Decker und E. Brähler (Hg.): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft*. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 241–255.
- Kofta, M.; Sedek, G. (2005): Conspiracy Stereotypes of Jews During Systemic Transformation in Poland. In: *International Journal of Sociology* 35 (1), S. 40–64. DOI: 10.1080/00207659.2005.11043142.
- Köllisch, T.; Oberwittler, D. (2004): Wie ehrlich berichten männliche Jugendliche über ihr delinquentes Verhalten? Ergebnisse einer externen Validierung. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 56, S. 708–735.
- Krieg, Y.; Beckmann, L.; Bergmann, M. C. (2018): Politisches Wissen und rechtsextreme Einstellungen unter niedersächsischen Jugendlichen. Ergebnisse einer Schülerbefragung. In: *Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe* 29 (3), S. 198–203.

- Krieg, Y.; Kliem, S. (2019): Rechtsextremismus unter Jugendlichen in Niedersachsen. Ergebnisse repräsentativer Wiederholungsbefragungen aus den Jahren 2013, 2015 und 2017. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 102 (2), S. 135–153.
- Krüger, C. (2008): Zusammenhänge und Wechselwirkungen zwischen allgemeiner Gewaltbereitschaft und rechtsextremen Einstellungen. Eine kriminologische Studie zum Phänomen jugendlicher rechter Gewaltstraftäter. Mönchengladbach: Forum-Verlag.
- Kuhn, H. P.; Buhl, M. (2011): Schulische Bedingungen der Entwicklung von politischem Wissen und demokratischen Einstellungen. In: L. Ludwig, H. Luckas, F. Hamburger und S. Aufenanger (Hg.): *Bildung in der Demokratie II. Tendenzen – Diskurse – Praktiken*. Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich, S. 261–275.
- Küpper, B.; Zick, A. (2007): Soziale Dominanz, Anerkennung und Gewalt. In: W. Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände. Folge 5*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 116–134.
- Küpper, B.; Zick, A. (2011): Geschlecht und Vorurteile. Eine empirische Analyse. In: U. Birsl (Hg.): *Rechtsextremismus und Geschlecht*. Opladen: Barbara Budrich, S. 187–210.
- Lamberty, Pia (2017): Don't trust anyone: Verschwörungsdenken als Radikalisierungsbeschleuniger? In: *Journal Exit-Deutschland. Zeitschrift für Deradikalisierung und demokratische Kultur* 5 (0), S. 80. Online verfügbar unter <http://journals.sfu.ca/jed/index.php/jex/article/download/72/196>.
- Langer, Wolfgang (2017): How to assess the fit of multilevel logit models with Stata? (Stata Users Group).
- Lemmer, Gunnar; Wagner, Ulrich (2015): Can we really reduce ethnic prejudice outside the lab? A meta-analysis of direct and indirect contact interventions. In: *European Journal of Social Psychology* 45 (2), S. 152–168. DOI: 10.1002/ejsp.2079.
- Logvinov, M. (2017): *Rechtsextreme Gewalt. Erklärungsansätze - Befunde - Kritik*. Wiesbaden: Springer.
- Lösel, F.; Beelmann, A.; Stemmler, M.; Jaurisch, S. (2006): Prävention von Problemen des Sozialverhaltens im Vorschulalter: Evaluation des Eltern- und Kindertrainings EFFEKT. In: *Zeitschrift für Klinische Psychologie und Psychotherapie* 35, S. 127–139.
- Malti, T.; Eisenberg, N.; Kim, H.; Buchmann, M. (2013): Developmental Trajectories of Sympathy, Moral Emotion Attributions, and Moral Reasoning: The Role of Parental Support. In: *Social Development* 23 (6), n/a-n/a. DOI: 10.1111/sode.12031.
- Mansel, J.; Heitmeyer, W. (2005): Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben. In: W. Heitmeyer (Hg.): *Deutsche Zustände - Folge 3*. 1. Aufl., Orig.-Ausg. Frankfurt am Main: Suhrkamp (Edition Suhrkamp, 2388), S. 39–72.
- Maresch, P.; Bliesener, T. (2015): *Regionalanalysen zu Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein Abschlussbericht*. Oktober 2015.

- Maresch, P.; Gansewig, A.; Bliesener, T. (2013): Bedarfsanalyse für die Arbeit eines regionalen Demokratiezentrum in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Stormarn und Lübeck. Abschlussbericht November 2013. Kiel. Online verfügbar unter [https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/bedarfsberichtLauenburgStormarnLuebeck.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=3](https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/kriminalpraevention/Downloads/bedarfsberichtLauenburgStormarnLuebeck.pdf?__blob=publicationFile&v=3), zuletzt geprüft am 13.03.2019.
- McFarland, S. (2010): Authoritarianism, Social Dominance, and Other Roots of Generalized Prejudice. In: *Political Psychology* 31 (3), S. 453–477. DOI: 10.1111/j.1467-9221.2010.00765.x.
- Melzer, W.; Rostampour, P. (2002): Schulqualität und Rechtsextremismus. In: *Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung* 50 (1), S. 41–58.
- Milburn, M. A.; Conrad, S. D.; Sala, F.; Carberry, S. (1995): Childhood Punishment, Denial, and Political Attitudes. In: *Political Psychology* 16 (3), S. 447. DOI: 10.2307/3792222.
- Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (2018): Verfassungsschutzbericht 2017. Schleswig-Holstein.
- Möller, K. (2014): Programme gegen Rechtsextremismus – zwischen Projektitis und Nachhaltigkeit. In: W. Schubarth (Hg.): *Nachhaltige Prävention von Kriminalität, Gewalt und Rechtsextremismus. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis*, S. 201–228.
- Mößle, T. (2012): "Dick, dumm, abhängig, gewalttätig?". Problematische Mediennutzungsmuster und ihre Folgen im Kindesalter ; Ergebnisse des Berliner Längsschnitt Medien. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos (Interdisziplinäre Beiträge zur kriminologischen Forschung, 42).
- Oesterreich, D. (2000): Autoritäre Persönlichkeit und Sozialisation im Elternhaus. Theoretische Überlegungen und empirische Ergebnisse. In: S. Rippl, C. Seipel und A. Kindervater (Hg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 69–90.
- Ottova, V.; Hillebrandt, D.; Kolip, P.; Hoffarth, K.; Bucksch, J.; Melzer, W. et al. (2012): Die HBSC-Studie in Deutschland--Studiendesign und Methodik. In: *Gesundheitswesen (Bundesverband der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (Germany))* 74 Suppl, S8-S14. DOI: 10.1055/s-0032-1312642.
- Patterson, G. R.; Chamberlain, P.; Reid, J. B. (1982): A comparative evaluation of a parent-training program. In: *Behavior Therapy* 13 (5), S. 638–650. DOI: 10.1016/S0005-7894(82)80021-X.
- Pauwels, L.J.R.; Heylen, B. (2017): Perceived group threat, perceived injustice and self-reported right-wing violence. An integrative approach to the explanation right-wing violence. In: *Journal of Interpersonal Violence* 32.

- Pettigrew, T. F. (1998): Intergroup contact theory. In: *Annual review of psychology* 49, S. 65–85. DOI: 10.1146/annurev.psych.49.1.65.
- Pettigrew, T. F.; Tropp, L. R. (2006): A meta-analytic test of intergroup contact theory. In: *Journal of personality and social psychology* 90 (5), S. 751–783. DOI: 10.1037/0022-3514.90.5.751.
- Pettigrew, T. F.; Tropp, L. R. (2008): How does intergroup contact reduce prejudice? Meta-analytic tests of three mediators. In: *European Journal of Social Psychology* 38 (6), S. 922–934.
- Pinquart, M. (2018): Elternverhalten als Schutzfaktor gegen aggressives und oppositionelles Verhalten der Kinder? In: *Kindheit und Entwicklung* 27 (2), S. 71–80. DOI: 10.1026/0942-5403/a000247.
- Pratt, T. C.; Cullen, F. T. (2000): The empirical status of Gottfredson and Hirschi's general theory of crime: A meta-analysis. In: *Criminology* 38, S. 931–964.
- Raithel, J.; Mansel, J. (2003): Delinquenzbegünstigende Bedingungen in der Entwicklung Jugendlicher. In: J. Raithel und J. Mansel (Hg.): *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter. Hell- und Dunkel-feldbefunde im Vergleich*. Weinheim: Juventa, S. 25–40.
- Richter, M.; Hurrelmann, K. (2006): Gesundheitliche Ungleichheit: Ausgangsfragen und Herausforderungen. In: M. Richter und K. Hurrelmann (Hg.): *Gesundheitliche Ungleichheit. Grundlagen, Probleme, Konzepte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden, S. 11–31.
- Richter, M.; Klocke, A. (2005): Family Affluence – eine Alternative zur Messung des SES bei Kindern und Jugendlichen? In: *Gesundheitswesen* 67 (07). DOI: 10.1055/s-2005-920558.
- Rippl, S. (2002): Bildung und Fremdenfeindlichkeit. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54 (1), S. 135–146.
- Rippl, S. (2004): Eltern-Kind-Transmission. Einflussfaktoren zur Erklärung von Fremdenfeindlichkeit im Vergleich. In: *ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 24 (1), S. 17–32. Online verfügbar unter [https://www.pedocs.de/volltexte/2012/5682/pdf/ZSE\\_2004\\_1\\_Rippl\\_Eltern\\_Kind\\_Transmission\\_D\\_A.pdf](https://www.pedocs.de/volltexte/2012/5682/pdf/ZSE_2004_1_Rippl_Eltern_Kind_Transmission_D_A.pdf).
- Rippl, S. (2005): Fremdenfeindlichkeit – ein Problem der Jugend? Eine vergleichende Untersuchung fremdenfeindlicher Einstellungen in verschiedenen Altersgruppen. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 25, S. 362–380.
- Rippl, S. (2008): Politische Sozialisation. In: K. Hurrelmann, M. Grundmann und S. & Walper (Hg.): *Handbuch Sozialisationsforschung*. Weinheim: Beltz, S. 443–457.
- Rippl, S.; Baier, D. (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. In: *Koelner Z.Soziol.u.Soz.Psychol* 57 (4), S. 644–666. DOI: 10.1007/s11577-005-0219-0.

- Rippl, S.; Baier, D.; Kindervater, A.; Boehnke, K. (2005): Die EU-Osterweiterung als Mobilisierungsschub für ethnozentrische Einstellungen? Die Rolle von Bedrohungsgefühlen im Kontext situativer und dispositioneller Faktoren. In: *Zeitschrift für Soziologie* 34 (4), S. 288–310.
- Rippl, S.; Kindervater, A.; Seipel, C. (2000a): Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze. In: S. Rippl, C. Seipel und A. Kindervater (Hg.): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13–30.
- Rippl, S.; Seipel, C.; Kindervater, A. (Hg.) (2000b): *Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Rydgren, J. (2009): Social Isolation? Social Capital and Radical Right-wing Voting in Western Europe. In: *Journal of Civil Society* 5 (2), S. 129–150. DOI: 10.1080/17448680903154915.
- Schanzenbacher, S. (2003): Lohnt sich die Behandlung von Gewalttätern? Eine Wirkungsstudie zum 'Anti-Aggressivitäts-Training'. In: *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* 26 (2), S. 213–226. Online verfügbar unter [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/3802/1/ssoar-sub-2003-2-schanzenbacher-lohnt\\_sich\\_die\\_behandlung\\_von.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/document/3802/1/ssoar-sub-2003-2-schanzenbacher-lohnt_sich_die_behandlung_von.pdf).
- Schick, Andreas; Cierpka, Manfred (2008): Prävention gegen Gewaltbereitschaft an Schulen: das FAUSTLOS-Curriculum. In: M. Cierpka (Hg.): *Möglichkeiten der Gewaltprävention. Mit 11 Tabellen*. 2. Aufl. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 235–252.
- Schmidt, R. E.; Gay, P.; d'Acremont, M.; van der Linden, M. (2008): A German Adaptation of the UPPS Impulsive Behavior Scale: Psychometric Properties and Factor Structure. In: *Swiss Journal of Psychology* 67 (2), S. 107–112. DOI: 10.1024/1421-0185.67.2.107.
- Schroeder, K.; Alisch, S. (2004): *Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Deutschland. Ein Ost-West-Vergleich*. Paderborn: Schöningh.
- Schulz, S.; Eifler, S.; Baier, D. (2011): Wer Wind sät, wird Sturm ernten. Die Transmission von Gewalt im empirischen Theorienvergleich. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 63 (1), S. 111–145. Online verfügbar unter <https://doi.org/10.1007/s11577-010-0127-9>.
- Seipel, C.; Rippl, S. (2000): Ansätze der Rechtsextremismusforschung - ein empirischer Theorienvergleich. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 20 (3), S. 303–318.
- Siedler, T. (2007): *Does Parental Unemployment Cause Right-Wing Extremism?* Berlin: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (DIW Discussion Papers, 666). Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/18398/1/dp666.pdf>.
- Siedler, T. (2011): Parental unemployment and young people's extreme right-wing party affinity: evidence from panel data. In: *Journal of the Royal Statistical Society: Series A (Statistics in Society)* 174 (3), S. 737–758. DOI: 10.1111/j.1467-985X.2010.00683.x.

- Snijders, Tom A. B.; Bosker, Roel J. (1994): Modeled Variance in Two-Level Models. In: *Sociological Methods & Research* 22 (3), S. 342–363. DOI: 10.1177/0049124194022003004.
- Snijders, Tom A. B.; Bosker, Roel J. (1999): Multilevel analysis. An introduction to basic and advanced multilevel modeling. London: SAGE Publ.
- Snijders, Tom A. B.; Bosker, Roel J. (2012): Multilevel analysis. An introduction to basic and advanced multilevel modeling. 2nd edition. Los Angeles, London, New Delhi, Singapore, Washington DC: Sage.
- Spier, T. (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften / GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden. Online verfügbar unter <http://dx.doi.org/10.1007/978-3-531-92496-0>.
- Srole, L. (1956): Social integration and certain corollaries: an exploratory study. In: *American Sociological Review* 21 (709-716).
- Stadler, C.; Janke, W.; Schmeck, K. (2004): IVE : Inventar zur Erfassung von Impulsivität, Risikoverhalten und Empathie bei 9- bis 14-jährigen Kindern : Manual. Göttingen: Hogrefe.
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2018): Statistischer Bericht. Die Bevölkerung in Schleswig-Holstein nach Alter und Geschlecht 2017.
- Stöss, R. (2010): Rechtsextremismus im Wandel. [3., aktualisierte Aufl.], Neuaufl. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Stößel, K.; Cohrs, J.C.; Riemann, R. (2009): Vorurteile, Diskriminierung und Toleranz aus der Sicht der Persönlichkeitspsychologie. In: A. Beelmann und K. J. Jonas (Hg.): Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95–112.
- Straus, M. A. (1979): Measuring intrafamily conflict and violence. The Conflict Tactics (CT) Scales. In: *Journal of Marriage and the Family* 41 (1), S. 75–88. DOI: 10.2307/351733.
- Sturzbecher, D. (2001): Jugend in Ostdeutschland. Lebenssituationen und Delinquenz. Opladen: Leske + Budrich.
- Swami, V.; Chamorro-Premuzic, T.; Furnham, A. (2010): Unanswered Questions: A Preliminary Investigation of Personality and Individual Difference Predictors of 9/11 Conspiracist Beliefs. In: *Applied Cognitive Psychology* 24, S. 749–761.
- van Prooijen, J. W. (2016): Sometimes inclusion breeds suspicion: Self-uncertainty and belongingness predict belief in conspiracy theories. In: *European Journal of Social Psychology* 46 (3), S. 267–279. DOI: 10.1002/ejsp.2157.
- van Prooijen, J. W.; Douglas, K. M. (2018): Belief in conspiracy theories: Basic principles of an emerging research domain. In: *European Journal of Social Psychology* 48 (7), S. 897–908. DOI: 10.1002/ejsp.2530.

- van Prooijen, J. W.; Krouwel, A. M.P.; Pollet, T. (2015): Political Extremism Predicts Belief in Conspiracy Theories. In: *Social Psychological and Personality Science* 6 (5), S. 570–578. DOI: 10.1177/1948550614567356.
- Wagner, U.; Christ, O.; Pettigrew, T. F. (2008): Prejudice and Group-Related Behavior in Germany. In: *Journal of Social Issues* 64 (2), S. 403–416.
- Wasmuth, U. C.; Waldmann, P. (2005): Anomie. In: D. Nohlen und R.-O. Schultze (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft*. München: Beck.
- Watermann, R. (2003): Diskursive Unterrichtsgestaltung und multiple Zielerreichung im politisch bildenden Unterricht. In: *Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation* 23 (4), S. 356–370.
- Watts, M. W. (2001): Aggressive youth cultures and hate crime - Skinheads and xenophobic youth in Germany. In: *American Behavioral Scientist* 45 (4), S. 600–615.
- Weiss, M.; Link, E.; Stemmler, B. (2015): Längsschnittliche Zusammenhänge zwischen Erziehungsgewalt und Gewaltdelinquenz im frühen Jugendalter. In: *Rechtspsychologie* 1 (3), S. 285–302.
- Westle, B. (2012): Souveräne Teilhabe unter Unsicherheit und Halbwissen. Politisches Wissen und politische Partizipation. In: S. Braun und A. Geisler (Hg.): *Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 51–68.
- Wetzels, P.; Greve, W. (2001): Fremdenfeindliche Gewalt – Bedingungen und Reaktionen. In: *Zeitschrift für Politische Psychologie* 9 (2/3), S. 7–22.
- Whiteside, S. P.; Lynam, D. R. (2001): The Five Factor Model and impulsivity: Using a structural model of personality to understand impulsivity. In: *Personality and Individual Differences* 30 (4), S. 669–689.
- Zick, A.; Klein, A. (2014): *Fragile Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014*. Bonn: Dietz.
- Zick, A.; Küpper, B. (2009): Rechtsextremismus: Erscheinungsformen, Strategien und Ursachen. In: A. Beelmann und K. J. Jonas (Hg.): *Diskriminierung und Toleranz: Psychologische Grundlagen und Anwendungsperspektiven*: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 283–302.
- Zick, A.; Küpper, B.; Krause, D.; Berghan, W. (2016): *Gespaltene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016*. Hg. v. Ralf Melzer. Bonn: Dietz.
- Zimmermann, P. (Hg.) (2006): *Grundwissen Sozialisation. Einführung zur Sozialisation im Kindes- und Jugendalter*. 3., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH Wiesbaden.